



Die
Bundesregierung

Deutschland ist eins: vieles.



Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“



*Abschlussbericht der Kommission
„30 Jahre Friedliche Revolution
und Deutsche Einheit“*

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140 | 10557 Berlin
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmi.bund.de

Stand

Dezember 2020

Druck

MKL-Druck GmbH & Co. KG
Graf-Zeppelin-Ring 52
48346 Ostbevern

Gestaltung

ORCA Affairs GmbH | Schumannstr. 5
D-10117 Berlin

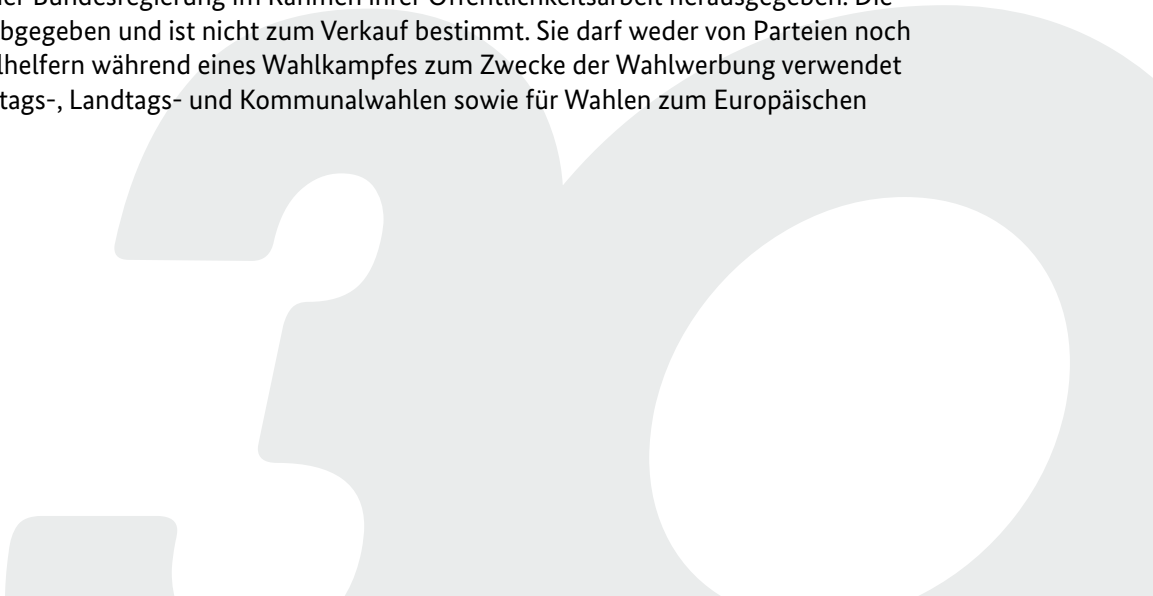
Bildnachweise

Titel: © Artecom

Kampagnenmotive S. 40-49: © Geschäftsstelle „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“
Die weiteren Bildnachweise sind in dieser Broschüre direkt neben den Bildmotiven eingefügt.

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter:
www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.





Inhaltsübersicht

1	Vorwort der Kommissionsvorsitzenden	8
2	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	10
3	Einsetzung und Arbeitsweise der Kommission	26
3.1	Einsetzung und Auftrag	27
3.2	Struktur und Arbeitsweise	28
4	Meilensteine des Jubiläumsjahres	30
4.1	Konzept und Zielstellungen	30
4.2	Die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989	31
4.3	Flucht- und Ausreisebewegung	31
4.4	Demonstrationsbewegung im Herbst 1989	32
4.5	Mauerfall am 9. November 1989	32
4.6	Volkskammerwahl am 18. März 1990	33
4.7	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990	33
4.8	Abschluss der 2+4-Verhandlungen am 12. September 1990	34
4.9	Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990	34
4.10	„Deutschland ist eins: vieles.“: Kommunikation des Jubiläumsjahres	36
5	„Deutschland im Gespräch“ – Begegnungs- und Dialogformate zwischen Ost und West	50
5.1	Konzept der Begegnungs- und Dialogformate	50
5.1.1	Konzept „Deutschland im Gespräch“ – Präsenzveranstaltungen	50
5.1.2	Konzept „Deutschland im Gespräch – Online“	52
5.1.3	Ergebnisse der Schülerreporterinnen und Schülerreporter	53
5.2	Themen der Präsenzveranstaltungen und der digitalen Dialoge	54
5.3	Handlungsfelder aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger	55
6	Transformationsforschung und „Deutschland-Monitor“	58
6.1	Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung	59
6.2	Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung	60
6.3	Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess	61
6.4	Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“	62

7	Schwerpunkthemen der Kommissionsarbeit	66
7.1	Entwicklungen und Stimmungslagen in Deutschland 30 Jahre nach der Deutschen Einheit	66
7.1.1	Demografie	67
7.1.2	Gesellschaft und Demokratie	69
7.1.3	Ökonomische Rahmenbedingungen	73
7.1.4	Themen und Kontroversen	77
7.2	Repräsentation von Ostdeutschen im vereinigten Deutschland	79
7.2.1	Begrifflichkeit „ostdeutsch“	79
7.2.2	Ausmaß der Minderrepräsentation	80
7.2.3	Themen und Kontroversen	80
7.3	Erinnerungskultur, Erinnerungspolitik und nationale Symbole	83
7.3.1	Ausgangslage	83
7.3.2	Themen und Kontroversen	85
7.4	Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland	87
7.4.1	Ausgangslage	87
7.4.2	Themen und Kontroversen	94
7.5	Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland	97
7.5.1	Ausgangslage	97
7.5.2	Themen und Kontroversen	101





Anlagen

I.	Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung: Durchführung der Feierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“	106
II.	Mitglieder der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“	110
III.	Sitzungsplan der Kommission und angehörte Sachverständige	118
IV.	Konzept #gemeinsamfeiern	122
V.	Partnerstädte und Teilnehmendenzahl: „Deutschland im Gespräch“, Präsenzveranstaltungen	126
VI.	Ablauf der Dialog-Präsenzveranstaltungen	128
VII.	Ablauf der Online-Dialogveranstaltungen	130
VIII.	Zusammenfassung der Kurzstudie von PD Dr. Kerstin Brückweh zum Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“	132
IX.	Zusammenfassung der Kurzstudie von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und Prof. Dr. Daniel Buhr zum Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“	136
X.	Zusammenfassung der Kurzstudie von Prof. Dr. Oliver Hidalgo und Dr. Alexander Yendell zum Themenfeld „Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung“	140
XI.	Zusammenfassung der Kurzstudie von Michael Lühmann, M.A., zum Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“	146
XII.	Zusammenfassung der Kurzstudie von Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz, Dr. Florian Ranft und Prof. Dr. Tom Thieme zum Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“	150
XIII.	Fragebogen zur Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“	154
XIV.	Übersicht der Ergebnisse: Kurzbefragung „Deutschland-Monitor“	172
XV.	Auswertung der Ergebnisse der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“ durch Prof. Dr. Everhard Holtmann, Dipl.-Soz. Tobias Jaeck, Prof. Dr. Marion Reiser	198
XVI.	Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten	208
XVII.	Unterstützung des Ehrenamtes: Vorschläge zur Vereinfachung von Bürokratie	222

Vorwort

„Der Formalprozess der Verfassungsreform braucht mindestens sechs Monate; ein allgemeines Empfinden, dass die Wirtschaftsreform erfolgreich war und die Dinge auf gutem Wege sind, breitet sich wahrscheinlich erst nach sechs Jahren aus; die dritte Bedingung des Weges in die Freiheit liegt in der Schaffung der sozialen Grundlagen, durch die Verfassung und Volkswirtschaft von Schönwetter- zu Allwetterinstitutionen werden, die äußeren und inneren Stürmen widerstehen können, und sechzig Jahre sind kaum genug, um diese Fundamente zu legen.“

Ralf Dahrendorf (1990)

Nicht viele waren vor gut drei Jahrzehnten so hellseherisch wie der große Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf. Im Herbst 1989 hatten die Ostdeutschen mit ihrer Friedlichen Revolution Freiheit und Demokratie erkämpft. Schon ein Jahr später war die DDR beendet und Deutschland nach vier Jahrzehnten der Teilung ein vereinigtes Land. Verbreitet war in der Euphorie des Jahres 1990 die Vorstellung, nun werde es auch mit der „Vollendung“ der Einheit von Deutschland und Europa ganz schnell gehen.

Inzwischen liegen die grundstürzenden historischen Ereignisse der Jahre 1989/1990 eine volle Generation zurück: 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit, dieses runde Jubiläum haben wir 2019 und 2020 gebührend gefeiert – und das aus gutem Grund. Denn unendlich vieles hat sich tatsächlich in dieser Ära der Transformation für die Menschen in unserem Land zum Besseren entwickelt.

Trotzdem war Ralf Dahrendorf 1990 auf der richtigen Spur. Seine Mahnung, für die Herausbildung der sozialen Grundlagen wirklich stabiler „Allwetterinstitutionen“ könnten 60 Jahre zu veranschlagen sein, hat nach den ersten 30 Jahren Deutscher Einheit deutlich an Überzeugungskraft gewonnen. Heute, gewissermaßen zur „Halbzeit“, wissen wir: Der Prozess der Transformation ist nicht abgeschlossen. Unter kulturellen, mentalen und emotionalen Gesichtspunkten, vor allem aber im Hinblick auf die ökonomischen Grundlagen gleichwertiger Lebensverhältnisse, liegt bis zur tatsächlichen Vollendung der Einheit noch eine Menge Arbeit vor uns. Und zugleich ist klar: Die kommenden Jahrzehnte werden zusätzliche, neue Herausforderungen bereithalten – nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Deutschland und auch für Europa.

Deshalb war es uns besonders wichtig, dass die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ in ihren Debatten den Blick entschieden *nach vorn* gerichtet hat. Die Handlungsempfehlungen, die wir der Bundesregierung in unserem Bericht unterbreiten, zielen darauf ab, die enormen Transformationserfahrungen der Menschen in den neuen Ländern in Zukunft besser als bisher zu nutzen, um Deutschland insgesamt auf vor uns liegende Herausforderungen vorzubereiten – und damit zugleich auch die Leistungen der Menschen in den vergangenen drei Jahrzehnten sichtbar zu machen.

Ganz besonders gilt das für unsere Empfehlung, in Ostdeutschland ein interdisziplinäres „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ zu errichten.

In diesem Zukunftszentrum soll ein entscheidender Knotenpunkt entstehen, um Umbruchkompetenzen zu bündeln, Lebensleistung zu würdigen, Bürgerdialoge zu führen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren sowie – im intensiven internationalen Austausch – kluge Strategien für die Transformationsprozesse der kommenden Jahrzehnte zu entwickeln.

Wir sind sicher: Kaum ein Land in Europa besitzt so große Potenziale wie Deutschland, die äußeren wie die inneren Stürme des 21. Jahrhunderts zu bestehen. Glücken wird uns die Zukunft, wenn uns auch die nächsten drei Jahrzehnte unserer Einheit gelingen. Wir sind zuversichtlich, dass die Impulse der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hierzu einen guten Beitrag leisten können.



© Wüstenhagen Deutsch-Russisches Forum e.V.

Matthias Platzeck
Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Kommission
„30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“



© Marco Wanderwitz

Marco Wanderwitz
MdB, Parlamentarischer Staatssekretär
Stellvertretender Vorsitzender der Kommission
„30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

2. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

I.

DIE LEBENSLEISTUNGEN DER VERGANGENEN 30 JAHRE IN DEN MITTELPUNKT RÜCKEN

In den Jahren 2019 und 2020 hatten die Deutschen allen Anlass, sich voller Freude an den großen historischen Umbruch zu erinnern, der drei Jahrzehnte zuvor ein neues Deutschland in einem neuen Europa möglich gemacht hatte. Im Herbst 1989 und den Monaten darauf erkämpften die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihre politische Freiheit. Sie erzwangen die Öffnung der Mauer. Sie beseitigten die Herrschaft der SED. Sie schufen mit der freien Wahl ihrer Volkskammer eine parlamentarische Demokratie. Und sie ebneten mit ihrer Entscheidung für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik den Weg in die Deutsche Einheit.

„Wir sind das Volk“ – unter diesem Motto eroberten die Ostdeutschen ihre politische Freiheit. „Wir sind ein Volk“ – so lautete dann das Leitmotiv, unter dem die mehr als vier Jahrzehnte getrennten Menschen aus Ost und West wieder zusammenfanden. In ihrer allergrößten Mehrheit empfanden die Deutschen aus dem Osten und dem Westen damals die Erlangung ihrer staatlichen Einheit in Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung als großen

historischen Glücksfall. An dieses ungewöhnlich glückliche und gelungene Kapitel der Geschichte haben wir uns insbesondere in den Jubiläumsjahren 2019 und 2020 erinnert. Aber auch unabhängig von Jubiläen, Festakten und Jahrestagen haben wir weiterhin allen Grund, mit großer Freude und Stolz auf diesen Abschnitt unserer Geschichte zurückzublicken.

Das Glück der Einheit hat – wenngleich in den drei Jahrzehnten seit 1990 nicht immer ungetrübt – weiterhin Bestand. Auch heute betrachten zwei Drittel der Menschen aus Ost und West die Deutsche Einheit vor allem als Gewinn, während in beiden Landesteilen jeweils nur rund 10 % der Bürgerinnen und Bürger die Einheit überwiegend für Verluste verantwortlich machen.¹ Die Zwischenbilanz ist also eindeutig: Die gelebte Wirklichkeit der Einheit hat sich aus Sicht der meisten Bürgerinnen und Bürger im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte als gemeinsame Erfolgsgeschichte erwiesen. Darauf können wir in Deutschland in den nächsten drei Jahrzehnten aufbauen.

¹ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020. Siehe auch Kapitel 6 und Anlage XIV.



Aber Millionen von Menschen in Ostdeutschland haben sich ihr kleines oder großes Glück der Einheit schwer erkämpfen müssen. Erlebt und in vielen Fällen durchlitten haben die Ostdeutschen vor allem während der ersten 15 Jahre nach 1990 eine nahezu alle Lebensbereiche umfassende Transformation. So radikal und tiefgreifend fiel der Umbruch nach dem Ende der DDR aus, dass ihn nicht wenige Menschen in ihrem Alltag wenigstens zeitweise als Zusammenbruch empfanden.

Millionen von Menschen im Osten verloren in den schwierigen Jahren der Transformation ihre Arbeit. In ihrer großen Mehrheit mussten sie beruflich wieder ganz von vorn anfangen und – oftmals sogar mehrfach – neue Berufe erlernen. Millionen fanden über Jahre hinweg weder Arbeit noch Auskommen. Millionen verloren schließlich die Geduld, packten die Koffer und kehrten ihrer Heimatregion den Rücken. Nicht wenige gaben irgendwann ganz auf und resignierten. Arbeitslosigkeit und Abwanderung, Aussichts- und Hoffnungslosigkeit prägten lange Zeit ganze Landstriche. Das Tal der Transformationszeit, das mehrere Generationen von Ostdeutschen nach 1990 zu durchschreiten hatten, war tief. Nur wer sich noch einmal die erschütternden ökonomischen und ökologischen Verhältnisse der späten DDR vor Augen führt, vermag wirklich zu ermessen, wie enorm die Aufbauleistung ist, die in den ostdeutschen Ländern und Kommunen seit 1990 erbracht wurde.

Mit viel Einsatz, mit Fleiß und Improvisationsvermögen, auch mithilfe solidarischer Unterstützung aus dem Westen haben die Ostdeutschen ihre Heimat zu einer in vielerlei Hinsicht lebenswerten Region mitten in Europa gemacht. Die Arbeitslosigkeit in manchen aufstrebenden Regionen Ostdeutschlands

liegt heute niedriger als in strukturschwächeren Gegenden einiger westdeutscher Länder. Und wer auf den Straßen im Osten unterwegs ist oder eine der vielen liebevoll restaurierten Altstädte zwischen Stralsund und Plauen, Eisenach und Görlitz besucht, erlebt vor allem intakte und attraktive Regionen.

Auf das in den drei Jahrzehnten seit 1990 Erreichte und Aufgebaute können die Ostdeutschen heute ebenso stolz sein wie auf die Friedliche Revolution² selbst – und in ihrer großen Mehrheit sind sie es auch. In den fünf neuen Ländern sind neue Heimatverbundenheit und neue regionale Identität entstanden – und diese sollten wir für die Zukunft als Ressource nutzen.

Dennoch ist unverkennbar, dass der berechtigte Stolz vieler Menschen in Ostdeutschland auf das in den vergangenen 30 Jahren von ihnen selbst Geleistete bis heute oftmals mit erheblicher Unzufriedenheit und geringem Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen einhergeht. Erhebliche Teile der ostdeutschen Gesellschaft stehen dem politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik verdrossen und entfremdet, ja sogar ablehnend gegenüber.

Es gibt Anlass zu Sorge, wenn bis zu zwei Drittel der Ostdeutschen in Umfragen erklären, dass sie sich in Deutschland noch immer als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt fühlen.³ Es ist zutiefst unbefriedigend, dass Ostdeutsche in den Führungspositionen von Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien oder Militär immer noch in sehr deutlicher Weise unterrepräsentiert sind.⁴ Es kann nicht befriedigen, dass Löhne und Gehälter ebenso wie Vermögen und Erbschaften im Osten

² Als ständige Bezeichnung für die Ereignisse des Herbstes 1989 wird landläufig und auch im vorliegenden Bericht der Begriff „Friedliche Revolution“ verwendet, der eine abschließende Charakterisierung und Einordnung des umwälzenden Geschehens in der DDR von dessen Ende her bedeutet. Der Kommission ist die Unschärfe des Begriffs „Friedliche Revolution“ bewusst. Er trägt nicht dem Umstand Rechnung, dass das umwälzende Geschehen keineswegs durchweg gewaltfrei verlief. Es gab durchaus auch brenzlige Situationen. Speziell die staatlichen Sicherheitskräfte der DDR agierten gegenüber der anschwellenden Protestbewegung im Oktober 1989 verschiedentlich mit erheblicher Gewaltanwendung (etwa in Ost-Berlin, Plauen, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Halle, Potsdam oder Arnstadt am 7. Oktober 1989). Die „Keine Gewalt“-Rufe kamen aus der Mitte der Demonstrierenden. Gewalt wurde allerdings in Einzelfällen auch von Demonstrierenden ausgeübt (etwa in Dresden in den Tagen nach dem 3. Oktober). Der Kommission ist ferner bewusst, dass die Umwälzung in der DDR Teil der europäischen Freiheitsrevolutionen war, die – einsetzend mit der Gründung der Gewerkschaft Solidarność 1980 in Polen – zum Ende der kommunistischen Herrschaft in Europa führten und keineswegs in allen Fällen friedlich verliefen.

³ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

⁴ Siehe dazu auch Kapitel 7.2.

Deutschlands auch weiterhin deutlich geringer liegen als im Westen. Es muss unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten beunruhigen, dass rechtsradikale Parteien und Bewegungen in den neuen Ländern immer wieder ihre größten Erfolge erzielen, dass rassistische Übergriffe hier in deutlich überdurchschnittlicher Zahl begangen werden. Die Ursachen des fortbestehenden Unbehagens vieler Ostdeutscher im eigenen Land sind vielfältig. Doch es liegt auf der Hand, dass zwischen diesen Tatbeständen Zusammenhänge und Wechselwirkungen bestehen müssen.⁵

Zutreffend ist der Hinweis, dass viele der großen strukturellen Herausforderungen und Konflikte, mit denen wir es in Deutschland in Zukunft immer stärker zu tun haben, nicht mehr entlang einer Trennlinie zwischen Ost und West verlaufen. Ländliche, strukturschwache, dünn besiedelte und demografisch ins Hintertreffen geratende Regionen abseits der dynamischen Metropolen finden sich auch in westdeutschen Ländern. Für viele nach 1990 Geborene besitzen die Kategorien Ost und West heute keine für ihr Selbstbild bedeutsame kulturelle Relevanz mehr, auch wenn es unter anderen jungen Ostdeutschen gegenwärtig wieder Debatten um diese Begriffe gibt. Und die zentralen Themen gesellschaftlicher Transformation des 21. Jahrhunderts wie Globalisierung und Digitalisierung, Klima, Energie oder Mobilität besitzen allesamt ihre ganz eigene Logik.⁶ Diese Herausforderungen zukünftiger Transformation werden wir in Deutschland (und zugleich im europäischen und globalen Kontext) gemeinsam annehmen und bewältigen müssen. Historisch entstandene und noch immer weiterwirkende Ost-West-Diskrepanzen innerhalb der deutschen Gesellschaft werden hierzu keinen positiven Beitrag leisten – im Gegenteil.

Doch genau deshalb ist es so besonders wichtig, bestehende Defizite und Fehlentwicklungen im Prozess der Deutschen Einheit klar zu benennen und ihnen möglichst umfassend entgegenzuwirken. Dies zu tun, liegt keineswegs allein im engeren Interesse der Menschen in Ostdeutschland selbst. Es liegt genauso sehr im wohlverstandenen Interesse unseres gesamten Landes. Denn die positive

gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in Deutschland hängt nicht zuletzt davon ab, dass keine Teilregion in dauerhafter und struktureller Weise hinter der Modernisierungsdynamik der übrigen Regionen zurückbleibt. Ostdeutschland muss eine Angelegenheit von ganz Deutschland sein.

Tatsächlich ist bereits der unter vielen Ostdeutschen verbreitete *Eindruck*, ihr Landesteil werde benachteiligt, missachtet, komme in der öffentlichen Debatte nicht angemessen vor und werde systematisch von wichtigen Entwicklungen „abgehängt“ (ungeachtet seiner empirischen Stichhaltigkeit), dazu geeignet, das gesamtgesellschaftliche Klima in Deutschland weiter zu belasten. Zudem haben viele Menschen in Ostdeutschland (wie auch im östlichen Europa) den Eindruck, ihre besonderen Erfahrungen in den radikalen Umbruch- und Transformationsprozessen der vergangenen Jahrzehnte stießen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf zu wenig Interesse und Wertschätzung. Einher geht dies oft mit der Klage über fehlenden Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland. Die daraus erwachsende Misstimmung schadet uns allen zusammen.

Dringend notwendig erscheint es uns deshalb 30 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit, die Debatte über Stand und Zukunft der inneren Einheit unseres Landes auf eine neue Grundlage zu stellen. Vieles ist gelungen, schwierige Probleme sind gelöst, große Herausforderungen der Transformation bereits bewältigt. Zugleich aber sind manche Fragen offengeblieben, und andere Herausforderungen stellen sich heute neu.

Große Herausforderungen liegen vor allem in der Stärkung des Vertrauens in die freiheitliche Demokratie und ihre Institutionen. Deshalb unterstützen wir alle Bestrebungen zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung über die demokratischen Grundlagen unseres Gemeinwesens. Hierzu gehört es, die Erinnerung an die freiheitlich-demokratische Geschichte Deutschlands lebendig zu halten. Nachdrücklich befürworten wir daher die Errichtung und den Ausbau attraktiver Lern- und Erinnerungsorte der Demokratie an historischen Schauplätzen der deutschen Frei-

⁵ Siehe dazu auch Kapitel 7.1 und 7.5.

⁶ Siehe dazu auch Kapitel 7.4.



heitsbewegungen – vom Hambacher Fest von 1832 bis hin zur Friedlichen Revolution von 1989.⁷

Von herausragender Wichtigkeit für die kommenden Jahrzehnte ist die Sicherung der längerfristigen ökonomischen und demografischen Perspektiven in den ostdeutschen Ländern. Gerade in den ostdeutschen Ländern zeigen sich die Mühen großer gesellschaftlicher Transformationsprozesse in exemplarischer Weise. Denn stetiger Wandel, andauernde Erneuerung, also fortgesetzte Transformation – all das stellt keine spezifisch ostdeutsche Herausforderung dar, sondern betrifft viele Staaten in unserer näheren Nachbarschaft, insbesondere im östlichen Mitteleuropa. Aber auch westdeutsche und andere europäische Regionen bleiben in vielfältiger Weise von gesellschaftlich belastenden Prozessen des Strukturwandels und der Transformation betroffen. Was viel zu oft fehlt, ist der Transfer von Erkenntnissen und Erfahrungen zu tiefgreifenden gesellschaft-

lichen Transformationsprozessen über vermeintliche und tatsächliche Grenzen hinweg.

Deshalb sind wir überzeugt: Ostdeutschland, die ostdeutsche Transformationserfahrung der vergangenen drei Jahrzehnte und die in diesen Prozessen entstandene ostdeutsche Umbruchkompetenz sind keine Randthemen nur einer Region. Stattdessen gehört all das mitten hinein in die Debatte über Deutschlands und auch Europas Zukunft im 21. Jahrhundert. Gerade hier verbirgt sich eine wertvolle Ressource, die wir zum Nutzen unserer gesamten Gesellschaft unbedingt heben sollten.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen unterbreiten wir der Bundesregierung im Folgenden unsere Handlungsempfehlungen. Zugleich richten sich unsere Empfehlungen auch an die Länder, Kommunen und gesellschaftlichen Akteure.

II. UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

a) Das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit (Arbeitstitel)

Wir empfehlen der Bundesregierung, als kraftvolles Signal mit nachhaltiger Wirkung ein neues „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit (Arbeitstitel)“ einzurichten. Mit diesem „Zukunftszentrum“ soll in Ostdeutschland ein Knotenpunkt entstehen, an dem die Suchbewegungen der ostdeutschen Gesellschaft einen produktiven und konstruktiven Ausdruck finden sowie in europäischen und internationalen Austausch treten können. Es geht um einen Ort der praxisorientierten Auseinandersetzung mit der Geschichte, vor allem aber der Zukunft von deutschen und europäischen Transformationsregionen. Entstehen soll zugleich ein Wissensspeicher sowie ein Ort für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch, für nach vorn gerichtete Debatten – ein Ort der

Begegnung, der Diskussion und der Problemlösung. Ziel ist es, einen Ort zu schaffen, der international anerkannt zu Fragen von gesellschaftlicher Transformation Antworten entwickelt.

Dabei soll aus den verschiedenen Aspekten der Beschäftigung mit der Transformation von Gesellschaften ein kreatives Ganzes entstehen. Entstehen soll ein Ort, an dem zukunftssträchtige Ideen entwickelt werden, welche die Köpfe und Herzen der Menschen in Ost und West erreichen. Es geht darum, eine Institution mit breiter interdisziplinärer Kompetenz sowohl für Ostdeutschland als auch für die übergreifenden Herausforderungen komplexer Transformationsprozesse in Deutschland und Europa insgesamt zu schaffen.

⁷ Siehe dazu auch Kapitel 7.3.

Das neue Zukunftszentrum sollte aus drei Säulen bestehen:

- Ein **wissenschaftliches Institut**. Ziel ist es, fächerübergreifend zu Fragen gesellschaftlicher Transformation mit besonderem Fokus auf die ostdeutsche Entwicklung zu forschen und somit einen Knotenpunkt anwendungsorientierter Transformationsforschung aufzubauen. Damit sollen insbesondere vergleichende Forschung und Langzeituntersuchungen ermöglicht werden. Auf diese Weise kann das Institut gleichfalls zu einer Versachlichung von öffentlichen Debatten beitragen und die Vielfalt von Erinnerungen abbilden.⁸ Das Institut soll dabei eingebunden werden in ein Netzwerk bereits bestehender Einrichtungen in Deutschland, Europa und der Welt.
- Ein **Dialog- und Begegnungszentrum**. Damit soll ein Ort der Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands und Europas entstehen, ein Ort der Debatte, des Dialogs, der Vernetzung und des Austauschs über Erfahrungen und Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig können Bürgerinnen und Bürger durch geeignete Formen von Bürgerbeteiligung frühzeitig in Forschungsprozesse eingebunden werden bzw. in diesen mit ihren Erfahrungen zu Wort kommen („Citizen Science“).⁹ Darüber hinaus können im Zukunftszentrum mit der Verknüpfung von Wissen, Begegnung und Austausch auch neue Formate und Initiativen auf dem Gebiet der politischen Bildung entwickelt werden. Die verschiedenen Formate sollen nicht nur im Zukunftszentrum, sondern auch dezentral in ganz Deutschland angeboten werden.
- Ein **Kulturzentrum**. Entstehen soll ein Ort für Ausstellungen, der sich den Erfahrungen des Aufbaus Ost sowie der Würdigung gesellschaft-

licher und individueller Lebensleistungen in den Reformprozessen nach 1990 widmet. Hierbei kann eine interdisziplinäre künstlerische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Phänomenen gesellschaftlicher Transformation stattfinden. Dazu soll eine Dauerausstellung aufgebaut werden, die mit modernster Museumspädagogik und Technik ausgehend vom Weg zur Deutschen Einheit die Zeit des Aufbau Ost präsentiert. Daneben soll es Flächen für temporäre Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen geben. Zudem soll das Zukunftszentrum mittels Wanderausstellungen in ganz Deutschland präsent sein und somit breite öffentliche Debatten um Transformationsprozesse von Gesellschaften führen. Die deutsche Vereinigung und die Transformationsgeschichte als Lernprozesse zur Stärkung der Demokratie ebenso wie zum individuellen Nachvollzug sollten entsprechend erlebnisreich, unterhaltsam, abwechslungsreich, spannend und durchaus auch humorvoll dargestellt werden. Ziel soll es sein, breite Gruppen unserer Gesellschaft über „Geschichte zum Anfassen und Mitmachen“ zu erreichen, die Zeitzeugengeneration ebenso wie die Nachgeborenen, aber auch die Zugewanderten, für deren Integration die Verinnerlichung der europäischen Werte von hoher Bedeutung ist.

Mit diesen drei Grundbestandteilen soll das neue Zukunftszentrum wichtige Aufgaben übernehmen, die dazu geeignet sind, Erfahrungen der Transformation in Ostdeutschland zu verarbeiten und für die Zukunft nutzbar zu machen. Auf diesem Weg kann das Zukunftszentrum gleichzeitig die Vielfalt des ostdeutschen Erfahrungsraumes abbilden.¹⁰ Der entscheidende Vorteil des Zukunftszentrums ist, dass diese Aufgaben hier gebündelt und im intensiven Austausch miteinander ausgeführt werden können. Auf diese Weise entstehen dann auch untereinander wichtige Synergieeffekte. Die folgenden Aufgaben könnten im Zukunftszentrum sinnvoll gebündelt werden:

⁸ Siehe dazu auch Studie von Kerstin Brückweh: „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“, Anlage VIII., die Studie von Oliver Hidalgo und Alexander Yendell: „Akteure und Kulturen der (revolutionären/ transformativen) Gesellschaftsgestaltung“, Anlage X., die Studie von Michael Lühmann: Gefährdende und gefährdete Identität, Anlage XI., sowie die Studie von Wolfgang Schroeder und Daniel Buhr: Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung, Anlage IX.

⁹ Siehe dazu auch Studie von Dr. Kerstin Brückweh: „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“, Anlage VIII.

¹⁰ Siehe dazu auch die Studie von Michael Lühmann: Gefährdende und gefährdete Identität, Anlage XI.



- Veranstaltung einer jährlichen interdisziplinären Ostdeutschland-Konferenz zur politisch-wissenschaftlichen Bestandsaufnahme wichtiger ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen;
- Veranstaltung einer jährlichen interdisziplinären „Internationalen Transformations-Konferenz“ zur Weiterentwicklung und zum Austausch von Strategien und Konzepten erfolgreicher Transformation europäischer Gesellschaften;
- Programme für „Scientists and Artists in Residence“ nach dem Vorbild der Villa Massimo, über die internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kunstschaffende zeitweilig in und für die neue Einrichtung arbeiten;
- Unterstützung eines „Internationalen Wirtschaftsforums“ in Ostdeutschland zur besseren Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft in Deutschland und Europa;
- Zentralstelle zur Förderung des Austauschs zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus Ost und West, insbesondere über die Förderung von Klassenfahrten und Jugendaustausch, über die Unterstützung von Städtepartnerschaften und den Austausch zwischen bürgerschaftlichen Organisationen zwischen Ost und West;
- Errichtung eines ostdeutschen Begabtenförderungswerkes sowie Durchführung von Mentoring-Programmen und Führungsakademien zur Qualifizierung und Vernetzung ostdeutscher Führungskräfte, insbesondere für Studierende, Berufseinsteigende sowie Unternehmerinnen und Unternehmer;
- Betreuung einer regelmäßigen, umfassenden demoskopischen Erhebung („Deutschland-Monitor“);
- Durchführung von Ausstellungen, Vergabe von Stipendien und Auslobung von Preisen für die künstlerische Auseinandersetzung mit der Transformation von Gesellschaften;
- Veranstaltungen zur besseren Vernetzung, Beratung und Stärkung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement;
- regelmäßige Diskussionsforen mit Bürgerinnen und Bürgern („Agora“) über konkrete Transformationserfahrungen und -perspektiven nicht nur am Standort des Zukunftszentrums selbst, sondern in ganz Deutschland;
- Vorbereitung und Organisation der Vergabe eines jährliches „Preises für die Deutsche Einheit und den Zusammenhalt Deutschlands“, eines „Ostdeutschen Kulturpreises“ zur Würdigung künstlerischer Aufarbeitung von Transformationserfahrungen und eines „Ostdeutschen Wissenschaftspreises“ zur Würdigung wichtiger Fortschritte auf dem Gebiet der transformationsrelevanten Forschung.

Das „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ soll dabei nicht nur in institutioneller, sondern auch in architektonischer Hinsicht eine Würdigung der Lebensleistung der Ostdeutschen in den Transformationsprozessen der vergangenen Jahrzehnte sein. Deshalb soll das Gebäude selbst durch eine signifikante Architektur identitätsstiftend wirken. Es geht um ein Bauwerk, dass auch architektonisch eine eigene Anziehungskraft entwickelt sowie Ausstrahlung für die weitere Stadt- und Regionalentwicklung entfaltet. Der Standort des Zukunftszentrums soll im Zuge eines städtebaulichen Wettbewerbs unter interessierten ostdeutschen Städten festgelegt werden.

Mit dem Aufbau des Zukunftszentrums als Institution soll 2021 begonnen werden, um die beschriebenen Aufgaben schnell zu übernehmen. Für die Fertigstellung des Bauwerkes soll das Jahr 2027 angestrebt werden.

Die Kommission schlägt vor, dass bis zum Frühsommer 2021 ein detailliertes Konzept zur Dimensionierung, zur Ausgestaltung und zu den Aufgaben des Zukunftszentrums ausgearbeitet wird. Hierzu soll die Bundesregierung aus der Kommission heraus eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission berufen.

b) Demokratie stärken, Transformationserfahrungen nutzen

Die Kommission vertritt im Ergebnis ihrer intensiven Debatten die Auffassung, dass zur Stärkung der demokratischen Kultur und der demokratischen Institutionenordnung in Deutschland die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen insgesamt stärker sichtbar werden müssen. Dazu empfiehlt die Kommission:

- **Einen Deutschland-Monitor etablieren:** In Deutschland fehlen regional differenzierte regelmäßige und über die Zeit vergleichend angelegte empirische Untersuchungen zu langfristigen Veränderungen der gesellschaftlichen Stimmungslagen. Deshalb soll ein jährlicher „Deutschland-Monitor“ durchgeführt werden. Dabei geht es um die systematische Bestandsaufnahme der Einschätzungen von Bürgerinnen und Bürgern zu allen ökonomisch, politisch und gesellschaftlich einschlägigen Themen, die Betrachtung des Vertrauens in die Demokratie und ihre Institutionen sowie ihre Einschätzung von Transformations- und Zukunftsfragen. Mit einem solchen Monitor werden unterschiedliche Aspekte zusammengeführt, die bislang lediglich getrennt voneinander erforscht wurden. Der Monitor soll dabei insbesondere eine Auswertung nach kleinräumigen Regionen möglich machen und fester Bestandteil des „Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit“ werden. Zur Begleitung des Deutschland-Monitors soll ein ständiger Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden. Die Betreuung und die Bereitstellung der Daten des Monitors könnten ebenfalls über das Zukunftszentrum unmittelbar nach seiner Gründung erfolgen.¹¹
 - **Verfolgte und Opfer aus der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR besser würdigen:** Politisch Verfolgte, Opfer und Benachteiligte des SED-Regimes sollen für ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie öffentlich wirksamer gewürdigt werden:
- Um die soziale und gesundheitliche Situation ehemals politisch Verfolgter und Opfer zu verbessern, empfiehlt die Kommission dringend, eine Gesetzesinitiative für eine regelmäßige Zuwendung für alle nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen Rehabilitierten zu initiieren, denn unabhängig von den erlittenen Repressionen muss die überwiegende Mehrheit der Betroffenen heute mit verringerten Einkommen aus Arbeit oder Rente, verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden und geringeren Chancen zur Teilhabe leben.
 - Eine bessere psychologische Betreuung der Opfer soll durch regionale Angebote zu niedrigschwelliger traumazentrierter Unterstützung innerhalb eines Netzwerkes psychosozialer Regelversorgung eingerichtet werden.
 - Die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden durch eine Regelvermutung – die feststellt, dass politische Haft und Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR geeignete Repressionsinstrumente waren, um anhaltende Gesundheitsschäden zu verursachen – soll erleichtert werden.
 - Eine persönliche Würdigung und öffentlich wirksame Wertschätzung kann ein ehrender Empfang durch den Bundespräsidenten sein, der in regelmäßigem Abstand Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände sowie Einzelpersonen mit einem Verfolgungsschicksal dazu einlädt.
 - Das geplante zentrale Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft soll als öffentlicher Ort zur symbolischen Würdigung beitragen. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass angesichts des Alters der Betroffenen die Umsetzung zügig erfolgt.
 - Darüber hinaus soll im Rahmen des Gedenktages am 17. Juni stärker an die Opfer der kommunistischen Diktatur und des Stalinis-

¹¹ Siehe dazu auch die Studie von Wolfgang Schroeder und Daniel Buhr: Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung, Anlage IX., sowie die Studie von Tom Mannewitz, Florian Ranft und Tom Thieme: Integration und Identität. Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, Anlage XII. Der Deutschland-Monitor soll stets wiederkehrende Fragen enthalten, so dass langfristige Entwicklungen erkennbar sind.



mus sowie an Widerstand und Opposition gegen und im Kommunismus erinnert werden. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft.

- **Transformationserfahrung öffentlich machen:** Es kommt entscheidend darauf an, Ostdeutschland und seine Transformationserfahrung stärker im gesamtdeutschen öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Schon dies allein kann ein Beitrag sein, den Tendenzen der kulturellen Marginalisierung Ostdeutschlands in den öffentlichen und medialen Debatten entgegenzuwirken.
 - **Problembewusstsein schärfen:** Wichtig ist, das Thema der fortgesetzten Minderrepräsentation von Ostdeutschen in gesellschaftlichen Führungspositionen kontinuierlich und systematisch zu untersuchen und praxisorientierte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Hierfür soll die entsprechende Forschung bis 2030 abgesichert werden.
 - **Selbstverpflichtung für mehr Repräsentation von Ostdeutschen:** Viele Studien haben gezeigt, dass eine angemessene Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen kein Selbstläufer ist. Deshalb empfiehlt die Kommission der Bundesregierung, den Landesregierungen und Kommunen, eine Selbstverpflichtung vorzunehmen sowie bei Besetzungen und Beförderungen darauf zu achten, dass Ostdeutsche angemessen berücksichtigt werden.
 - **Sichtbarkeit Ostdeutschlands erhöhen:** Die Kommission fordert die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten in Deutschland auf, die Berichterstattung aus den neuen Ländern in ihren vielschichtigen Programmen besser sichtbar werden zu lassen sowie sich selbst zu verpflichten, innerhalb der kommenden Jahre
- **Entwicklung öffentlich machen:** Die Bundesregierung soll die Entwicklung der Repräsentation von Ostdeutschen in Politik, Verwaltung, Justiz, Bundeswehr, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft in den neuen Ländern und auf Bundesebene in ihrem „Bericht zum Stand der Deutschen Einheit“ alle zwei Jahre detailliert darstellen.
 - **Netzwerke stärken:** Gerade jenseits der politischen Eliten sind informelle Netzwerke von beträchtlicher Bedeutung. Sie können Selbstbewusstsein schaffen, Erfahrungsaustausch und Unterstützung bieten sowie zusätzliche Qualifikationen vermitteln. Regionale und überregionale Netzwerke, Führungsakademien, Fortbildungen für Führungskräfte und Mentorenprogramme, insbesondere für Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger und gesellschaftliche Schlüsselpositionen, sollen deshalb finanziell – auch aus der Wirtschaft – unterstützt werden. Diese Aufgabe kann vom Zukunftszentrum unmittelbar nach dessen Gründung übernommen werden.¹²
 - **Ein Begabtenförderungswerk Ostdeutschland schaffen:** Die 13 Begabtenförderungswerke in Deutschland¹³ sowie das „Elitenetzwerk Bayern“ bieten für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs nicht nur die Chance zu besonderer fachlicher Profilierung. Vielmehr bieten sie den Stipendiatinnen und Stipendiaten auch die Gelegenheit, weit über das eigene Studium hinaus langfristige Netzwerke aufzubauen. Allein das Ehemaligenetzwerk der Studienstiftung des deutschen Volkes zählt derzeit 60.000 Mitglieder. Zwar werden selbstverständlich auch Ostdeut-

¹² Siehe hierzu auch die Studie von Michael Lühmann: Gefährdende und gefährdete Identität, Anlage XI.

¹³ Hierzu zählen (in alphabetischer Reihenfolge) das Avicenna-Studienwerk (muslimische Begabtenförderung), das Cusanuswerk – Bischöfliche Studienförderung (katholisch), das Evangelische Studienwerk Villigst, das Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (jüdische Begabtenförderung), die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nah), die Hans-Seidel-Stiftung (CSU-nah), die Hans-Böckler-Stiftung (gewerkschaftsnah), die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis-90/Die-Grünen-nah), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nah), die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die-Linke-nah), die Stiftung der Deutschen Wirtschaft und das Studienförderwerk Klaus Murmann (arbeitgebernah) sowie die Studienstiftung des deutschen Volkes (politisch, konfessionell und weltanschaulich unabhängig).

sche von den bestehenden Begabtenförderungswerken gefördert, doch genügt das bisherige Ausmaß ihrer Förderung nicht, um hinsichtlich der bestehenden Minderrepräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen einen echten Aufholprozess zu bewirken. Aufgrund dieser besonderen Herausforderungen plädiert die Kommission für den Aufbau eines zusätzlichen „Begabtenförderungswerks Ostdeutschland“ in der finanziellen und organisatorischen Größenordnung des Bayerischen Elitenetzwerks durch den Bund und die ostdeutschen Länder. Ein solches „Begabtenförderungswerk Ostdeutschland“ kann administrativ innerhalb des zu errichtenden Zukunftszentrums unmittelbar nach dessen Gründung angesiedelt werden.

- **Begegnungen ermöglichen:** Gesellschaftliche Kohäsion sowie zugleich eine lebendige Diskussions- und Gesprächskultur gerade auch angesichts von Herausforderungen und Bedrohungen sind das Lebenselixier jeder freiheitlichen Demokratie. Zugunsten eines besseren Verständnisses der Ost- und Westdeutschen füreinander, ihrer Geschichte und Erfahrungen sollten verstärkt direkte Begegnungen unterstützt werden. Deshalb sollten auch eine dauerhafte Förderung und Strukturen für Begegnungen zwischen Ost und West geschaffen werden, z. B. über Klassenfahrten, Schülerprojekte, Jugendbegegnungen, Vereine und Städtepartnerschaften. Dafür sind über das Zukunftszentrum – nach dem Muster des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes – Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe sollte ebenfalls unmittelbar nach Gründung durch das Zukunftszentrum übernommen werden.

- **Vertrauen stärken, Bürgerinnen und Bürger einbeziehen:** Die Bürgerdialoge „Deutschland im Gespräch“ in den Jubiläumsjahren 2019 und 2020 haben gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger derartige Formate des Austauschs und der Begegnung wünschen. Um das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu stärken, kommt es darauf an, die Rückkopplung zwischen politischem System und Gesellschaft auf allen Ebenen deutlich zu intensivieren. Die Kommission empfiehlt daher, kontinuierliche und regelmäßige Veranstaltungsformate des Dialogs und der Begegnung von Bürgerinnen und Bürger mit Vertretern von Regierungen und Parlamenten fest zu etablieren – und diese auch in den verschiedenen Regionen Deutschlands durchzuführen. Dabei sollen verstärkt die jüngeren Generationen einbezogen werden. Über die Themen und ihre Bearbeitung soll ein jährlicher Bericht vorgelegt werden. Sehr erfolgreich wurden bereits auf kommunaler Ebene – aber auch in einigen europäischen Nachbarländern wie Irland und Großbritannien – sogenannte „citizens‘ assemblies“ etabliert. Dazu arbeiteten repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zu spezifischen Themen Empfehlungen aus, die anschließend in den Parlamenten diskutiert und ggf. beschlossen wurden. Innovative und auf stärkere Bürgerbeteiligung zielende Partizipationsformate wie Runde Tische, Bürgerforen und andere sind geeignet, das Vertrauen in die repräsentative Demokratie zu stärken und Polarisierungen innerhalb der Gesellschaft abzubauen. Die Kommission empfiehlt daher, den Einsatz solcher Instrumente auf Bundes- und Landesebene sowohl in analoger als auch in digitaler Form zu erproben.¹⁴

¹⁴ Der Ältestenrat des Bundestages hat im Juni 2020 beschlossen, einen Bürgerrat zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“ durchzuführen. Ergebnisse sollen voraussichtlich im Frühjahr 2021 vorgelegt werden. Für eine abschließende Evaluation des Instruments sollten ein weiterer Bürgerrat auf Bundesebene sowie zwei bis drei Bürgerräte auf Landesebene durchgeführt werden.

c) Strukturschwache Regionen stärken

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 72 das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland als Ziel der Bundespolitik fest. Vor diesem Hintergrund setzte die Bundesregierung 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ein. 2019 beschloss die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Beschlüsse der Kommission. An vielen der dort verabredeten Maßnahmen partizipieren die neuen Länder in besonderer Weise, da sich dort die meisten strukturschwachen Regionen konzentrieren. Dabei sollte zugleich akzeptiert werden, dass es in unserem Land unterschiedliche Lebensverhältnisse gibt und immer geben wird. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ kann niemals „gleiche Lebensverhältnisse“ bedeuten.

In Ergänzung dieser bereits eingeleiteten Maßnahmen unterbreitet die „Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ an dieser Stelle weitergehende Vorschläge, die speziell auf Ostdeutschland mit seiner besonderen Transformationserfahrung ausgerichtet sind. Sie konzentrieren sich weniger auf „harte“ wirtschafts-, sozial- und infrastrukturtechnische Maßnahmen als auf „weichere“ Faktoren:

- **Sozialpartnerschaft stärken:** Es wird empfohlen, die Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland in besonderer Weise zu stärken. Angesichts der demografischen Situation und dem daraus folgenden Fachkräftemangel sowie weiterer fundamentaler Transformationsprozesse in Wirtschaft und Arbeit stehen die Tarifpartner in besonderer Weise in der Pflicht. Ziel muss ein gemeinsames Verständnis zur Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen und wettbewerbsfähiger Löhne sein. Den Vorrang haben dabei die Sozialpartner und die Tarifautonomie. Damit wird ein Beitrag sowohl für eine höhere Akzeptanz des deutschen Sozialmodells als auch für die Institutionen des Wirtschaftslebens geleistet. Neben der Gewährung von politischer Unterstützung und Flankierung soll das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Förderrichtlinie zur Modernisierung von betrieblichen Arbeitsorganisationen in Ostdeutschland auflegen.
- **Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft mit den Wachstumsmärkten stärken:** Empfohlen wird die Etablierung eines „Internationalen Wirtschaftsforums in Ostdeutschland“ zur Stärkung der Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaftsakteure untereinander, mit der Politik, mit Vertretern der deutschen Wirtschaft insgesamt sowie wichtigen Exportmärkten. Dazu soll das bereits bestehende „Ostdeutsche Wirtschaftsforum“ von der Wirtschaft mit Unterstützung des Bundes und der ostdeutschen Länder getragen und weiterentwickelt werden. Bei einer solchen Neuaufstellung geht es insbesondere um die konzentrierte Präsentation der ostdeutschen Wirtschafts-, Forschungs-, Entwicklungs- und Arbeitsmarktpotenziale als ein starkes Stück Deutschland und Europa, die schrittweise stärkere nationale und internationale Ausrichtung sowie die nachhaltige Beschäftigung mit den wichtigsten Trends und Zukunftschancen in den verschiedensten Wirtschaftssparten. Das Forum soll auch ein Ort sein, an dem ein Wir-Gefühl der ostdeutschen Wirtschaft, die Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in Ostdeutschland sowie die Offenheit gegenüber Rückkehrenden und neuen Fachkräften vermittelt werden. Diese jährlich stattfindende Konferenz soll unter Mitwirkung des „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ durchgeführt werden (Vernetzung mit der Transformationsforschung und Netzwerkarbeit).
- **Vorausschauende Strukturpolitik:** Großtrends wie Digitalisierung, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energiewende machen vor Ostdeutschland nicht halt. Die neuen Länder bringen in die Gestaltung dieser technologischen und sozialen Herausforderungen aufgrund ihrer Transformationserfahrungen wichtige Kompetenzen ein. Diese Trends als Chance zu begreifen und zum Beispiel beim Aufbau neuer Industrien wie im Bereich der Elektromobilität oder der Wasserstoffwirtschaft, KI und Blockchain eine Vorreiterrolle zu übernehmen, eröffnet für die neuen Länder auch neue technologische Entwicklungsmöglichkeiten und neue Wettbewerbsvorteile („Vorsprung Ost“) gegenüber anderen Regionen in Europa. Das erfordert sowohl mehr

Investitionen in innovative Infrastrukturen und Technologien als auch gezielte regionale Entwicklungsstrategien mit einer gezielten Ausweisung von baureifen und erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen. Eine solche vorausschauende Strukturpolitik kann zugleich den in Ostdeutschland verbreiteten Eindruck widerlegen, die Region sei von Modernisierungsprozessen weitgehend „abgehängt“. Darüber hinaus ist es notwendig, die weitere ökonomische Transformation Ostdeutschlands politisch und wissenschaftlich in besonderer Weise zu begleiten und dabei der Frage nachzugehen, wo (neue) Disparitäten durch Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und Energiewende erzeugt werden, wo spezifische Anpassungsschwierigkeiten bestehen und welche Lehren aus geglückter sowie weniger geglückter Transformation von Regionen gezogen werden können. Es wird empfohlen, dies zu einem Schwerpunkt der Arbeit des Bereiches Transformationsforschung des geplanten „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ zu machen.¹⁵

- **Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Die schwierige Ausgangslage in den ostdeutschen Ländern – Alterung, geringe Bevölkerungsdichte, schwächere Wirtschaftsstruktur – macht besondere politische Anstrengungen erforderlich, damit dieser Landesteil erfolgreich an der Globalisierung teilhaben kann. Dazu zählen insbesondere die folgenden Punkte:
 - Angesichts schrumpfender Regionalmärkte ist es notwendig, ostdeutsche Unternehmen durch stärkere regionale und überregionale Verflechtungen zu unterstützen. Die ostdeutsche Unternehmerschaft muss sich neue internationale Märkte erschließen.
 - Die ostdeutschen Regionen müssen für große internationale Unternehmen attraktiver präsentiert werden.
 - Gerade die Wachstumsmärkte im Osten Europas sind für die neuen Länder, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen, auch angesichts ihrer geografischen Nähe sowie historischer Verknüpfungen

besonders interessant. Das bedeutet auch, dass die Verkehrsinfrastruktur insbesondere in Richtung Polen und Tschechien stärker und schneller ausgebaut werden muss.

- Die Attraktivität für Start-ups muss weiter verbessert werden, z. B. durch die steuerliche Behandlung von Risikokapital und günstigere Produktionsbedingungen.
 - Die „Breitbandlücke Ost“ (derzeit nur etwa 80 % Verfügbarkeit bis 50 MBit in den ostdeutschen Ländern, zu 90 % im Westen) und die Lücke beim schnellen Mobilfunkstandard müssen vordringlich geschlossen werden.
 - Das nationale und internationale Tourismuskmarketing für ostdeutsche Reiseregionen soll durch den Bund gemeinsam mit den Ländern verstärkt werden. Dabei sollte auch die Einzigartigkeit der ostdeutschen Natur- und Kulturlandschaften herausgestellt werden.
 - Die grenzüberschreitenden Verflechtungsräume der ostdeutschen Regionen nach Osten und Norden sind nicht nur raumplanerisch relevant, sondern von strategischer Bedeutung für Wachstum und Innovation. Ziel muss es sein, ähnlich anspruchsvolle Beziehungen wie zum Beispiel innerhalb der Region Saar-Lor-Lux aufzubauen und vor allem ihre politische Stabilität dauerhaft zu sichern.
- **Entwicklungschancen für ländliche Regionen verbessern:** Die Digitalisierung ermöglicht neue Modelle des Arbeitens und Wohnens. Damit ergeben sich auch für ländliche Regionen – etwa aufgrund niedrigerer Immobilienpreise – neue Entwicklungschancen. Die bisherigen Wachstumsgebiete in Ostdeutschland konzentrieren sich durchgängig in Städten und Metropolregionen. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, ihre Ausstrahlungswirkung in die ländlichen Regionen hinein zu verlängern, um die Vorteile der ländlichen Räume zur Geltung kommen zu lassen. Dazu müssen Innovationskorridore entstehen, welche die großen Städte mit den sie umgebenden ländlichen Räumen verknüpfen bzw. die großen Städte in und um Ostdeutschland verbinden, beispielsweise Leipzig und

¹⁵ Siehe dazu auch die Studie von Oliver Hidalgo und Alexander Yendell: „Akteure und Kulturen der (revolutionären/ transformativen) Gesellschaftsgestaltung“, Anlage X., sowie die Studie von Tom Mannewitz, Florian Ranft und Tom Thieme: Integration und Identität. Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, Anlage XII.

Dresden, Berlin und Hamburg oder Berlin und Stettin. Dazu sollen Infrastruktur-, Innovations-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik strategisch zu einer umfassenden Regional- und Strukturpolitik miteinander verknüpft werden. So kann die wirtschaftliche Dynamik von Hochschulen, großen Unternehmen und Städten in ländliche Regionen hinein ausstrahlen. Neben der Entwicklung solcher Innovationskorridore sollen auch neue Modelle des Lebens und Arbeitens auf dem Land oder die Digitalisierung des Personenverkehrs exemplarisch unterstützt werden.¹⁶

- **Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit stärken:** Regionen können heute – nach dem Wirtschaftsgeografen Richard Florida – nur erfolgreich sein, wenn sie zugleich auf neue *Technologien*, motivierte und gut ausgebildete *Talente* sowie ein hohes Maß an *Toleranz* und Offenheit setzen. Alle drei Faktoren sind auch in den ostdeutschen Ländern erforderlich, um im Inneren ein gedeihliches und erfolgreiches Miteinander zu ermöglichen und nach außen Attraktivität auszustrahlen. Die neuen Länder sind in den kommenden Jahren auf den Zuzug von Fachkräften in besonderer Weise angewiesen. Vor dem Hintergrund des noch immer signifikant höheren Niveaus an Rassismus, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland empfiehlt die Kommission dringend, bestehende Kampagnen und Programme für Weltoffenheit, für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit zu verstetigen und zu verstärken. Das zu gründende Zukunftszentrum kann sich der Frage nach den Bedingungen weltoffener und damit zukunftsfähiger Verhältnisse in Ostdeutschland mit besonderer Vordringlichkeit widmen.¹⁷
- **Ausstrahlungswirkung Berlins erhöhen:** Berlin mit seinen fast 4 Millionen Einwohnern kann eine stärkere Rolle als Wachstumsmotor für ganz Ostdeutschland einnehmen. Hierzu ist eine gezielte Verknüpfung insbesondere der Unternehmen sowie der Forschungs- und Hochschulstandorte Ostdeutschlands mit der Berliner Forschungs- und Wissenschaftslandschaft sowie der Start-up-Szene notwendig. Dazu gehört auch die bessere infrastrukturelle Verknüpfung der verschiedenen ostdeutschen Regionen mit Berlin und seinem internationalen Flughafen.
- **Transformationserfahrungen nutzbar machen:** Die Ostdeutschen haben in den vergangenen Jahren sowohl individuell als auch kollektiv beträchtliche Leistungen beim Umbau der Wirtschaft und des Sozialstaates vollbracht. Diese zeigten sich in den vergangenen drei Jahrzehnten (bisweilen gezwungenermaßen) in besonders hoher Flexibilität und damit auch hohen Abwanderungszahlen. Diese Lebensleistung der „Generation Aufbau Ost“ verdient Anerkennung – nicht zuletzt, weil kollektives Selbstwertgefühl und Lebenszufriedenheit wichtige Aspekte des wirtschaftlichen Erfolgs von Wirtschaftsregionen ausmachen. Die Anerkennung der Lebensleistung von Ostdeutschen bedeutet also zugleich einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur weiteren Entwicklung von Wohlstand und wirtschaftlichem Erfolg. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich auch, Erzählalons, Initiativen für Rückkehrer und Zuwanderer sowie Bemühungen, Hochschulabsolventen für den Berufseinstieg in den Regionen zu halten, stärker finanziell zu unterstützen.¹⁸
- **Transparenz bei Bundeseinrichtungen herstellen:** Bisher schon setzt sich die Bundesregierung für eine gleichmäßige Verteilung von Bundeseinrichtungen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundesgebiet ein. Dazu hat sie eine Clearingstelle im Bundesinnenministerium eingerichtet. Im „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen

¹⁶ Siehe hierzu auch die Studie von Tom Mannewitz, Florian Ranft und Tom Thieme: Integration und Identität. Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, Anlage XII.

¹⁷ Siehe hierzu auch die Studie von Michael Lühmann: Gefährdende und gefährdete Identität, Anlage XI., die Studie von Tom Mannewitz, Florian Ranft und Tom Thieme: Integration und Identität. Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, Anlage XII., sowie die Studie von Oliver Hidalgo und Alexander Yendell: „Akteure und Kulturen der (revolutionären/ transformativen) Gesellschaftsgestaltung“, Anlage X.

¹⁸ Siehe hierzu auch die Studie von Michael Lühmann: Gefährdende und gefährdete Identität, Anlage XI.

Einheit“ soll alle zwei Jahre über die Arbeit der Clearingstelle berichtet werden. Der Bundesregierung wird empfohlen, weiterhin kontinuierlich darauf hinzuwirken, dass neue Bundeseinrichtungen (einschließlich Forschungsinstituten und sonstigen Institutionen) gleichmäßig im Bundesgebiet verteilt sind.

- **Hürden für das Ehrenamt senken:** Bürgerschaftliches Engagement wird auch in Zukunft besonders da gebraucht, wo es am wenigsten ausgeprägt ist: in benachteiligten Quartieren mit hoher Arbeitslosigkeit, in strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen und in ländlichen Gebieten mit ungünstiger demografischer Entwicklung. Die Förderung von Engagement sollte sich deshalb in besonderer Weise auf Orte und Regionen konzentrieren, in denen sozialer Zusammenhalt und Integration besonders dringend gebraucht werden, in denen aber zugleich die Zahl der potenziell engagierten Bürgerinnen und Bürger besonders gering ist. Wenn sich bürgerschaftliches Engagement unterschiedlich ausprägt, muss man auch Unterschiede in der Unterstützung machen. Der Abbau von Schwierigkeiten für ehrenamtliches Engagement und die Vernetzung der Aktiven ist eine Aufgabe, die von ehrenamtlich Tätigen in Ost und West gleichermaßen geteilt wird. Insbesondere der neuen „Deutschen Stiftung Engagement und Ehrenamt“ müssen dafür alle notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Deshalb sollte die Förderung der Engagementstiftung von derzeit 30 Millionen Euro per annum schrittweise aufgestockt werden mit dem Ziel, Engagement dort stärker unterstützen zu können, wo es momentan unterdurchschnittlich entwickelt ist. Die Stiftung soll gerade in der Kleinstförderung (bis maximal 5.000 Euro) flexible Förderinstrumente an die Hand bekommen, da gerade in diesem Bereich viele kleine Vereine vor allem in strukturschwachen und ländlichen Räumen viel Motivation und Stärkung durch eine solche Förderung erfahren würden. Zum anderen muss es mittels der Stiftung ermöglicht werden, Strukturstärkung verlässlich und auf Dauer betreiben zu können, um dem in der Zivilgesellschaft immer

wieder geäußerten Vorwurf der „Projektitis“ entgegenzuwirken.

- **Ehrenamt in dünn besiedelten Regionen intensiver fördern:** Ein besonderes Augenmerk muss auf die Digitalisierung von Unterstützungsangeboten für das Ehrenamt und damit verbunden auch eine Vereinfachung von Bürokratie¹⁹ und Automatisierung von Förderung gelegt werden. Vor dem Hintergrund der weiteren demografischen Entwicklung Ostdeutschlands und der Tatsache, dass in den ohnehin schon dünn besiedelten Regionen der neuen Länder und unter den älteren Mitbürgern die Engagementquote unterdurchschnittlich entwickelt ist, bedarf es besonderer Anstrengungen und Unterstützungsstrukturen in diesen sozialen Gruppen. Die Kommission empfiehlt deshalb eine Erstattung von Mobilitätskosten. Wer sich nicht direkt an seinem Wohnort ehrenamtlich engagiert, sollte eine einfach geregelte Mobilitätskostenerstattung bekommen können. Gerade Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, sollen nicht noch Geld mitbringen müssen, um ehrenamtlich tätig sein zu können. Hierzu sollen der „Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- **Größere Anreize für Spenden, Stiftungen und Sponsoring schaffen:** Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob und inwiefern bei der steuerlichen Behandlung von Spenden und Sponsoring ein zusätzlicher Bonus gewährt werden kann, wenn diese Leistungen in Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf (insbesondere niedrige Bevölkerungsdichte, hohe Arbeitslosigkeit) erbracht werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, welche Anreize – beispielsweise durch Entbürokratisierung – geschaffen werden können, um die Gründung von Stiftungen zu erleichtern (siehe Fußnote 14).
- **Mehr Wahrnehmung schaffen:** In der Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement (Freiwilligensurvey, Engagementbericht) sollten auch Daten erhoben werden über die personelle Repräsentation ostdeutscher Mitglieder in Spitzenpositionen der deutschen Verbands- und

¹⁹ Siehe hierzu Vorschläge in Kapitel 7.5 und in Anlage XVII.



Vereinslandschaft sowie Informationen zu Standorten und Erfahrungen bundesweiter Tagungen und Wettbewerbe. Wünschenswert ist ebenfalls eine Erhebung bzw. ein regelmäßig aktualisiertes

Register von Organisationen, Vereinen, Stiftungen und Verbänden, deren satzungsmäßige Ziele unmittelbar oder mittelbar Themen der Deutschen Einheit zum Gegenstand haben.

d) Die Symbole der Demokratie leuchten lassen

Zukunft gewinnen wir nur mit Mut und Zuversicht. Auf die jüngere Entwicklung unseres Landes – die Friedliche Revolution, den Fall der Mauer, die Wiedervereinigung – sollten wir daher unverkrampft, entspannt und mit Stolz zurückblicken. Großes ist geleistet worden – Großes können wir in Deutschland auch in Zukunft leisten. Einigkeit und Zusammenhalt finden ihren Ausdruck auch in Symbolen. Der positive Zusammenhang zwischen freiheitlich-demokratischer Grundordnung und ihren historischen Farben Schwarz-Rot-Gold soll verstärkt in den Fokus demokratischer Erinnerungspolitik und staatspolitischer Aufklärungsarbeit gestellt werden. Dazu empfiehlt die Kommission:

- **Den „Tag der Deutschen Einheit“ weiterentwickeln:** Der 3. Oktober soll stärker als bisher als „heiterer Nationalfeiertag“ in *allen* Teilen Deutschlands gefeiert werden. Dazu sollen verschiedene Elemente beitragen:
 - Grundsätzlich soll an dem Prinzip festgehalten werden, den Tag der Deutschen Einheit federführend durch dasjenige Land auszurichten, das jeweils den Vorsitz im Bundesrat innehat. Organisatorisch könnte die Ausrichtung des Tages über eine gemeinsame Geschäftsstelle im Bundesrat unterstützt werden.
 - Die Veranstaltungen zum Tag der Deutschen Einheit im jeweiligen Vorsitzland des Bundesrates sollen mit einem mehrwöchigen Ausstellungskonzept und zusätzlichen digitalen Angeboten verbunden werden. Damit soll auch der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Dazu sollen finanzielle Anreize für Klassenfahrten zum Austragungsort des Tages der Deutschen Einheit geschaffen werden.
- Die Kommission empfiehlt, zum Tag der Deutschen Einheit durch den Bundespräsidenten einen „Preis für die Deutsche Einheit und den Zusammenhalt Deutschlands“ zu vergeben. Mit ihm sollen Leistungen und Beiträge zum Zusammenwachsen Deutschlands gewürdigt werden. Die Organisation dazu kann das Zukunftszentrum übernehmen.
- Mit einem dezentralen Veranstaltungskonzept unter dem Titel „#gemeinsamfeiern“ sollen zusammen mit den Ländern flächendeckend Menschen und Regionen in Deutschland in die Aktivitäten zum Nationalfeiertag einbezogen werden. Die Beteiligten sollten die Geschichte der Deutschen Einheit und aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen diskutieren, gemeinsam feiern, im Dialog Zukunftsperspektiven entwickeln und generationenübergreifend den Tag der Deutschen Einheit feiern. Dazu soll der Bund zusammen mit den Ländern 2021 ein Pilotprojekt auflegen.²⁰
- Öffentliche Gebäude sollen rund um den Tag der Deutschen Einheit in den Farben der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union angestrahlt werden.
- Das Gesangsprojekt „3. Oktober – Deutschland singt“ sollte fortgesetzt werden und jeweils mit dem Singen der Nationalhymne abschließen sowie mit einer finanziellen Unterstützung verstetigt werden.
- Öffentliche Museen und Gedenkstätten sollen am 3. Oktober kostenfreien Eintritt bieten und ebenfalls die Nationalfarben tragen. Wenn es möglich ist, sollen sie am 3. Oktober auch einen Programmbezug zur Deutschen Einheit herstellen.

²⁰ Siehe Anlage IV. für ein Konzept zu dezentralen Veranstaltungen und die Ausgestaltung des Pilotprojektes.

- Die zukünftige Gestaltung des Feiertages 3. Oktober sollte die zivilgesellschaftliche Komponente besonders betonen.
- **Der 9. Oktober als „Tag der Demokratie“:**
Am 9. Oktober 1989 demonstrierten etwa 70.000 Menschen in Leipzig. Wider Erwarten unternahm die DDR-Regierung keinen Versuch, den Protest dieser bis zu diesem Zeitpunkt größten Demonstration des Herbstes gewaltsam niederzuschlagen. Als bedeutender Meilenstein der Friedlichen Revolution steht der 9. Oktober stellvertretend für die Würdigung der zahlreichen die gesamte DDR erfassenden Demonstrationen gegen die SED und für die Etablierung freiheitlicher Demokratie. Vor diesem Hintergrund soll der 9. Oktober als „Tag der Demokratie“ stärker im Bewusstsein der Deutschen verankert werden. Dazu bittet die Kommission den Bundespräsidenten, den Bundestag und den Bundesrat, ein gemeinsames Verständnis über die Ausgestaltung eines solchen Tages herzustellen. Die Veranstaltungen zum „Tag der Deutschen Einheit“ sollen mit dem „Tag der Demokratie“ am 9. Oktober inhaltlich verknüpft werden.
- **Der 9. November als neuer Nationaler Gedenktag:** Der 9. November 1989, an dem Bürgerinnen und Bürger der DDR die Öffnung der Berliner Mauer erzwangen, ist der emotionale Höhepunkt der Friedlichen Revolution. Eine große Mehrheit der Deutschen – in Ost und West – verbindet mit diesem Datum wie mit keinem anderen den Zusammenhang von Friedlicher Revolution, Ende des Kalten Krieges und Wiedervereinigung Deutschlands. Zugleich steht der 9. November mit der Reichspogromnacht von 1938 für eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Mit der Ausrufung der ersten deutschen Republik am 9. November 1918 kommt ein weiterer historischer Wendepunkt der deutschen Geschichte hinzu. Im historischen Datum des 9. November verdichten sich somit ganz unterschiedliche, aber jeweils überaus bedeutsame Facetten der deutschen Geschichte. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission, den 9. November als nationalen Gedenktag zu etablieren. Die symbolpolitische Kraft des Datums 9. November soll somit im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien der Bundesrepublik stärker genutzt werden und Identifikation mit der deutschen Geschichte vermitteln. Dazu sollen jeweils zentrale Veranstaltungen mit intensiver Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere von Schülerinnen und Schülern, durchgeführt werden.
- **Schwarz-Rot-Gold als Farben der Demokratie:** Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der Bürgerinnen und Bürger, nicht allein die des Staates. Der positive Zusammenhang zwischen freiheitlich-demokratischer Grundordnung und ihren historisch begründeten Farben Schwarz-Rot-Gold soll verstärkt in den Fokus demokratischer Erinnerungspolitik gestellt werden. Die Sichtbarkeit der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold soll deshalb generell in der breiten Öffentlichkeit erhöht werden – zusammen mit der Europaflagge. Dazu können beispielsweise folgende Elemente beitragen:
 - Wer am 3. Oktober erkennbar die Nationalfarben trägt, soll kostenlos (oder zumindest zu stark reduziertem Tarif) öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.
 - Alle öffentlichen Einrichtungen sollen in Deutschland zwischen dem 3. und dem 9. Oktober die Nationalfarben tragen.
 - Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen 9/10 sowie 12/13 sollen Exemplare des Grundgesetzes sowie die Nationalflagge erhalten.
- **Orte der Demokratie sichtbar machen:** Demokratie- und Freiheitsgeschichte erzählt sich nicht von selbst, sie muss immer wieder neu anschaulich gemacht und attraktiv aufbereitet werden. Angesichts der verstärkten Bestrebungen antidemokratischer und antifreiheitlicher Kräfte ist es notwendiger denn je, die vielfältigen Orte stolzer deutscher Freiheits- und Demokratiegeschichte im Sinne einer konzeptionellen Gesamtaufstellung zueinander in Beziehung zu setzen und miteinander zu verbinden. Ziel muss es sein, ein großes öffentlich bekanntes „Netzwerk Freiheit und Demokratie“ von Orten zu schaffen, die gemeinsam für die Vielfalt deutscher Demokratiegeschichte, demokratische Erinnerungskultur sowie das Streben nach Freiheit und Demokratie stehen. Der Bundesregierung wird deshalb

empfohlen, gemeinsam mit den Ländern und den betroffenen Einrichtungen ein Konzept für die Institutionalisierung solch eines Netzwerks zu erarbeiten und zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, die den Einrichtungen gemeinsame (und aufeinander bezogene) Aktivitäten, eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sowie größere Sichtbarkeit und Bekanntheit ermöglichen.

- **Erinnerungsort zur Friedlichen Revolution:** Am 3. Oktober 2020 hat der Bundespräsident angeregt, über die Ausgestaltung eines Ortes der Erinnerung und Kommunikation an die Friedliche Revolution nachzudenken. Er stellte die Frage: „Aber bräuchten wir nicht einen herausgehobenen Ort, mehr als ein Denkmal, der an die wirkmächtigen Freiheits- und Demokratieimpulse der Friedlichen Revolutionäre erinnert? Einen Ort, der erinnert an die erfüllten, aber auch an die unerfüllten Träume von einer besseren und gerechteren Zukunft? Einen Ort, der daran erinnert, dass die Ostdeutschen ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und sich selbst befreit haben? Das wäre auch ein Ort, der an die vielen Unbekannten und Bekannten erinnert, die der Staatsmacht mutig mit Kerzen in den Händen entgegengetreten sind. Ein Ort, der an die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler erinnert, die dem Zorn, der Unzufriedenheit, aber eben auch der Hoffnung der Menschen Gesicht und Stimme gegeben haben. Ein Ort, der die Geschichte der Friedlichen Revolution weiter erzählt. Ein Ort des Austausches und des Nachdenkens – darüber, wie wir wurden, was wir sind und was andere daraus lernen können.“

Die Kommission unterstützt die Anregung des Bundespräsidenten, einen herausragenden Ort zu schaffen, der an die Freiheits- und Demokratieimpulse der Friedlichen Revolutionäre erinnert. Die Würdigung der historischen Bedeutung der Friedlichen Revolution von 1989 und insbesondere ihre Einbettung in die Freiheits- und Demokratiegeschichte in Deutschland und Europa hat bisher noch keinen zentralen Gedächtnisort gefunden. Dieser Ort soll die Menschen würdigen, die den Sturz der DDR-Diktatur und die anschließende Demokratisierung in der ehemaligen DDR ermöglicht und mitgestaltet haben.

Die Authentizität eines historischen Ortes erleichtert Menschen den Zugang zu einem Ereignis oder Prozess. Das gilt für diejenigen, die selbst Augen- oder Zeitzeugen waren; es gilt erst recht für Menschen, die keine eigene Erfahrung mit einem historischen Vorgang wie der Friedlichen Revolution haben. Ihre Annäherung wird erleichtert durch die geeignete Aufbereitung der Geschichte – der Friedlichen Revolution – sowie Raum für Begegnung und Diskussion über Altersgrenzen hinweg.

- **Paulskirche als Lernort der Demokratie:** Die Friedliche Revolution von 1989 steht in einer weit zurückreichenden Traditionslinie des Strebens nach Freiheit und Volkssouveränität in Deutschland. Ein herausragender Ort der Demokratiegeschichte unseres Landes ist dabei die Frankfurter Paulskirche. Sie war von 1848 bis 1849 Tagungsort der Frankfurter Nationalversammlung, der ersten Volksvertretung für ganz Deutschland. Die Nationalversammlung arbeitete die erste gesamtdeutsche und demokratische Verfassung Deutschlands aus. Die Paulskirchenverfassung legte die Grundlage für spätere deutsche Verfassungen. Die Kommission begrüßt daher nachdrücklich die von Bundespräsident Steinmeier geförderten Bestrebungen, die Paulskirche bis zum 175. Jubiläum der Nationalversammlung zu sanieren und zu einer „modernen Erinnerungsstätte“ sowie einem lebendigen „Lernort der Demokratie“ mit Besucher- und Dokumentationszentrum zu erweitern. Der Frankfurter „Lernort der Demokratie“ und das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit (Arbeitstitel) sollen eng kooperieren und ihre Arbeit inhaltlich miteinander abstimmen.
- **Breite Debatte über nationale Symbole:** Nationale Symbole können eine besondere Emotionalität und Integrationswirkung entfalten. Im Zuge des Vereinigungsprozesses wurde die Chance vertan, eine breite öffentliche Debatte über die nationalen Symbole zu führen und somit zu einer stärken gemeinsamen Identität und zu mehr Selbstverständlichkeit im Umgang mit diesen Symbolen zu kommen. Die Kommission regt deshalb eine breite öffentliche Debatte an. Als geeigneter Ort einer solchen Debatte kommt dafür die „Deutsche Nationalstiftung“ in Betracht.

3. *Einsetzung und Arbeitsweise der Kommission*

In den Jahren ab 2018 war es der Bundesregierung ein besonders vordringliches Anliegen, den 30. Jahrestag des Mauerfalls und den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit als herausragendes Jubiläum zu begehen. Art und Umstände des Jubiläumsgeschehens sollten zugleich ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es sich bei der Deutschen Einheit um einen Prozess handelt, der noch nicht abgeschlossen ist.

Entscheidend war dabei aus Sicht der Bundesregierung, dass das Jubiläum aus Anlass von 30 Jahren Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit dazu beitragen sollte, das gemeinsame Verständnis über die Friedliche Revolution in der DDR, die Wiedervereinigung und den Aufbau Ost, die damit verbundene Transformation der Lebensverhältnisse sowie das Zusammenwachsen von Ost und West zu vertiefen. Die Bedeutung dieser Ereignisse und Entwicklungen für die deutsche und europäische Geschichte sollte gewürdigt werden.

Mit der Einsetzung der „Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ trug die Bundesregierung demzufolge einer wichtigen gesellschaftspolitischen Notwendigkeit Rechnung (siehe Anlage I.). Es ging darum, der öffentlichen Debatte über das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West neue, praxisorientierte und

in die Zukunft gerichtete Impulse zu geben. Immer deutlicher hatte sich gerade in den letzten Jahren vor 2019 gezeigt, dass der bloße Zeitverlauf für sich genommen noch keine Gewähr dafür bietet, den Prozess einer immer engeren Verbindung von Ost- und Westdeutschen entscheidend voranzubringen. Kein Zweifel kann daran bestehen, dass das Zusammenwachsen Deutschlands und die Angleichung der Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft seit 1990 sehr weit vorangeschritten sind. Der Aufbau Ost hat sich auf den allermeisten für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Gebieten als Erfolgsgeschichte erwiesen. Heute geben etwas mehr als die Hälfte der Ostdeutschen an, dass sich ihre Hoffnungen mit Blick auf die Wiedervereinigung im Großen und Ganzen sowie in Teilen erfüllt haben, bei den über 40-Jährigen liegt dieser Wert bei fast zwei Dritteln.¹ Gleichwohl: Die „innere Einheit“ war und ist kein Selbstläufer, sondern bleibt sowohl für unseren demokratischen Staat als auch für unsere Gesellschaft eine fortwährende Aufgabe.

Im vom Bundeskabinett beschlossenen „Konzept zur Durchführung der Feierlichkeiten ‚30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit‘“ (siehe Anlage I.) wird hierzu ausgeführt: „Trotz der eindrucksvollen Erfolge stellt der Stand der deutschen Einheit nicht alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zufrieden. Vor allem in Ostdeutschland

¹ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020 (siehe auch Kapitel 6).



Zusammentreffen der Kommission mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer am 27. Januar 2020

Quelle: Guido Bergmann, Bundesregierung

schmerzen bis heute die Wunden der SED-Diktatur und die tiefen wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach der Wiedervereinigung. Gleichzeitig sind die Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte für viele Bürgerinnen und Bürger mit Sorgen und Verunsicherungen verbunden, die zu neuen Polarisierungen in unserer Gesellschaft geführt haben.“

Auf dem Einsetzungsbeschluss aufbauend hat die Kommission entschieden, auch Handlungsempfehlungen für die nachhaltige Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Integration zu erarbeiten.

3.1 Einsetzung und Auftrag

Am 3. April 2019 beschloss das Bundeskabinett das vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat vorgelegte Konzept zur Durchführung der Feierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ und die Einsetzung einer gleichlautenden Kommission (siehe Anlagen I. und II.). Das Konzept war gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium der Finanzen sowie

dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelt worden und legte dar, wie die sich am 9. November 2019 und am 3. Oktober 2020 zum 30. Mal jährnden Ereignisse der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen begangen werden sollten.

Das Konzept sah folgende Elemente vor:

1. Gründung einer aus 22 Personen bestehenden Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ unter dem Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck. Den Stellvertretenden Vorsitz übernahm zunächst Christian Hirte MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder. Sein Nachfolger in beiden Ämtern, Marco Wanderwitz MdB, übernahm im Februar 2020 auch den Stellvertretenden Vorsitz der Kommission. Die Kommission sollte bis Mitte August 2019 Vorschläge zur Ausgestaltung eines zeitgemäßen Jubiläumskonzepts unterbreiten.

2. Würdigung wichtiger historischer Ereignisse („Meilensteine“) der Jahre 1989/1990, insbesondere Mauerfall (9. November 2019) und Deutsche Einheit (3. Oktober 2020).
3. Bürgerdialoge in den Ländern, die sowohl das Bewusstsein über das Erreichte stärken als auch bestehende Herausforderungen und schmerzliche Erfahrungen offen thematisieren sollten. Im Mittelpunkt sollte die Frage stehen, wie das Zusammenwachsen von Ost und West, das deutsch-deutsche Miteinander und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefördert werden können, um die Lebensqualität in ihren vielfältigen Facetten in allen Regionen landesweit auszuleuchten, zu steigern und engagiert zu gestalten. Dabei sollen aber auch aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen einbezogen werden.
4. Wissensvermittlung: Das Jubiläum sollte zum Anlass genommen werden, um die Erfahrungen des gesellschaftlichen Wandels seit 1989/1990 für gegenwärtige und zukünftige Transformationsprozesse zu nutzen und Begegnung, Kunst und Dialog zu ermöglichen. Hierbei sollte in den Bürgerdialogen die Idee eines Zentrums in Ostdeutschland diskutiert werden, das sich im Geiste der Freiheitsbewegung von 1989 dem weiteren Zusammenwachsen von Ost und West im internationalen Kontext widmet.

Die Kommission hat sich darauf verständigt, neben Deutschland insbesondere die Nachbarländer und Europa in die Weiterentwicklung einzubeziehen.

3.2 Struktur und Arbeitsweise

Wesentliche Aufgaben der Kommission waren die Entwicklung von Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung über die inhaltliche Konzeption des 30-jährigen Jubiläums von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit, die Ausgestaltung und Begleitung von Dialogen zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus Ost und West, die Würdigung wichtiger Meilensteine auf dem Weg zur Deutschen Einheit sowie die Vermittlung von Wissen über die Entwicklungen und Ereignisse vor 30 Jahren.

Zu diesen Themen konferierten die Kommissionsmitglieder nach ihrer konstituierenden Sitzung am 6. Mai 2019 in regelmäßigen Sitzungen sowie Workshops und Klausurtagungen (Sitzungsplan siehe Anlage III.), um Konzepte zur Verwirklichung dieser Ziele zu entwickeln. Dazu gehörte neben der Konzeption und aktiven Beteiligung von Kommissionsmitgliedern an Bürgerdialogen und Meilenstein-Veranstaltungen zur Würdigung der Ereignisse von 1989/1990 auch die Erarbeitung, Beratung und Verabschiedung des hier vorliegenden Abschlussberichtes sowie der Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung. Die Sitzungen der Kommission wurden intensiv genutzt, um thematisch einschlägige Sachverhalte zu diskutieren und politische Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurden in den Sitzungen hierzu auch externe Experten angehört (siehe Anlage III.). Zur umfassenden Bearbeitung einzelner Themen wurden die beiden Unterarbeitsgruppen (UAG) „Meilensteine“ und „Forschung“ sowie die Jury für die Galerie der Einheit (siehe Kapitel 4.9) gebildet.

Am 27. Januar 2020 hatten die Kommissionsmitglieder die Gelegenheit, ihre Konzepte zum Jubiläumsjahr und den Stand der Arbeiten der Kommission mit der Bundeskanzlerin in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren.

Seit März 2020 konnten die zuvor regelmäßig ganztägig stattfindenden Sitzungen der Kommission nicht mehr als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Diese wurden fortan durch Videokonferenzen ersetzt. Zugleich musste die Kommission nach der Absage aller Präsenzveranstaltungen neue Medien- und Online-Formate konzipieren, um auf diese Weise auch weiterhin Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern führen und die ausgewählten Meilensteine auf dem Weg zur Deutschen Einheit würdigen zu können.

Der Abschlussbericht der Kommission wurde in hybriden Klausursitzungen im September, Oktober und November 2020 diskutiert und beschlossen.

Am 3. Dezember 2020 lud die Bundeskanzlerin die Kommissionsmitglieder zu einer Videokonferenz ein, um sich über die Arbeit der Kommission und deren Handlungsempfehlungen auszutauschen.



Kommissionssitzung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Quelle: BMI

Die Kommissionsarbeit wurde auf Staatssekretärs-ebene durch eine im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichtete **Lenkungsgruppe** begleitet (Steuerungseinheit mit finaler Entscheidungsbefugnis zur Umsetzung von Vorschlägen). In der Lenkungsgruppe vertreten waren der Vorsitzende sowie der Stellvertretende Vorsitzende der Kommission, ferner das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Geleitet wurde die Lenkungsgruppe von Staatssekretär Dr. Markus Kerber aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (zugleich Sprecher der Lenkungsgruppe).

Zur operativen Umsetzung des Jubiläumskonzeptes und zur Unterstützung der Arbeit der Kommission wurde per Organisationserlass am 4. April 2019 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine **Geschäftsstelle** „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ eingerichtet, deren Tätigkeit bis zum 31. Dezember 2020 befristet wurde.

Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle gehörten insbesondere der Austausch mit der Kommission und die Abstimmung mit der Lenkungsgruppe bei der Entwicklung und Koordination der Bürgerdialoge und des Meilensteinkonzeptes, die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Kommission sowie die Durchführung aller Veranstaltungs- und Kommunikationsformate.

Personell war die Geschäftsstelle ausgestattet mit Beschäftigten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Bundesministeriums der Finanzen, der jeweiligen Geschäftsbereichsbehörden einzelner Bundesministerien und Beschäftigten aus den Ländern.



Die Kommission tagt als Videokonferenz.

Quelle: BMI

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres

4.1 Konzept und Zielstellungen

Zur Vorbereitung auf die Feierlichkeiten zu 30 Jahren Friedliche Revolution und Deutsche Einheit gehörte die Identifikation von zentralen Ereignissen – den sogenannten „Meilensteinen“ – der Jahre 1989 und 1990. Die Bundesregierung schrieb den Meilenstein-Veranstaltungen in ihrem Einsetzungsbeschluss eine große Bedeutung zu.¹

Die Kommission legte besonderen Wert darauf, mithilfe zentraler Veranstaltungen sowie innovativer Formate zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln gleichermaßen zu würdigen. Bereits in ihrer konstituierenden Sitzung empfahl die Kommission, wesentliche Ereignisse der Friedlichen Revolution in den Blick zu nehmen, und regte die Erinnerung an folgende Meilensteine an:

- **9. September 1989:**
Gründungsaufruf des *Neuen Forums*
- **30. September 1989:**
Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag
- **9. Oktober 1989:**
Montagsdemonstration von etwa 70.000 Menschen in Leipzig
- **9. November 1989:**
Fall der Berliner Mauer und Grenzöffnung

- **18. März 1990:**
Erste und letzte freie Wahl der DDR-Volkskammer
- **1. Juli 1990:**
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
- **31. August bis zum 3. Oktober 1990:**
Zeitraum zwischen Einigungsvertrag und Inkrafttreten der Deutschen Einheit
- **12. September 1990:**
Unterzeichnung des 2+4-Vertrages
- **3. Oktober 1990:**
Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland

Nur die ersten vier Meilensteine konnten jedoch im ursprünglich geplanten Veranstaltungsformat begangen werden. Ab März 2020 zwang die Covid-19-Pandemie die Kommission, für die ausstehenden Meilensteine alternative Formate zu entwickeln und umzusetzen.² Auf Empfehlung der Kommission wurde bei den Meilenstein-Veranstaltungen besonderes Augenmerk auf die folgenden Ziele gelegt:

- **Freiheit und Demokratie:**
Die Erlangung von Freiheit und Demokratie in den Jahren 1989/1990 sollten als Anlass begreifbar werden, stolz auf die eigene Geschichte zu sein und in Deutschland einen positiven demokratischen Patriotismus zu leben.

¹ Siehe Anlage I.

² Siehe Anlage IV. zu den Details der verschiedenen Formate und Veranstaltungen.



- **Verständnis und Dialog:**
Die Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland sollten dazu eingeladen werden, stärkeres Interesse füreinander zu entwickeln und miteinander ins Gespräch zu kommen.
- **Unmittelbarkeit:**
In verschiedenen Formaten sollte die jüngere deutsche Geschichte erlebbar vermittelt werden, um gesamtgesellschaftliche Diskussionen zu ermöglichen.
- **Perspektiven:**
Der Kommission lag daran, übergreifende gesellschaftspolitische Debatten in Deutschland und Europa unter Einbezug möglichst vieler Zielgruppen und Perspektiven anzuregen.
- **Anerkennung und Wissensvermittlung:**
Wissen über die Akteurinnen und Akteure der Friedlichen Revolution sollte in die Breite der Gesellschaft getragen und auch an die kommenden Generationen weitergegeben werden.

4.2 Die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989

Mit dem Gründungsaufwurf für das *Neue Forum* gelang den Akteurinnen und Akteuren der Bürgerrechtsbewegung ein Durchbruch in ihrem Protest gegen das SED-Regime: Am 9./10. September 1989 formuliert und veröffentlicht, endete der Aufruf mit den prägnanten Worten „Die Zeit ist reif“. Der Einsatz der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler sowie die große Mobilisierung der Gesellschaft gegen die SED machten den Erfolg der Friedlichen Revolution sowie den gesellschaftlichen Dialogprozess möglich, der schließlich zur Deutschen Einheit führte.

Die Kommission wählte daher dieses historische Datum für die Auftaktveranstaltung des Jubiläumsjahres. Am 30. Jahrestag trafen ausgewählte Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler von damals und jugendliche Preisträgerinnen und Preisträger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten zusammen. Das Treffen fand in der Schlossanlage Schönhausen im Berliner Bezirk Pankow statt. An diesem Ort hatten ab Dezember 1989 die Treffen des Zentralen Runden Tisches stattgefunden. Die Aufgaben des Runden Tisches waren in erster Linie

die Vorbereitung von freien Wahlen, darüber hinaus Verhandlungen, die zu einer demokratischen Verfassung und zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit führen sollten, und eine Form zivilgesellschaftlicher Kontrolle der DDR-Regierung.

Am Runden Tisch saßen Vertreterinnen und Vertreter der Opposition einerseits sowie der DDR-Regierung, der SED, der DDR-Blockparteien und –Massenorganisationen andererseits zu Verhandlungen, nachdem die neu entstandenen politischen Gruppierungen und Parteien sowie die Kirche den Runden Tisch als informelles Gremium vehement gefordert hatten. Die hierbei geführten Debatten über den zukünftigen Kurs des Staates stießen auf großes öffentliches Interesse. Sie waren Ausdruck für die Ereignisse und die allgemeine Stimmungslage des Spätherbstes 1989 in der DDR insgesamt. Zugleich gewährleisteten sie Gewaltlosigkeit und die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990.

In einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Die Zeit war reif“ gelang den Teilnehmenden ein generationenübergreifender Blick auf den Herbst 1989. Zwei Fragen prägten die Gespräche: Was war anders im September vor 30 Jahren als in der Zeit davor? Was löste damals die Aufbruchsstimmung und den Mut zum friedlichen Aufbegehren aus? Mit der Veranstaltung gelang es, die historische Rolle der Bürgerrechtsbewegung zu würdigen und verschiedene Generationen über die damaligen Ereignisse ins Gespräch zu bringen. Anwesend waren auch Vertreterinnen und Vertreter von Aufarbeitungs- und Opfernverbänden sowie der Initiative *Dritte Generation Ostdeutschland*, die für persönliche Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung standen.

4.3 Flucht- und Ausreisebewegung

„Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ – Dieser wohl berühmteste unvollendete Satz der deutschen Geschichte, gesprochen von Bundesaußenminister Genscher auf dem Balkon der Prager Botschaft, steht für einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Ausreise und Flucht von Bürgerinnen und Bürgern hatten die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR von

Anfang an gekennzeichnet. Die Ereignisse im Sommer und Herbst 1989 waren schließlich ein für die gesamte Welt ersichtliches Indiz für die Erosion der SED-Herrschaft. Daher entschied sich die Kommission für die Würdigung jener Ereignisse durch mehrere Veranstaltungen, die vom 27. bis zum 30. September 2019 in Dresden und Prag stattfanden. Sie wurden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft Prag und der Deutschen Bahn realisiert.

Zunächst fand in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden am Abend des 27. September 2019 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Flucht und Ausreise“ als wesentlichem Faktor bei der Destabilisierung der DDR statt. Am darauffolgenden Morgen reisten 250 geladene Gäste und Zeitzeugen mit einem historischen Sonderzug von Dresden zu einem „Fest der Freiheit“ nach Prag. Es handelte sich hierbei um denselben Zug, der 30 Jahre zuvor die Flüchtlinge in der Deutschen Botschaft aus Prag über DDR-Gebiet nach Hof in Bayern gebracht hatte.

Am Bahnhof Prag-Libeň wurde der historische Zug vom Deutschen Botschafter in der Tschechischen Republik sowie von Protagonisten der damaligen Ereignisse empfangen. Ferner wurde am Bahnhofseingang die Gedenktafel „Über Prag in die Freiheit“ enthüllt. Anschließend fanden in der Botschaft ein „Fest der Freiheit“ und ein Empfang des Botschafters statt. Am 28. September erfolgte die Rückfahrt nach Dresden, wo im Hauptbahnhof am selben Abend eine Diskussionsveranstaltung und eine Ausstellungseröffnung mit dem Titel „Zeitreise '89 – Zwischen Hoffen und Bangen“ stattfanden. Hiermit wurde an die Tumulte mit Polizeieinsatz vor 30 Jahren bei der Durchfahrt der Züge erinnert.

4.4 Demonstrationsbewegung im Herbst 1989

Die DDR-weiten Demonstrationen gegen die SED waren zentraler Bestandteil der Friedlichen Revolution. Vor diesem Hintergrund würdigte die Kommission den 9. Oktober 1989 als besonderen Meilenstein. An diesem Tag hatten etwa 70.000 Menschen in Leipzig demonstriert. Es kam nicht zur befürchteten Gewalt vonseiten des Staates. Stattdessen kapitulierte die SED angesichts der Menschenmassen. Seit 2009 wird daher in Leipzig

jedes Jahr mit dem „Lichtfest“ an dieses wichtige Ereignis erinnert, so auch am 9. Oktober 2019, an dem mehrere Mitglieder der Kommission teilnahmen. Auf digitalen Informationsstelen im Gewandhaus Leipzig, in dem am Vormittag der Festakt stattfand, sowie auf der digitalen Großbildleinwand auf dem Augustusplatz wurden Videos aus der Kampagne *Deutschland ist eins: vieles. gezeigt.*

Zeitgleich mit den Geschehnissen in Leipzig kam der Gethsemanekirche am Prenzlauer Berg in Berlin während der Friedlichen Revolution eine wesentliche Bedeutung zu. Hier hatten Anfang Oktober 1989 Mitglieder des *Weißenseer Friedenskreises*, der *Umwelt-Bibliothek* und der *Kirche von Unten* zu Mahnwachen anlässlich des ungewissen Schicksals der in Leipzig inhaftierten Demonstrantinnen und Demonstranten aufgerufen. An diesem Ort hat die Kommission in Kooperation mit der Evangelischen Kirchengemeinde Prenzlauer Berg Nord am 9. Oktober 2019 diesen Meilenstein mit einer „Nacht der Lichter“ gewürdigt, deren zentrale Botschaft „Nicht wegsehen“ lautete. Die Gedenkfeier, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Kommissionvorsitzende Matthias Platzeck teilnahmen, erinnerte auf eindrucksvolle Weise an die dramatischen Ereignisse von damals und die unveränderte Aktualität von Zivilcourage, Solidarität und friedlichem Widerstand gegen Hass, Ausgrenzung und politische Verfolgung.

4.5 Mauerfall am 9. November 1989

Der 9. November ist einer der ambivalentesten Tage der deutschen Geschichte. An ihm wurde 1918 die erste deutsche Republik ausgerufen. Zugleich markiert er den gescheiterten Hitlerputsch von 1923 sowie die Novemberpogrome 1938 und damit das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte überhaupt. 1989 wurde an diesem Tag die Berliner Mauer, das symbolträchtigste Zeichen deutscher Teilung, überwunden. Die Bilder freudetaumelnder Menschen in der Nacht des 9. November 1989 sind weltweit für immer präsent. Viele Menschen, die den Tag bewusst miterlebten, wissen 30 Jahre später noch bis ins Detail, wo sie sich gerade aufhielten, als sie die Information über den Fall der Mauer erreichte. Der 9. November 1989 ist deshalb als Tag des Mauerfalls und der Grenzöffnung im kollektiven Gedächtnis unseres Landes positiv und



emotional verankert. Um die Ereignisse rund um diesen Meilenstein zu würdigen, wurde an seinem 30. Jahrestag das „längste Gespräch Deutschlands“ geführt. Entlang der knapp 1.400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze von einst wurde gemeinsam an die Erfahrungen der Menschen im geteilten Deutschland und das Glück der offenen Grenze erinnert. An vier Orten (Hof, Geisa, Zicherie/Böckwitz und Ratzeburg) kamen Mitglieder der Kommission sowie weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit Bürgerinnen und Bürgern aus der Region zusammen, um über ihr Erleben des Mauerfalls und seine Folgen zu sprechen. 26 weitere Standorte entlang der Grenze wurden durch vorproduzierte Kurzreportagen eingebunden.

Ohne Entwicklungen in der internationalen Politik wären die Revolution in der DDR und der Mauerfall nicht möglich gewesen. Um dieser Einsicht Rechnung zu tragen, hatte die Kommission zeitgleich zu einer Veranstaltung mit der Bürgerrechtlerin Kathrin Mahler Walther, dem ungarischen Schriftsteller György Dalos und dem tschechisch-deutschen Schriftsteller Jan Faktor sowie etwa 20 Studierenden des Studienganges Public History der Freien Universität Berlin eingeladen. Die Teilnehmenden trafen sich unter anderem zu einer Diskussionsrunde unter dem Motto: „Der Mensch vergisst. Damit er das nicht tut, brauchen wir Zeitzeugen.“

4.6 Volkammerwahl am 18. März 1990

An diesem Tag konnten die Bürgerinnen und Bürger in der DDR erstmals in freier und geheimer Wahl für die Liste einer unter mehreren konkurrierenden Parteien stimmen. 93 % aller Wahlberechtigten machten hiervon Gebrauch. Mit der Wahl setzte die DDR-Bevölkerung ein weltweit sichtbares Zeichen für Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit. Weil der 18. März auf mehrere wichtige Daten der Geschichte der Demokratie in Deutschland (Volkammerwahl 1990, Märzrevolution 1848, Ausrufung der Mainzer Republik 1793) verweist, beschloss die Kommission, das Thema „Repräsentative Demokratie“ in den Fokus der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Mit der Diskussionsveranstaltung „Die erste frei gewählte Volkammer – eine Sternstunde der deutschen Parlamentsgeschichte“ plante die Kommission, am 18. März 2020 in Berlin an das demokratiegeschichtlich wichtige Ereignis zu erinnern. Kurzfristig musste die geplante Veranstaltung aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden.

Die geplanten Inhalte der Veranstaltung wurden in ein digitales Format übertragen und stehen Interessierten auf der Webseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de zur Verfügung. Entlang der drei Kapitel „Das Parlament“, „Die Regierung“ und „Historische Würdigung“ bieten diese die Möglichkeit zu vertiefter Beschäftigung mit der Materie. Ergänzend wurden Lehrmaterialien durch die Kommission in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung zum Tag des 18. März in der deutschen Demokratiegeschichte zusammengestellt. Kultus- und Bildungsministerien des Bundes und der Länder wurden über die Materialien informiert und zur Behandlung des Themas in Bildungseinrichtungen eingeladen. Die Kommission regte bei den Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage und Kommunen an, der ersten freien Volkammerwahl feierlich zu gedenken und dabei vor allem junge Menschen einzubeziehen.

4.7 Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990

Am 1. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf Grundlage eines Staatsvertrages in Kraft. Die Kommission beschloss, diese bedeutende politische Weichenstellung mit einer Veranstaltungsreihe zu würdigen. Ziel sollte es sein, mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in verschiedenen Regionen Deutschlands ins Gespräch zu kommen, um einen breiten und zugleich regional ausdifferenzierten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. In Kooperation mit der *Deutschen Gesellschaft e. V.*³ wurden hierfür fünf Regionalkonferenzen im Zeitraum von April bis Juli 2020 geplant.

³ Die *Deutsche Gesellschaft e. V.* ist ein eingetragener überparteilicher Bürgerverein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Deutschland und Europa. Er wurde im Januar 1990 von Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft beider deutscher Teilstaaten gegründet.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie konnte dieses Veranstaltungskonzept nicht verwirklicht werden. Stattdessen wurde die Grundidee in drei Podcast-Produktionen mit regionalen Schwerpunkten unter dem Titel „Die Einheit vor der Einheit: 30 Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ übertragen. Die Gesprächsrunden – jede eingeführt durch einen wissenschaftlichen Impulsvortrag – nahmen jeweils die Regionen Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet und Sachsen in den Blick. Ab Ende Juni standen die drei Podcasts auf der Webseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de sowie auf der Projekthomepage der *Deutschen Gesellschaft e. V.* zum Abruf bereit. Interviews mit Kommissionsmitgliedern in den Medien zum Thema flankierten die Podcast-Reihe. Ein Expertenbericht, der die drei Diskussionsrunden sowie die Einsendungen der Bürgerinnen und Bürger evaluierte, wurde der Kommission im Juli 2020 übergeben.

4.8 Abschluss der 2+4-Verhandlungen am 12. September 1990

Die Herstellung der Deutschen Einheit wäre ohne den 2+4-Prozess nicht möglich gewesen. Zugleich war die Überwindung der Jalta-Nachkriegsordnung die Voraussetzung für das neue Europa. Zur Würdigung des Meilensteins „Unterzeichnung des 2+4-Vertrages“ war daher ursprünglich eine dreitägige Konferenzveranstaltung mit jungen, engagierten Erwachsenen in Berlin oder Potsdam geplant.

Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Mitglieder des Europäischen Parlaments aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie Parlamentarier aus Großbritannien, Russland und den USA, jeweils im Alter bis circa 35 Jahren, sollten hierbei die Idee und die Zukunft von Europa diskutieren. Damit sollten das Vertragswerk und seine Bedeutung als Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen und Europäischen Einheit gerade auch für die junge Generation von heute gewürdigt werden.

Aufgrund der Covid-19-Kontaktbeschränkungen musste die geplante Veranstaltung abgesagt werden. Kernelemente des angepassten Meilenstein-Konzeptes waren drei Paneldiskussionen, die von den Fernsehsendern *Phoenix*, *ARD-alpha* und *Deutsche Welle* ausgestrahlt wurden. An ihnen nahmen Mitglieder der Kommission sowie Expertinnen

und Experten aus Wissenschaft, Politik und Journalismus teil. Folgende Fragen wurden erörtert:

- Warum und wie kam mit dem 2+4-Vertrag innerhalb so kurzer Zeit ein so weitreichender Vertragsabschluss zustande? Was bedeutete dies für Europa?
- Stehen wir angesichts aktueller Herausforderungen erneut an einem Scheidepunkt in der Geschichte Europas? Wie haben die Prinzipien der globalen Verantwortung zur Zeit des 2+4-Vertrages funktioniert? Welche Lehren lassen sich daraus für das heutige und für das zukünftige Europa ziehen?
- Wird der 2+4-Vertrag im Rahmen der Erinnerungspolitik der Bundesregierung, der Museums- und Gedenkstättenarbeit ausreichend gewürdigt? Welchen Stellenwert hat das Vertragswerk in Bildungseinrichtungen? Was kann getan werden, um seine Bedeutung auch für nachfolgende Generationen greifbarer zu machen?

Ab dem 1. September 2020 wurde über die Webseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de historisches Dokumentationsmaterial bereitgestellt.

4.9 Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990

„Aus ganzem Herzen empfinden wir Dankbarkeit und Freude – und zugleich unsere große und ernste Verpflichtung.“ Mit diesen Worten stimmte Bundespräsident Richard von Weizsäcker im ersten gesamtdeutschen Staatsakt am 3. Oktober 1990 in Berlin die Bürgerinnen und Bürger auf bevorstehende Herausforderungen ein. Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 war rechtskräftig beschlossen worden, dass die DDR am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik beitreten sollte. Nach über 40 Jahren Trennung wurde die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt und der 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Nationalfeiertag bestimmt.

Im Jubiläumsjahr bildete der 3. Oktober 2020 den Abschluss eines mit Meilensteinveranstaltungen, Begegnungen und Dialogen sowie begleitender Wissensvermittlung gefüllten Jahres. Er musste

jedoch aufgrund der Covid-19-Pandemie anders gefeiert werden als zunächst geplant: ohne großes Bürgerfest, ohne Festmeile und Konzerte, ohne Gäste in großer Zahl. Für zukünftige Feierlichkeiten erarbeitete die Kommission unter anderem ein dezentrales Festkonzept (siehe Anlage V.).

Für das Jahr 2020 entschied sich das Land Brandenburg, das die Bundesratspräsidentschaft inne hatte und die zentralen Veranstaltungen organisierte, unter dem Motto „30 Jahre – 30 Tage – 30 x Deutschland“ für eine „EinheitsEXPO“ unter freiem Himmel. Vom 5. September bis zum 4. Oktober 2020 präsentierte sich – neben den Ländern und den Verfassungsorganen – auch die Kommission mit Ausstellungen, Installationen, Exponaten und einem Ausstellungskubus.

Auf dem Luisenplatz in Potsdam initiierte die Kommission die *Galerie der Einheit*. An der Außenseite der Installation fügten sich von Bürgerinnen und Bürgern eingereichte Beiträge zum Thema *Deutschland ist eins: vieles.* zu einem dynamischen Kunstwerk zusammen. Im Innenraum des Kubus präsentierten zehn Künstlerinnen, Künstler und Künstlergruppen an jeweils 3 Tagen künstlerische Interventionen zum Thema „30 Jahre Deutsche Einheit – 3 x 10: Unsere Zukunft neu denken“, die zuvor von einer Jury, bestehend aus Ulrike Kremeier, Dr. Susanne Rockweiler, Katrin Budde, Dr. Judith C. Enders und Annette Simon, ausgewählt wurden. Die Installation wurde in einer virtuellen Ausstellung digital abgebildet, um Menschen weltweit die Teilnahme am 30. Jahrestag der Deutschen Einheit zu ermöglichen. Die Resonanz der Besucherinnen und Besucher im Netz als auch jener in Potsdam selbst war ausgesprochen positiv.⁴



Ausstellung im Stadtkanal

Quelle: artecom

⁴ Ein Katalog in einer Druck- und in einer Online-Fassung ist geplant.

Folgende Kunstschaffende waren mit ihren Werken Teil der Installation:

Angela Lubič und Gunhild Kreuzer:

„Schatz, wir müssen reden“ oder die Frage nach dem ZUSAMMEN WACHSEN

Sabine Herrmann und Klaus Killisch:

Making Love Revolutionary

Wolfgang Schmiedt und Geertje Marquardt:

Von Herzen... (*alles Gute*)

Philip Kojo Metz:

Wagner 2025: Future Race

Martin Hoffmann:

Gestückelte Biografien – Schichten – zusammengesetzte Identitäten

Yana Smetanina:

Spätaussiedler*innen. Die verlorenen Zweige

fem.dok (Nadja Smith, Dörte Grimm, Amanda Groschke, Margret Hoppe, Ina Schoenenburg und Sven Gatter):

1x ZUKUNFT UND ZURÜCK

OSTKREUZ (Sibylle Bergemann, Annette Hauschild, Harald Hauswald, Ute Mahler, Werner Mahler, Thomas Meyer, Maurice Weiss und Sebastian Wells):

23 x DEUTSCHLAND

Paul Wiersbinski:

Heimatmaschine

Albert Markert:

Haus Deutschland – 2 Haushälften

Die Kommission hatte sich bewusst entschieden, in den Mittelpunkt ihrer Präsentation die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold zu stellen. Die Kommission sieht darin einen identitätsstiftenden Beitrag, der an die demokratische und freiheitliche Tradition der Bundesrepublik erinnert, und erhofft sich davon, dass die Nationalfarben stärker in das kollektive Gedächtnis der Deutschen einfließen. Deshalb war das gesamte Areal der EinheitsEXPO mit Lichtsäulen ausgestattet, welche die Farben der Nationalflagge,

das Herz-Logo der Kommission und den Sternenkranz der Europäischen Union bei Dunkelheit aufleuchten ließen und damit auch die Exponate der EinheitsEXPO verbanden und Besuchenden als Wegweiser über das Gelände dienten.

Die begehbare Ausstellung „*Auf dem Weg zur Deutschen Einheit*“ vermittelte Wissen über die historischen Meilensteine der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit sowie die Arbeit der Kommission im Jubiläumsjahr. Ein besonders beliebtes Fotomotiv am Ende der Ausstellung war eine großformatige Installation des 30-Jahre-Herz-Logos des Jubiläumsjahres inmitten von Bändern in den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold.

Am 12. September wurde dem Jubiläum des 2+4-Vertrags auf der EinheitsEXPO ein Thementag gewidmet. Auf Infoscreens in der Innenstadt zeigte die Kommission einen Videoclip, der an die Unterzeichnung des Vertrages erinnert und nach seiner Bedeutung für heute fragt. Meinungen von Besucherinnen und Besuchern dazu wurden eingefangen und in einem Kurzvideo festgehalten.

4.10 *Deutschland ist eins: vieles.* Kommunikation des Jubiläumsjahres

Das Jubiläum anlässlich von 30 Jahren Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit erinnert an einen Glücksfall der deutschen Geschichte, der im Jubiläumsjahr in Ost und West gleichermaßen Würdigung erhalten soll. Vor dem Hintergrund des in Kapitel 3 dargelegten Auftrags der Kommission wurden die übergeordneten Ziele der Kommunikationsarbeit im Jubiläumsjahr folgendermaßen definiert:

- Anregung einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit sowie erbrachter Transformationsleistungen.
- Sichtbarmachen der Anliegen der Bundesregierung sowie der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“.
- Integration der aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen im Rahmen des Jubiläums.



Zu Beginn der Planungen wurden insbesondere die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 und die Fußball EM 2020 in die Überlegungen integriert, um mit internationalen und europäischen Partnern das Jubiläum zu würdigen. Aufgrund der Einschränkungen durch das Infektionsschutzgesetz im Zuge der Corona-Pandemie musste die Veranstaltungs- und Kommunikationsplanung insbesondere in dieser Hinsicht angepasst werden. Veranstaltungen ab Frühjahr 2020, für die begleitende kommunikative Maßnahmen geplant waren, wurden ebenso wie originäre Präsenzveranstaltungen der Kommission aufgrund der Corona-Auflagen abgesetzt und in den digitalen Raum verlagert.

Hinsichtlich der Botschaften zum Jubiläumsjahr richtete sich die Kommunikation an den Inhalten des Kabinettsbeschlusses aus. Dort hieß es: „Die Jubiläumsjahre sollen das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.“ Die Kommunikation zielte deshalb stark auf *den Dialog, die Begegnung und das Gespräch miteinander* ab. Die Kommunikation und die Maßnahmen im Jubiläumsjahr sollten insbesondere dazu dienen, die *Neugier aufeinander (wieder) zu wecken* und die Bevölkerung miteinander ins Gespräch zu bringen: zwischen Ost und West sowie zwischen verschiedenen Generationen. Darüber hinaus ging aus dem Kabinettsbeschluss die Botschaft hervor, die *Transformationsleistungen der Ostdeutschen* stärker anzuerkennen. Insbesondere die gravierenden Veränderungen und ihre Folgen in den Jahren nach dem Fall der Mauer anzuerkennen und zu benennen prägten das 30. Jubiläum von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit.

Die Kommunikation zum Jubiläumsjahr richtete sich deshalb an die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und berücksichtigte die Heterogenität durch die Entwicklung unterschiedlicher Kommunikationskanäle, -maßnahmen und Ansprachen. Hervorgehoben werden sollten insbesondere zwei Zielgruppen, die im 30. Jahr des Gedenkens und Feierns besonders angesprochen werden sollten, um im Sinne einer Staffelstabübergabe im 30. Jubiläumsjahr die Weitergabe der Erinnerung an nachfolgende Generationen möglich zu machen:

- die Generation der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Ost und West
- die Generation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche die Erinnerung für die Zukunft wachhalten soll, selbst aber keine Erfahrung mehr mit dem geteilten Deutschland hat.

Die Mitglieder der Kommission machten sich in ihren ersten Sitzungen besonders für die Ansprache von schwer erreichbaren Zielgruppen stark, z. B. bildungsferne Milieus. Dieser Wunsch wurde bei der Planung und der Durchführung aller Kommunikationsmaßnahmen berücksichtigt.



Deutschland ist eins: vieles.

Für einen einheitlichen Auftritt im Jubiläumsjahr verständigte sich die Kommission auf ein Corporate Design. Entwickelt wurde hierfür der Claim *Deutschland ist eins: vieles.* sowie eine Wort-Bild-Marke mit einem (pulsierenden) Herz in Schwarz-Rot-Gold. Ziel war es, das Verbindende in den Mittelpunkt zu rücken – über alle gesellschaftlichen Kontroversen hinweg. Das Jubiläum selbst wurde öffentlich einprägsam im Herbst 2019 mit der Kampagne *Deutschland ist eins: vieles.* eingeläutet.

Die Kommunikationsmaßnahmen waren mit den anderen Aktivitätsfeldern des Jubiläumsjahres – wie den Begegnungs- und Dialogformaten sowie den Meilensteinveranstaltungen – eng verzahnt. Zielsetzung war es, jede Veranstaltung zu nutzen, um Wissen über die Entwicklungen von vor 30 Jahren zu vermitteln und das Verständnis für die nationalen und internationalen Zusammenhänge zu fördern, die von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit führten, sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR auf dem Weg zur Deutschen Einheit zu würdigen.

Unter anderem wurde hierfür auf der Internetseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de ein gesonderter Wissensbereich eingerichtet, der eine nach verschiedenen Wissensgebieten und Themen strukturierte umfassende Linksammlung enthält und downloadbare Lern- und Schulmaterialien bereitstellt. Weiter-

hin wurden die Social-Media-Kanäle konsequent zur Verbreitung von Wissensinhalten genutzt. Schließlich wurde um den 3. Oktober 2020 ein Quiz entwickelt.

Die Omnipräsenz und die Thematisierung von ökonomischen, individuellen und sozialen Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in der medialen Berichterstattung stellten zentrale Herausforderungen für die Kommunikationsarbeit anlässlich des Jubiläumsjahres dar. Es galt, eine Strategie zu finden, mit der sich die konzeptionellen und wichtigen Ziele – Dialoge führen, Meilensteine würdigen und Wissen vermitteln – unter den aktuellen Umständen weiterverfolgen ließen. Die für das Jubiläumskonzept bestimmende und auf den gemeinsamen Dialog ausgerichtete Frage *Wie wollen wir miteinander leben?* sollte explizit zum verbindenden Leitmotiv werden, das alle kommunikativen Maßnahmen verband. Die Leitfrage *Deutschland ist eins vieles: Wie wollen wir miteinander leben?* sollte verstärkt pressemedial, digital und öffentlichkeitswirksam in Deutschland zur Diskussion gestellt werden – ohne dabei – vom Corona-Diskurs geleitet – den thematischen Rahmen des Jubiläumsjahres zu verlassen, sondern diesen vielmehr in vielen weiteren Fragestellungen zu akzentuieren:

Wie wollen wir ...

... miteinander leben?

... miteinander das in Ost und West Geleistete würdigen und anerkennen?

... miteinander aus unserer Geschichte lernen?

... miteinander feiern?

... miteinander der Meilensteine auf dem Weg zur deutschen Einheit gedenken?

... uns als Deutsche identifizieren, und welche Rolle sollen bei der Frage nach unserer Identität Staatssymbole spielen?

... miteinander den im Jubiläumsjahr angestoßenen Dialog fortsetzen?

... Wissen insbesondere an die junge Generation vermitteln?

Dies mündete u. a. in folgende Kommunikationsmaßnahmen:

- eine umfassende Social-Media-Offensive mit professioneller Unterstützung, die einen intensiven Austausch zur Frage nach dem Miteinanderleben in den sozialen Netzwerken initiierte;
- eine pressemediale Kommunikation, welche die aufgrund der Corona-Pandemie ins Digitale verlagerten neuen Meilenstein-Gedenkformate zum 1. Juli, 12. September und 3. Oktober unter der Frage *Wie wollen wir miteinander gedenken?* zusammenfasste und über 300.000 Aufrufe innerhalb eines Jahres verzeichnete;
- eine Anpassung und systematische Optimierung der kommunikativen Infrastruktur (Webseite, Social-Media-Kanäle) der Geschäftsstelle;
- eine gezielte Realisierung von Medienkooperationen, bei denen die Frage nach dem Miteinanderleben bei der Konzeption im Mittelpunkt stand;
- sowie ein Online-Quiz als Kooperationsprojekt der Kommission mit Quizduell, bei dem innerhalb von 14 Tagen rund 260.000 Menschen mitspielten.

Die oben dargelegten Strategieüberlegungen wurden mit zahlreichen und stark unterschiedlichen Maßnahmen hinterlegt.

Die Kommunikationskanäle

Die zentrale Kommunikationsplattform für das Jubiläumsjahr war die Internetseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de, auf der alle Aktivitäten des Jubiläumsjahres öffentlich sichtbar und jederzeit abrufbar präsentiert wurden. Benutzerfreundlich sollte die Webseite informieren, Anmeldungen zu Veranstaltungen der Kommission ermöglichen, sämtliche Jubiläumsaktivitäten begleitend abbilden und zur Wissensvermittlung beitragen. Vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde zusätzlich zur deutschen Sprachversion eine englische Version der Jubiläumsw Webseite realisiert, die internationalen Besucherinnen und Besuchern Informationen zur



Arbeit der Kommission im Jubiläumsjahr bereitstellte.

Über eine Vielzahl unterschiedlicher Social-Media-Aktivitäten und -Formate, die auch auf der Startseite der Jubiläumswebseite gespiegelt wurden, konnten Inhalte des Jubiläumsjahrs auch weiteren Personenkreisen vermittelt werden. Hierfür wurden vier Plattformen ausgewählt, die mit Blick auf unterschiedliche Zielgruppen und Arten der Mediennutzung komplementär wirkten: Facebook, Instagram, Twitter und YouTube.

Zum Start des Jubiläumsjahres wurde auf allen Plattformen die Kampagne *Deutschland ist eins: vieles.* verbreitet, indem Motive und inhaltliche Bestandteile der Kampagne auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten ausgespielt wurden. Die Nutzerinnen und Nutzer der Kanäle wurden eingeladen, die Beiträge zu kommentieren und ihre Gedanken zu den durch die Motive und dem Claim aufgeworfenen Fragen mitzuteilen. Diese Kommentare wurden wiederum durch ein aktives Community-Management gesichtet und beantwortet, um dem dialogischen Anspruch des Jubiläumsjahres auch an dieser Stelle zu entsprechen.

Die Reihe *Deutschland im Gespräch* und die Meilensteine wurden über die Social-Media-Kanäle zum Jubiläumsjahr intensiv und umfassend kommuniziert. Ebenso wurden die weiteren Aktivitäten der Kommission, etwa zu den Meilensteinen des Jubiläumsjahres, kontinuierlich begleitet und der jeweiligen Plattform und den dort präsenten Zielgruppen entsprechend aufbereitet. Außerdem wurden eigene Formate entwickelt, die den Nutzerinnen und Nutzern Anreize boten, sich mit den Themen des Jubiläumsjahres auf unterschiedliche Weise auseinanderzusetzen, etwa Posts zu historischen Gedenktagen und Wegmarken des Einheitsprozesses, Diskussionen zu spezifischen Themen und Fragen, eine Vorstellungsreihe von Erinnerungsorten, thematische Erklärvideos oder ein Quiz zur Deutschen Einheit. Social-Media-Aktivitäten und -Beiträge der Bundesregierung, nachgeordneter Behörden und thematisch relevanter Institutionen wurden regelmäßig geteilt, die ihrerseits die Inhalte der Social-Media-Kanäle zum Jubiläumsjahr aufgriffen.

Die Kampagne *Deutschland ist eins: vieles.*

Die Kommunikationskampagne *Deutschland ist eins: vieles.* betonte durch die Anzahl der 19 Motive die Vielfalt Deutschlands und läutete das Jubiläumsjahr kommunikativ sichtbar und hörbar ein. Sie wurde für acht Wochen vom Herbst 2019 bis kurz vor Weihnachten 2019 konzipiert und durchgeführt. Sie sollte humorvoll und mit einem Augenzwinkern typisch deutsche Eigenarten und Klischees hervorheben und durch die Vielzahl der Motive die Vielfalt des Landes aufzeigen. Hierbei wurden die Motive als Standbilder und als Bewegtbild (Videos) produziert.

Dazu wurde ein Maßnahmenmix mit Breitenwirkung (Bevölkerung insgesamt) sowie konkreter Ansprache von über 60-Jährigen sowie unter 30-Jährigen kombiniert. Hieraus ergab sich die Buchung von Medienplätzen in „Out of home“ (Außenwerbung)-Formaten (überwiegend digital) sowie Social-Media- und TV-Formaten für die ältere Zielgruppe. TV-Spots wurden im privaten Fernsehen gebucht. Vor dem Hintergrund der Besonderheit des Themas wurde auch Wert darauf gelegt, dass die Mediabuchungen und -platzierungen in ost- und westdeutschen Ländern gleichmäßig erfolgten. Dies bedeutete auch, dass von der regulären Systematik von Media-Buchungen abgewichen wurde, um auch Städte unter 100.000 Einwohnern kommunikativ zu erreichen. Als Abschluss der ersten Phase der Kommunikationsmaßnahmen im Jubiläumsjahr wurde die Kampagne für die Weihnachtszeit in Postkartenmotive transferiert und in Gastronomie- und Restaurantbetrieben ausgelegt.

Die Jubiläumswebseite www.deutschland-ist-eins-vieles.de bot und bietet einer breiten Öffentlichkeit vielfältige Einblicke in die Arbeit der Kommission und die geplanten und durchgeführten Feierlichkeiten. Sie verzeichnete bis Mitte November 2020 rund 300.000 Aufrufe. Mit Ablauf des Jubiläumsjahres wurden die Inhalte zentral auf die Internetseiten der Bundesregierung (bundesregierung.de) und des Bundesinnenministeriums (bmi.bund.de) übertragen, um die Bedeutung der Kommission als Initiative der Bundesregierung zu unterstreichen und ihre Arbeit auch in Zukunft zu präsentieren.

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres



■ Heimat



■ Trendsetter



■ Gartenfreunde



■ Prinzipientreu

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres



■ Aufgeschlossen



■ Naturwunder



■ Feinschmecker



■ Hundeliebe

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres



■ Trabi



■ Geregelt



■ Gartenzwerge



■ Der Rhein

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres



■ Küsten



■ Reisebegeistert



■ Karneval



■ Naturverbunden

4. Meilensteine des Jubiläumsjahres



Keine Gewalt



Berliner Mauer



■ Die Grenzöffnung

5. *Deutschland im Gespräch – Begegnungs- und Dialogformate zwischen Ost und West*

5.1 Konzept der Begegnungs- und Dialogformate

Bereits im Kabinettsbeschluss vom April 2019 wurde der Dialog der Bürgerinnen und Bürger als eines der zentralen Ziele des Jubiläumsjahres formuliert. Diesem Auftrag folgend, verständigte sich die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ auf das Veranstaltungsformat **„Deutschland im Gespräch: Wie wollen wir miteinander leben?“**, das ab November 2019 in die Tat umgesetzt wurde. Dieses Konzept sah bis Mai 2020 16 Begegnungs- und Dialogveranstaltungen zwischen ost- und westdeutschen Partnerstädten vor, deren Ergebnisse in einer zentralen Abschlusskonferenz zusammengeführt werden sollten. Die Kontaktbeschränkungen aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 machten bis März 2020 nur sechs der 16 geplanten Veranstaltungen möglich. Auch die für Juni 2020 in Berlin geplante Abschlusskonferenz wurde abgesagt. Im August und September 2020 wurde der Dialog mit angepasstem Konzept online weitergeführt.

5.1.1 Konzept „Deutschland im Gespräch“ – Präsenzveranstaltungen

Neben der Förderung von Begegnungen und Dialogen zwischen Ost und West und den offen und kritisch geführten Diskussionen sollte das Format „Deutschland im Gespräch“ auch die Verständigung zwischen verschiedenen demografischen Gruppen fördern, die in dieser Zusammensetzung für das Thema sonst schwer erreichbar sind. Die Kommission verständigte sich darauf, die Veranstaltungsreihe durch persönliche Teilnahme ihrer Mitglieder eng zu begleiten, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Wege „in die Kommissionsarbeit einzubeziehen“ und Meinungsbildungsprozesse anzustoßen. Darüber hinaus wurde beschlossen, die Gespräche evaluieren zu lassen und die Ergebnisse in die Arbeit der Kommission einzubeziehen. Auf diesem Weg wurden Stimmungsbilder eingefangen und lebensweltliche Bezüge zu den in der Kommission diskutierten Themen hergestellt.



„Deutschland im Gespräch“ sollte mit Blick auf die Kernfrage, wie wir miteinander leben wollen, Erkenntnisse zu folgenden weiterführenden Fragen hervorbringen:

- Wie können die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger, die eine friedliche und erfolgreiche Revolution in der DDR wie auch die Bewältigung der Transformationsprozesse und des Aufbaus Ost ermöglichten, besser gewürdigt und sichtbar gemacht werden?
- Was können wir aus den dabei erreichten Erfolgen wie auch dem noch nicht Gelungenen für das weitere Zusammenwachsen von Ost und West lernen – für die gesamte Bundesrepublik und auch im Hinblick auf aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen (beispielsweise die Digitalisierung)?
- Wie können Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land, in den Städten und ländlichen Räumen weiter gestärkt werden, um die Lebensqualität in ihren vielfältigen Facetten in allen Regionen zu steigern?

Organisatorische Basis der Veranstaltungen waren bestehende Partnerschaften zwischen Kommunen in den alten und neuen Ländern. Diese Partnerschaften wurden meist in den letzten Jahren der deutschen Teilung und Anfang 1990 geschlossen und nach der Deutschen Einheit mit unterschiedlicher Intensität aufrechterhalten, sodass auf existierende Strukturen der Vernetzung zurückgegriffen werden konnte. Bei der Auswahl der Partnerstädte wurde auf eine ausgewogene Mischung aus urbanen und ländlichen Kommunen sowie eine Verteilung auf möglichst alle Länder geachtet. Die Veranstaltungen wurden jeweils in einer der beiden Partnerkommunen durchgeführt, wobei jeweils acht in Ost- und Westdeutschland stattfinden sollten (Anlage V.). Die Teilnehmenden der Begegnungs- und Dialogveranstaltungen sollten sich möglichst heterogen zusammensetzen, auch wenn keine Repräsentativität entsprechend demoskopischer Standards erreicht werden konnte. Es wurden verschiedene Kanäle genutzt, um für „Deutschland im Gespräch“ zu werben, zum Beispiel lokale und soziale Medien, Werbung im öffentlichen Raum und örtliche Netzwerke regionaler Akteurinnen und Akteure wie Volkshochschulen, Vereine, Verbände oder auch ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger.

Ablauf der Präsenzveranstaltungen

Die Veranstaltungen fanden jeweils an Wochenenden statt. Die organisierte Anreise der Gäste erfolgte am Freitag, sodass der Samstag vollständig für Begegnung und Dialog zur Verfügung stand. Der mit modernen Methoden – z. B. „Appreciative Inquiry“ (wertschätzende Erkundung) oder „Open Space“ – strukturierte und professionell moderierte Dialogteil (siehe Anlage VI.) wurde durch ein Rahmenprogramm ergänzt, das unterschiedliche Möglichkeiten des Kennenlernens der gastgebenden Kommune und der Teilnehmenden untereinander bot.

Am Samstagvormittag wurden die Teilnehmenden in Kleingruppen aufgeteilt, die nach dem Zufallsprinzip über vier unterschiedliche Themenkomplexe diskutierten, die aus den im Kabinettsbeschluss angelegten zentralen Fragestellungen abgeleitet wurden. Durch vorgegebene Fragen wurden diese Themen, ausgehend von den persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden, immer weiter abstrahiert.

1. Anerkennung von Lebensleistung
Fragestellungen:
„Für was habe ich zuletzt Anerkennung erfahren bzw. gegenüber jemand anderem Anerkennung geäußert?“
„Wo erfahren wir gesellschaftliche Anerkennung und wo fehlt sie uns?“
„Wen bzw. welche Gruppe sollen wir in Deutschland in welcher Weise (mehr) anerkennen?“
2. Voneinander lernen
Fragestellungen:
„Was habe ich von wem zuletzt gelernt?“
„Was können andere von mir lernen und/oder was möchte ich von anderen lernen?“
„Was kann Ost von West und West von Ost lernen?“
3. Umgang mit Herausforderungen
Fragestellungen:
„Welche Herausforderungen habe ich zuletzt bewältigt?“
„Vor welcher großen Herausforderung steht Deutschland?“
„Welche Erfahrungen aus 30 Jahren Prozess der Deutschen Einheit können helfen, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen?“

4. Gleichwertige Lebensverhältnisse

Fragestellungen:

„Was bedeutet für Sie ein ‚gutes Leben‘?“

„Ist es möglich, dass überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen?“

(„Ja, wenn ...“ und „Nein, weil ...“)

In einer weiteren Diskussionsphase wurden die Teilnehmenden eingeladen, ihre eigenen Themen zur Diskussion zu stellen und diese in freier Gruppeneinteilung zu diskutieren. Die von den Teilnehmenden in diese „Open Spaces“ eingebrachten Themen können elf Schwerpunkten zugeordnet werden:

- Kultur und Identität
- Politik
- Transformationsprozess
- Migration
- Europa
- Ökonomie und Arbeit
- Ehrenamt und Gesundheitswesen
- Bildung
- Rente
- Umwelt
- Digitalisierung

An den sechs Veranstaltungen nahmen Bürgerinnen und Bürger aus allen Ländern teil, davon 310 aus den westdeutschen und 354 aus den ostdeutschen Ländern. Auch das Verhältnis von Männern und Frauen war mit 323 zu 341 nahezu ausgeglichen. Im Durchschnitt waren die Teilnehmenden höher gebildet, politisch interessierter und älter als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung.

Erwartungen der Teilnehmenden und Akzeptanz der Präsenzveranstaltungen

In den Wortmeldungen der Abschlussrunden in den Präsenzveranstaltungen wurde oftmals der Wunsch formuliert, dass die Ergebnisse und Erkenntnisse der Veranstaltungen von politisch Verantwortlichen wahrgenommen werden und in politische Entscheidungsprozesse einfließen sollten. Ein weiteres Ergebnis der Abschlussdiskussionen war der Wunsch nach einer Fortführung der Begegnungs- und Dialogveranstaltungen zwischen Ost- und Westdeutschen. So formulierte eine Stimme aus Schmalkalden „Veranstaltung zweimal jährlich wiederholen, Ergebnisse reflektieren“, eine Teilnehmerin aus Recklinghausen formulierte es mit den

Worten „*So eine Veranstaltung hätte bereits zehn Jahre nach dem Mauerfall stattfinden sollen.*“

Veranstaltungsformate mit einem Austausch auf Augenhöhe und unter den Bürgerinnen und Bürgern würden bislang fehlen. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang solche Formate, in denen sich allein Politikerinnen und Politiker präsentieren oder die aktuelle Lage kommentieren. Zusätzlich sollten politische Akteurinnen und Akteure wie es ein Teilnehmer in Heilbronn formulierte, kontinuierlich „*präsent sein und zuhören. So einen Bürgerdialog wie heute müsste es alle zwei, drei Wochen geben. Und der Politiker sollte nicht reden, sondern die anderen.*“

Diese Einschätzungen spiegeln sich auch in der quantitativen Auswertung wider: Insgesamt bewerteten die Teilnehmenden die Veranstaltungen sehr positiv: Fast zwei Drittel attestierten der Gesamtveranstaltung das Urteil „sehr gut“, ein weiteres Drittel das Urteil „gut“. Über 90 % der Befragten würden an einer ähnlichen Veranstaltung wieder teilnehmen. Entsprechend hoch war auch das Interesse an der angekündigten Abschlussveranstaltung.

5.1.2 Konzept „Deutschland im Gespräch – Online“

Die physische Begegnung und das persönliche Kennenlernen der Teilnehmenden untereinander war wichtiger Teil des Konzepts der Präsenzveranstaltungen. Im Online-Format, das zur Weiterführung der Dialoge unter den Bedingungen der Corona-Pandemie durchgeführt wurde, war dies nicht mehr möglich. Das Konzept wurde angepasst, um Austausch, Verständigung und das gegenseitige Kennenlernen auch online zu ermöglichen. Die Online-Dialoge waren keine Treffen zweier Partnerstädte mehr; stattdessen waren die Einwohnerinnen und Einwohner aller 16 Partnerstädte eingeladen, sich für jene Veranstaltungen anzumelden, die sie thematisch am stärksten interessierten (siehe Anlage VII.).

Das Konzept unterschied sich vor allem durch diese thematische Fokussierung von den Präsenzveranstaltungen, bei denen auf jeder Veranstaltung über eine Vielzahl eher weit gefasster Themen rund



um die Deutsche Einheit diskutiert wurde und die Teilnehmenden auch eigene Themen einbringen konnten. Für das Online-Format wurden statt-

dessen sechs konkrete Fragen definiert, die unter Beteiligung von Mitgliedern der Kommission an jeweils einem eigenen Termin diskutiert wurden.

Tabellen-Übersicht über die Themen und Fragestellungen von „Deutschland im Gespräch – Online“

	Thema	Fragen
1.	Trends und Stimmungslagen in Deutschland 30 Jahre nach der Deutschen Einheit	30 Jahre Deutsche Einheit: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?
2.	Repräsentation von Ostdeutschen in Deutschland	Gerecht verteilt? Rollenbilder und Einfluss in Deutschland nach 30 Jahren Einheit.
3.	Erinnerungskultur und Identitäten	„Typisch Ossi, typisch Wessi“ – welche Rolle spielen alte Klischees und Mentalitäten nach 30 Jahren Deutsche Einheit?
4.	Tag der Deutschen Einheit und nationale Symbole	Tag der Deutschen Einheit: Unser Feiertag oder nur ein freier Tag?
5.	Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat	Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat in Deutschland: Gewappnet für aktuelle und kommende Herausforderungen?
6.	Ehrenamtsstrukturen und Zivilgesellschaft	Die Einheit als zivile Aufgabe: Welchen Beitrag kann das Ehrenamt leisten?

Teilnehmendenstruktur

An den sechs digitalen Veranstaltungen nahmen Bürgerinnen und Bürger aus allen Ländern teil, nahezu zu gleichen Teilen aus Ost und West. Wie auch die Präsenzveranstaltungen haben die Online-Dialoge vor allem ein älteres Publikum angesprochen. Fast jeder zweite Teilnehmende war älter als 60 Jahre, jünger als 50 Jahre war ein knappes Drittel der Teilnehmenden. Frauen machten knapp die Hälfte der Teilnehmenden aus.

5.1.3 Ergebnisse der Schülerreporterinnen und Schülerreporter

Unter den Teilnehmenden waren auch jeweils Schülerinnen und Schüler aus den Partnerstädten, die im Rahmen eines medienpädagogischen Projekts die Veranstaltungen als Reporterinnen und Reporter begleiteten. Die Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 16 und 19 Jahren interviewten

Teilnehmende der Veranstaltungen, Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte, um die Städtepartnerschaft besonders verdiente Personen sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit. Die jungen Menschen erschlossen sich im Rahmen des Projekts die Thematik der Begegnungs- und Dialogveranstaltungen und brachten direkt auf den Veranstaltungen mit Videoreportagen ihre Perspektive auf die Geschichte und den Stand der Deutschen Einheit ein.

Auswertung

Die insgesamt 32 Schülerreporterinnen und Schülerreporter beschrieben ihre Teilnahme als bereichernd, da sie zum einen Einblick in das journalistische Handwerk erlangten¹, und zum anderen erstmals in unmittelbarem Kontakt zu Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Amtsträgerinnen und Amtsträgern anderer Städte treten konnten.

¹ „Wie man ein Interview gibt, moderiert, besser plant, Filmmaterial, Bildmaterial aufnimmt.“ (weiblich, 17, alte Länder).

Denn in den Familien der Schülerreporterinnen und Schülerreporter hatte das Thema „Deutsche Teilung“ bzw. „Deutsche Einheit“ zuvor keine große Rolle gespielt. Ähnlich wie die jüngeren Teilnehmenden der Begegnungs- und Dialogveranstaltungen betrachten sie sich als dem Teil der bundesdeutschen Gesellschaft zugehörig, für den „Ost“ und „West“ im täglichen Leben kaum eine Relevanz besitzen.

In den Begegnungs- und Dialogveranstaltungen erlangten die Schülerreporterinnen und Schülerreporter die Erkenntnis, dass der Transformationsprozess, der in die Zeit vor ihrer Geburt zurückreicht, dennoch eine Bedeutung für ihre eigene Generation, Auswirkungen auf das eigene Leben sowie ihr Selbstverständnis als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft hat.² Für ihre Generation wünschten sich die Jugendlichen mehr Wissensvermittlung bzw. Bildungsangebote zum deutsch-deutschen Transformationsprozess.³

5.2 Themen der Präsenzveranstaltungen und der digitalen Dialoge

Obwohl die besprochenen Inhalte der virtuellen Videokonferenzen durch die Themenvorgaben fokussierter waren, sind dennoch ähnliche Erkenntnisse zu den Präsenzveranstaltungen zu verzeichnen.

Über das Thema Anerkennung wurde hauptsächlich auf Basis persönlicher Erfahrungen und mit direktem Bezug zum Leben der Teilnehmenden gesprochen. Zu wenig gesellschaftliche bzw. politische Anerkennung erhalten nach Meinung der meisten Teilnehmenden in sozialen Berufen Tätige, ehrenamtliche Aktive, Rentnerinnen und Rentner, Frauen bzw. Mütter. Insbesondere Teilnehmende aus den neuen Ländern brachten dies zum Ausdruck.

Ausgehend vom Konzept und der Struktur der Dialoge wurden Herausforderungen im Kontext der Deutschen Einheit thematisiert. Weitere aktuelle Herausforderungen stellen nach Meinung der

Teilnehmenden die wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft, die Veränderung der Rolle der Frau, die Zunahme von Migration, der Fachkräftemangel, Digitalisierung und der Klima- und Umweltschutz dar.

Wenn es darum ging, ob und wie voneinander gelernt werden könnte, wurde vor allem über Toleranz, Offenheit und Dankbarkeit gesprochen. Menschen aus den neuen Ländern könnten nach Meinung der Teilnehmenden Selbstbewusstsein, Mut, den Umgang mit Freiheit und Eigeninitiative lernen; Menschen aus den alten Ländern hingegen den Umgang mit Krisen sowie Solidarität.

Gutes Leben beinhaltete für die meisten Teilnehmenden in erster Linie Stabilität und Sicherheit. Die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands wurde für nicht umsetzbar befunden, da gewachsene regionale Unterschiede aufgrund historischer, geografischer und infrastruktureller Voraussetzungen nur bedingt beseitigt werden können. Gefordert wurden jedoch immer wieder gleichwertige Lebensverhältnisse. Das Thema wurde zwar quantitativ gesehen weniger angesprochen, spielte aber immer dann eine Rolle, wenn es um das Erleben des Transformationsprozesses ging.

Für die meisten Teilnehmenden hatten identitätsstiftende Traditionen sowie Werte und Normen Bedeutung für die eigene Lebenszufriedenheit. Sie brachten zum Ausdruck, dass traditionelle Werte und klassische Umgangsformen an Bedeutung verlieren. Auch ein Verlust von Solidarität und Gemeinschaftsgefühl sowie eine fortschreitende Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich wurden thematisiert. Wahrgenommen wurde ebenfalls eine Zunahme von rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen.

Eine Mehrheit der Teilnehmenden aller Veranstaltungen von „Deutschland im Gespräch“ beschrieb den Transformationsprozess der Deutschen Einheit als noch nicht abgeschlossen. Sie schilderten positive Erfahrungen, zugleich aber auch Enttäuschungen. Auch

² Dies zeigt sich an den unterschiedlichen Wahrnehmungen der jungen Erwachsenen: „Das Gespräch mit einem Bürger, der meinte, in unseren Köpfen herrsche eine imaginäre ‚Mauer‘. Sehr inspirierend.“ (männlich, 17, alte Länder) sowie „Kulturelle und soziale Unterschiede existieren noch immer.“ (männlich, 18, alte Länder).

³ „Die Aufklärung an die Jugend, damit alte Fehler nicht wiederholt werden.“ (weiblich, 17, neue Länder) und „Mehr Aufmerksamkeit für ostdeutsche Geschichte.“ (männlich, 19, alte Länder).

auf noch bestehende Unterschiede wurde verwiesen. Diese sahen die Teilnehmenden vor allem in Bezug auf Wirtschaftskraft, Löhne und Renten sowie hinsichtlich der Verschiedenheit von Mentalitäten. Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen alten und neuen Ländern wurden besonders häufig diskutiert.

Enttäuschung aufseiten der meisten ostdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde häufig dann erkennbar, wenn es um als sinnvoll erachtete Einrichtungen und Regelungen in der DDR ging, zum Beispiel eine flächendeckende Kinderbetreuung oder Polikliniken bzw. Arzthäuser.

Vielschichtige und detaillierte Diskussionen löste in allen Veranstaltungen das Thema Bildung aus. Als Erfolge politischen Handelns wurden die Erweiterung der Betreuungskapazitäten und kostenlose Betreuungsmöglichkeiten im vorschulischen Bereich genannt. Kritischer wurde die schulische Bildung wahrgenommen. Kritik bezog sich auf die Qualität der Schulbildung, den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern sowie die Ausstattung der Schulen. Ob Schule zukünftig weiterhin föderal oder zentral geregelt werden sollte, wurde in jeder Veranstaltung erörtert. Ein zentrales Bildungssystem mit einheitlichen Lehrplänen, Schulbüchern und Prüfungsstandards wurde mehrheitlich als erstrebenswert angesehen (siehe unter 5.3 Handlungsfelder aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger). Angeregt debattiert wurde auch über die gesellschaftliche Wert- bzw. Geringschätzung von Abschlüssen „unterhalb“ der Hochschulreife.

Häufig gesprochen wurde über Veränderungen des Lebens mit Beginn des Rentenalters. Auch nach dem Ende der Berufstätigkeit einer Aufgabe nachzugehen und aufgebautes Erfahrungswissen weiterhin einbringen zu können, war vielen Teilnehmenden wichtig. Genauso wichtig war ihnen auch eine angemessene Höhe der Altersbezüge.

Diskutiert wurde auch über den Zusammenhang zwischen Klima- und Umweltschutz, Konsum und Wirtschaftswachstum. Ebenso wurden Aspekte zukünftiger Mobilität besprochen und der Wunsch nach Transparenz von politischen Entscheidungen formuliert, z. B. in Hinblick auf den Einsatz neuer Technologien.

Das Thema Digitalisierung fand nur in wenigen Diskussionsrunden Erwähnung. Wenn überhaupt, so wurden ihre Auswirkungen auf den Bereich Arbeit und das gesellschaftliche Miteinander diskutiert. Vertreten wurde die Ansicht, dass digitales Lernen und Medienbildung stärker als bisher in Lehrplänen berücksichtigt werden sollten.

5.3 Handlungsfelder aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger

Als ein zentrales politisches Handlungsfeld identifizierten die Teilnehmenden von „Deutschland im Gespräch“ die Herstellung von Chancengleichheit bzw. den Ausgleich von bestehenden Disparitäten zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen. Die Teilnehmenden beschrieben die Gesellschaft als gespalten bzw. attestierten ein mangelndes Gemeinschaftsgefühl; es fehle an einer gemeinsamen Identität, einem gesellschaftlichen „Kitt“. Bezogen auf den weiteren Transformationsprozess wünschten sich Teilnehmende aus den ostdeutschen Städten eine stärkere Anerkennung ihrer spezifischen Erfahrungen. Um ein besseres Miteinander, gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Projekte zu fördern, wurde ein Austausch zwischen Ost und West auf „kleiner Ebene“ (regional, kommunal) betont. Allen beschriebenen Defiziten zum Trotz wurden Aufteilungen nach Ost/West und Nord/Süd häufig als obsolet beschrieben; wesentlicher seien Gegensätze wie Stadt/Land, Jung/Alt oder Arm/Reich. Diese Haltung nahmen gerade Vertreterinnen und Vertreter der jungen Generation unter den Teilnehmenden ein.

Wirtschaft

Am dringendsten wünschen sich die Teilnehmenden den Ausgleich von wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten. Im Fokus standen dabei Bereiche, in denen die bestehenden Unterschiede als besonders ungerecht wahrgenommen wurden (beispielsweise im sozialen Bereich) oder die bestehenden Gehalts- oder Lohnunterschiede außerhalb des persönlichen Verantwortungsbereiches (beispielsweise zwischen neuen und alten Ländern oder Frauen und Männern). Neben Regularien zur Angleichung von Löhnen und Gehältern wurde zur Stärkung der regionalen Wirtschaft vereinzelt auch der Wunsch nach Maßnahmen zum Ausbau des Handwerks genannt. Um Handwerk und Berufsausbildung attraktiver

zu machen, empfohlen z. B. die Teilnehmenden des digitalen Dialogs zum Thema Wirtschaft, während der Schulausbildung noch mehr Berufspraktika anzubieten.

Bildung

Das Thema Bildung war bei allen Veranstaltungen zentral; betont wurde die große Bedeutung von Bildung für die Zukunft des Landes. Gute Bildung für alle – unabhängig von Status und Einkommen bzw. Chancengleichheit – wurde als übergeordnetes Ziel formuliert. Gefordert wurde, dass sich dieser hohe Stellenwert von Bildung auch haushaltspolitisch widerspiegeln sollte. Ein weiterer Wunsch war ein gesellschaftlicher Diskurs über die Akzeptanz und Wertigkeit von Schulabschlüssen. Man erhoffte sich eine größere Akzeptanz für formal geringere Abschlüsse. Ebenso sei eine gesellschaftliche Debatte darüber notwendig, welche Bildungsziele in Schulen erreicht werden können und welche Rolle die Vermittlung von Werten und Normen zukünftig haben soll.

Von den Teilnehmenden mehrheitlich avorisiert wurde zudem ein zentrales Bildungssystem mit einheitlichen Lehrplänen, Schulbüchern und Prüfungsstandards, das die Unterscheidung von unterschiedlichen Leistungsniveaus ermöglichen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten eine Verbesserung der Schulausstattung, insbesondere im digitalen Bereich. Zugleich sollten Schulen über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, Familien mit besonderen Herausforderungen oder Konflikten bei der Erziehung zu unterstützen. Weitere Vorschläge bezogen sich darauf, die Ausbildung beispielsweise von Pädagoginnen und Pädagogen praxisorientierter als bisher zu gestalten

Ehrenamt

Staatliche Förderprogramme bzw. Anreizsysteme sollten nach mehrheitlicher Auffassung der Bürgerinnen und Bürger ehrenamtliches Engagement besser unterstützen. Konkret wurde hier etwa die Möglichkeit aufgeführt, sich eine ehrenamtliche Tätigkeit auf den Numerus Clausus oder als Wartesemester anrechnen zu lassen. Um eine bessere staatliche Anerkennung des Ehrenamtes zu vermitteln, schlugen einige Teilnehmende der Präsenzveranstaltungen eine zeitlich begrenzte Freistellung der Bürgerinnen und Bürger für eine ehrenamtliche Tätigkeit vor.

Damit das Ehrenamt einen Beitrag zum weiteren Zusammenwachsen der Bevölkerung der alten und neuen Länder leisten könne, sei eine bessere Vernetzung des Ehrenamts notwendig (beispielsweise über eine bundesweite digitale Plattform). Es bestand Konsens darüber, dass die Intensivierung des persönlichen Austauschs Barrieren und Vorurteile abbauen könne. In der Erinnerung einzelner Teilnehmender waren Begegnungen zwischen ost- und westdeutschen Vereinen der Ehrenamtsarbeit in den ersten Jahren nach der Deutschen Einheit verbreitet, von denen heute nur noch wenige aktiv seien. Viele Teilnehmende wünschten sich die (Wieder-)Belebung des Austausches.

Politische Partizipation

Politische Bildung wurde als Voraussetzung für Partizipation der Menschen an Politik und Gesellschaft sowie als wirksames Mittel gegen Populismus angesehen. Die Bürgerinnen und Bürger wünschten sich die stärkere Anerkennung ihrer Erfahrungen im Transformationsprozess, zu denen häufig – zumindest zeitweise – die Hinnahme persönlicher Nachteile gehört habe.

Erwartet wurden zudem Maßnahmen zur politischen Bildung für alle Altersgruppen, wobei Dialogveranstaltungen als wirksames Element bewertet wurden. Formate der Bürgerbeteiligung in Form von Diskursveranstaltungen, aber auch im Zusammenhang mit der Entscheidung für verschiedene Problemlösungen, böten eine gute Möglichkeit, Politik positiv erlebbar zu machen.

Tag der Deutschen Einheit

Die Feierlichkeiten des Jahrestages sollten nach Meinung der Teilnehmenden stärker genutzt werden, um die Erinnerung an die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 lebendig zu halten. Die Feierlichkeiten sollten einen formellen Charakter haben, der dem Tag die angemessene Bedeutung verleiht. Zugleich sollten sie aber auch ungezwungen, fröhlich und heiter begangen werden. Um einen möglichst großen Anteil der Bevölkerung teilhaben zu lassen, wurden dezentrale Veranstaltungen als ideal angesehen. Zusätzlich sollten verschiedene Bildungs- und Informationsformate integriert werden, die sich vor allem an die jüngere Bevölkerung richten sollten. Die Teilnehmenden regten an, mehr moderne digitale Formate bei der Ausgestaltung des Feiertages einzubeziehen; benannt wurden Livestreams und Angebote in sozialen Medien.

In allen Dialogveranstaltungen wurde der Wunsch nach Fortsetzung des Diskurses geäußert. Möglichkeiten zum Diskurs wurden als wichtig angesehen, um die Aufarbeitung des Transformationsprozesses fortzusetzen sowie den Austausch, aber auch die vertiefende Diskussion verschiedener aktueller Probleme und Spannungsfelder voranzutreiben. Zugleich wurde dafür plädiert, dass neben

reinen Dialogveranstaltungen andere Formen des Austauschs wie Klassenfahrten, Jugend- und Schulaustausche, Tandem-Partnerprogramme im Vereins- oder beruflichen Kontext oder Städtepartnerschaften gefördert werden sollten. Das weitere Zusammenwachsen der Bevölkerung sei nur durch persönliche Kontakte zu realisieren.



Bürgerinnen und Bürger aus deutsch-deutschen Partnerstädten trafen sich zum Erfahrungsaustausch über den Prozess der Deutschen Einheit.

© Karsten Thielker



Auf den Dialogveranstaltungen waren Jugendliche aus den jeweiligen Partnerstädten als Schülerreporterinnen und -reporter im Einsatz.

© Karsten Thielker



In sechs moderierten Online-Gesprächen diskutierten Bürgerinnen und Bürger mit Mitgliedern der Kommission.

© Geschäftsstelle „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

6. Transformations- forschung und „Deutschland-Monitor“

Die Kommission hat zur Untersetzung ihrer Arbeit mehrere Studien in Auftrag gegeben. Zum einen sollten mittels Kurzstudien bisherige Forschungsergebnisse gebündelt werden, um die Geschichte ebenso wie die Gegenwartsprobleme von Vereinigung und Transformation sowie Chancen der Zukunftsgestaltung darzustellen (siehe Abschnitte 6.1 bis 6.3). Zum anderen wurden mithilfe einer quantitativen Kurzerhebung („Deutschland-Monitor“, siehe Abschnitt 6.4) aktuelle Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland untersucht. Die Studien sind dem Bericht als Anlagen beigefügt.

Alle in Auftrag gegebenen Erhebungen und Analysen sollten nach dem Willen der Kommission dem Anspruch gerecht werden, ein möglichst umfassendes Bild von Transformation und Wiedervereinigung in all seinen Facetten zu zeichnen, um der Kommissionsarbeit als wissenschaftliche Grundlage zu dienen. So sollten ökonomische und soziale Fragen ebenso aufgegriffen werden wie die unterschiedlichen Narrative und subjektiven Erfahrungen der Menschen in Ost und West, Perspektiven aus der Geschichtswissenschaft ebenso Berücksichtigung finden wie politologische und soziologische Ansätze. Diesen für ihre Arbeit so zentralen Aspekt der Interdisziplinarität stellte die Kommission sicher, indem sie Kurzstudien zu vier Themenfeldern ausschrieb und Aufträge an Forschende unterschied-

licher Fachdisziplinen vergab, die jeweils spezifische Schwerpunkte setzen und analytische Perspektiven einnehmen.

Das Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“ wurde in zwei Kurzstudien aufgearbeitet: Von der Kommission beauftragt wurden zum einen die Politologen Professor Dr. Wolfgang Schroeder, Leiter des Fachgebiets „Politisches System der Bundesrepublik – Staatlichkeit im Wandel“ der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin, sowie Professor Dr. Daniel Buhr, Leiter des Steinbeis Transferzentrums Soziale und Technische Innovation an der Universität Tübingen. Den Auftrag für eine zweite Studie in diesem Themenfeld erhielt zum anderen die Historikerin Dr. Kerstin Brückweh. Sie ist Privatdozentin an der Eberhard Karls Universität Tübingen und Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt.

Für das Themenfeld „Akteure und Kulturen der Gesellschaftsgestaltung“ vergab die Kommission den Auftrag für eine Studie an Professor Dr. Oliver Hidalgo, Politologe an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, sowie an den Soziologen Dr. Alexander Yendell vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Universität Leipzig.

Die Kommission vergab für das Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“ zwei Studien: an Michael Lühmann vom Göttinger Institut für Demokratieforschung sowie an die drei Politologen Dr. Florian Ranft (Das Progressive Zentrum, Berlin), Jun.-Professor Dr. Tom Mannewitz (Technische Universität Chemnitz) und Professor Dr. Tom Thieme (Hochschule der Sächsischen Polizei).

Die Studien umfassten – in jeweils unterschiedlicher Ausprägung und Intensität – überblicksartige Darstellungen vorliegender Forschungsarbeiten zu Transformation und Vereinigungsprozess im jeweiligen Themenfeld, den aktuellen Forschungsstand sowie Forschungstrends. Zudem wurden theoretisch-konzeptuelle sowie empirische Schwachpunkte vorliegender Forschung, aber auch Defizite gesellschaftspolitischer Problembearbeitung im Vereinigungsprozess (in Form institutioneller Lösungen wie Gesetzen, Förderpolitiken, Diskursen oder Narrativen usw.) kritisch analysiert. Die Autorin bzw. die Autoren legten Ideen und Vorschläge für die zukünftige Weiterentwicklung und Gestaltung der von ihnen bearbeiteten Praxisfelder und gesellschaftspolitischen Probleme vor.

Die Forschenden stellten ihre Ergebnisse im Rahmen der Kommissionssitzungen vor, in denen diese auch kontrovers diskutiert wurden. Somit stellen die im Folgenden skizzierten Aussagen nicht notwendigerweise die Meinung der Kommission oder einzelner Mitglieder dar. Die wissenschaftlichen Analysen der Kurzstudien lieferten der Kommission in der Erarbeitung ihrer Handlungsempfehlungen aber wichtige Einsichten und Beratungsimpulse, weshalb deren Kernaussagen an dieser Stelle kurz umrissen und gewürdigt werden sollen. Von der Autorin bzw. den jeweiligen Autoren gefertigte Zusammenfassungen sind diesem Bericht als Anlagen VIII. bis XI. beigefügt. Eine Publikation der Studien ist beabsichtigt.

6.1 Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung

Wolfgang Schroeder und **Daniel Buhr** analysieren die Ursachen, Phasen und Wirkungen der postsozialistischen Gesellschaftstransformation seit dem Ende der DDR. Sie beleuchten ihre politischen, ökonomischen, sozialen und psychologischen Dimen-

sionen anhand eines dreistufigen Phasenmodells des Systemwechsels (nach Holtmann, 2020), das zwischen Transition, Transformation und Posttransformation unterscheidet. Ungeachtet gleichzeitiger Umwälzungen in anderen Staaten des vormaligen Ostblocks seien Ausgangslagen und Transformationspfade sehr unterschiedlich. Im deutschen Fall habe eine spezifische Kombination von Faktoren die Wiedervereinigung ermöglicht.

Dabei gestalte sich der Transformationsprozess in den neuen Ländern sektoral sehr unterschiedlich: Während in vielen Bereichen von Politik und Gesellschaft die Transformationsphase (weitgehend) vollendet sei, müsse beispielsweise auf dem Gebiet der Tarifpolitik noch immer von einer unvollendeten Einheit oder einer Normalisierung hybrider Strukturen gesprochen werden. Anders habe es sich wiederum im Hinblick auf die ostdeutschen Polikliniken verhalten. Sei zunächst ihre Auflösung beschlossen worden, hätten sie sich schließlich doch als Bestandteil eines – nunmehr verbesserten – gesamtdeutschen Gesundheitssystems behaupten können.

Ungeachtet dessen habe sich der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vielfach im Modus eines Transfers bestehender Institutionen auf die neuen Länder vollzogen. Ihre Konfigurationen – beispielsweise im Bereich industrieller Beziehungen – seien jedoch im Vergleich zu schrittweise gewachsenen Strukturen im Westen, die das westdeutsche Modell erst ausformten, grundsätzlich andere gewesen. Westdeutsche Funktionseliten hätten den Auftrag gehabt, den Verwaltungsaufbau in den ostdeutschen Ländern grundsätzlich in Anlehnung an die westdeutsche Verwaltung zu gestalten.

Heute lasse sich für Deutschland insgesamt von einem Zustand „heterogener Disparität“ sprechen. Starke Angleichungen zwischen Ost und West seien ebenso zu beobachten wie bleibende Unterschiede – beispielsweise hinsichtlich subjektiv empfundener Erfahrungen. Gleichzeitig zeigten Cluster-Analysen, dass bestimmte regionale Disparitäten inzwischen verschiedentlich nicht mehr nur zwischen Ost und West bestehen, sondern überall in Deutschland zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen, die von Strukturproblemen auf unterschiedliche Weise betroffen seien. Die Studie konstatiert, dass

Geschwindigkeit und Umfang der Veränderungen, die den Menschen im Zuge der Transformation abverlangt wurden, beispiellos gewesen seien.

Kerstin Brückweh argumentiert aus kultur- und sozialgeschichtlicher Perspektive, der Systemwechsel von 1989/1990 müsse langfristig betrachtet werden, nämlich beginnend weit vor der Wiedervereinigung und bis hinein in die Gegenwart. Nur auf diese Weise ließen sich seine Dynamiken sowie künftige Gestaltungschancen adäquat einschätzen. Beispielsweise offenbare eine lange Alltags- und Gesellschaftsgeschichte des Umbruchs Unterschiede in den Mentalitäten, nicht nur oder nicht in erster Linie zwischen Ost und West, sondern vor allem zwischen verschiedenen sozialen Gruppen (zu weiteren Ergebnissen siehe die Zusammenfassung in der Anlage). Die Erfahrungsebene (Mikroebene) und die Systemebene (Makroebene) sollten gleichberechtigt nebeneinandergestellt und Interdependenzen stärker erkennbar gemacht werden: Wie prägten Menschen Institutionen und inwieweit akzeptierten sie diese? Wie bereiteten Ostdeutsche den Systemwechsel vor und wie gestalteten sie ihn mit? Wie haben sie ihn erfahren und wie erinnern sie sich daran? Das exemplarische Untersuchungsfeld der Autorin, anhand dessen sie eine Alltagsgeschichte des Umbruchs nachzeichnet, ist das Thema Wohnen und Eigentum: Als wesentlicher Bezugspunkt aller Begebenheiten im Leben offenbare es (z. B. im Hinblick auf Erbrecht und Eigentumspolitik) das untrennbare Wechselverhältnis zwischen der Alltagspraxis des Individuums und der Praxis des Systems.

Brückweh macht darauf aufmerksam, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung von Revolution und Transformation in Ostdeutschland von Forschenden und Forschungsinstitutionen aus dem Westen sowie ihren Perspektiven, Themen und Erklärungsansätzen dominiert gewesen sei. Daher fordert sie eine kritische Wissensgeschichte der Sozialwissenschaften. In den 1990er-Jahren sei vor allem danach gefragt worden, was am Osten aus westlicher Perspektive interessant gewesen sei. Positive Narrative zu den verschiedenen Strategien, mit denen die Menschen der 1990er-Jahre den Umbruch meisterten („Umbruchwissen“), hätten sich im öffentlichen Diskurs nicht durchgesetzt. Diesen Narrativen widmet **Brückweh** daher in ihrer Studie besondere Aufmerksamkeit.

Darüber hinaus kritisiert **Brückweh** am öffentlichen Diskurs die Tendenz zu sinnstiftenden gesamtdeutschen „Meistererzählungen“. Charakteristisch hierfür sei der zu positiv bewertete Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft. Diese Darstellungen seien die gängigen Referenzrahmen der bundesrepublikanischen und (west-)europäischen Geschichtsbetrachtung. Ihnen gegenüber müssten jedoch ostdeutsche Gegenerzählungen gleichwertig berücksichtigt werden. Schließlich solle die zeit-historische Transformationsforschung ihr Wissen deutlicher kommunizieren mit dem Ziel, Erkenntnisse zu liefern, die zum besseren Verständnis künftiger politischer Lagen beitragen können.

6.2 Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung

Oliver Hidalgo und **Alexander Yendell** sehen in vielerlei Hinsicht eine mentale Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland, der ein Entfremdungsprozess zugrunde liege. Grund hierfür seien Identitätsbildungen, die sich erst nach 1989/1990 im Osten Deutschlands massiv verstärkt hätten und mithilfe theoretischer Konzepte (insbesondere aus dem Gebiet der Sozialpsychologie) erklärt werden könnten. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Annahmen spielten weniger objektive Parameter als subjektive Wahrnehmungen eine Rolle. Die Wiedervereinigung habe langfristige Folgen für kollektive Identitäten sowie Denk- und Handlungsmuster politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure. Emotionen, aus denen sich gegenseitige Vorurteile und Ressentiments speisten, verstellten oftmals den Blick auf tatsächliche Errungenschaften des Vereinigungsprozesses.

Die Wiedervereinigung habe Ostdeutschland einen westdeutschen Vergleichsmaßstab hinsichtlich Wohlstand, Prestige und Leistungsfähigkeit aufgezwungen, der zwangsläufig zur Enttäuschung von Erwartungen habe führen müssen. Diese traumatischen Erfahrungen hätten ein kollektives Sozialgefühl „relativer Deprivation“ hervorgerufen, das neben anderen Faktoren teilweise bis in die Gegenwart wirke und für die Erklärung antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungsmuster bedeutend sei. Benachteiligungsgefühle würden politisch mobilisiert und entwickelten sich zu einer

Ressource für Protest, Aggression und Gewalt. Dies mache auch empfänglich für Verschwörungstheorien und die Suche nach „Sündenböcken“. So lasse sich eine Kontinuität vom Sozialismus in der DDR über die Wahrnehmung der Ostdeutschen als Menschen zweiter Klasse im Vereinigungsprozess bis hin zu Benachteiligungsgefühlen im Zuge von Flüchtlingskrise oder Corona-Epidemie erkennen. Dabei falle auf, dass sich Ostdeutsche überwiegend nicht bedeutend benachteiligter fühlten als Westdeutsche und ihre wirtschaftliche Lage ebenso wie die Westdeutschen als gut einschätzten. Auch fühlten sich Ostdeutsche überwiegend individuell nicht als Bürger zweiter Klasse und wichen in dieser Einschätzung nicht merklich von den Westdeutschen ab. Sobald allerdings ihre Gruppenidentität als Ostdeutsche (beispielsweise in Umfragen) *getriggert* werde, glaubten sie häufig an eine kollektive Benachteiligung der Ostdeutschen. Eine weitere Problematik ergebe sich daraus, dass Vertreter der in Ostdeutschland signifikant angewachsenen rechtspopulistischen Protest- und Empörungskultur für sich reklamierten, das Erbe des revolutionär-demokratischen Widerstands gegen das SED-Regime anzutreten. Dieses Muster lasse sich auch im Zuge der aktuellen Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beobachten, wengleich hierbei der Ost-West-Gegensatz allenfalls eine untergeordnete Rolle spiele.

Weiter gesteigert würden im Wiedervereinigungsprozess entstandene Ressentiments durch die symbolische Bedrohung „Islam“. Gravierende Unterschiede zwischen Ost und West in Fragen von Integration und Identitätspolitik seien daher nicht zufällig. Um Vorurteile abzubauen, seien Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen wesentlich, weshalb beispielsweise Ausländerfeindlichkeit im ethnisch weniger pluralen Osten Deutschlands stärker ausgeprägt sei als im Westen. Das Zusammentreffen der eher auf Herkunft basierenden Identität des Ostens mit der stärker von Pluralität oder gar Transnationalität geprägten Identität des Westens berge Konfliktpotenzial.

Ihre Hypothesen, die sie auf ausgewählte sozialwissenschaftliche und sozialpsychologische Theorienansätze stützen, gleichen **Hidalgo** und **Yendell** in ihrer empirischen Analyse mit quantitativen

Daten ab. Hierzu gehören repräsentative Umfragen (z. B. die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS und die Leipziger Autoritarismus-Studie).

6.3 Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess

Zwei politikwissenschaftliche Kurzstudien nähern sich – mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen – dem Thema „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“. Dabei verknüpft die Sozialstrukturanalyse von **Tom Mannewitz**, **Florian Ranft** und **Tom Thieme** objektive Daten mit subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und Werteorientierungen anhand von vier Themenbereichen: Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl, Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl, ostdeutsche Elitenrepräsentation sowie Umgang mit neuen Herausforderungen (z. B. Globalisierung, Klimawandel). Hierbei zeichnen die Autoren Entwicklungsdynamiken seit 1990 nach und skizzieren mögliche künftige Trends.

In der zweiten Kurzstudie zum Themenfeld Identitäten und Anerkennungen beleuchtet **Michael Lühmann** gezielt Brüche ostdeutscher Identitätskonstruktionen und untersucht, inwiefern sich regionale und generationelle Lagen verändern oder widersprechen. Lühmann plädiert dafür, den Begriff der ostdeutschen „Identität“ zugunsten der Kategorie des ostdeutschen „Erfahrungsraums“ aufzugeben. Dieser sei besser geeignet, Vielfalt und Widersprüchlichkeit abzubilden und damit künstlich erzeugten, teilweise ideologischen Identitätskonstrukten den Nährboden zu entziehen. Dies wiederum könne einer neuen, offeneren Debatte über Ostdeutschland den Weg ebnen.

Im Rahmen ihrer Studie argumentieren **Mannewitz**, **Ranft** und **Thieme**, dass die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land den Gegensatz zwischen Ost und West mittlerweile häufig überlagere. Bundesweit sei eine Heterogenisierung der Lebenslagen zu beobachten, was weniger eindeutige, sondern zunehmend multiple, komplementäre Identitäten zur gesellschaftlichen Realität mache. Daraus lasse sich aber eine deutlich gestiegene Identifikation mit Deutschland ablesen.

Darüber hinaus widmen sich **Mannewitz, Ranft** und **Thieme** den gesellschaftlichen Herausforderungen Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung sowie ihrer Wahrnehmung. Die Herausforderungen auf diesen Feldern seien – anders als noch die Herausforderungen der 1990er und 2000er Jahre – in Ost und West sehr ähnlich, woraus sich zusätzliches Potenzial für weiteres Zusammenwachsen ergebe. Etwa im Hinblick auf den Klimawandel bestünden gesellschaftliche Gräben eher zwischen Jung und Alt.

Die Studie von **Mannewitz, Ranft** und **Thieme** erörtert darüber hinaus die Frage der Repräsentation von Ostdeutschen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen, wobei sich ihr geringer Anteil in den vergangenen 30 Jahren kaum verändert habe. Ferner weisen die Autoren auf erstaunliche Parallelen zwischen Ostdeutschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hin – nicht nur hinsichtlich der Stereotypisierung beider Gruppen durch Westdeutsche, sondern auch mit Blick auf ihre jeweilige Wahrnehmung, in Deutschland als Bürger zweiter Klasse zu gelten.

Lühmann tritt mit seiner Studie dem öffentlichen Diskurs entgegen, der angesichts von AfD-Wahlerfolgen, Pegida und rechtsextremen Übergriffen zuweilen „die Ostdeutschen“ schlechthin zu Gefährdern der Demokratie stempelt. Im Vergleich zu verschiedenen ostmitteleuropäischen Transformationsgesellschaften sei Ostdeutschland auch als demokratisches Erfolgsmodell zu betrachten. Dabei argumentiert **Lühmann** im Einklang mit **Mannewitz, Ranft** und **Thieme**, dass ein differenzierter Blick auf spezifische regionale und generationelle Lagen innerhalb Ostdeutschlands dringend notwendig sei.

Lühmann setzt darüber hinaus einen Schwerpunkt auf die Untersuchung kollektiver Identitäten. Beispielsweise könne die jeweilige Auswahl des „Wir“ unmittelbar die Sicht verändern: Der eben noch individuell hochzufriedene Sachse könne sich innerhalb ein und derselben Befragung als zurückgesetzter Ostdeutscher bekennen. Sehr hoch gesteckte Erwartungen hätten im Osten Deutschlands eine Transformationsdepression bewirkt, Gemeinschafts- und Sicherheitsverluste seien durch ethnisch-identitäre Exkludierungsprozesse kompensiert worden. Die auf die DDR-Gesellschaft zurück-

weisende „rechte Regression“ in Ostdeutschland, d. h. die besonderen Ausprägungen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, seien daher auch die Folge von Gefühlen einer systematischen Benachteiligung gegenüber Westdeutschen, sogenannter „fraternaler relativer Deprivation“. Diese Gefühle wiederum würden durch die Abwertung anderer sozialer Gruppen (beispielsweise Migrantinnen und Migranten sowie Muslime und Muslimas) kompensiert. Dies sei mit Blick auf die Zukunft auch deshalb bedenklich, weil die hohe Abwanderung seit den 1990er Jahren schrumpfende Regionen hinterlasse, die besonders anfällig für eine auf Abwehr gepolte ostdeutsche Identität seien. Allerdings seien die Identitätsunterschiede zwischen einzelnen Generationen und Regionen signifikant.

6.4 Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“

In den vergangenen 30 Jahren wurden die Meinungen und Einstellungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland zu sozialen und ökonomischen Entwicklungen in einer Vielzahl von demoskopischen Erhebungen mit unterschiedlichsten methodischen Ansätzen und Fragestellungen untersucht. Über viele Themenfelder liegen umfassende Erkenntnisse vor.

Gerade jedoch die Vielzahl der Studien und unterschiedlichen methodischen Ansätze macht es mitunter nur eingeschränkt möglich, verlässliche und vergleichbare Zeitreihen zu erstellen und Erkenntnisse über wichtige Entwicklungen im Zeitverlauf sowie in ihrer regionalen Dimension zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für Gesichtspunkte von Differenz und Angleichung im langfristigen Prozess der Vereinigung seit 1990. Um einen Beitrag zur Behebung dieses Defizits zu leisten, wurde das Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH (INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung) beauftragt, eine deutschlandweite Meinungsumfrage zu erheben, auf deren Grundlage in Zukunft ein regelmäßiger „Deutschland-Monitor“ etabliert werden sollte.

Die Untersuchung wurde in der Zeit vom 28.08. bis zum 14.09.2020 in Form einer Kurzerhebung durchgeführt. Ihr Fragenkatalog gewährleistete zum einen Anschlussfähigkeit an bereits vorliegende Studien und stellte zum anderen weitergehende Fragen. Zu den Themen des Fragenkatalogs zählten Aspekte der allgemeinen Lebenszufriedenheit,



Hoffnungen und Befürchtungen, Heimatempfinden, Wahrnehmungen zur Deutschen Einheit, Demokratie- und Institutionenvertrauen, Gesichtspunkte der sozioökonomischen Lage (z. B. Lebensbedingungen am Wohnort), Zukunftserwartungen im Hinblick auf Lebensbedingungen, Erwerbstätigkeit und Einkommen sowie aktuelle Herausforderungen wie Digitalisierung, Europäische Integration, Zuwanderung und Corona-Pandemie.

Der Fragebogen, eine Auswertung der INFO GmbH sowie die Zusammenfassung einer weiteren sozialwissenschaftlichen Analyse durch die Wissenschaftler Prof. Dr. Everhard Holtmann, Dipl.-Soz. Tobias Jaeck (Zentrum für Sozialforschung Halle) und Prof. Dr. Marion Reiser (Friedrich-Schiller-Universität Jena) sind als Anlagen XIII., XIV. und XV. dem Bericht beigefügt. Sowohl Dr. Holger Liljeberg als Geschäftsführer der INFO GmbH sowie die genannten Sozialforscher präsentierten der Kommission ergänzende Interpretationen zu den Umfrageergebnissen.

Zum besseren Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in Deutschland arbeitete die INFO GmbH mithilfe eines multivariaten Analyseverfahrens zunächst vier Einstellungscluster statistisch heraus: Deutlich voneinander zu unterscheiden sind das „offene und liberale“ Cluster, das „kleinbürgerlich-konservative“ Cluster, das Cluster der „verdrossenen Populisten“ sowie das Cluster der „angepassten Skeptiker“. Die relativen Größenanteile dieser Einstellungscluster an der Bevölkerung unterscheiden sich je nach sozioökonomischer Gruppe und Region erheblich. Der Typus der „verdrossenen Populisten“ ist vor allem in Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozialökonomischen Status sowie in Regionen mit schwieriger demografischer und wirtschaftlicher Lage besonders ausgeprägt vorhanden. Dementsprechend ist der Typus der „verdrossenen Populisten“ in den ostdeutschen Ländern mit einem Anteil von 27 % an der dortigen Bevölkerung doppelt so stark vertreten wie in den westdeutschen Ländern, wo er nur 14 % der Bevölkerung ausmacht.

Acht wesentliche Ergebnisse der Untersuchung sind:

1. Wichtigste Themen: Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands stehen (zum Zeitpunkt der Umfrage) die Themen Zuwanderung/

Asyl und Corona-Pandemie an erster und zweiter Stelle des gesellschaftlichen Interesses. Gerechtigkeitsfragen und Alterssicherung stehen im Osten auf Rang 3 und 4, während auf Rang 3 und 4 im Westen der Klimawandel und Gerechtigkeitsfragen stehen. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in den Präferenzen der einzelnen gesellschaftlichen Cluster: Während Angehörige des „offenen und liberalen“ Clusters vor allem Wert auf Umweltschutz und Klimawandel legen, sehen „verdrossene Populisten“ als entscheidende Themen Zuwanderung, Asylfragen und Geflüchtete.

2. Zustimmung zur Demokratie: Ungefähr seit 2015 steigt in beiden Teilen Deutschlands das politische Interesse deutlich an. Aktuell schätzen sich nahezu gleich viele Menschen in Ost- und Westdeutschland als politisch interessiert ein (70 %). Deutliche Mehrheiten in Ost (82 %) und West (91 %) beurteilen die Demokratie als „gute Regierungsform“. Gleichwohl wird die Demokratie als Regierungsform in Ostdeutschland von einem Fünftel der Bevölkerung *grundsätzlich* abgelehnt, während dies in Westdeutschland nur bei einem Zehntel der Fall ist.

3. Funktionieren der Demokratie: Neben der grundsätzlichen Zustimmung zur Idee der Demokratie ist die Zufriedenheit mit dem *konkreten* Funktionieren der Demokratie ein wichtiger Indikator. Hier zeigen sich knapp zwei Drittel der Befragten deutschlandweit zufrieden, gut ein Viertel hingegen unzufrieden. Dabei ist ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar: Während zwei Drittel der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie voll und ganz bzw. eher zufrieden sind, trifft dies auf weniger als die Hälfte der Ostdeutschen zu.

Zugleich zeigen die Ergebnisse unabhängig von Ost oder West die Korrelation, die zwischen allgemeiner Einstellung zur demokratischen Politik einerseits und sozioökonomischen Indikatoren (Einkommen, gesellschaftlicher Stellung, Bildung etc.) andererseits besteht. Als Faustregel gilt: Je besser die individuelle Lage, Lebenszufriedenheit und Beurteilung der konkreten Lebensbedingungen vor Ort, desto größer die Demokratiezufriedenheit.

4. Institutionenvertrauen: Sowohl rechtsstaatliche als auch parteienstaatliche Institutionen genießen in den ostdeutschen Ländern kontinuierlich geringeres

Vertrauen als in den westdeutschen. Gleichzeitig zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Institutionenvertrauen. Annähernd zwei Drittel der Ostdeutschen äußern sich misstrauisch gegenüber politischen Parteien. Nur knapp die Hälfte aller Befragten im gesamtdeutschen Durchschnitt glaubt, Inhabende politischer Ämter und Mandate hätten das Allgemeinwohl im Blick. Dass sich „Politiker darum kümmern, was einfache Leute denken“, verneinen knapp zwei Drittel aller Befragten – in Ostdeutschland fast 70 %. Die Ansicht, „Leute wie ich“ seien politisch einflusslos, wird bundesweit von knapp der Hälfte der Befragten vertreten; 37 % sind gegenteiliger Ansicht. Auch hierbei bestehen deutliche Unterschiede je nach bewerteter Institution und sozialem Status der Befragten. Beispielsweise ist das Vertrauen in Polizei, Rettungskräfte und Gesundheitseinrichtungen deutlich stärker ausgeprägt als das Vertrauen in Parlamente oder politische Parteien. Das gesellschaftliche Cluster der „Offenen und Liberalen“ legt hierbei deutlich mehr Institutionenvertrauen an den Tag als die Cluster der „verdrossenen Populisten“ oder der „angepassten Skeptiker“.

5. Verbundenheit: Ost- und Westdeutsche gleichermaßen fühlen sich am stärksten ihrem jeweiligen wohnortnahen Lebens- und Arbeitsumfeld verbunden. Hingegen fühlen sich Ostdeutsche wesentlich stärker mit Ostdeutschland verbunden (77 %) als Westdeutsche mit Westdeutschland (58 %). Bürgerinnen und Bürger der westdeutschen Länder fühlen sich häufiger als Ostdeutsche der Bundesrepublik *insgesamt* verbunden. Demgegenüber besteht unter den Menschen in den neuen Ländern eine starke Identifikation mit Ostdeutschland. Ältere verbinden mit der Bezugsregion Ostdeutschland Erinnerungen an DDR und Transformation. Die Nachwirkungen dieser Zeit entfalten auch bei Teilen der jüngeren Generationen in Ostdeutschland noch immer die starke Bindekraft eines ostdeutschen „Schicksalskollektivs“.

6. Wertschätzung und Selbsteinschätzung: Verbreitet ist der Eindruck, Ostdeutschen werde für ihre „Lebensleistung“ nicht genug Wertschätzung entgegengebracht. Die Anerkennung ihrer jeweiligen Lebensleistung wünschen sich rund 83 % der Ostdeutschen und rund 63 % der Westdeutschen. Im Osten vertreten 82 % der Bürgerinnen und Bürger die Auffassung, die Anerkennung der

Lebensleistung der Ostdeutschen sei wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit, im Westen wird diese Aussage immerhin von 63 % der Befragten unterstützt. Zwei Drittel (66 %) der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern erklären, Ostdeutsche würden in der Bundesrepublik „häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt“ – eine Einschätzung, die von einem guten Drittel (37 %) der Westdeutschen geteilt wird. In beiden Landesteilen nehmen sich insgesamt mehr Menschen als Gewinner der Deutschen Einheit wahr, wobei allerdings deutliche Unterschiede bestehen: Im Westen fühlt sich die Mehrheit (52 %) weder als Gewinner noch als Verlierer. Zudem gibt es hier es nur wenig Befragte, die sich „eindeutig“ als Verlierer der Einheit wahrnehmen (10 %). Im Osten hingegen bezeichnen sich 43 % der Befragten als Gewinner der Wiedervereinigung, während sich 20 % als Verlierer sehen. Allerdings zeigt der Deutschland-Monitor, dass die Antworten auf diese Frage je nach gesellschaftlicher Gruppe und Cluster stark variierten. Klar sind jedoch auch hier die Korrelationen: Wer sich und die eigene Familie auf der Verliererseite der Transformation sieht, legt sowohl eine stärkere Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als auch ein geringeres Vertrauen in demokratische Institutionen und ihre Performanz an den Tag. Bei denjenigen, die sich als Gewinner empfinden, ergibt sich das umgekehrte Bild.

7. Lebenszufriedenheit und regionale Disparitäten: Insgesamt ist in ganz Deutschland die Lebenszufriedenheit relativ hoch. In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit insbesondere im Hinblick auf medizinische Versorgung, Absicherung im Alter und finanzielle Situation niedriger. Knapp zwei Drittel der Befragten halten die Corona-Pandemie für Deutschland für gefährlich. Fast jeder zweite Befragte sieht sein Lebensgefühl durch die Pandemie deutlich beeinträchtigt. So lehnen mehr als zwei Drittel auch Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen ab. Schaut man auf die konkreten Lebensbedingungen vor Ort, sind in Deutschland deutliche Disparitäten erkennbar. In Ostdeutschland werden fast alle Lebensbedingungen, mit Ausnahme der Kinderbetreuung, Umwelt und Wohnraumversorgung, schlechter bewertet als in den westdeutschen Ländern. Besonders kritisch wird die eigene Lage von den Bewohnerinnen und Bewohnern der ländlichen Regionen Ostdeutschlands eingeschätzt.



8. Langfristige Entwicklungstrends: Die Kurzerhebung zum Deutschland-Monitor ging auch der übergeordneten Frage nach, ob sich in Ostdeutschland ein regionales Sonderbewusstsein verfestigen könnte, das auf dem Narrativ fortwirkender kollektiver Benachteiligung gründet. Hierfür finden sich jedoch in der Umfrage keine eindeutigen empirischen Anzeichen. Grundsätzlich ist vielmehr festzustellen, dass sich die Menschen in beiden Landesteilen bei zentralen politischen Einstellungen tendenziell in die gleiche Richtung bewegen, auch wenn weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen. Zum Ausdruck kommt hierbei, dass die politische Kultur Deutschlands keinesfalls homogen ist, aber auch nicht dramatisch auseinanderdriftet. Bei aktuellen Themen wie Globalisierung und Digitalisierung sind die Sicht-

weisen in den ost- und westdeutschen Ländern relativ ähnlich. Mehr als die Hälfte der Befragten geht von großen Veränderungen ihres Berufslebens aufgrund der Digitalisierung aus. Deutliche Mehrheiten unterstützen weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Alltags. Auf die Globalisierung und weltweite Vernetzung der Wirtschaft blicken etwa 30 % mit Hoffnungen und Zuversicht.

Anlass zur Sorge gibt allerdings der Umstand, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die der Demokratie und ihren Institutionen skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstehen, in Ostdeutschland erheblich größer sei als in Westdeutschland. Die weitere Entwicklung dieses Zustands muss sorgfältig beobachtet werden.

7. *Schwerpunktthemen der Kommissionsarbeit*

7.1

ENTWICKLUNGEN UND STIMMUNGSLAGEN IN DEUTSCHLAND 30 JAHRE NACH DER DEUTSCHEN EINHEIT

Drei Jahrzehnte nach Friedlicher Revolution und wiedererlangter staatlicher Einheit verlaufen in Deutschland viele gesellschaftliche, politische und ökonomische Konfliktlinien längst nicht mehr nur entlang der ehemaligen Grenze zwischen Ost und West. Vielfältige strukturelle Unterschiede bestehen beispielsweise zwischen stark urbanisierten und ländlich geprägten Regionen, zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands oder auch zwischen Bevölkerungsgruppen mit oder ohne Migrationshintergrund. Zwar wird drei Jahrzehnte nach 1989/1990 da und dort bereits die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der Kategorie „Ostdeutschland“ überhaupt noch um eine gesellschaftsprägende Einheit handele oder nicht vielmehr um ein Konstrukt der Politik, der Medien oder der Wissenschaft. Dennoch bestehen in Ostdeutschland auch im Jahr 2020 – und absehbar darüber hinaus – spezifische gesellschaftlich bedeutsame Herausforderungen und Ungleichgewichte, die ihren Ursprung vor allem aus der Zeit der deutschen Teilung haben. Hinzu kamen nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Deutschen Einheit im Jahr 1990 im Zuge der Transformation tiefgreifende Umwälzungen mit teilweise dramatischen Auswirkungen.

Der Kommission ist bewusst, dass sich aus der Verwendung der Kategorie „Westdeutschland“ als Vergleichseinheit zu „Ostdeutschland“ gewisse

Unschärfen ergeben. Mit dem Gebrauch dieser Begriffe soll keine innere strukturelle Homogenität der beiden Landesteile behauptet werden. Die strukturelle Vielfalt von Ökonomie, Demografie, sozialen Lagen, politischer Kultur, Regionalidentität etc. innerhalb der westdeutschen *und* innerhalb der ostdeutschen Länder wird nicht in Abrede gestellt. Zugleich aber bleibt die Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschland erforderlich, um historisch entstandene und vielfach weiter fortwirkende Unterschiede zwischen beiden Landesteilen herauszuarbeiten. Zu beachten ist insbesondere, dass signifikante Tatbestände, die in Westdeutschland typischerweise *einzelne* Teilregionen *einzelner* Länder betreffen (z. B. Abwanderung, Überalterung, kleinteilige Unternehmensstruktur, geringe Vermögen und Erbschaften etc.), in Ostdeutschland gleichzeitig und überall auftreten.

Den Fokus gerade auf diese für Zusammenhalt, Wohlstand und Lebensqualität der deutschen Gesellschaft *insgesamt* überaus bedeutsamen Herausforderungen zu richten war aus gegebenem Anlass das Anliegen der „Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Besonderes Augenmerk richtete die Kommission in ihren Debatten daher auf eine empirische Bestandsaufnahme hinsichtlich der wesentlichen Faktoren Demografie, Gesellschaft und Demokratie sowie Wirtschaft und Arbeit.



7.1.1 Demografie

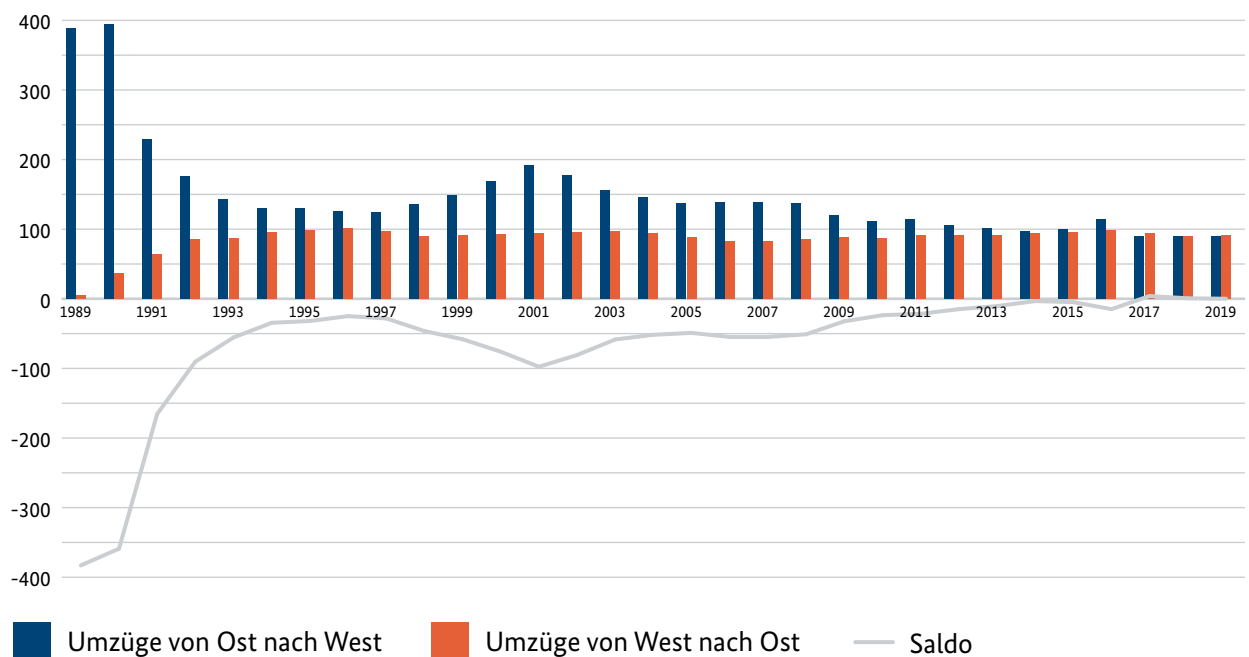
Fünf Trends bestimmen die demografische Lage in Ostdeutschland.

Erstens ist zu berücksichtigen, dass bereits vor dem Mauerbau 1961 etwa 2,6 Millionen Menschen aus der DDR in Richtung Bundesrepublik flüchteten, bis zum Mauerfall 1989 kamen noch einmal etwa 800.000 hinzu.¹ Zusätzliche 400.000 Menschen folgten allein in den Monaten zwischen Mauerfall und Währungsunion im Juli 1990. Umgekehrt mangelte es der DDR in den gesamten vier Jahrzehnten ihrer Existenz an der Zuwanderung junger Menschen von außen. Im Ergebnis dieser Trends ist die „Teilungslücke“ zwischen Ost und West im Hinblick auf die jeweiligen Einwohnerzahlen bereits seit

den 1950er-Jahren und bis in die Gegenwart hinein immer größer geworden. Bereits unter den aus der DDR in die Bundesrepublik Übergesiedelten befanden sich überdurchschnittlich viele junge Menschen, gut Ausgebildete, viele Engagierte und unternehmerisch Aktive. Sie alle, ihre Kinder und Kindeskiner fehlen der ostdeutschen Gesellschaft bis heute.

Betrachtet man – *zweitens* – den Zeitraum seit der Friedlichen Revolution, so fällt der massive Rückgang der Geburtenzahlen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre um ein Drittel bis um die Hälfte auf.² Dieser Rückgang hatte zur Folge, dass als „demografisches Echo“ in Ostdeutschland auch in den Folgegenerationen – aufgrund der fehlenden Mütter – weniger Kinder geboren werden konnten und geboren werden können.

Wanderungen zwischen neuen und alten Ländern 1989–2019 (in 1.000)

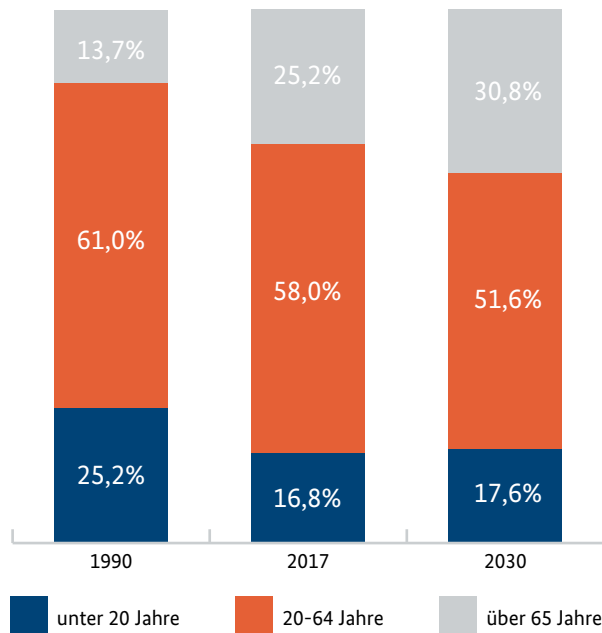


Quelle: Destatis

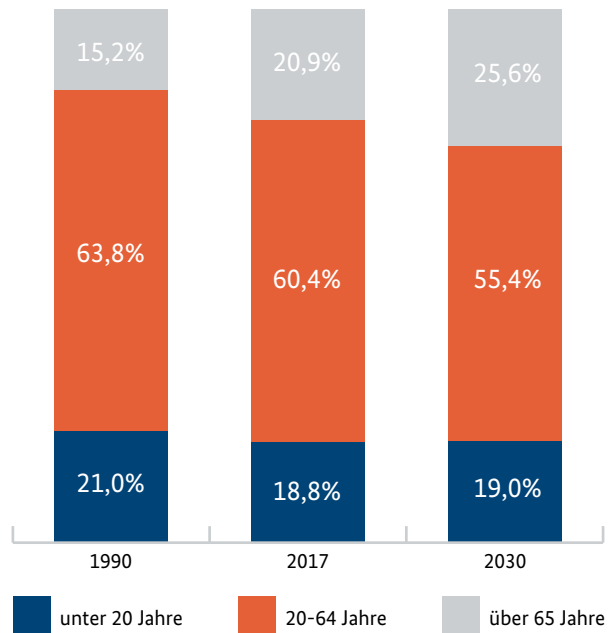
¹ Die hier angeführten Zahlen basieren auf Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40-jährigen Geschichte von Flucht und Auswanderung, in: Deutschland-Archiv, 24. Jahrgang (April 1991), S. 386-395.

² Die Gründe für den Rückgang der Geburtenzahlen sind vielschichtig. Dazu zählen gestiegene Unsicherheiten infolge der Transformation, das gestiegene Alter der Frauen zur Zeit ihrer ersten Mutterschaft, aber auch bereits der sogenannte Pillenknick in der DDR.

Altersstruktur neue Länder



Altersstruktur alte Länder



Quelle: Destatis

Drittes bestimmendes Element nach 1989 war die enorme Abwanderung der Ostdeutschen in die alten Länder. Bis 2018 zog es per Saldo etwa 2 Millionen Ostdeutsche in die alten Länder – überwiegend gut ausgebildete junge Menschen und darunter wiederum mehrheitlich Frauen, die damit ebenfalls als Mütter einer neuen Generation ostdeutscher Kinder fehlten. Erstmals 2017 zogen mehr Menschen aus den alten in die neuen Länder (insgesamt 5.000). Seit 2014 weisen die neuen Länder jedoch einen leicht positiven Wanderungssaldo in der Binnenmigration deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auf – eine Tendenz, von der bislang allerdings nur Teile Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens profitieren.³

Der *vierte* Trend – korrespondierend mit Geburtenrückgang und Abwanderung – ist die deutliche Alterung der ostdeutschen Gesellschaft. Waren 1990 noch etwa 25 % der Ostdeutschen unter 20 Jahre alt (und damit sogar mehr als in den alten Ländern), ist der Anteil dieser Altersgruppe inzwischen auf etwa 17 % abgesunken – und wird auch in den kommenden Jahren bestenfalls unwesentlich ansteigen.

Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil der über 65-Jährigen. Dieser steigt von 14 % (1990) auf über 30 % (2030). Damit verbunden ist auch ein erheblicher Rückgang des Potenzials an Erwerbspersonen (also der Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen). In einigen Regionen Ostdeutschlands wird diese Gruppe in den kommenden Jahren sogar um bis zu einem Drittel zurückgehen.

Hinzu kommt *fünftens* ein deutliches Gefälle der Bevölkerungsdichte zwischen Ost und West. Seit jeher leben in den westdeutschen Ländern auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt deutlich mehr Menschen, der Unterschied hat sich jedoch aufgrund der Schrumpfung in den ostdeutschen und des Zuwachses in den westdeutschen Ländern seit den 1950er-Jahren noch deutlich verschärft. Die Bevölkerungsdichte in den ostdeutschen Flächenländern beträgt derzeit 116 Einwohner pro Quadratkilometer, in den westdeutschen Flächenländern hingegen 268 Einwohner pro Quadratkilometer. 34 % der Ostdeutschen leben in Regionen mit geringer Besiedelung, in den alten Ländern betrifft dies nur 23 %.⁴

³ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

⁴ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019.

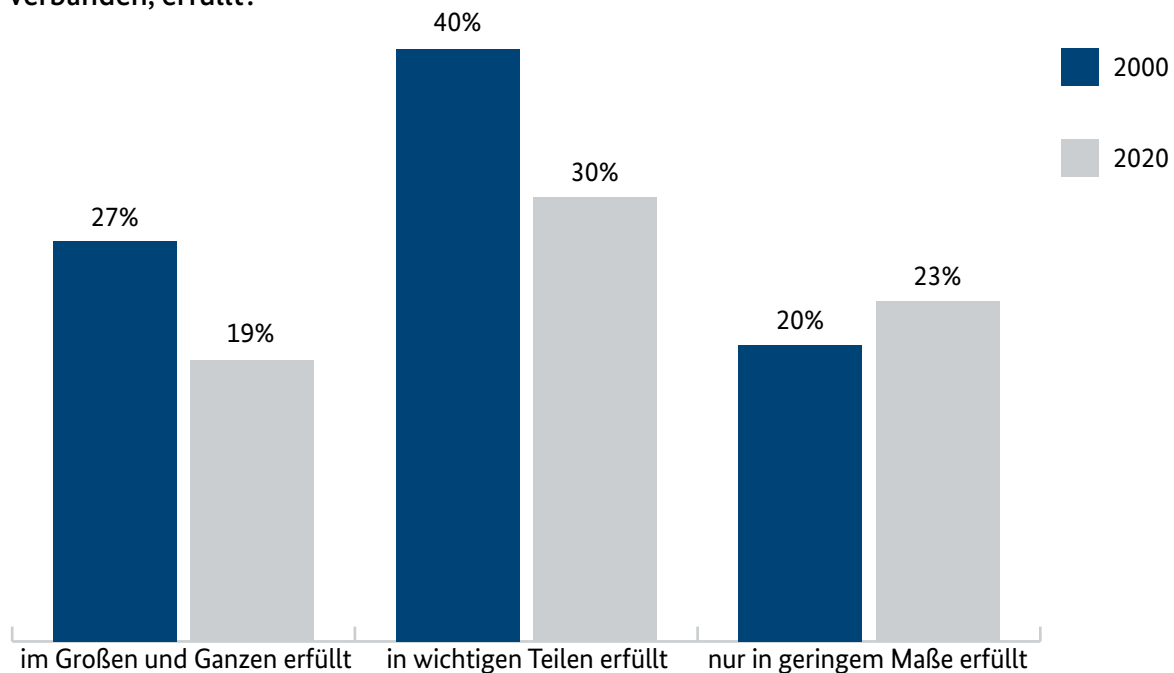
7.1.2 Gesellschaft und Demokratie

Fragt man die Deutschen nach ihrer Haltung zum Prozess und den Errungenschaften des Aufbaus Ost, zeigen sich erhebliche Unterschiede in den Blickwinkeln der Ost- und der Westdeutschen. In einigen Feldern bewegen sich die Bewertungen im Zeitverlauf sogar auseinander. Immerhin erklären etwa zwei Drittel der Ostdeutschen, ihre persönliche Lage habe sich seit 1990 gebessert. Verbreitet ist ausweislich verschiedener Umfragen aber gleichzeitig das Gefühl, als Ostdeutsche nur als Bürger „zweiter Klasse“ zu gelten. Zwei Drittel (66 %) der Ostdeutschen (und auch 37 % der Westdeutschen) vertreten die Ansicht, Ostdeutsche würden in der Bundesrepublik „häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt“.⁵

43 % der Westdeutschen sehen 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch große und sehr große Unterschiede zwischen Ost und West – das ist im Vergleich zu 2012 ein Zuwachs von immerhin 10 Punkten. Im Osten sehen sogar 74 % große und sehr große Unterschiede. Im Vergleich zu 2012 (77 %) ist dieser Wert relativ konstant.⁶ Auffällig ist, dass die Zahl der Begegnungen zwischen Ost und West ungleichgewichtig ist. Während nur 7 % der Ostdeutschen erklären, sie seien seit 1990 niemals oder nicht mehr als einen einzigen Tag in Westdeutschland gewesen, hat umgekehrt ein gutes Fünftel (22 %) der Westdeutschen Ostdeutschland niemals oder für höchstens einen Tag besucht.⁷

Der Blick auf den Vereinigungsprozess ist bei den Ostdeutschen in den vergangenen Jahren skepti-

Haben sich die Hoffnungen der Ostdeutschen, die sich auf Wiedervereinigung verbanden, erfüllt?



Quelle: Policy Matters (2000), Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

⁵ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam 2019 eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für die Bundesregierung aus dem Sommer 2019; vgl. hierzu Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019.

⁶ Institut für Demoskopie Allensbach 2019.

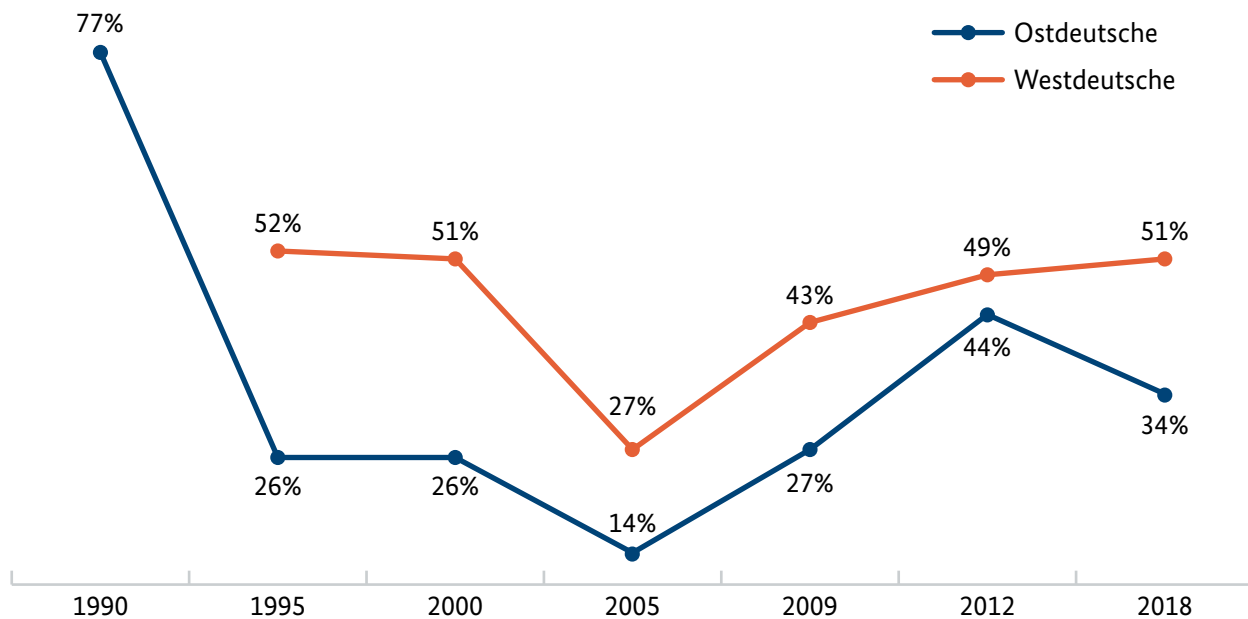
⁷ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

scher geworden. Während im Jahr 2000 noch etwa 27 % der Ostdeutschen erklärten, dass sich ihre Hoffnungen erfüllt hätten, waren es 2020 nur noch 19 % („im Großen und Ganzen“).⁸ Demgegenüber erklären die Ostdeutschen heute zu einem Viertel (23 %), ihre mit der Einheit verbundenen Hoffnungen hätten sich nicht oder nur in geringem Umfang erfüllt.⁹

Durchgängig schauen die Ostdeutschen skeptischer auf Demokratie und Marktwirtschaft in Deutschland. So hatten 2019 lediglich 32 % der Ostdeutschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit

des Staates, im Westen waren es immerhin 41 %.¹⁰ Klare Anzeichen deuten allerdings darauf hin, dass das Vertrauen der Ostdeutschen in die staatlichen Institutionen im Zuge der Corona-Epidemie 2020 stark gestiegen ist. So weist der im Sommer 2020 erhobene „Brandenburg-Monitor“ gegenüber 2018 einen Vertrauenszuwachs von 18 Punkten für die Bundesregierung und 11 Punkten für die Brandenburger Landesregierung aus.¹¹ Eine positive Meinung über das deutsche Wirtschaftssystem hatten 2019 in Ostdeutschland lediglich 34 % der Menschen, während dieser Wert im Westen bei 51 % lag.

Eine gute Meinung vom Wirtschaftssystem Deutschlands haben ...



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

⁸ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020. In einer Umfrage aus dem Jahr 2019 bekundeten sogar nur 11 % der Ostdeutschen, ihre Hoffnungen hätten sich erfüllt. Vgl. „30 Jahre Vereinigung. Eine Repräsentativbefragung der Ostdeutschen im Auftrag der ZEIT“, Policy Matters 2019.

⁹ Ebenda.

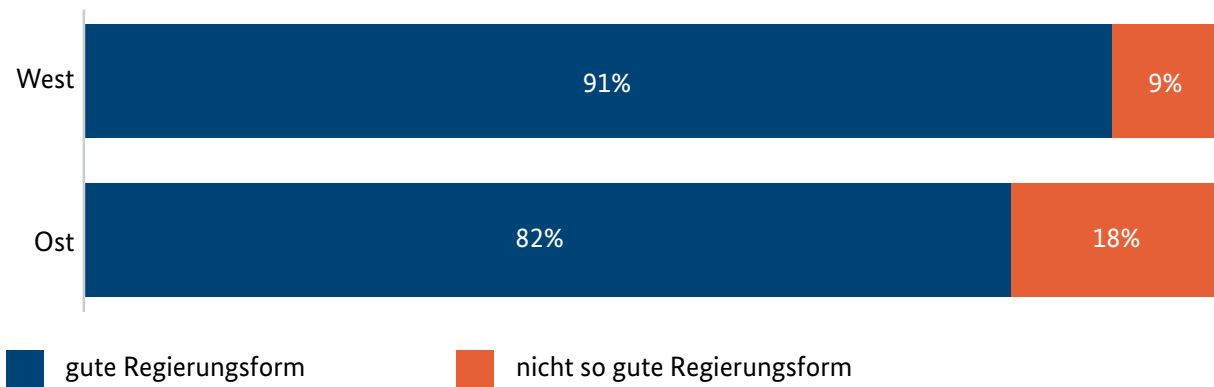
¹⁰ Kantar Emnid 2018.

¹¹ Brandenburg Monitor 2020, <https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/bbmonitor2020.pdf>. Die übrigen ostdeutschen Länder haben nach dem Ausbruch der Corona-Epidemie bislang keine neuen Landesmonitore vorgelegt.

Doppelt so viele Ostdeutsche (18 %) wie Westdeutsche (9 %) lehnen die Demokratie als Regierungsform *grundsätzlich* ab. Mit dem *konkreten* Funktionieren der gegenwärtigen demokratischen Ordnung in Deutschland erklären sich zwei Drittel der Westdeutschen aber nur die Hälfte der Ostdeutschen

zufrieden. Einen „starken Staat“ wünschen sich in Ostdeutschland 45 % der Bürgerinnen und Bürger, im Westen hingegen nur 34 %. Einen „eher liberalen Staat“ hingegen bevorzugen 66 % der Westdeutschen und 55 % der Ostdeutschen.¹²

Demokratie als Regierungsform



Quelle: Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert



Quelle: Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

¹² Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020. Je nach Zeitpunkt und Fragestellung kommen andere Umfragen zu anderen, aber tendenziell ähnlichen Ergebnissen. So erklärten sich einer anderen Umfrage zufolge 2019 von der Demokratie als Staatsform nur 42 % der Ostdeutschen, aber 77 % der Westdeutschen überzeugt. Sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Demokratie waren 28 % der Ostdeutschen, aber nur 15 % der Westdeutschen. Quelle: Kantar Emnid für die Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018.

Nahezu vier von fünf Ostdeutschen (77 %) erklären, dass die Lebensleistung der ehemaligen DDR-Bürger im vereinigten Deutschland nicht ausreichend wertgeschätzt werde.¹³ Dieser Befund ist vor allem deshalb von besonderer Eindringlichkeit, weil zugleich über 80 % der Menschen in den neuen Ländern der Ansicht sind, die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen sei wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit.¹⁴ Sogar jeder zweite Westdeutsche (49 %) teilt die Einschätzung, die Lebensleistung der Ostdeutschen finde zu geringe Wertschätzung.

In den Debatten der Kommission über die hier genannten Ergebnisse wurde erörtert, dass die Prozesse von Globalisierung und Digitalisierung in Deutschland, aber auch in unseren europäischen Nachbar-

ländern heute einen hohen kulturellen Druck auf die Gesellschaften ausüben. Im Hinblick auf ihre – überwiegend eher von Besorgnis als von Hoffnung gekennzeichneten – Einschätzungen dieser Entwicklungen unterscheiden sich West- und Ostdeutsche heute nur wenig.¹⁵ In Ostdeutschland kommt allerdings in besonderer Weise hinzu, dass die politischen und ökonomischen Verwerfungen der vergangenen drei Jahrzehnte bei vielen Menschen bis an die existenziellen Fundamente reichen. Frühere Ideale, aber auch der Sinn des gelebten Lebens werden infrage gestellt. Aus sozialpsychologischer Sicht geht dies vielfach mit Beschämung und Entwertung einher. Sofern diesen Entwertungen nichts entgegengesetzt wird, sie nicht gesellschaftlich aufgefangen werden, können sich Verbitterung, Wut und Trotz Bahn brechen.

¹³ Infratest für die ARD 2019.

¹⁴ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

¹⁵ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.



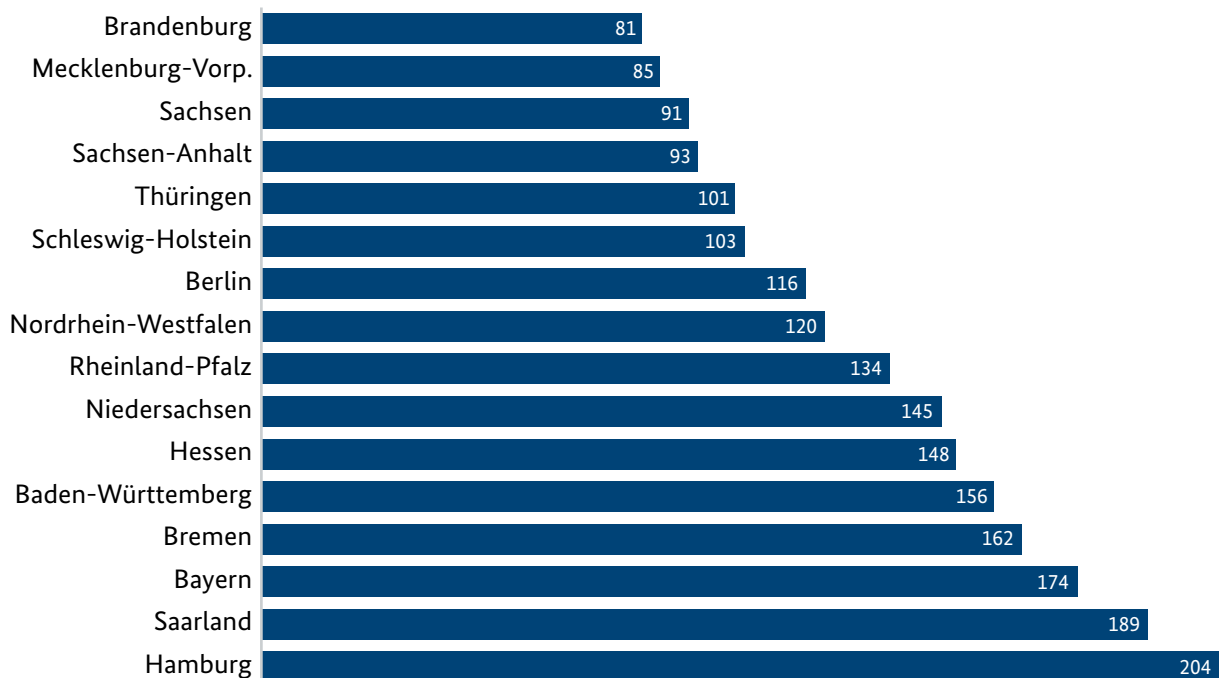
7.1.3 Ökonomische Rahmenbedingungen

Die ostdeutsche Wirtschaft hat seit der Wiedervereinigung eine enorme Entwicklung vollzogen.¹⁶ Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner hat sich seit 1991 in den neuen Ländern einschließlich Berlins mehr als verdreifacht.¹⁷ Allerdings bleiben die Strukturunterschiede zwischen ost- und westdeutscher Wirtschaft erheblich. Am deutlichsten wird dies beim Blick auf die Größe der Unternehmen. So arbeiten im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 40,5 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In Ostdeutschland sind dies nur 21,5 %.¹⁸ Insgesamt mangelt es in Ostdeutschland an Konzernzentralen, im deutschen Börsenindex DAX befindet sich nach wie vor kein einziges Unternehmen aus Ostdeutschland. Vermögen und Erbschaften sind im Osten noch immer deutlich niedriger als im Westen. In Mecklenburg-

Vorpommern werden durchschnittlich 52.000 Euro vererbt, in Brandenburg 64.000 Euro; in Bayern dagegen liegt eine durchschnittliche Erbschaft bei 176.000, in Hessen bei 173.000 Euro (Zahlen jeweils ohne die 2 % der einkommensstärksten Haushalte).

Bei den Vermögen und Erbschaften wird sich die Schere zwischen Ost und West in den kommenden Jahren voraussichtlich sogar noch weiter öffnen. Dafür spricht u. a. die Entwicklung der Immobilienpreise. Die Wohneigentumsquote ist in Ostdeutschland mit 33 % deutlich geringer als in Westdeutschland (49 %). Damit profitieren – insbesondere in der Erbengeneration – deutlich mehr Westdeutsche beim Vermögensaufbau von den stark gestiegenen Immobilienpreisen der vergangenen Jahre. Hinzu kommt, dass sich die Preise in den urbanen Regionen teilweise vervielfacht haben, während sie im ländlichen Raum nur schwach oder gar nicht anziehen. Infolgedessen entfallen gegenwärtig zwar 22 % aller

Beschäftigte je Industriebetrieb nach Ländern



Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020

¹⁶ Für eine ausführlichere Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland siehe auch Kapitel 7.4.

¹⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

¹⁸ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

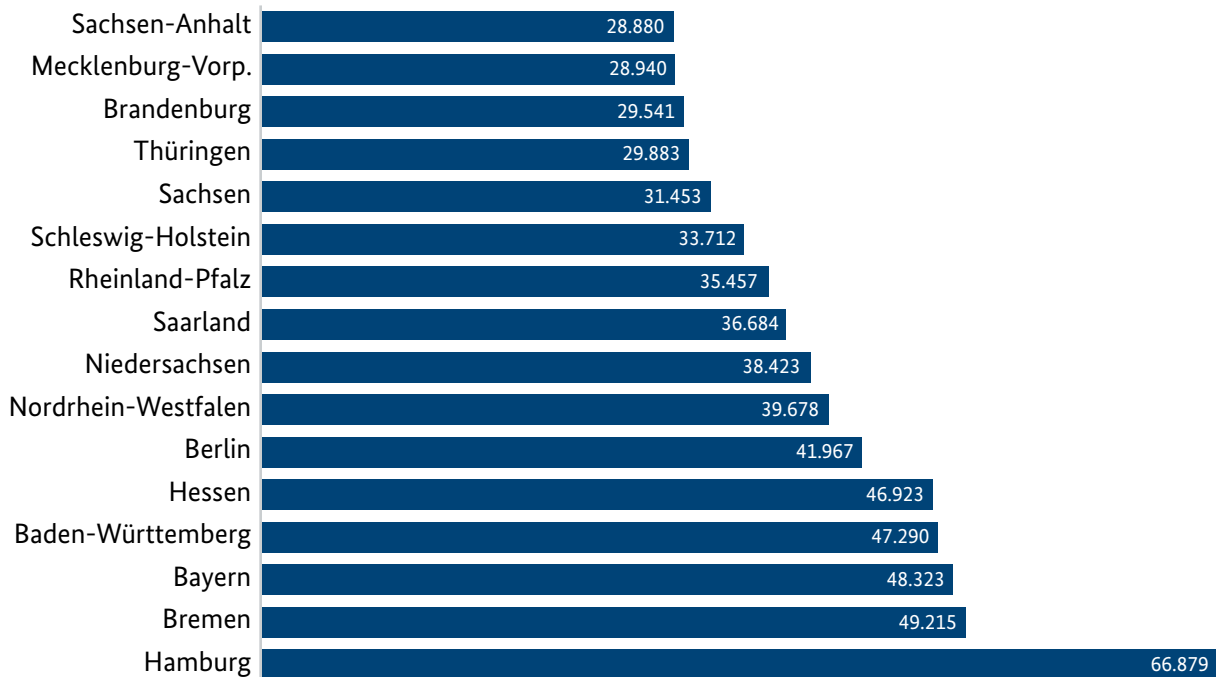
Erbfälle, aber nur 8 % des vererbten deutschen Immobilienvermögens auf Ostdeutschland (einschließlich Berlin).¹⁹

Der Blick auf die Gehälter wiederum zeigt: Die Bruttolöhne Ost betragen etwa 85 % des Westniveaus. Die Ursachen für diese weiter bestehende Lohnlücke sind nicht gänzlich klar. Zu ihnen gehören so unterschiedliche Faktoren wie Betriebsgröße, Tarifbindung, Arbeitsproduktivität, Sektorstruktur der Wirtschaft, lokale Preisniveaus oder Siedlungsstrukturen.²⁰ Vergleicht man die Kaufkraft, stellt man fest, dass der Unterschied zwischen Ost und West nicht ganz so markant ausfällt: Die Differenz beträgt hierbei etwa 7 %.²¹ Hinzu kommt, dass die Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeiten im Osten weiterhin länger sind als im Westen. Während im Jahr 2018 westdeutsche Beschäftigte im Durchschnitt 1.295 Stunden arbeiteten, kamen

ihre ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen auf 1.351 Stunden – also volle sieben achtstündige Arbeitstage mehr pro Jahr.²²

Der Abstand beim BIP pro Kopf zu den alten Ländern ist nach wie groß – seit etwa zehn Jahren beträgt er gut 30 %. Ostdeutschland befindet sich heute in etwa auf dem durchschnittlichen Niveau der westdeutschen Länder im Jahr 2005. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die *erfolgreichsten* ostdeutschen Regionen heute auf dem Niveau der *schwächsten* Regionen im Westen liegen. So liegt das BIP pro Kopf Sachsens knapp 7 % unter dem von Schleswig-Holstein. Unter den 294 Landkreisen Deutschlands kommt mit Potsdam-Mittelmark der erste ostdeutsche auf Rang 164 (gemessen nach Einkommen pro Kopf), unter den 50 Kreisen mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen finden sich nur sechs aus den westdeutschen Ländern.

BIP je Einwohner in € nach Ländern



Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020

¹⁹ Vgl. Carsten Korfmacher, Gerech ist anders: Warum der Osten weiter abgehängt wird, in: Nordkurier vom 06.08.2020 (<https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/gerecht-ist-anders-warum-der-osten-weiter-abgehaengt-wird-0640266908.html>). Siehe auch Cerstin Gammel, Auf halbem Weg zwischen Ost und West, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.09.2020 (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ostdeutschland-krise-corona-1.5044710>).

²⁰ ifo Dresden.

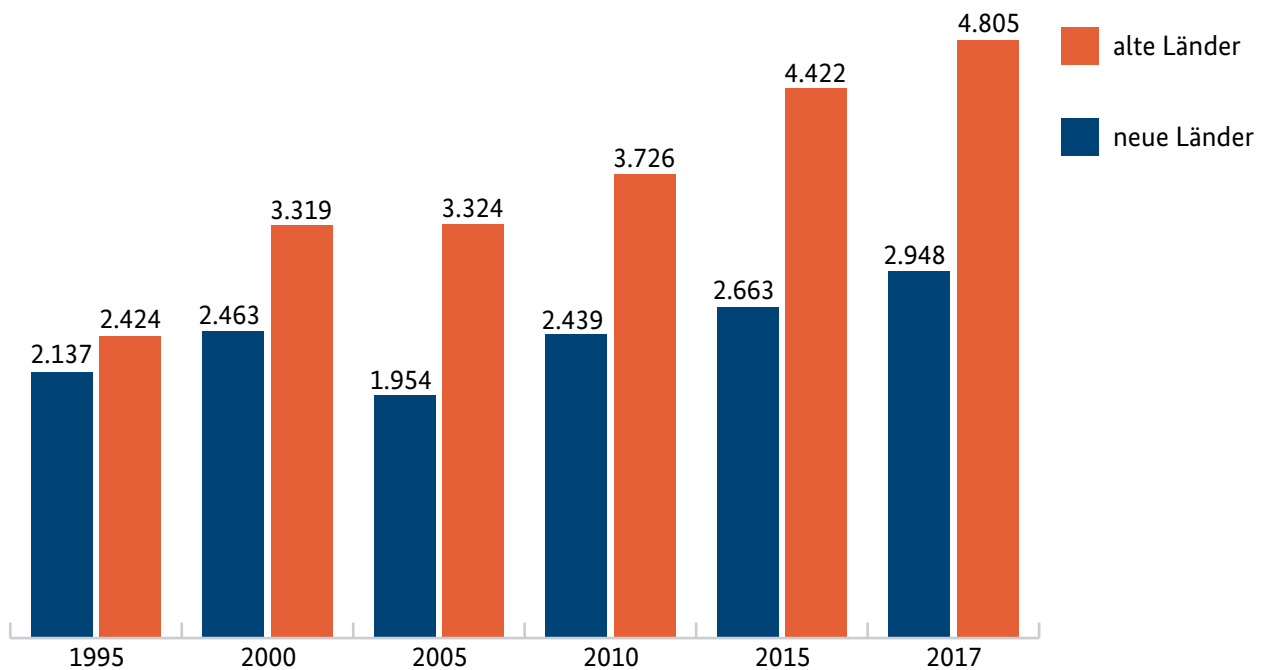
²¹ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

²² Siehe etwa „Beschäftigte in Ostdeutschland: Längere Arbeitszeit, weniger Lohn“, in: Spiegel Online vom 06.07.2019 (<https://www.spiegel.de/karriere/beschaeftigte-in-ostdeutschland-laengere-arbeitszeit-weniger-lohn-a-1276092.html>).

Gleichwohl: Eine der großen Erfolgsgeschichten Ostdeutschlands in den vergangenen Jahren ist der enorme Rückgang der Arbeitslosigkeit. Zum einen ist diese seit ihrem Höhepunkt 2005 um fast zwei Drittel gesunken. Zum anderen liegt die ostdeutsche Arbeitslosenquote, nachdem sie lange Zeit etwa doppelt so hoch war wie die westdeutsche, jetzt „nur“ noch um etwa 20 bis 30 % höher. Brandenburg, Sachsen und Thüringen weisen inzwischen sogar Arbeitslosenquoten unterhalb derjenigen in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und dem Saarland auf.

Versucht man, einen Blick in die Zukunft der Wirtschaft zu werfen, stellt man fest, dass einer der wichtigsten Indikatoren die Investitionstätigkeit ist. Hierbei zeigt sich, dass die Investitionstätigkeit in den westdeutschen Ländern um mehr als 60 % höher liegt als in den ostdeutschen; das Niveau der neuen Länder liegt in etwa auf dem Niveau der alten Länder im Jahr 2000. Auch die Forschungsausgaben (von Staat, Hochschulen und Wirtschaft zusammen) liegen in den ostdeutschen Ländern deutlich unter dem Wert der westdeutschen Länder (trotz überdurchschnittlicher staatlicher Ausgaben im Osten).²³

Investitionen in Euro pro Einwohner (neue Ausrüstungen und Anlagen)



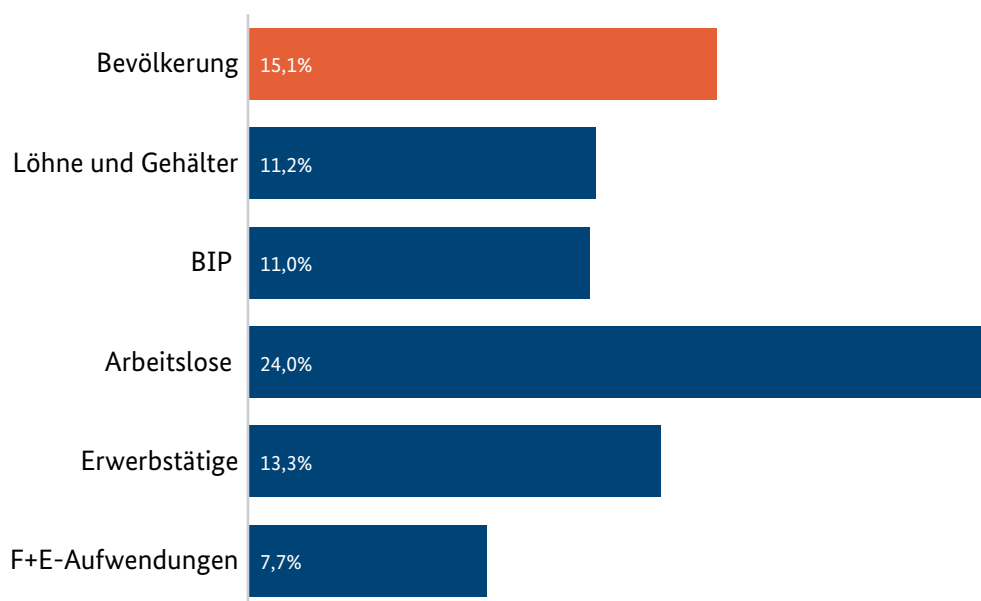
Quelle: Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020

²³ Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

Insgesamt ist der strukturelle Unterschied der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland deutlich erkennbar. Die ostdeutschen Länder (ohne Berlin) umfassen gut 15 % der Bevölkerung Deutschlands, bei den Erwerbstätigen hingegen stellt Ostdeutschland nur 13 %. Beim BIP und der Summe von Löhnen und Gehältern kommt der Osten auf 11 %, während sich der Anteil der Arbeitslosen aus Ostdeutschland auf knapp 25 % beläuft.

Dieser Strukturunterschied spiegelt sich auch in den Steuereinnahmen wider. Diese machen in den ostdeutschen Flächenländern gerade einmal 65 % der Einnahmen finanzschwacher westdeutscher Flächenländer aus. Die Steuerkraft der ostdeutschen Kommunen beläuft sich auf 69 % der Steuerkraft von Kommunen in finanzschwachen westdeutschen Flächenländern.

Anteil der neuen Länder an Deutschland



Quelle: Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020



7.1.4 Themen und Kontroversen

Die vorliegenden empirischen Befunde zu Demografie, Gesellschaft und Demokratie sowie Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland wurden in der Kommission hinsichtlich ihrer Bedeutung und Wechselwirkungen lebhaft, zum Teil auch streitig diskutiert. Dabei spielten unter anderem die folgenden Gesichtspunkte eine Rolle:

- Die weiterhin großen Unterschiede zwischen Ost und West in Deutschland werden von verschiedenen Generationen sehr unterschiedlich interpretiert. Während in den mittleren und älteren Generationen in Ostdeutschland verbreitet die Auffassung vertreten wird, der Osten insgesamt werde von der Entwicklungsdynamik des Westens „abgehängt“, ist für viele jüngere und mobilere Ost- und Westdeutsche die kollektive Unterscheidung zwischen Ost und West nicht mehr bedeutsam.
- Parallel dazu scheint sich aber vor allem in ländlichen Regionen Ostdeutschlands – und hierbei besonders unter Jüngeren – ein Beharren auf einer eigenen, vom Westen unterschiedenen und spezifisch ostdeutschen Identität neu herauszubilden.
- Auf vielen Gebieten ist der „Aufbau Ost“ gut gelungen, gleichwohl stand er häufig für einen „Nachbau West“. Unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialmodells wird das nicht mehr reichen. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass es Ostdeutschland gelingt, auf die zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen von Digitalisierung, Klimawandel und Internationalisierung neue und innovative Antworten zu geben. Insofern geht es darum, auf einigen strategischen Sektoren einen „Vorsprung Ost“ zu schaffen, der die neuen Länder positiv von anderen Regionen in der Welt abhebt, der Ostdeutschland spannend macht sowie Menschen und Unternehmen anzieht. Hierfür müssen auf nationaler und europäischer Ebene die erforderlichen strukturpolitischen Weichenstellungen vorgenommen werden.
- Daneben hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sich bei vielen Menschen in Ostdeutschland bei allen weiterbestehenden Vorbehalten zunehmend auch ein Stolz auf das in den schwierigen Transformationsjahren nach der Wiedervereinigung Erreichte und Geschaffene etabliert. Mehr als vier von zehn Ostdeutschen (43 %) zählen sich heute zu den Gewinnern der Einheit.²⁴
- Blickt man auf die ostdeutschen Länder, zeigt sich, dass die Schrumpfung, Alterung und Ausdünnung der erwerbsfähigen Bevölkerung infolge von Abwanderung und Alterung zwar die Arbeitslosigkeit erheblich reduziert hat. Gleichzeitig aber erweist sich die eingetretene Überalterung der ostdeutschen Gesellschaft unter anderem mit Blick auf den Fachkräftebedarf als großer Hemmschuh für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.
- Parallel dazu zeigt sich ein wachsendes demografisches Gefälle zwischen Ost und West und darüber hinaus auch jeweils innerhalb des Ostens sowie innerhalb des Westens zwischen urbanen Wachstumsregionen und ländlichen Regionen. Die Trennlinie in demografischer Hinsicht verläuft somit nicht mehr nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen wirtschaftsstarken urbanen Zentren auf der einen Seite und ländlichen Räumen auf der anderen Seite. Das hat erhebliche Rückwirkungen auf die Daseinsvorsorge sowie die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse.
- Insgesamt stehen die ostdeutschen Länder vor der Herausforderung, dass die Schrumpfung ihres Potenzials an Erwerbspersonen die Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft tendenziell beeinträchtigt. Der Osten braucht Zuwanderung. Entscheidend wird also sein, ob es im Osten gelingt, verstärkt Nachwuchsfachkräfte von außen anzuziehen und zu halten (bisher gelingt dies den alten Ländern deutlich besser).

²⁴ Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

- Zentrale Merkmale der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung (auch) in Deutschland sind die Trends zur postindustriellen Ökonomie, zur Bildungsexpansion und zum Wertewandel. Gemäß der viel diskutierten Kategorisierung, etwa des Soziologen Andreas Reckwitz, differenziert sich unsere Gesellschaft vor diesem Hintergrund zunehmend aus in die „neue Mittelklasse“, die „alte Mittelklasse“ und die „prekäre Klasse“. Das Leben der „neuen Mittelklasse“ ist gekennzeichnet durch „erfolgreiche Selbstverwirklichung und urbanen Kosmopolitismus“. Das Leben der „alten Mittelklasse“ ist geprägt durch „Sesshaftigkeit, Ordnung und kulturelle Defensive“. Das Leben der „prekären Klasse“ wiederum kennzeichnen „Sichdurchbeißen und Deklassierung“.
- Es ist aufgrund der demografischen und ökonomischen Gesamtlage offensichtlich, dass die urbane und kosmopolitische „neue Mittelklasse“ in Ostdeutschland insgesamt deutlich weniger stark vertreten und weniger gesellschaftsprägend ist als im Westen. Umgekehrt sind sowohl die „alte Mittelklasse“ als auch die „prekäre Klasse“ im Osten anteilig ausgeprägter.
- Zentral für die „alte Mittelklasse“ (einschließlich der selbstbewussten ehemaligen Arbeiterklasse) ist ein Ethos der Arbeit, der Familie, der Ordnung und der Region. Die „prekäre Klasse“ wiederum sieht sich nicht nur materiell ‚unten‘, sondern auch kulturell entwertet – eine Lage, deren Eintreten Angehörige der „alten Mittelklasse“ (erst recht in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der Transformationserfahrungen seit 1990) auch für sich befürchten.
- Gemeinsam ist der „alten Mittelklasse“ und der „prekären Klasse“, dass sie sich „im Paternoster der Drei-Klassen-Gesellschaft“ entweder auf dem Weg nach unten wahrnehmen oder bereits unten angekommen sind. Hieraus erwachsende Einstellungsmuster können – in wechselnden Mischungsverhältnissen – gekennzeichnet sein durch Angst, Wut, Kränkung, Pessimismus oder Fatalismus.
- Grundsätzlich gilt, dass Gesellschaften und Regionen, in denen Gruppen mit solchen und ähnlichen Einstellungsmustern in quantitativer und sozialräumlicher Hinsicht stark vertreten sind, stärker dazu neigen können, sich insgesamt als „Abstiegsgesellschaften“ (Oliver Nachtwey) oder Abstiegsregionen wahrzunehmen. Damit können sie zugleich besonders anfällig für rechtspopulistische Narrative und Projekte sein. Dieser Fall ist in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland eingetreten.
- Wenn in den kommenden Jahrzehnten (nicht nur) in Ostdeutschland eine grundlegende Trendumkehr glücken soll, dann muss es gelingen, dem Deutungsmuster der „Abstiegsgesellschaft“ erfolgreich die sozialen, ökonomischen und psychologischen Grundlagen zu entziehen. Dafür ist es erforderlich, die „prekäre Klasse“ zu verkleinern und – bei gleichzeitiger Expansion der „neuen Mittelklasse“ – die „alte Mittelklasse“ zu stabilisieren.
- Heute üben nicht aufgearbeitete Verwerfungen der Vergangenheit ebenso wie bedrohlich erscheinende Prozesse der Gegenwart wie Globalisierung, Digitalisierung, soziale Vereinsamung sowie neuerdings die zutiefst verstörende Erfahrung einer tödlichen Pandemie hohen Druck auf unsere gesellschaftlichen Fundamente aus. Psychische Abwehrmechanismen wie Spaltung sowie Abwertung des anderen und die Verbreitung von paranoiden Verschwörungstheorien können die Folgen sein. Notwendig ist in dieser Lage zunächst die Anerkennung der tatsächlichen Bedrohung. Das Gefühl der Bedrohung eint uns. Dabei geht es nicht zuletzt um die Anerkennung realer Verluste wie den Verlust von Teilen des Alltagslebens in der DDR oder von Sicherheit und Geborgenheit angesichts der Corona-Pandemie, also um Trauer statt Wut.

7.2

REPRÄSENTATION VON OSTDEUTSCHEN IM VEREINIGTEN DEUTSCHLAND

Drei Jahrzehnte nach Friedlicher Revolution und gewonnener Deutscher Einheit sind Bürgerinnen und Bürger ostdeutscher Herkunft in führenden Positionen in Deutschland – und teilweise auch in Ostdeutschland selbst – noch immer deutlich unterproportional vertreten. Dieser unbefriedigende Zustand wurde auch in der Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit intensiv debattiert.

Die Kommission maß der Frage der Vertretung Ostdeutscher in den Eliten des vereinigten Deutschlands eine besondere Bedeutung bei, weil damit auch Fragen der demokratischen Repräsentation und Legitimation berührt werden. Dauerhafte Repräsentationslücken könnten eine Entfremdung zwischen Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlichen Führungsgruppen bewirken sowie die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen beeinträchtigen.

Auf der Kommissionssitzung am 2. Juni 2020 referierte zu diesem Thema der Politikwissenschaftler Dr. Lars Vogel. Er ist einer der Projektkoordinatoren in dem vom BMFSFJ geförderten Forschungsprojekt „Soziale Integration ohne Eliten? Ausmaß, Ursachen und Folgen personeller Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in den bundesdeutschen Eliten“.¹ Das Projekt, an dem die Universität Leipzig, die Hochschule Zittau/Görlitz sowie das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) beteiligt sind, legt seinen Fokus auf die Repräsentation von Ostdeutschen.

7.2.1 Begrifflichkeit „ostdeutsch“

Wenn von der Unterrepräsentation ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger in Führungspositionen gesprochen wird, ist zunächst zu klären, wer eigentlich heute als „ostdeutsch“ gelten sollte. Denkbar wäre

einerseits, alle gegenwärtigen Einwohnerinnen und Einwohner der ostdeutschen Länder – gleich welcher Herkunft und Sozialisation – einzubeziehen. Denkbar wäre andererseits aber auch, den Begriff nur auf diejenigen zu beziehen, die bereits vor 1989 in der DDR prägende biografische Erfahrungen gemacht haben. Der Möglichkeit der Definition qua Wohnort steht also die Möglichkeit der Definition qua biografischer Prägung gegenüber. Beide Begriffsweisen sind plausibel, wobei jedoch eine allein am Wohnort ansetzende Fassung dem gesellschaftspolitischen Problem nicht hinreichend gerecht wird. Zugleich ist sich die Kommission bewusst, dass es mit fortschreitender Zeit immer schwieriger wird, trennscharf zu definieren, wer und was genau „ostdeutsch“ ist: Inzwischen leben sehr viele ehemalige Westdeutsche bereits seit mehreren Jahrzehnten in Ostdeutschland, haben hier Familien gegründet und Kinder großgezogen; umgekehrt leben viele in Ostdeutschland geborene Bürgerinnen und Bürger mittlerweile seit ebenso langer Zeit in Westdeutschland.

Nach ausgiebiger Debatte versteht die Kommission im weiteren Vorgehen und für die weitere Diskussion unter „Ostdeutschen“ diejenigen Menschen der Bundesrepublik, die der Herkunft nach aus dem Gebiet der ehemaligen DDR stammen und biografisch durch die Erfahrungen des Lebens in der SED-Diktatur oder das Aufwachsen nach 1990 in den ostdeutschen Ländern mit den Erfahrungen von Wiedervereinigung und Transformation geprägt worden sind. „Ostdeutsch“ zu sein ist demnach heute bestimmt durch die Sozialisation in gesellschaftlichen und kulturellen Erfahrungsräumen, die mit den Jahren vor 1989 und den ersten zehn bis zwanzig Jahren der Transformation in Ostdeutschland verknüpft sind. Die Kommission geht davon aus, dass wegen des generationsübergreifenden Charakters familialer und lokaler Sozialisationsprozesse die Zuschreibung „ostdeutsch“

¹ <https://dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/drittmittel-projekt-soziale-integration-ohne-eliten/>.

auch für Menschen zutrifft, die nach 1989 geboren wurden und etwa bis zum Jahr 2000 in ostdeutschen Familien und Lebenswelten aufwuchsen.

Zugleich sollte bei allen Bemühungen um die verstärkte Vertretung von Ostdeutschen in den Führungspositionen der Bundesrepublik immer eine weit gefasste Perspektive eingenommen werden. Initiativen, die auf die Stärkung von Ostdeutschen setzen, dürfen keine neuen Gegensätze oder Diskriminierungen begünstigen. Vielmehr müssen auch diejenigen Menschen Berücksichtigung finden, die – aus Westdeutschland stammend – bereits lange Zeit in Ostdeutschland ansässig sind und auch hier wichtige biografische Prägungen erfahren haben.

7.2.2 Ausmaß der Minderrepräsentation

Im Hinblick auf das tatsächliche Ausmaß der Minderrepräsentation von Ostdeutschen in der Bundesrepublik ergeben die verschiedenen vorliegenden Studien² folgende Ergebnisse:

- Blickt man auf *Deutschland insgesamt*, zeigt sich, dass Ostdeutsche (je nach Studie) heute einen Anteil von 3 bis 8 % der Führungspositionen einnehmen – und dies bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 17 %. Auch auf dieser Ebene ist der Anteil der Ostdeutschen in der Politik am höchsten. Besonders unterrepräsentiert sind Ostdeutsche in den Führungspositionen von Justiz, Wirtschaft und Bundeswehr (1 bis 2 %).
- In *Ostdeutschland* selbst ist nur knapp ein Viertel aller Spitzenpositionen in Verwaltung, Justiz, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt (bei einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von über 85 %). Nur im Bereich der Politik – etwa in Parteien und Landtagen – sind Ostdeutsche angemessen vertreten. In Führungspositionen der Wirtschaft liegt der Anteil der Ostdeutschen nur bei etwa einem Drittel. Forschungsinstitute in Ostdeutschland werden zu etwa 15 % von Ostdeutschen geleitet. Der Anteil von Ostdeutschen an der Richterschaft in den ostdeutschen Ländern liegt bei unter 15 %, unter den Vorsitzenden Richtern bei unter 10 %.

- Das Nachrücken von Ostdeutschen in Spitzenpositionen vollzieht sich – auf ohnehin niedrigem Niveau – sehr langsam, teilweise geht ihr Anteil sogar zurück. Der Anteil Ostdeutscher in der Richterschaft wiederum ist zwischen 2004 und 2016 nur um ganze 2 % gewachsen. In der Wirtschaft, teilweise auch im Bereich der Medien, ist ein Nachwachsen von Ostdeutschen Stück für Stück erkennbar.
- Auch wenn große Unterschiede zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und professionellen Sektoren bestehen, ist insgesamt festzustellen, dass sich die Ostdeutschen innerhalb der Bundesrepublik – bis auf die politischen Repräsentationseliten – in keinem einschlägigen Bereich entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke repräsentiert finden (dies trifft in der Regel nicht auf die kommunale Ebene zu). Dieser Befund spiegelt sich auch in der Wahrnehmung sowohl der west- als auch der ostdeutschen Bevölkerung wider.

7.2.3 Themen und Kontroversen

In der Kommission wurden folgende Thesen zum Teil kontrovers diskutiert:

- Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Repräsentation und Legitimation, dass Ostdeutsche in gesellschaftlichen Führungspositionen gleichberechtigt vertreten sein sollten. Grundsätzlich ist in einer freiheitlich-demokratisch verfassten Ordnung immer anzustreben, dass sich die Vielfalt und die Verschiedenartigkeit der Gesellschaft in den Führungsgruppen der gesellschaftlichen Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Medien, Justiz, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Sport oder Militär) hinreichend widerspiegeln. Unter anderem davon hängen die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen sowie ihre gesellschaftliche Akzeptanz ab.
- Angehörige von sozialstrukturellen Gruppen und Gemeinschaften (etwa Frauen oder Männer, Junge oder Ältere, soziale Schichten oder Berufsstände, regionale Landsmannschaften, Stadt- oder Landbewohner, ethnische Minder-

² Diesen Studien liegen zwar jeweils eigene Definitionen der Kategorie „ostdeutsch“ zugrunde, die aufgezeigten Trends sind jedoch eindeutig.

heiten sowie Behinderte) sollten in insgesamt angemessenem Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil in gesellschaftlichen Leitungsfunktionen vertreten sein.

- Wo die Vertretung von Teilgruppen der Gesellschaft *systematisch* und *beständig* zu gering ausfällt, untergräbt dieser Zustand die Zustimmung der betreffenden, sich als unterrepräsentiert wahrnehmenden Gruppen zur gesellschaftlichen Gesamtordnung. Dauerhafte Repräsentationslücken können durchaus Entfremdung zwischen Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlichen Führungsebenen verursachen oder verstärken.
- Die unterproportionale Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Interessen kann auch die mangelnde Aufmerksamkeit wichtiger öffentlicher Institutionen für die Problemlagen von Gruppen bzw. Regionen zur Folge haben. Es stärkt nicht nur die Legitimität und Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen und demokratischen Prozessen, sondern auch ihre praktische Qualität, wenn gruppenspezifische Erfahrungen und Problemdeutungen in allen diesen Gruppen betreffenden Prozessen und Entscheidungen maßgeblich abgebildet sind.
- Mit der zu geringen Vertretung von Ostdeutschen bleiben in allen gesellschaftlichen Sektoren wichtige Impulse, Erfahrungen und Potenziale ungenutzt, die für die gesellschaftlichen Debatten, Lern- und Innovationsprozesse unserer *gesamten* Gesellschaft wichtig wären.
- Innerhalb von Gruppen, die sich nicht ausreichend vertreten sehen, kann sich durchaus der Eindruck festsetzen oder verstärken, insgesamt „abgehängt“ und vernachlässigt zu sein. Das im Vergleich zu ihren westdeutschen Landsleuten zum Teil geringere Vertrauen der Ostdeutschen zu den Institutionen der Bundesrepublik Deutschland kann nicht zuletzt in diesem Kontext gedeutet werden. Auch der in zwei Dritteln (66 %) der Bevölkerung der ostdeutschen Länder verbreitete Eindruck, in der Bundesrepublik als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt zu werden, kann in diesem Kontext gedeutet werden.³
- Bei der Frage der Repräsentation der Ostdeutschen geht es nicht allein um abstrakte demokratiethoretische Gesichtspunkte, sondern um ein Thema, das Menschen tatsächlich bewegt. Dies zeigt sich etwa daran, dass knapp zwei Drittel der Deutschen eine Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den deutschen Führungsgruppen wahrnehmen. Die Ostdeutschen nehmen das Problem besonders kritisch wahr.
- Fehlende Repräsentanz und Einbeziehung können in einer Gesellschaft zu „sozialen Verletzungen“ und „Frakturen“ (Steffen Mau) mit langfristigen Nachwirkungen führen. Hierin liegt ein Grund sowohl für die empirisch messbare Distanz der ostdeutschen Bevölkerung zu den Eliten der Bundesrepublik als auch für ihre höhere Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen, Werten und Verfahren und der sozialen Marktwirtschaft.
- Im Zuge der deutschen Vereinigung wurden die zentralen Strukturen und Institutionen der „alten“ Bundesrepublik auf das „Beitrittsgebiet“ der vormaligen DDR ausgedehnt. Damit verbunden war notwendigerweise ein erheblicher Elitentransfer von West nach Ost. Beides war zweifellos erforderlich für einen insgesamt gelingenden Aufbauprozess. Es entsprach auch dem Mehrheitswillen der Ostdeutschen, schnell und umfassend in die Bundesrepublik eingegliedert zu werden.
- Es besteht in der Bundesrepublik zweifellos keine „formale“ Diskriminierung von Ostdeutschen. Dennoch gibt es unterschiedlich wirkende Prinzipien, die einer besseren Repräsentanz von Ostdeutschen in Deutschland entgegenwirken. Dazu gehören Netzwerke, die langfristig wachsen und auf Ähnlichkeit von sozialem Status, Herkunft, Werten und Interessen basieren und in denen Ostdeutsche einfach zu wenig vertreten sind.

³ Siehe Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020. Vgl. auch Kapitel 7.1., S. 70-72.

- Die unzureichende Präsenz von ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern in wichtigen sektoralen Netzwerken geht auch auf den Exodus kreativer und leistungsstarker Eliten in den viereinhalb Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur, der Wendezeit und der 1990er-Jahre zurück. Zwei bis drei Millionen oftmals besonders gut ausgebildete ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger haben seit 1989 ihre Heimat verlassen und stehen somit für Führungspositionen in Ostdeutschland zumeist nicht mehr zur Verfügung.
- Darüber hinaus wurden zahlreiche Positionen im Zuge des Institutionentransfers nach der Wiedervereinigung von (jungen) Westdeutschen besetzt, sodass sie teilweise noch für eine längere Zeit „blockiert“ bleiben werden. Angesichts des gleichwohl in den kommenden Jahren anstehenden Generationenwechsels auf vielen Positionen ist die Debatte um Ostdeutsche in Führungspositionen sehr wichtig, um eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen.
- Die angemessene Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen liegt im gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse. Sie würde zusätzliche Identifikation schaffen sowie das Vertrauen in unsere demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen stärken. Sie würde ferner zu einem stärkeren Erfahrungstransfer von Ost nach West beitragen und somit auch das Handeln der deutschen Eliten beeinflussen.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in ganz Deutschland berichtet in seinen verschiedenen bundesweiten Sendeformaten (Nachrichten, Zeitgeschehen, Dokumentationen etc.) noch viel zu wenig über die ostdeutschen Regionen. Aus Ostdeutschland stammende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks finden sich weder in den zentralen Sendeformaten noch in den Führungsetagen in angemessenem Anteil wieder.

7.3

ERINNERUNGSKULTUR, ERINNERUNGSPOLITIK UND NATIONALE SYMBOLE

7.3.1 Ausgangslage

Die Begriffe „Erinnerungskultur“ und „Erinnerungspolitik“ umreißen die Gesamtheit des Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit. Als freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen muss die Bundesrepublik Deutschland in besonders hohem Maße an einer überwältigenden Erinnerungskultur interessiert sein, die im Sinne ihrer Grundwerte gemeinschaftsstiftend und gemeinschaftsbewahrend wirkt. Die Art und Weise der Erinnerung an historische Ereignisse, Prozesse oder Persönlichkeiten soll nach Möglichkeit dazu beitragen, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen und dessen grundlegenden Werten zu kräftigen.

Dabei versteht sich von selbst, dass sich solche Identifikation mit dem eigenen Gesellschaftssystem nicht vorrangig oder gar ausschließlich aus der Bezugnahme auf vergangene Geschichte ergibt. Identifikation und auch Stolz entstehen ebenfalls durch Kultur, durch Landschaft, durch das gemeinsame Bewältigen von Krisensituationen.

Noch wichtiger dürfte sein, dass diese Identifikation immer wieder neu aus der gelebten demokratischen Praxis heraus aktualisiert wird. Dennoch: Demokratische Gemeinwesen sind gerade auch deshalb erfolgreich, weil sie sich auf einen weithin geteilten Kern von Gewissheiten über gemeinsam Geleistetes und Errungenes, Erduldetes und Überwundenes etc. stützen können. Öffentliche Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik können nicht sinnstiftend „einspringen“, wo praktische Politik Defizite aufweist oder misslingt. Aber: Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik können, sollen und müssen dazu beitragen, dass sich die Zustimmung von Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem demokratischen Gemeinwesen nicht allein an aktuellen, kurzfristig veränderlichen Erfolgskriterien (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenrate, Exportüberschuss o. Ä.) bemisst.

Sie können so auch einen wichtigen Beitrag leisten, um das Vertrauen in die Stärke demokratischer Institutionen und Strukturen zu erhöhen.

Erinnerung ist in pluralistischen Gesellschaften immer umkämpft. Nicht zuletzt zuwiderlaufende Interpretationen historischer Prozesse und Zusammenhänge sind Treibstoff für aktuelle politische Konflikte. Das ist im Rahmen der vom Grundgesetz vorgegebenen Grenzen sogar nötig. In einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen versteht es sich von selbst, dass unterschiedliche Akteure (Parteien, Interessengruppen etc.) unterschiedliche historische Referenzpunkte oder Persönlichkeiten für besonders bedeutsam halten. Beispielhaft gesprochen: Manche beziehen sich auf Adenauer (Westbindung) oder Erhard (soziale Marktwirtschaft), andere auf Brandt („Mehr Demokratie wagen“ und Ostpolitik), wieder andere sehen sich vor allem in der Tradition der Friedens- und Freiheitsbewegungen der DDR oder der Bewältigung der schwierigen Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Der erinnerungspolitische „Kanon“ eines vielfältigen, also pluralen, Gemeinwesens muss notwendigerweise selbst einen durch und durch pluralen Charakter aufweisen. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen kann und soll aus der Erkenntnis und der Wertschätzung seiner *vielfältigen* historischen Wurzeln und Traditionen erwachsen.

Um Erinnerungen einzufangen und Geschichte nachzuerzählen, bedienen wir uns – wie andere Nationen auch – u. a. nationaler Symbole: der deutschen Flagge, der Farben Schwarz-Rot-Gold, unserer Nationalhymne. Symbole und Rituale schaffen Bindung und ein Identitätsgefühl. Sie rufen uns unsere Werte ins Bewusstsein. Das Grundgesetz schreibt uns die deutsche Flagge in den Farben

Schwarz-Rot-Gold sogar vor. Das erinnert uns an die freiheitlichen, demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte.

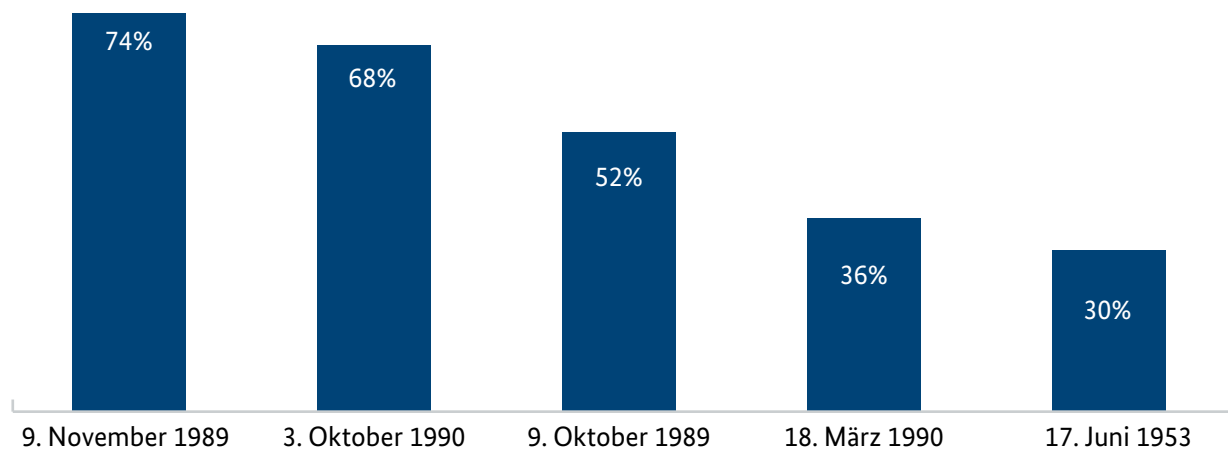
Gleichermaßen von Bedeutung sind entscheidende historische Daten. Beispielsweise steht der 18. März zum einen für die beiden 1793 und 1848 letztlich gescheiterten Aufbrüche zu Freiheit und Demokratie, vor allem aber für die erste und letzte freie Volkskammerwahl in der DDR 1990. Zugleich markiert der 18. März den demokratisch legitimierten Übergang von der Phase der Abschüttelung der SED-Herrschaft hin zur Gestaltung der Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit.

Der 17. Juni wiederum hält in Deutschland das Gedächtnis an den großen Volksaufstand für politische und ökonomische Freiheit wach, der im Sommer 1953 die gesamte DDR erfasste und in dessen Verlauf mindestens 55 Menschen ums Leben kamen. Der Jahrestag der Erhebung, die von der herrschenden SED nur mithilfe des sowjetischen Militärs niedergeschlagen werden konnte, wurde in der Bundesrepublik von 1954 bis 1990 als gesetzlicher Feiertag und als „Tag der deutschen Einheit“ begangen. Die 1963 erfolgte Proklamation zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ hat weiterhin Bestand. Im wiedervereinigten Deutschland erinnert der 17. Juni an das in den Jahrzehnten vor dem Herbst 1989 niemals erloschene Streben von Deutschen in Ost und West nach demokratischer Freiheit und nationaler Einheit.

Am 13. August 1961 schloss die SED-Führung mit dem Mauerbau in Berlin für die Ostdeutschen die letzte Möglichkeit eines relativ gefahrlosen Verlassens der DDR. Somit steht dieser Tag weit über Berlin hinaus für die schmerzhafteste Zeit der Teilung Deutschlands und Europas. Im Gedenken an den Mauerbau und das mörderische Grenzregime sowie an seine Opfer wird somit auch in Zukunft der 13. August nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland eine herausgehobene Bedeutung haben.

In dieser Tradition stehend, bildet der 9. Oktober 1989 für die Deutschen einen wichtigen Markstein. Denn der 9. Oktober markiert sowohl den Höhepunkt als auch den Sieg der Friedlichen Revolution von 1989. Nach mutigen Protestkundgebungen in Plauen, Arnstadt, Dresden, Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Potsdam sowie in Leipzig selbst in den Tagen und Wochen zuvor demonstrierten am 9. Oktober in Leipzig 70.000 Menschen – so viele wie noch nie. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ prägten sie das demokratisch-freiheitliche Motto der Friedlichen Revolution in der DDR. Anders als 1953 wurde der Protest nicht gewaltsam niedergeschlagen – trotz massiver Vorbereitungen von Polizei und Armee und einer dramatischen Situation. Somit steht auch der 9. Oktober für den Mut Zehntausender Menschen, welche die Tür zur friedlichen Veränderung der DDR weit aufstießen und sich somit in die großen Freiheitsbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Ende der 1980er-Jahre und frühen 1990er-Jahre einreihen.

Welchen Tag verbinden Sie am stärksten mit der Vollendung der Deutschen Einheit?



Quelle: Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, September 2020.

Der emotionale Kulminationspunkt der (ost-)deutschen Freiheitsrevolution von 1989 war der 9. November. In dieser Nacht erzwangen die Bürgerinnen und Bürger der DDR die Öffnung der Mauer, die wie nichts anderes sowohl die Teilung Deutschlands als auch die Systemgrenze zwischen freiheitlicher Demokratie und Diktatur symbolisierte. Für alle Zeit bleibt deshalb der 9. November derjenige Erinnerungstag, anhand dessen sich dieser Kontrast in besonders eingängiger, bildhafter Weise erklären lässt. Es verwundert daher nicht, dass die Deutschen – in Ost und West gleichermaßen – unter allen einschlägigen historischen Ereignissen mit Abstand am stärksten den „Mauerfall“ als prägendes Datum für die Deutsche Einheit benennen. Zugleich ist der 9. November dasjenige Datum in der deutschen Demokratiegeschichte, das wie kein anderes die Kraft des demokratischen Souveräns symbolisiert, seine Geschicke selbst zu gestalten. Dass der 9. November darüber hinaus mit dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 und der Reichspogromnacht von 1938 eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte markiert, macht dieses Datum unter Gesichtspunkten der Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik nur umso bedeutender. Mit der Ausrufung der ersten deutschen Republik am 9. November 1918 kommt ein weiterer wichtiger historischer Wendepunkt der deutschen Geschichte hinzu. Die Ereignisse des 9. November 1989 werden in den Erinnerungen und im emotionalen Haushalt der Deutschen noch auf viele Jahre hinaus eine große Rolle spielen. Sie vermitteln Identifikation und historischen Sinn. Für Deutschland und die Deutschen kommt es also darauf an, den 9. November in seiner Ambivalenz zu würdigen. Dabei muss es darum gehen, sowohl auf die Kraft als auch auf die gleichzeitige Fragilität von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie zu verweisen.

Deutschland schuldet den Millionen Opfern der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen und Vernichtungskriege, die Erinnerung hieran insbesondere auch im deutschen Volk wachzuhalten. Dadurch wird die NS-Gewaltherrschaft ein „nega-

tives Bezugserlebnis“¹ für die Achtung von Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Dieses gilt – bei anderen Voraussetzungen – auch für die SED-Diktatur. Die 2008 fortgeschriebene Gedenkstättenkonzeption des Bundes betont, dass „jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit in Deutschland davon auszugehen hat, dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf.“²

7.3.2 Themen und Kontroversen

In der Kommission wurden folgende Thesen zum Teil kontrovers diskutiert:

- Auch wenn die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung letztlich entscheidend immer wieder neu aus der gelebten demokratischen Praxis aktualisiert wird, sind erfolgreiche demokratische Gemeinwesen gerade auch deshalb erfolgreich, weil sie sich auf einen weithin geteilten Kern von Gewissheiten über gemeinsam Geleistetes und Errungenes, Erduldetes und Überwundenes etc. stützen können.
- Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik unterliegen gerade in einer freiheitlich-demokratischen Republik nicht einem festen „Kanon“ oder einer festgelegten Ausdeutung der Geschichte, müssen jedoch mit der verfassungsmäßigen Ordnung vereinbar sein.
- Den Ausgangspunkt für jede Erinnerungskultur einer Nation bildet die Frage: „Was dürfen wir nicht vergessen?“. In Deutschland zählen hierzu ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Autoritarismus, NS-Diktatur, kommunistische Diktatur, Rassismus, Angriffskrieg und Völkermord, aber auch der beharrliche Kampf für Aufklärung, Emanzipation, Humanismus, demokratische Freiheitsrechte sowie der Widerstand gegen Diktaturen und staatliche Unterdrückung.

¹ Wolfrum, Edgar: Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD, 26.08.2008. <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all> (abgerufen am 10.09.2020).

² Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, 2008. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/414660/5c88e4e4ecb3ac4bf259c90d5cc54f05/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzeption-barrierefrei-data.pdf?download=1> (abgerufen am 10.08.2020).

- Politische Bestrebungen, die darauf abzielen, die vorstehenden Feststellungen zu relativieren, sinnenstellend umzudeuten oder gar zu verleugnen, können keinen Platz im Kontext der öffentlichen Erinnerungskultur und -politik der Bundesrepublik Deutschland haben.
- Die bundesdeutsche Gesellschaft muss sich Fragen öffentlicher Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik mit erneuerter Dringlichkeit zuwenden. Im Gefolge der in vielen europäischen Gesellschaften und weltweit seit etwa einem Jahrzehnt anwachsenden „autoritären Welle“ (Rechtsextremismus, Nationalismus, Autoritarismus, Antipluralismus, Antiliberalismus, Rassismus, Linksradikalismus etc.) ist der Druck auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung beträchtlich gewachsen. Die liberale Gesellschafts- und Staatsordnung wird massiv herausgefordert, sogar militant angegriffen. Der Dimension der Herausforderung muss sich die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform gewachsen zeigen.
- Seit Jahren werden die Farben der Bundesflagge auch von Kräften zu Zwecken instrumentalisiert, die im Gegensatz zu den freiheitlichen und demokratischen Urprinzipien von Schwarz-Rot-Gold stehen. Umgekehrt besteht damit die Gefahr einer sinkenden Bereitschaft der demokratisch und freiheitlich gesinnten Teile der Öffentlichkeit, sich in ihrem Engagement für unsere Demokratie positiv auf die Farben Schwarz-Rot-Gold zu beziehen. Dieser schleichenden Umwertung unserer freiheitlich-demokratischen, in Artikel 22 II des Grundgesetzes festgeschriebenen Bundesfarben im Sinne autoritärer und nationalistischer, ja, dezidiert antifreiheitlicher und antidemokratischer Vorstellungen, muss mit Entschiedenheit entgegengearbeitet werden. Die freiheitlich-demokratische Republik darf die Deutungshoheit über die eigene Flagge nicht denjenigen überlassen, welche die Werte dieser Republik missachten und bekämpfen. Die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold müssen zurück in das Alltagsleben der Deutschen geholt werden.
- Zu den nationalen Symbolen im weiteren Sinne zählen auch herausragende Beispiele des sowohl materiellen als auch immateriellen Kulturerbes wie typische Landschaften und kennzeichnende „Erinnerungsorte“³, wie das Handwerk, das sein Wissen über Generationen weitergegeben hat, oder die Musik von Bach und Beethoven. Auch geschichtliche Entwicklungen und Ereignisse können Symbolcharakter erlangen.
- Die bundesdeutsche Gesellschaft kann in Europa auch mit patriotischem Stolz auf die Entwicklungen vor drei Jahrzehnten und seither zurückblicken. Die Menschen in Ost und West haben sich den Herausforderungen der Wiedervereinigung und Transformation erfolgreich gestellt und viele Probleme gemeistert. Es besteht aller Anlass, dies auch in Zukunft wie im 30. Jahr der Einheit weiterhin in heiterer Grundstimmung zu feiern.
- Mit nationalen Symbolen der Demokratie sollte im Sinne einer freundlichen Einladung ein fröhlicher und ungezwungener Umgang gepflegt werden.

³ Vgl. hierzu Etienne François und Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bände, München 2001, sowie Martin Sabrow (Hrsg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009.

7.4

WIRTSCHAFT UND ARBEIT IN OSTDEUTSCHLAND

7.4.1 Ausgangslage

Am 1. Juli 1990 begann mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein grundlegender Umbauprozess der bis dahin vorherrschend staatlich gelenkten Ökonomie sowie des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Ostdeutschland. Die Anpassungsleistungen der Menschen, der Institutionentransfer sowie die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft mit all ihren ökonomischen, sozialen und psychologischen Auswirkungen bedeuteten einen gigantischen Kraftakt – ohne Vorbild. Diese umfassende Transformation – die in vielen Teilen ein kompletter Umbruch, bisweilen auch Zusammenbruch war – hatte tiefe Einschnitte zur Folge, die in jeder einzelnen Familie in Ostdeutschland deutlich spürbar wurden. So waren von den Erwerbstätigen des Jahres 1989 schon 1993 zwei Drittel nicht mehr in ihrem Beruf, in höheren Leitungspositionen waren es sogar 90 %. In diesem Zeitraum sank die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland um etwa zwei Millionen.

In dieser äußerst schwierigen Zeit des Zusammenbruchs, des Um- und Aufbruchs der ostdeutschen Wirtschaft spielte in den Augen der Bevölkerung die Politik der Treuhandanstalt eine eher negative und bis heute nachwirkende Rolle. Die schrittweise Übernahme eines erheblichen Teils der ostdeutschen Unternehmen durch nationale und internationale Investoren vollzog sich in einem sehr differenzierten Prozess, unterstützt durch staatliche Fördermaßnahmen und motiviert durch das Interesse an ostdeutschen bzw. osteuropäischen Märkten. Hiermit verbunden war die Erwartung, niedrigere Arbeitskosten, längere Arbeitszeiten sowie handwerklich gut ausgebildete Fachkräfte erlangen zu können. Förderlich waren für die Gründung neuer Unternehmen günstige Ansiedlungsbedingungen und die damals vorherrschende Schnelligkeit der genehmigungsrechtlichen Prozesse.

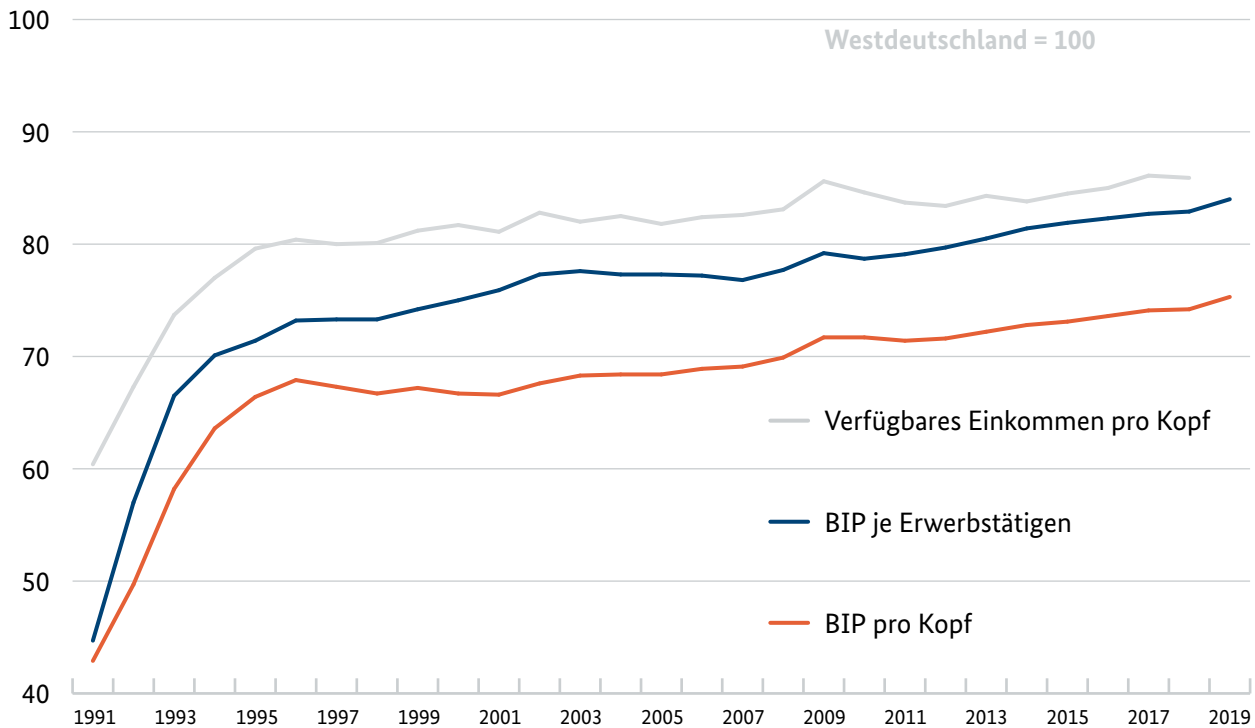
Mit der Wiedervereinigung wurden gleichzeitig alle Institutionen des westdeutschen Sozialstaates weitgehend unverändert in die neuen Länder transferiert. Insbesondere die Sozialversicherungen sorgten so für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und trugen einen erheblichen Anteil an den vereinigungsbedingten Lasten, wobei die Vielfältigkeit der Sozialversicherungssysteme für die Ostdeutschen anfangs nicht oder nur schwer nachvollziehbar war.

In dieser ersten postsozialistischen Transformation ist enorm viel geleistet worden. Sie hat nicht nur alle Lebenslagen verändert und die Menschen vor immense soziale und psychologische Herausforderungen gestellt, sondern sie führte auch zu einer guten Infrastrukturausstattung, einem stabilen sozialen Netz und einer in vielen Teilen wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Gleichwohl sind die neuen Länder heute außer mit dem demografischen Wandel mit neuen ökologischen, digitalen und energetischen Herausforderungen konfrontiert, die zusammengenommen eine zweite große Transformation bedeuten. Dieser neue Strukturwandel ist *keine* spezifisch ostdeutsche Transformation. Trotzdem hat er für die neuen Länder eine enorme Bedeutung. Entscheidend wird sein, die industriellen Kerne Ostdeutschlands auch in Zeiten von Digitalisierung und Energiewende in den Wertschöpfungsketten zu positionieren und die dafür erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen.

Ab 1990 sank die Industrieproduktion auf etwa ein Drittel des Niveaus von 1989, die Hälfte der Industriearbeitsplätze verschwand bis 1991. Seitdem ist ein kontinuierlicher Wachstumsprozess – auch und gerade in der Industrie – zu beobachten, das BIP pro Kopf erreichte 2019 69 % des Durchschnitts der alten Länder.¹ Das verfügbare Einkommen pro Kopf in den neuen Ländern beträgt mittlerweile sogar etwa 85 % des Niveaus der alten Länder. Seit 2005 ist die Arbeitslosigkeit von 18,7 % auf 6,4 % im Jahr

¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

Wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands seit 1991



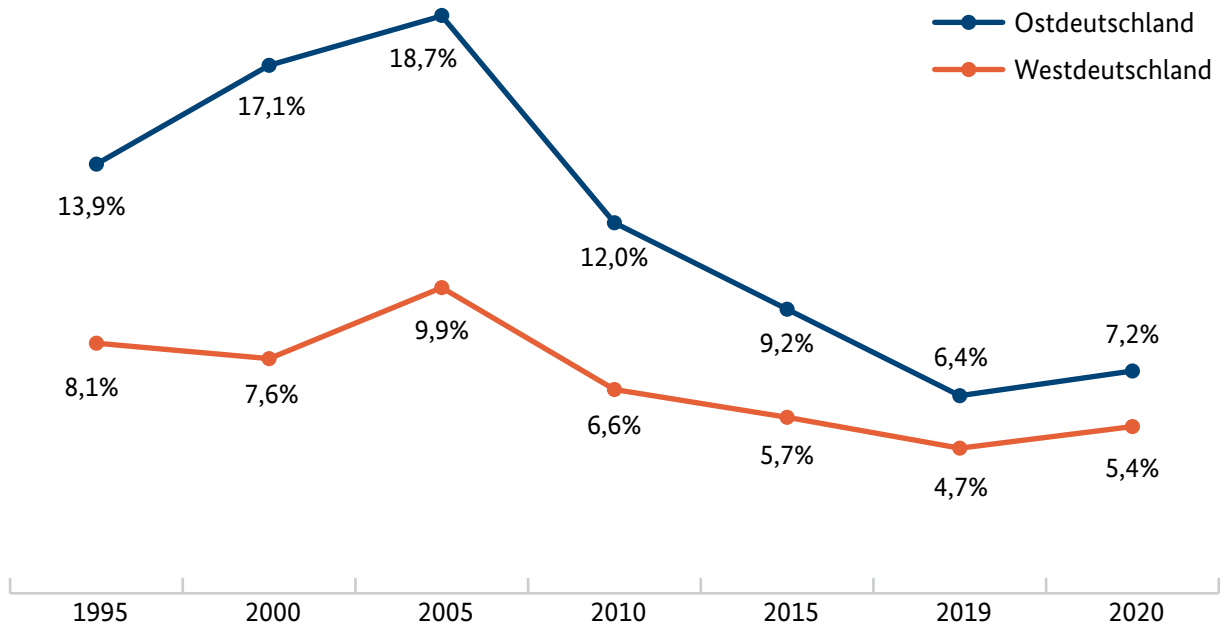
Quelle: VGR der Länder, <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene>

2019 zurückgegangen. Zentrale Ursachen für den Rückgang sind zum einen der Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen (allein von 2015 bis 2019 um 7,5 %) und zum anderen insbesondere der demografische Wandel, der dazu führt, dass mehr Menschen den Arbeitsmarkt aus Altersgründen verlassen als neue hinzukommen.

Die strategische Verhandlungsposition der Gewerkschaften ist in Ostdeutschland deutlich schwächer, ihr Organisationsgrad kontinuierlich auf etwa 20 %

zurückgegangen. Nur für ein Drittel der ostdeutschen Beschäftigten in der privaten Wirtschaft gibt es einen Betriebsrat, auch der Organisationsgrad der Arbeitgeber ist in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland. Im Ergebnis arbeiten etwa 55 % der Beschäftigten in den neuen Ländern ohne Tarifbindung, in den alten Ländern sind dies 47 % – das ist *einer* der Erklärungsfaktoren für die niedrigeren Löhne in Ostdeutschland. Dies hat insgesamt die Funktionsweise sowie die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft geschwächt.

Arbeitslosenquoten in Deutschland im Vergleich



Quelle: Destatis

Frauen waren in Ostdeutschland vom Umbau der Wirtschaft in besonderem Maße betroffen. Waren in der DDR 91 % der Frauen erwerbstätig (in Westdeutschland etwas über 50 %), sank dieser Wert bis 1996 auf 57 %. So lagen auch die Arbeitslosenquoten ostdeutscher Frauen in den 1990er-Jahren deutlich über jenen der ostdeutschen Männer (1994 waren in Ostdeutschland 20,4 % der Frauen und 11,3 % der Männer arbeitslos). Mittlerweile liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen in Ostdeutschland wieder bei 75 % (in den alten Ländern mittlerweile bei 72 %), die Arbeitslosenquote der ostdeutschen Frauen (2019: 6,4 %) ist seit 2002 niedriger als die der Männer (2019: 7,8 %). Die Lohnlücke (Gender-Pay-Gap) zwischen Frauen und Männern liegt in Ostdeutschland mittlerweile – bei insgesamt niedrigeren Einkommen – bei 7 %, in Westdeutschland bei 22 %.² Die Differenz hat unterschiedliche Gründe, zu denen ein höherer Grad weiblicher Vollzeitbeschäftigung im Osten, eine größere Offenheit

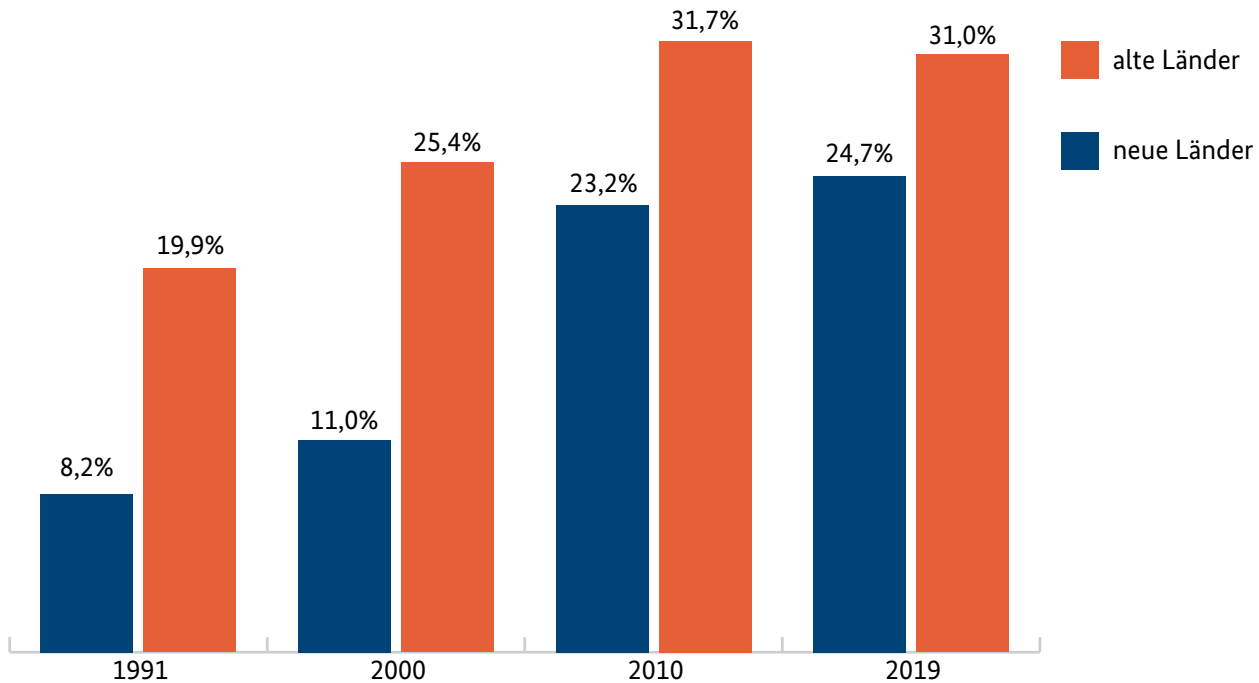
ostdeutscher Frauen für „Männerberufe“ bei der Berufswahl und eine stärkere Vertretung von Frauen im öffentlichen Dienst gehören.

Nach 1990 setzte in den neuen Ländern ein regelrechter Gründungsboom ein, bis 1995 waren insgesamt 510.000 mittelständische Unternehmen errichtet, seit 2005 übertrifft der Anteil der Selbstständigen unter den Erwerbstätigen das Niveau der alten Länder.³ Naturgemäß beginnen neugegründete Unternehmen zunächst als kleine und mittlere Unternehmen, die jedoch in Ostdeutschland durch ein überdurchschnittlich schnelles Wachstum gekennzeichnet sind. Trotz dieser positiven Entwicklung macht sich nach wie vor die geringere Präsenz von Unternehmens- und Konzernzentralen mit besonders hoher Wertschöpfung und hoher FuE-Aktivität bemerkbar. So ist die Wirtschaftsstruktur vor allem durch kleine Betriebe gekennzeichnet.

² Quelle: Destatis.

³ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

Exportquoten der Gesamtwirtschaft



Quelle: Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020

In Ostdeutschland ansässige Unternehmen sind weniger stark in internationale Märkte eingebunden. Für die Gesamtwirtschaft liegt die Exportquote 2019 in den neuen Ländern bei 25 % (alte Länder: 31 %), im verarbeitenden Gewerbe ist der Unterschied noch stärker ausgeprägt (Ost: 37 %, West: 51 %). Die ostdeutsche Exportquote liegt damit etwa auf dem Niveau der westdeutschen Exportquote des Jahres 2003.⁴

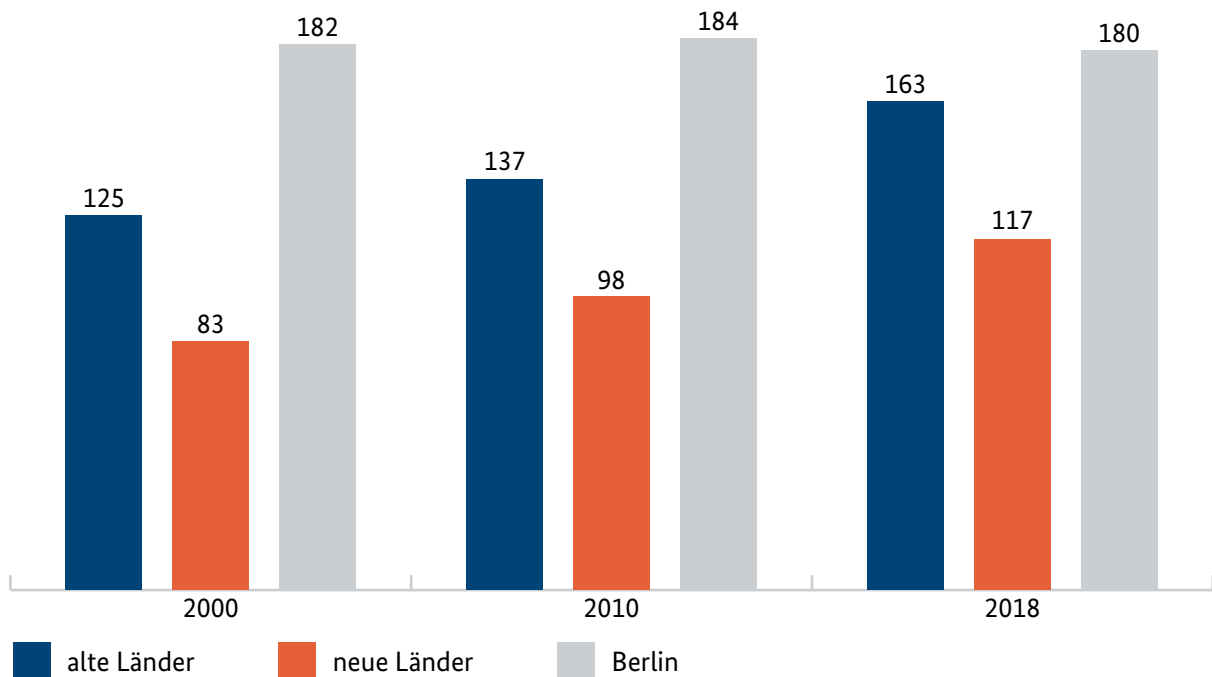
Der Niedriglohnsektor ist in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt. Seit den 1990er Jahren liegt die Beschäftigung im Niedriglohnbereich zwischen 35 und 40 %. In den alten Ländern pendelt dieser Anteil seit 2008 zwischen 19 und 20 %. Der Anteil an Menschen, die von Armut betroffen sind, ist in Ost-

deutschland von 2009 bis 2019 spürbar von 19,5 % auf 17,9 % zurückgegangen (auch als ein Ergebnis der besseren Wirtschaftslage). Gleichwohl ist die Quote deutlich höher als in den alten Ländern, dort ist sie im gleichen Zeitraum von 13,3 % auf 15,4 % gestiegen. Beides sind Auswirkungen der niedrigeren Löhne in Ostdeutschland.

Besonders auffällig ist der große Unterschied bei den Investitionsaktivitäten der Wirtschaft. So wurden in den neuen Ländern 2017 pro Kopf 2.948 Euro investiert, in den alten Ländern hingegen 4.805 Euro. Trotz überdurchschnittlicher staatlicher Forschungsförderung liegen die Gesamtausgaben aller Akteure für Forschung in den neuen Ländern unter jenen in den alten Ländern.

⁴ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020.

Gesamtes F+E-Personal je 10.000 Erwerbstätige

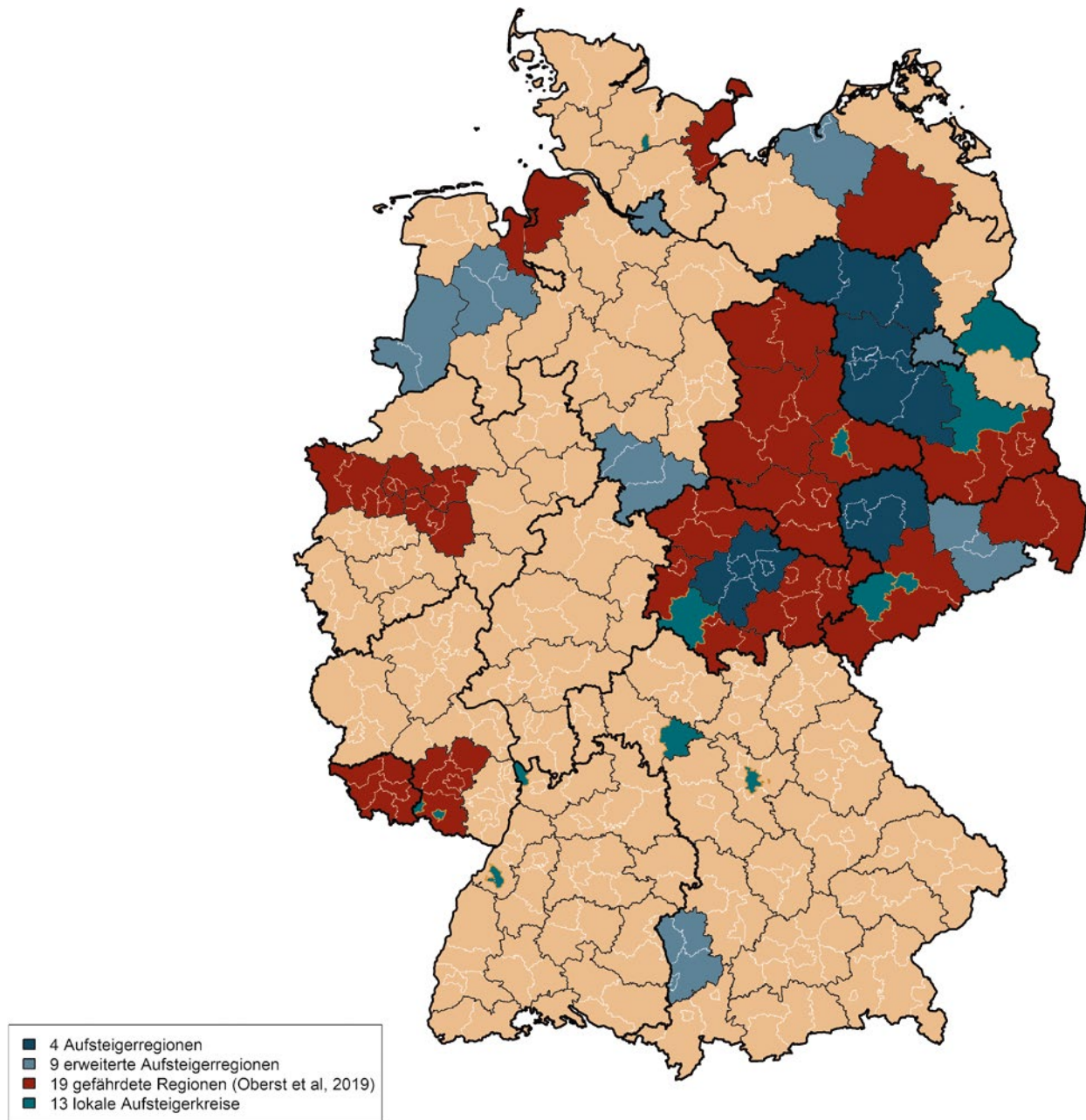


Quelle: Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020

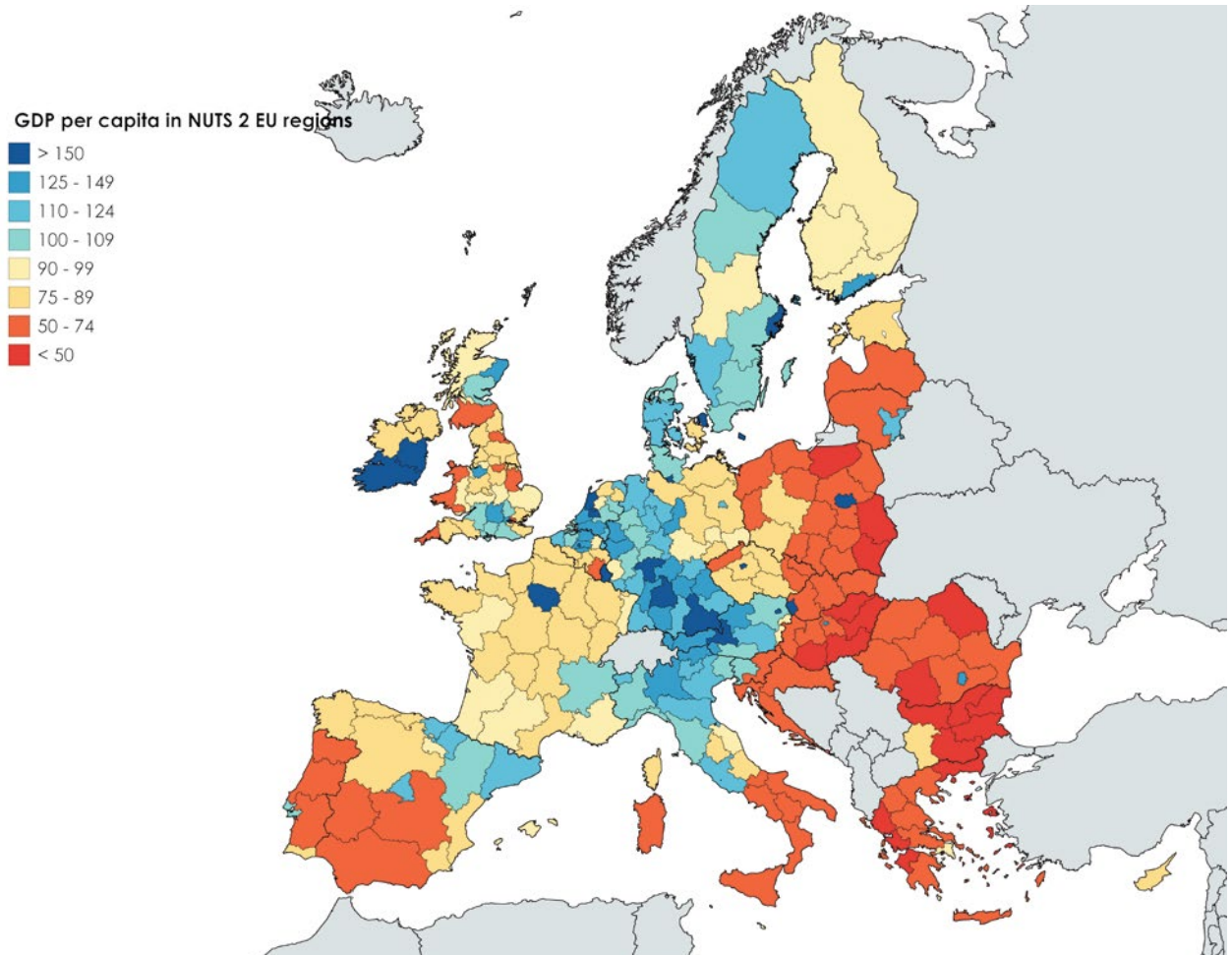
Die wirtschaftliche Lage hat sich auch regional deutlich ausdifferenziert. Einige ostdeutsche Regionen haben sich sehr dynamisch entwickelt, dort ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich zurückgegangen, die Abwanderung ist zum Stillstand gekommen, die Kaufkraft hat sich überproportional entwickelt. Zu diesen „Aufsteigerregionen“ gehören die Umlandregionen von Berlin, Leipzig, Dresden, Mittelthüringen und Westsachsen sowie mit etwas Abstand das Mittlere Mecklenburg und das Obere Elbtal. Zieht man den Fokus weiter, ist erkennbar, dass sich die meisten Regionen Ostdeutschlands (leicht) unterhalb des europäischen Durchschnitts befinden – und mithin in einer Übergangszone zwischen den weniger stark entwickelten Regionen Osteuropas und der sogenannten „Blauen Wachstumsbanane“, die von Südenland entlang der Rheinregionen bis nach Oberitalien reicht.

In der Mitte Ostdeutschlands liegt mit Berlin die größte deutsche Stadt, gleichzeitig auch eine der größten Metropolen Europas. Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zum großen Anziehungspunkt für Fachkräfte entwickelt. Zwischen 2015 und 2020 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in Berlin um 17 % gestiegen (in den anderen neuen Ländern zwischen 2 und 6 %). Dabei sticht auch die größte deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft heraus. Jedes dritte Deutsche Start-up-Unternehmen hat seinen Sitz in Berlin. Mit dem Bahnknoten und dem drittgrößten deutschen Flughafen ist Berlin auch für die meisten ostdeutschen Regionen das Sprungbrett in alle Winkel Europas.

Lokale Aufsteigerkreise



Regionen Europas im Vergleich 2017



Quelle: Wikipedia; Lizenz: Creative Commons ([CC BY-SA 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)); Urheber: Fede-5-19
Ohne Änderungen übernommen. Verfügbar unter: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:GDP_per_capita_in_NUTS_2_EU_regions.png [zuletzt abgerufen am 03.12.2020]

Infolge der Corona-Pandemie ist 2020 der kontinuierliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen gestoppt. So stieg die Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin pandemiebedingt auf 7,4 % im Oktober 2020 (Oktober 2019: 6,1 %). In den westdeutschen Ländern stieg die Quote bis Oktober 2020 auf 5,7 % (Oktober 2019: 4,6 %). Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Kurzarbeit liegt in den ostdeutschen Ländern zwischen 12 und 15 %, in den westdeutschen Ländern zwischen 13 und 21 %. Erste Studien deuten darauf hin, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland etwas weniger stark von der Pandemie beeinträchtigt ist. Dies könnte an der weniger starken internationalen Lieferkettenvernetzung der ostdeutschen Wirtschaft liegen. Auch die Kleinteiligkeit der ostdeutschen

Wirtschaftsstruktur und ihre stärkere Orientierung auf heimische Märkte scheint in der Pandemiesituation ein Vorteil zu sein. Erste Zahlen deuten auch darauf hin, dass die Erholung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach dem ersten Höhepunkt der Pandemie im Frühjahr 2020 etwas schneller erfolgte als in den alten Ländern.

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 72 „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland als ein Ziel der Bundespolitik fest. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. 2019 beschloss die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Beschlüsse der Kommission. Dazu gehören unter anderem:

- ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen
- der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk
- die Verbesserung der Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche
- die Stärkung ländlicher Räume
- der Ausbau der Städtebauförderung und des sozialen Wohnungsbaus
- die Reduzierung kommunaler Altschulden
- die Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements
- die Verbesserung der Kindertagesbetreuung
- gesundheitliche Versorgung in der Fläche
- der Ausbau der Barrierefreiheit in der Fläche.

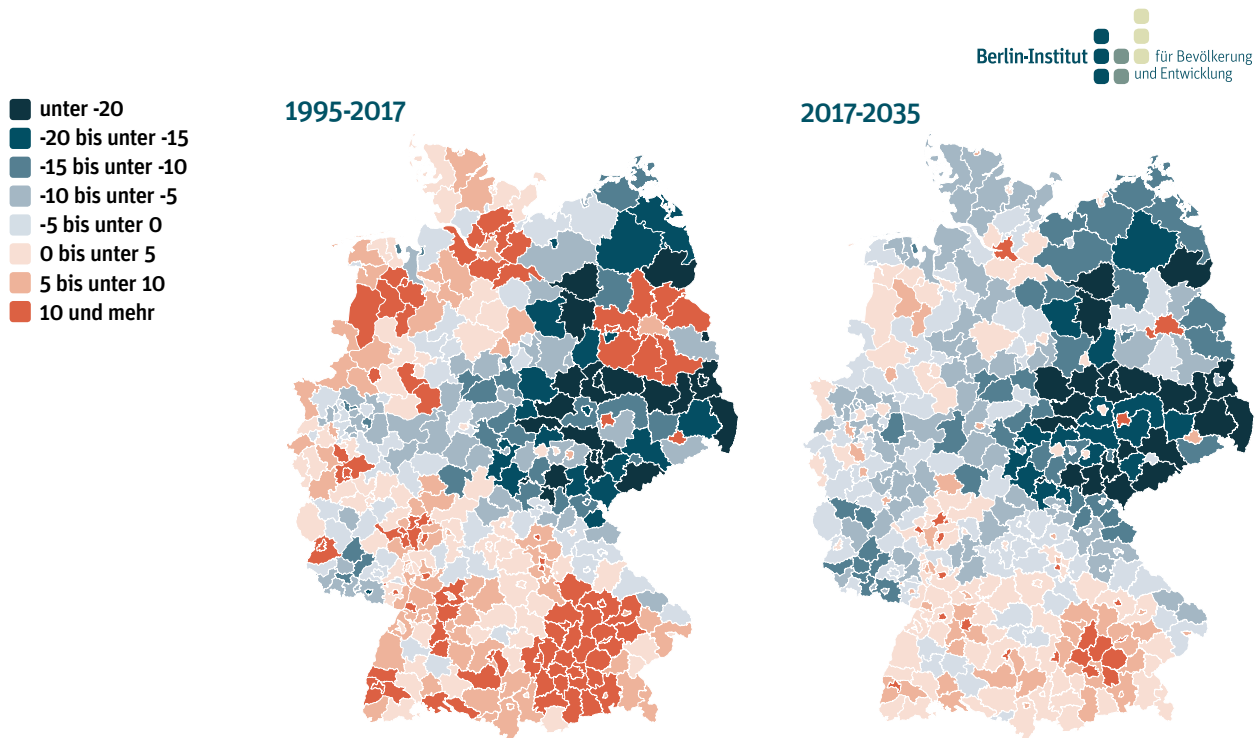
Für die ostdeutschen Länder werden sich hierbei vor allem die Fördermaßnahmen für Infrastruktur vorteilhaft auswirken, da Anbindung und relativ geringe Bevölkerungsdichte bislang noch allzu oft ein Hemmnis für positive Investitionsentscheidungen sind.

7.4.2 Themen und Kontroversen

In der Kommission wurden folgende Thesen zum Teil kontrovers diskutiert:

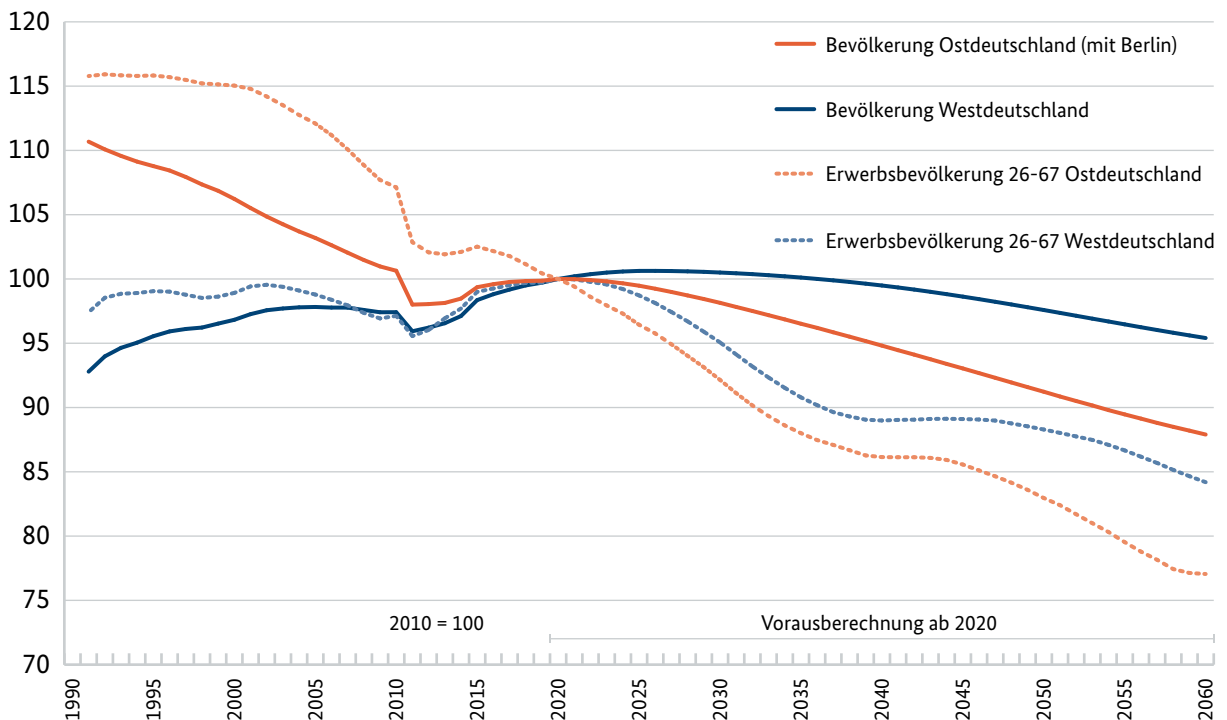
- Der demografische Wandel in Verbindung mit der starken Abwanderung, insbesondere von gut ausgebildeten jungen Menschen, in den 1990er und 2000er Jahren und den niedrigen Geburtenraten in den 1990er Jahren ist die zentrale Herausforderung für die Wirtschaft in Ostdeutschland. So geht die Zahl der potenziell Erwerbsfähigen bis 2030 teilweise um ein Drittel zurück. Die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften wird den Erfolg von Unternehmen in den neuen Ländern in den kommenden Jahren in sehr hohem Maße beeinflussen. So ist die Zahl der Betriebe mit nicht besetzten Stellen in Ostdeutschland von 22 % (2009) auf 54 % (in 2017) gestiegen, die Besetzungsdauer neuer Stellen lag 2019 bei 94 Tagen (2010: 63 Tage) und ist damit höher als in den alten Ländern.

Zensusbereinigte Bevölkerungsentwicklung zwischen 1995 und 2017 sowie prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2017 und 2035, in %



Quellen: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) 2019: *Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind.* Berlin. & Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Neuland21 e.V. (Hrsg.) 2019: *Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeitens Städte auf's Land bringen kann.* Berlin
 Datengrundlagen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, CIMA, eigene Berechnungen

Herausforderung: Demografischer Wandel



Quelle: Statistisches Bundesamt

- Eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft und ein hohes Maß an sozialem Frieden – und damit auch ein stabiler Verhandlungsrahmen von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften – gehören zu den Grundbausteinen der sozialen Marktwirtschaft und mithin auch zu den Erfolgsfaktoren Deutschlands. Angesichts des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels – aber auch vor dem Hintergrund der Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung – ist die Schaffung von attraktiven Arbeitsbedingungen und wettbewerbsfähigen Löhnen eine der zentralen Herausforderungen für die Tarifpartner. Es gilt jedoch der Vorrang der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie. Es liegt deshalb zunächst an den Sozialpartnern, attraktive Tarifverträge auszuhandeln. Der Staat kann nur flankieren.
- Angesichts schrumpfender Regionalmärkte ist es notwendig, für ostdeutsche Unternehmen neue Märkte zu erschließen und den Standort für große internationale Unternehmen attraktiver zu präsentieren. Gerade die Wachstumsmärkte im Osten Europas sind dabei für die neuen Länder auch angesichts ihrer geografischen Nähe sowie historischer Verknüpfungen besonders attraktiv. Das bedeutet auch, dass die Verkehrsinfrastruktur – mit dem Schwerpunkt Schiene – insbesondere in Richtung Polen und Tschechien stärker und schneller ausgebaut werden muss.
- Mit der zunehmenden regionalen Ausdifferenzierung der Regionen in Ostdeutschland stellt sich die Frage, wie (vermeintlich) „abgehängte“ Regionen stärker von der Entwicklung in den Wachstumsregionen profitieren können. Ausstrahlungswirkungen sind bereits heute um Chemnitz-Zwickau, Leipzig-Halle, Dresden, Rostock, Mittelthüringen und Berlin erkennbar. Für die kommenden Jahre wird es entscheidend sein, diese Ausstrahleffekte zu Korridoren in den ländlichen Raum hinein weiterzuentwickeln. Zunehmende Digitalisierung und damit auch die Möglichkeit, Arbeit, Lernen und Wohnen stärker miteinander zu verknüpfen, sowie niedrigere

Immobilienpreise und verfügbare Flächen öffnen neue Chancen für ländliche Regionen. Die bessere Attraktivität für Start-ups muss weiter ausgebaut werden, z. B. durch bessere steuerrechtliche Regelungen für Risikokapital, günstigere Produktionsbedingungen sowie stärkere Einbindung und Wertschätzung in den regionalen Wirtschaftsverbänden. Die starken ostdeutschen Familienunternehmen müssen mit Unterstützung der Wirtschaftsfördereinrichtungen der Länder für die Internationalisierung wettbewerbsfähig gemacht werden. Im Interesse der Erhaltung gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen sind Unternehmensnachfolgen durch günstige Rahmenbedingungen viel stärker als bislang zu unterstützen.

- Weltweite Trends wie die zunehmende Digitalisierung unseres Lebens und unserer Arbeitswelt, der Klimawandel, die Energiewende und die sich weiter entwickelnde Internationalisierung machen vor den neuen Ländern nicht halt. Gerade hinsichtlich der Energiewende ist Ostdeutschland mit dem Ausstieg aus der Braunkohle und dem überdurchschnittlichen Angebot an erneuerbaren Energien ganz besonders betroffen. Diese Trends als Chance zu begreifen und zum Beispiel beim Aufbau neuer Industrien wie im Bereich der Elektromobilität oder der Wasserstoffwirtschaft, KI und Blockchain eine Vorreiterrolle zu übernehmen eröffnet für die neuen Länder auch neue technologische Entwicklungs-

möglichkeiten und neue Wettbewerbsvorteile („Vorsprung Ost“) gegenüber anderen Regionen in Europa. Das erfordert sowohl mehr Investitionen in innovative Infrastrukturen und Technologien als auch gezielte regionale Entwicklungsstrategien mit einer gezielten Ausweisung von baureifen und erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen. Insbesondere die „Breitbandlücke Ost“⁵ und die Lücke beim schnellen Mobilfunkstandard sind bevorzugt zu schließen.

- Das bereits bestehende „Ostdeutsche Wirtschaftsforum“ muss unter der Trägerschaft der Wirtschaft bei stärkerer Beteiligung der Länder und mit Unterstützung des Bundes als *die* internationale Plattform für Wirtschaft und Politik neu und breiter aufgestellt werden. Bei der Neuaufstellung und Fortentwicklung des Forums zu einem „Internationalen Wirtschaftsforum für Ostdeutschland“ geht es insbesondere um die konzentrierte Präsentation der ostdeutschen Wirtschafts-, Forschungs-, Entwicklungs- und Arbeitsmarktpotenziale als ein starkes Stück Deutschland und Europa, die schrittweise stärkere nationale und internationale Ausrichtung sowie die nachhaltige Befassung mit den wichtigsten Trends und Zukunftschancen in den verschiedensten Wirtschaftssparten. Es sollte aber auch darum gehen, ein Mehr an WIR-Gefühl und Ankommenskultur sowie bessere Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu vermitteln.

⁵ Laut Breitbandatlas des BMVI lag die Breitbandverfügbarkeit (bis 50 Mbit) außerhalb der Stadtstaaten Ende 2019 in den neuen Ländern zwischen 76 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 88 % (Brandenburg). In den alten Ländern lag die Breitbandverfügbarkeit zwischen 90 % (Rheinland-Pfalz) und 97 % (Saarland).

7.5

EHRENAMT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN OSTDEUTSCHLAND

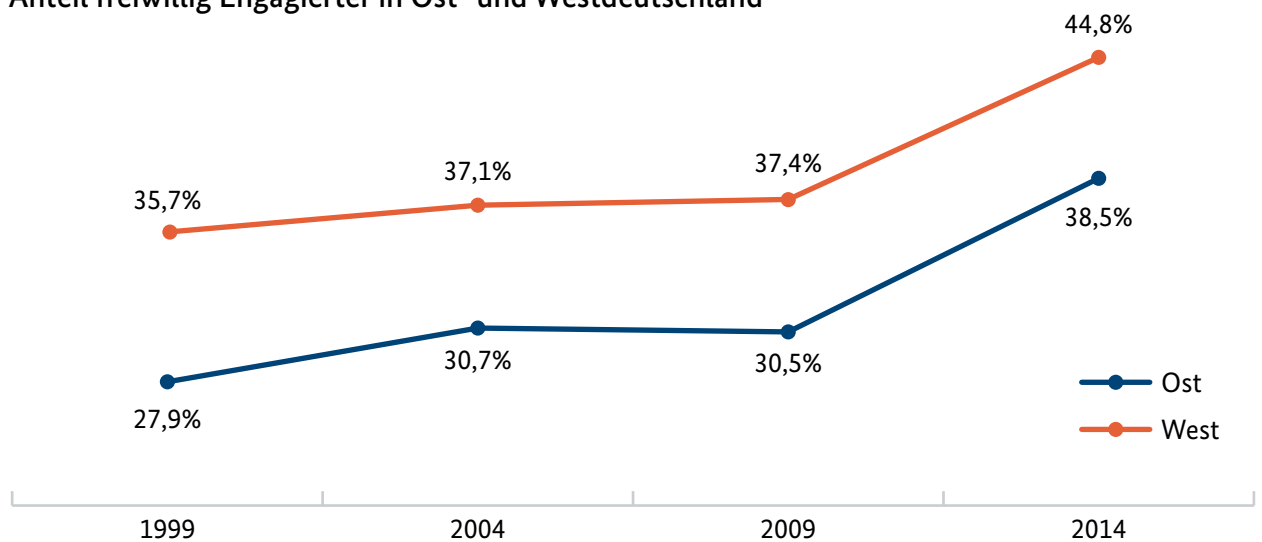
7.5.1 Ausgangslage

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist ein entscheidendes Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts.¹ Über 30 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für andere in Vereinen und Verbänden, in den freiwilligen Feuerwehren, in Kultur-, Sport- und Heimatvereinen, in Sanitätsdiensten und im Rettungswesen, in Kirchen, Parteien oder Gewerkschaften, in berufsständischen Selbstverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden, Bürgerinitiativen oder Freiwilligenagenturen, in Selbsthilfegruppen, Bildungseinrichtungen und Fördervereinen, in der gemeinnützigen Kinder- und Jugend- oder

Seniorenarbeit, in der Flüchtlingshilfe, in Stiftungen sowie in ungezählten weiteren Bereichen. Ohne die vielen ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland wäre unsere Gesellschaft eine völlig andere – und ganz sicher keine bessere.

Sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf der Ebene der Länder und des Bundes gibt es eine Vielzahl von Unterstützungsstrukturen, gesetzlichen Regelungen und Fördermöglichkeiten. In gesellschaftspolitischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ist der ehrenamtliche, gemeinwohlorientierte Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern für den Zusammenhalt in unserem Land von überragender Bedeutung.

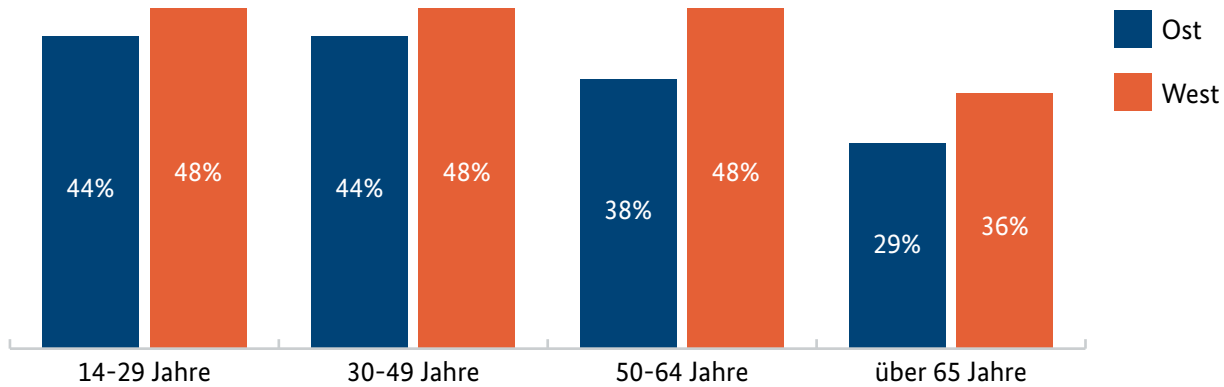
Anteil freiwillig Engagierter in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Freiwilligensurvey 2014

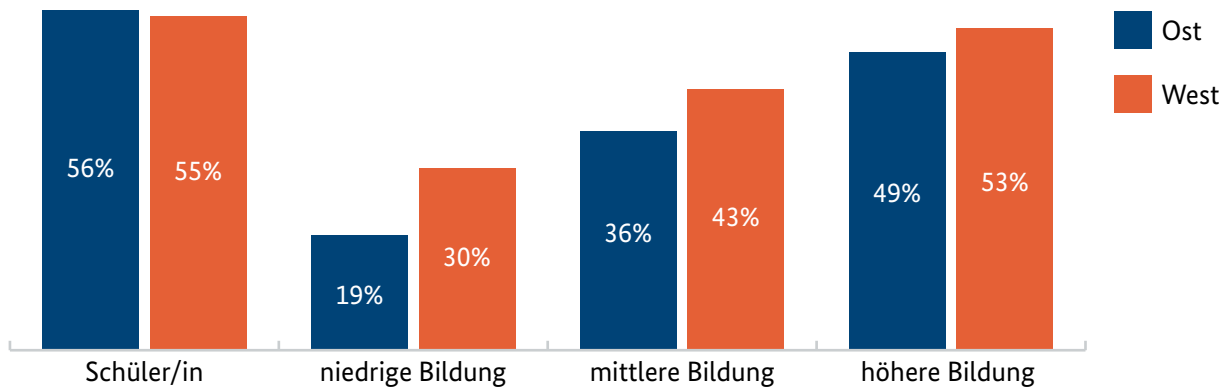
¹ Die Begriffe „Ehrenamt“, „freiwilliges Engagement“, „Freiwilligenarbeit“ und „bürgerschaftliches Engagement“ sind nicht deckungsgleich. Sie stehen für unterschiedliche Traditionen und charakterisieren verschiedene Organisationsformen des Engagements, werden jedoch im öffentlichen Sprachgebrauch weitgehend synonym verwendet. Ebenso wird landläufig synonym von „Engagierten“, „Ehrenamtlichen“, „Freiwilligen“ oder „Aktiven“ gesprochen. Für die Zwecke des vorliegenden Kapitels erscheint die präzise definitorische Unterscheidung nicht erforderlich. Hier wird als Oberbegriff für die vielfältigen Formen des Engagements überwiegend die Kategorie des „ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements“ verwendet.

Anteil freiwillig Engagierter nach Alter



Quelle: Freiwilligensurvey 2014

Anteil freiwillig Engagierter nach Bildung



Quelle: Freiwilligensurvey 2014

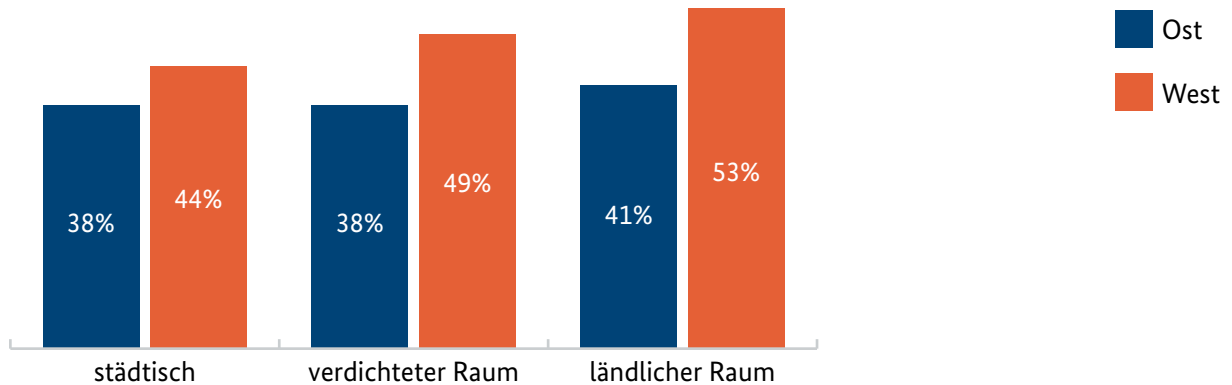
Auch in den ostdeutschen Ländern ist das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. In Ost und West ist die Zahl der Engagierten in den vergangenen drei Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen. Allerdings fällt im Osten die Zahl der Menschen, die sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren, seit 1990² durchgängig niedriger aus als im Westen

– im Durchschnitt um etwa 5 bis 10 Prozentpunkte. Der jüngste verfügbare Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2014 etwa spricht von einer Engagementquote von 45 % in West- und 39 % in Ostdeutschland.³ Bemerkenswert sei nach 25 Jahren deutscher Einheit, „dass sich in Hinblick auf die Beteiligung im freiwilligen Engagement keinerlei Angleichung von Ost- und Westdeutschland feststellen lässt“.

² Eine Untersuchung des Zeitraumes vor 1990 ist nicht möglich, weil sich die Kriterien für „Freiwilligenarbeit“ in der DDR wesentlich von der Zeit danach unterscheiden.

³ Der Freiwilligensurvey erscheint alle fünf Jahre. Die Corona-Krise hat zu einer Veränderung des Zeitplans für die Veröffentlichung des Freiwilligensurveys 2019 geführt. Zentrale Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2019 sollen nun in Form eines Kurzberichts Anfang 2021 erscheinen. Der Hauptbericht wird für Sommer 2021 erwartet.

Anteil ehrenamtlich Engagierter nach Raumtypen



Quelle: Freiwilligensurvey 2014

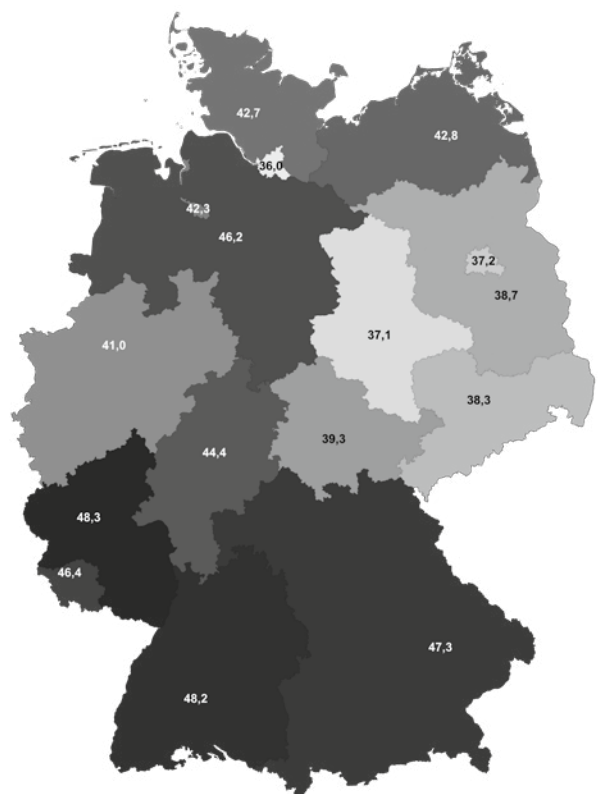
Auch bei der Dichte von Stiftungen – die selbst häufig durch ehrenamtliche Arbeit getragen werden, aber in vielen Fällen auch Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements sind – ist ein klarer Ost-West-Unterschied erkennbar. So gibt es allein in Hamburg und Bremen mehr Stiftungen als in allen neuen Ländern zusammen. Von den über 23.000 deutschen Stiftungen haben lediglich 7 % ihren Sitz in den neuen Ländern.⁴ Zum Ausdruck kommt hier vor allem, dass – zur Stiftungsgründung erforderliche – private Vermögen in den ostdeutschen Ländern nur in weitaus geringerem Umfang vorhanden sind als in den westdeutschen.

Auffällig ist zudem, dass in Deutschland in Bezug auf das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement deutliche Unterschiede zwischen den Ländern existieren. Zu konstatieren ist nicht nur ein West-Ost-Gefälle, sondern auch ein Gefälle von Süden nach Norden. Die höchsten Engagementquoten verzeichnen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit 48 %, die niedrigste Quote unter den Flächenländern verzeichnet Sachsen-Anhalt mit 37 %.

Durchgängig sind es mehr Männer als Frauen, die sich engagieren. In den ostdeutschen Ländern sind Männer zu 6 Prozentpunkten mehr engagiert als Frauen (westdeutsche Länder: 4 Punkte). Frauen in den neuen Ländern sind zu 36 % freiwillig engagiert, in den alten Ländern zu 43 %. Auffällig ist im Vergleich von Ost und West, dass Personen mit

einfachen und mittleren Schulabschlüssen in Ostdeutschland (19 %) in deutlich niedrigerem Maße engagiert sind als im Westen (30 %).

Anteile freiwillig Engagierter in den Ländern in %



© Freiwilligensurvey 2014, gewichtet, Berechnungen DZA. Basis: Alle Befragten (n = 28.689). Darstellung DZA, Karte erstellt mit Easymap.

⁴ Bundesverband Deutscher Stiftungen 2020.

Im Kernbereich der besonders Engagierten in den ostdeutschen Ländern hingegen finden sich anteilmäßig mehr Höhergebildete als in den westdeutschen Ländern. Ferner sind in den ostdeutschen Ländern signifikant weniger ältere Menschen freiwillig aktiv (25 %) als in den westdeutschen (36 %). In der jüngeren Generation der 14- bis 29-Jährigen bestehen hinsichtlich des freiwilligen Engagements nur geringe Unterschiede zwischen Ost (44 %) und West (48 %).

Die personale und strukturelle Basis zur Förderung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements in Ostdeutschland ist seit vielen Jahren instabil und oftmals prekär finanziert. Es gibt zu wenig Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner und stabile Unterstützungsstrukturen für Engagierte vor Ort, die das Potenzial, die Vielfalt und Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements kontinuierlich fördern. So befinden sich weniger als 10 % der bundesweit 500 Freiwilligenagenturen und 400 Bürgerstiftungen in Ostdeutschland. Die Kooperationsbeziehungen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft sind hier fragiler, es gibt zu wenig Vertrauen in Kooperationen und stabile, bereichsübergreifende Netzwerke zur Förderung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements. Insbesondere in ländlichen Räumen trifft ein hoher Bedarf an Engagement oft auf vergleichsweise schwach entwickelte Engagementstrukturen. Akteurinnen und Akteure der Engagementförderung arbeiten vielerorts vereinzelt und haben oft Probleme, für die Umsetzung ihrer Ideen Unterstützung zu erhalten.

In der Kommissionssitzung am 14. September 2020 referierte zu diesem Themenkomplex Jan Holze, Co-Vorsitzender der im Juni dieses Jahres von der Bundesregierung (als Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“) neu gegründeten „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ mit Sitz in Neustrelitz. In seiner Präsentation machte Jan Holze insbesondere auf empirisch messbare Unterschiede zwischen dem ehrenamtlich organisierten Vereinswesen in Ost- und Westdeutschland aufmerksam. So seien Vereine in Ostdeutschland im Durchschnitt sowohl kleiner als auch finanziell schwächer als in Westdeutsch-

land: Während im Osten 78 % der Vereine weniger als 100 Mitglieder aufweisen, treffe dies im Westen nur auf 61 % zu. Und während im Osten 61 % der Vereine über Jahreseinnahmen von weniger als 10.000 Euro verfügen, gilt dies in Westdeutschland nur für jeden zweiten Verein. Auffällig ist hier zugleich das Infrastrukturgefälle zwischen Ost und West. So können Vereine in Westdeutschland in deutlich höherem Maße als in Ostdeutschland auf Unterstützungsleistungen nicht finanzieller Art (z. B. Überlassung von Räumen oder Sportanlagen ohne bzw. mit reduzierter Miete) zurückgreifen als Vereine in Ostdeutschland.⁵

Zu den unterschiedlichen Strukturen des Engagements in Ost und West führt der Freiwilligensurvey 2014 unterschiedliche Gründe an. Differenzen in der Wirtschaftskraft führen zu geringeren Angeboten zum Beispiel in Form von Vereinen oder bei der Förderung von Programmen zur Unterstützung von Projekten, zu weniger Anlaufstellen oder Informationsbörsen für Menschen, die sich engagieren möchten. Nicht zuletzt spielt auch die sozioökonomische Gesamtsituation der Bevölkerung eine große Rolle: Je geringer die Arbeitslosigkeit und je höher das Einkommensniveau in einer Region, desto umfangreicher fällt in Deutschland das ehrenamtliche Engagement aus. Denn eine auskömmliche finanzielle Lage ist eine bedeutsame Voraussetzung für freiwilliges Engagement. Gleichzeitig schränkt der höhere Beschäftigungsgrad von Frauen im Osten auch deren Zeitressourcen für freiwilliges Engagement ein. Die geringeren Mitgliederzahlen der Kirchen in Ostdeutschland führen dadurch ebenfalls zu einer niedrigeren Engagementquote.

Vor besonders großen Herausforderungen steht das bürgerschaftliche Engagement in strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen, die im Zuge der gesellschaftlichen Alterung einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben. Während sich Freiwillige in den Städten Ost- und Westdeutschlands ähnlich stark engagieren, liegen die Quoten in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands deutlich unter denen im ländlichen Westen, wo dieselben Herausforderungen nicht im selben Maße bestehen und einige Regionen sogar Wachstum erleben.

⁵ Siehe die Präsentation von Jan Holze, „Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten“, Anlage XVI.



Der Engagementbericht der Bundesregierung nennt Abwanderung, Überalterung und schwache Infrastrukturen als wichtige Faktoren, die in den strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen Ostdeutschlands das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement erschweren bzw. dessen Entwicklung behindern. Zugleich führen schwächere wirtschaftliche Strukturen auch zu geringerer materieller und finanzieller Unterstützung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Vereinfacht gesagt: Wo es weniger potenzielle Sponsoren und Spender gibt (und das ist zu einem erheblichen Grad der kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands geschuldet), leidet auch das regionale Vereinsleben.

Sehr deutlich tritt somit zutage, was man als das „Engagement-Paradox“ bezeichnen könnte: *Einerseits* sind Ehrenamt, gemeinschaftliche Aktivität, Orte der bürgerschaftlichen Begegnung, Geselligkeit und Identitätsstiftung überall dort besonders notwendig, wo sich die soziodemografische sowie sozioökonomische Lage besonders ungünstig entwickelt und die öffentliche Infrastruktur besonders dünn ausfällt. *Andererseits* aber ist es gerade unter solchen Bedingungen am schwierigsten, Engagement und Ehrenamt erfolgreich zu stärken.

Doch genau diese Stärkung von Engagement und Ehrenamt ist ein entscheidender Schlüssel zur Stabilisierung prekärer lokaler und regionaler Verhältnisse. So zeigen etwa Studien, dass Dörfer sozioökonomisch umso erfolgreicher, resilienter und attraktiver für Neubürgerinnen und Neubürger ebenso wie Rückkehrende sind, je mehr Vereine und zivilgesellschaftliches Engagement sie aufweisen. Politisch kommt es also darauf an, das „Engagement-Paradox“ aufzubrechen und Engagement zielgenau überall dort zu unterstützen, wo es aus der eigenen Kraft von Ort und Region heraus besonders schwer entstehen und gedeihen kann.

Mit der im Juni 2020 von der Bundesregierung gegründeten „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ werden diese Einsichten beherzigt. Die ab 2021 mit 30 Millionen Euro jährlich ausgestattete Stiftung soll Engagement besonders in strukturschwachen und ländlichen Regionen unterstützen. Ihr Schwerpunktthema wird die Digitalisierung sein. Sie wird als bundesweite Anlaufstelle Informations-

angebote bündeln und Engagierte vernetzen, ferner zur Nachwuchsgewinnung beitragen und Fortbildungsmaßnahmen anbieten. Mit der Etablierung dieser Stiftung greift die Bundesregierung Herausforderungen auf, die sich aus dem oben genannten „Engagement-Paradox“ ergeben.

7.5.2 Themen und Kontroversen

In der Kommission wurden folgende Thesen zum Teil kontrovers diskutiert:

- Im Kontext der Debatte um den Stand der gesellschaftlichen Verständigung in Deutschland 30 Jahre nach der Herstellung der Einheit kommt dem Themenkomplex Ehrenamt und Bürgergesellschaft aus Sicht der Kommission eine herausragende Bedeutung zu. Betont wurde in der Diskussion insbesondere die ständige Erfahrung, dass das Ehrenamt Menschen aus verschiedenen Landesteilen sowie mit unterschiedlichem historischem und sozialem Hintergrund eine besonders gute Möglichkeit bietet, einander näherzukommen und besser zu verstehen.
- Dies zeigte sich erneut auch in den von der Kommission ausgerichteten Bürgerdialogen aus Anlass des Jubiläums. Hier wurde deutlich, dass ehrenamtliches Engagement nicht zuletzt das gemeinsame Glück bedeutet, etwas mit anderen gemeinsam zu erleben und für andere tun zu können.
- Die zumeist dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nachgebildeten Strukturen ehrenamtlicher Organisationen ermöglichen in besonders wirksamer Weise einen Dialog der Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands, auch zwischen Ost und West.
- Übereinstimmend machen freiwillig Engagierte die Erfahrung, dass Menschen das, was sie im Ehrenamt anderen geben, oft um ein Mehrfaches in Form von Freude und Dank vonseiten jener zurückbekommen, für die sie sich einsetzen. Gemeinsam ist auch das Bewusstsein der ehrenamtlich Engagierten, dass sie für die gemeinsamen Werte, die die Grundlage unseres Gemeinwesens bilden, einen unverzichtbaren Beitrag leisten. Genannt wurden hier Werte wie das Gemein-

wohl, das gesellschaftliche Miteinander in Würde und Respekt voneinander, der Einsatz für unsere Demokratie sowie aktiv gelebte Partizipation.

- Verbindend wirken ebenso die gemeinsam festgestellten Schwierigkeiten. In der Diskussion der Kommission wie auch in den von dieser begleiteten Bürgerdialogen wurden die oft als unnötig angesehenen und zu beseitigenden Hürden für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement durch zu viel bürokratischen Aufwand genannt. Vorschläge der Kommission zur Vereinfachung der Bürokratie sind diesem Bericht als Anlage XVII. beigefügt.
- Ebenfalls angeführt wurden die zum Teil mangelnde Anerkennung im beruflichen Umfeld sowie (beispielsweise, aber keineswegs ausschließlich im Fall der gemeinnützigen „Tafeln“) das unbefriedigende Gefühl, als gesellschaftlicher „Ausfallbürge“ für mutmaßlich originär hoheitliche Aufgaben ausgenutzt zu werden.
- Der Abbau der genannten Schwierigkeiten ist der gemeinsame Wunsch aller ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten gleichermaßen in Ost und West. Sich dabei mit den eigenen Erfahrungen selbst einzubringen und einen eigenen Beitrag für eine weitere Verbesserung der Situation von Ehrenamt und Bürgerengagement zu leisten, wird als eine wichtige Zukunftsaufgabe vor Ort, aber auch bundesweit gesehen.
- Bei aller Berechtigung von Forderungen nach verstärkter Förderung von ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement speziell in ländlichen und strukturschwachen Gebieten muss dieses aus der Mitte der Gesellschaft wachsen. Maßnahmen, die ausschließlich von der Förderung Dritter abhängig sind, haben häufig keine nachhaltige Zukunftsperspektive.
- Offen thematisiert werden muss in Politik und Gesellschaft die Frage nach dem geeigneten Umgang mit Phänomenen einer antiaufklärerischen, exkludierenden und antidemokratischen „Zivilgesellschaft“. Hierunter ist zivilgesellschaft-

liches Engagement zu verstehen, das sich – paradoxerweise – gerade durch seinen nicht zivilen Charakter auszeichnet (durch Verschwörungstheorien, Abschottung gegenüber Fremden, Ablehnung der repräsentativen Demokratie und sogar durch einen gewaltförmigen Charakter). Gerade rechtsextremistischen Organisationen mit völkischer Ideologie ist es in den vergangenen Jahren verschiedentlich gelungen, in der Sphäre der gesellschaftlichen Selbstorganisation (Vereine, Initiativen etc.) auf der lokalen und regionalen Ebene Fuß zu fassen. Antidemokratischen Gefährdungen dieser und ähnlicher Art von rechtsextremistischen (aber mitunter auch von linksextremistischen) Akteurinnen und Akteuren müssen der demokratische Staat und die demokratische Öffentlichkeit entschieden entgegenzutreten.

- Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Deutscher Einheit und ehrenamtlichem Engagement im Besonderen stellte die Kommission fest, dass nahezu alle Initiativen zur Schaffung von Erinnerungs-, Lern- und Gedenkortern sowie Archiven und Dokumentationsstätten von ehrenamtlich tätigen Vereinen, Stiftungen und Organisationen ausgegangen sind. Es stellt eine unersetzliche Bereicherung dar, dass gerade hier auch Vertreterinnen und Vertreter der Opfer der SED-Diktatur engagiert vertreten sind; dieses Engagement sollte nachhaltig unterstützt und gestärkt werden. Neben den Erinnerungen an die deutsche Teilung und Diktaturerfahrung in der DDR sind an diesen historischen Orten die Überwindung des SED-Regimes durch die Friedliche Revolution, der Fall der Mauer und die Öffnung der Grenze sowie die deutsche Einheit zentrale Themen. Zudem sind diese Orte eng vernetzt mit weiteren Stiftungen und Initiativen an historischen Orten der Unterdrückung in der DDR.
- Auf einem weiteren wichtigen Feld zum Thema deutsche Einheit sind Vereine, Initiativen und Organisationen tätig, die sich mit als offen wahrgenommenen Gerechtigkeitsfragen im Zuge der deutschen Einheit befassen.



Anlagen

Anlage I. Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung: Durchführung der Feierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“	106
Anlage II. Mitglieder der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“	110
Anlage III. Sitzungsplan der Kommission und angehörte Sachverständige	118
Anlage IV. Konzept #gemeinsamfeiern	122
Anlage V. Partnerstädte und Teilnehmendenzahl: „Deutschland im Gespräch“, Präsenzveranstaltungen	126
Anlage VI. Ablauf der Dialog-Präsenzveranstaltungen	128
Anlage VII. Ablauf der Online-Dialogveranstaltungen	130
Anlage VIII. Zusammenfassung der Kurzstudie von PD Dr. Kerstin Brückweh zum Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“	132
Anlage IX. Zusammenfassung der Kurzstudie von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und Prof. Dr. Daniel Buhr zum Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“	136



Anlage X. Zusammenfassung der Kurzstudie von Prof. Dr. Oliver Hidalgo und Dr. Alexander Yendell zum Themenfeld „Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung“	140
Anlage XI. Zusammenfassung der Kurzstudie von Michael Lühmann, M.A., zum Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“	146
Anlage XII. Zusammenfassung der Kurzstudie von Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz, Dr. Florian Ranft und Prof. Dr. Tom Thieme zum Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“	150
Anlage XIII. Fragebogen zur Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“	154
Anlage XIV. Übersicht der Ergebnisse: Kurzbefragung „Deutschland-Monitor“	172
Anlage XV. Auswertung der Ergebnisse der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“ durch Prof. Dr. Everhard Holtmann, Dipl.-Soz. Tobias Jaeck, Prof. Dr. Marion Reiser	198
Anlage XVI. Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten	208
Anlage XVII. Unterstützung des Ehrenamtes: Vorschläge zur Vereinfachung von Bürokratie	222

Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung

Durchführung der Feierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

1. Vorbemerkungen

Die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR haben mit ihrer friedlichen Revolution Freiheit und Demokratie erreicht und den Fall der innerdeutschen Grenze erzwungen. Nach den Großdemonstrationen im Herbst 1989 markiert der 9. November 2019 das 30-jährige Jubiläum dieses Wendepunkts der deutschen und europäischen Geschichte. Die Bilder der Maueröffnung in Berlin mit ihren euphorisch feiernden, in die Freiheit strömenden Menschen gingen um die Welt und sind für immer im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Einbettung von Deutschland in die Europäische Union und das klare Bekenntnis Deutschlands zur europäischen Integration waren wichtige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung.

Am 3. Oktober 2020 feiern wir 30 Jahre Deutsche Einheit.

Das Zusammenwachsen Deutschlands und die Angleichung der Lebensverhältnisse sind trotz der verbliebenen Disparitäten und Herausforderungen seither weit vorangeschritten. Gleichzeitig ist die Bevölkerung heterogener geworden; die Globalisierung und die technische Entwicklung verändern das Leben der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich und immer schneller.

Deutschland hat viele dieser Veränderungen besser gemeistert als andere Länder. Die Lebensqualität erreicht heute bundesweit einen Höchststand. Die weitaus meisten Menschen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die große Mehrheit der Deutschen in Ost wie West ist stolz auf das seit 1990 Erreichte.

Trotz der eindrucksvollen Erfolge stellt der Stand der deutschen Einheit nicht alle Bürgerinnen und Bürger

gleichermaßen zufrieden. Vor allem in Ostdeutschland schmerzen bis heute die Wunden der SED-Diktatur und die tiefen wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach der Wiedervereinigung. Gleichzeitig sind die Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte für viele Bürgerinnen und Bürger mit Sorgen und Verunsicherungen verbunden, die zu neuen Polarisierungen in unserer Gesellschaft geführt haben.

Die Bundesregierung möchte den 30. Jahrestag des Mauerfalls und der Deutschen Einheit als ein für ganz Deutschland einendes Jubiläum begehen, das auch ein Bewusstsein dafür schafft, dass die Deutsche Einheit ein Prozess ist, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Jubiläumstage sollen das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.

Die Friedliche Revolution in der DDR zählt zu den großen Momenten unserer Demokratiegeschichte, die es gilt, in die gesamtdeutsche Zukunft mitzunehmen. Ebenso gilt es, den insbesondere von Bewohnerinnen und Bewohnern der neuen Bundesländer gewonnenen Erfahrungsschatz, Veränderungsprozesse anzunehmen und zu gestalten, für die vor uns liegenden zukünftigen Veränderungen fruchtbar zu machen.

2. Die Idee

Entscheidend aus Sicht der Bundesregierung ist, dass das Jubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ dazu beiträgt, das gemeinsame Verständnis über die friedliche Revolution in der DDR, die Wiedervereinigung und den Aufbau Ost, die damit verbundene Transformation der Lebensverhältnisse und das Zusammenwachsen von



Ost und West zu vertiefen. Die Bedeutung dieser Ereignisse für die deutsche und die europäische Geschichte soll gewürdigt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Gelegenheit haben, aufeinander zuzugehen, miteinander ins Gespräch zu kommen und einander zuzuhören. Das Bewusstsein über das Erreichte soll gestärkt und die Verständigung über das, was beim Zusammenwachsen von Ost und West noch nicht gelungen ist, gefördert werden.

Um dies zu ermöglichen, wird das Jubiläumskonzept folgende Bausteine beinhalten:

- Meilensteine würdigen,
- Dialoge führen,
- Wissen vermitteln.

Zur Vorbereitung des Jubiläums wird die Bundesregierung eine Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ einsetzen.

Das Jubiläumskonzept soll zudem durch entsprechende Kommunikation begleitet werden.

3. Das Jubiläumskonzept

3.1. Kommission einsetzen

Die Bundesregierung setzt eine Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ein, die unabhängig und beratend tätig ist und sich aus 22 Personen (inkl. Vorsitzenden und Stv. Vorsitzenden) aus Politik, Wissenschaft, Kunst, Kultur, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die Kommission wird geleitet von Herrn Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt MdB Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

Die Kommission soll bis Mitte August 2019 Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung der Bausteine des Jubiläumskonzeptes (Abschnitt 3.2 bis 3.4) unterbreiten. Die Mitglieder der Kommission sollen aktive Rollen in der Umsetzung des Jubiläumskonzeptes einnehmen. Eine Übersicht zu den Mitgliedern der Kommission erhalten Sie als Anlage 4.

3.2. Meilensteine würdigen

Eine Reihe von Veranstaltungen und Feiern soll den Weg (in Form von Meilensteinen) von der Friedlichen Revolution über den Mauerfall bis zur Deutschen Einheit – vom 9. November 2019 bis zum 3. Oktober 2020 – nachzeichnen. Anhand dieser Meilensteine soll insbesondere an den Mut und das Engagement der Menschen in der DDR erinnert werden. Zentrale Entscheidungen und Leistungen für die Bewältigung des Transformationsprozesses, den Aufbau Ost und das Zusammenwachsen Deutschlands sowie ihr internationaler Kontext sollen gewürdigt werden. Unterschiedlichen Perspektiven auf dazu erfolgte Weichenstellungen, die heute noch kontrovers diskutiert und empfunden werden, sollen ausgetauscht und das gemeinsame Verständnis gefördert werden.

Die feste Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union war eine zentrale Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Meilensteinkonzeptes ist es, daran zu erinnern, zum Beispiel im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (2. Hbj. 2020).

3.3. Dialoge führen

Der Dialog der Bürgerinnen und Bürger bildet das Herzstück des Jubiläums „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Er soll mit Veranstaltungen in allen Bundesländern stattfinden, dabei auch generationenübergreifend Perspektiven aus Ost und West zusammenbringen und kritisch sowie selbstreflexiv geführt werden. Der Bürgerdialog soll sowohl das Bewusstsein über das Erreichte stärken als auch bestehende Herausforderungen und schmerzliche Erfahrungen offen thematisieren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das Zusammenwachsen von Ost und West sowie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefördert werden können, um die Lebensqualität mit ihren vielfältigen Facetten in allen Regionen landesweit zu steigern und engagiert zu gestalten.

Im Vordergrund sollen dabei folgende Fragestellungen stehen:

- Wie können die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger, die sowohl eine friedliche und erfolgreiche Revolution in der ehemaligen DDR als auch die Bewältigung der Transformationsprozesse und des Aufbaus Ost ermöglichten, besser gewürdigt und sichtbar gemacht werden?
- Was können wir sowohl aus den dabei erreichten Erfolgen als auch aus dem noch nicht Gelungenen für das weitere Zusammenwachsen von Ost und West lernen, sowohl für die gesamte Bundesrepublik als auch im Hinblick auf aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen (z. B. die Digitalisierung)?
- Wie können Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land, in den Städten und in den ländlichen Räumen weiter gestärkt werden, um die Lebensqualität mit ihren vielfältigen Facetten in allen Regionen landesweit zu steigern und engagiert zu gestalten?

Der Bürgerdialog soll einen Fokus auf die Verständigung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Ost/West, Jung/Alt, mit/ohne Zuwanderungsgeschichte, mit unterschiedlichem Bildungshintergrund etc.) richten, die Handelnden aus der Zeit der Wiedervereinigung sowie Zeitzeugen einbeziehen, Begegnungen fördern (z. B. unter Nutzung bestehender Städtepartnerschaften) und den Austausch sowohl über im Prozess des Mauerfalls/der Wiedervereinigung gemachte Erfahrungen als auch aktuelle Themen sowie zukünftige Herausforderungen in den Städten und ländlichen Regionen intensivieren.

3.4. Wissen vermitteln

Das Jubiläum soll nicht nur der Erinnerung dienen, sondern Anlass und Ansporn sein, um die Erfahrungen des gesellschaftlichen Wandels für zukünftige Transformationsprozesse zu nutzen, Begegnung, Kunst und Dialog zu ermöglichen und zu verstärken und somit sowohl das weitere Zusammenwachsen von Ost und West als auch die zukünftige Entwicklung Deutschlands und Europas zu fördern.

In den Bürgerdialogen soll dazu auch die Idee eines Zentrums in Ostdeutschland diskutiert werden, das sich im Geiste der Freiheitsbewegung von 1989 dem weiteren Zusammenwachsen von Ost und West widmet.

4. Organisation und Haushalt

4.1. Organisation

Zur operativen Umsetzung der o. g. Elemente soll zeitnah im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine beim zuständigen Staatssekretär angesiedelte Geschäftsstelle „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ eingerichtet werden.

Zusätzlich wird eine Lenkungsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat eingerichtet, deren Mitglieder der Vorsitzende der Kommission, der stellvertretende Vorsitzende sowie das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium der Finanzen und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sein werden. Die Lenkungsgruppe „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ fungiert als Steuerungseinheit, die über Vorschläge seitens Kommission und Geschäftsstelle final entscheidet.

Im Austausch mit der Kommission und in Abstimmung mit der Lenkungsgruppe sind Aufgaben der Geschäftsstelle:

- Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes zu „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“;
- Entwicklung eines Meilenstein-Konzeptes mit innovativen Veranstaltungsformaten zu Daten der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung,
- Entwicklung und Organisation der bundesweiten Dialogformate (Zeitzeugen; Stadtbegegnungen; ggf. Kommissions-Dialoge),
- Beauftragung und Steuerung der Veranstaltungs- und Kommunikationsagenturen,
- Koordinierung und Zusammenarbeit mit allen beteiligten Ressorts und Bundesländern,



- Bündelung und Ergänzung vorhandener Materialien zu „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“;
- Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Bundesländern und weiteren Multiplikatoren unter dem Logo von „30 Jahren Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ zur Bündelung und Sichtbarmachung aller Aktivitäten;
- Organisatorische Unterstützung der Kommission.

Folgende Bundesministerien ordnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb von 4 Wochen nach Beschluss in die Geschäftsstelle ab:

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2),
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (1),
- Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (1),
- Bundesministerium der Finanzen (2),
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (7).

Zur regionalen Anbindung sollen darüber hinaus die Bundesländer angefragt werden, jeweils eine/n Mitarbeiter/in (ggf. temporär) zu entsenden. Die Einstellung von externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aufgrund bestimmter fachlicher Expertise benötigt werden, wird fallbezogen durch das BMI entschieden.

4.2. Haushalt

Da die Aufgabe der Jubiläen „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ eine gesamtstaatliche ist, soll die Geschäftsstelle eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Abdeckung der für die Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Ausgaben erhalten. Auf der Grundlage derzeitiger Planungen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat BMI ist von einem Mittelbedarf in Höhe von 30 Mio. € für das Jahr 2019 und 35 Mio. € für das Jahr 2020 auszugehen. Die Planungen für 2019 sehen neben den zusätzlichen Ausgaben für die Einrichtung der Geschäftsstelle sowie die vorgesehenen Bürgerdialoge und ihre Auswertung im Wesentlichen Ausgaben für die Entwicklung von entsprechenden Kommunikationsprodukten, für die Durchführung flankierender Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für die weitere Mediaplanung (Plakatwerbung, Rundfunk- und Fernsehspots etc.), für die Einbeziehung von Multiplikatoren und für die Umsetzung des Meilensteinkonzeptes vor.

Für die Finanzierung im Jahr 2019 werden im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen die Haushaltsvoraussetzungen geschaffen.

Der notwendige Mittelbedarf für 2020 wird als Bestandteil des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2020 im Einzelplan 06 zusätzlich veranschlagt.

II.

Mitglieder der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“



© Wüstenhagen Deutsch-Russisches Forum e.V.

Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D.

geb. 1953 in Potsdam

Matthias Platzeck war von 1990 bis 1998 Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, ab 1998 Oberbürgermeister von Potsdam, bis er 2002 die Nachfolge von Manfred Stolpe als Ministerpräsident des Landes Brandenburg antrat. Dieses Amt übte er bis 2013 aus. Er trat 1995 in die SPD ein und war von 2000 bis 2013 Landesvorsitzender der SPD Brandenburg. Er ist seit 2014 Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, war Co-Vorsitzender der Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs und Vorsitzender der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.



© Marco Wanderwitz

Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär

geb. 1975 in Chemnitz

Marco Wanderwitz ist seit Februar 2020 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder. Seit 2002 ist er direkt gewählter Bundestagsabgeordneter. In der 18. Wahlperiode war er kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit 2017 ist er Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag. In der 19. Wahlperiode war er von März 2018 bis Februar 2020 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat. Marco Wanderwitz ist Volljurist.



© Dt. Bundestag/Th. Koehler/photothek

Katrin Budde, MdB, Ministerin a. D.

geb. 1965 in Magdeburg

Katrin Budde war von 1990 bis 2017 Mitglied im Landtag Sachsen-Anhalt und war dort 10 Jahre Vorsitzende der SPD-Fraktion. Von 2001 bis 2002 war sie Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt. Ab 2009 war sie zudem Landesvorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt. Seit 2017 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD-Fraktion. Sie ist Vorsitzende im Ausschuss für Kultur und Medien, ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.



© Thomas de Maizière

Dr. Thomas de Maizière, MdB, Bundesminister a. D.

geb. 1954 in Bonn

Dr. Thomas de Maizière war von 2013 bis 2018 Bundesminister des Innern, was er bereits von 2009 bis 2011 war. Zwischen 2011 und 2013 war er Bundesverteidigungsminister. 1990 war er Mitglied der Verhandlungsdelegation für den deutschen Einigungsvertrag. Anschließend war er in Mecklenburg-Vorpommern Staatssekretär im Kultusministerium, Chef der Staatskanzlei und anschließend in Sachsen Chef der Staatskanzlei, Finanz-, Justiz- und Innenminister, bis er 2005 Chef des Kanzleramtes wurde. Heute ist er MdB der CDU/CSU-Fraktion für den Wahlkreis Meißen.



© Judith Enders

Dr. Judith Enders

geb. 1976 in Altenburg

Dr. Judith Enders ist Diplompolitologin und promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin. Seit 2002 lehrt sie am Otto-Suhr-Institut der FU-Berlin und der Rutgers University, State University of New Jersey und der Universität Erfurt. Heute ist sie Dozentin an der Alice Salomon Hochschule Berlin mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und politische Theorie und als freiberuflicher Coach und Mediatorin tätig sowie Psychoanalytikerin in Ausbildung. Sie ist Mitbegründerin der Initiative „Dritte Generation Ostdeutschland“ und des daraus hervorgegangenen Vereins „Perspektive hoch 3 e. V.“. Die europäische Perspektive bearbeitet sie im Projekt „Transition Dialogue – Mapping a Generation“.



© Staatskanzlei Sachsen-Anhalt

Dr. Reiner Haseloff, MdL, Ministerpräsident

geb. 1954 in Bülzig

Reiner Haseloff ist seit 2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Zuvor wurde er ab 2006 Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt. 1990 wurde er stellvertretender Landrat des Landkreises Wittenberg und ab 1992 Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg. 2002 wurde er zum Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt ernannt.



© Axel Thünker/Haus der Geschichte

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

geb. 1954 in Mönchengladbach

Prof. Dr. Hans Walter Hütter ist Historiker und seit 2007 Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Er ist unter anderem Lehrbeauftragter der Universität Bonn sowie im Beirat der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, im Beirat der Stiftung Berliner Mauer, im Beirat des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten, im Beirat für das Haus der Geschichte Österreich in Wien sowie im Kuratorium des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel.



© Deutscher Bundestag

Frank Junge, MdB

geb. 1967 in Halle

Frank Junge war von 1999 bis 2001 Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar und dort stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags und vertritt den Wahlkreis 13 (Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I). Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie im Tourismusausschuss. Er ist Vorsitzender der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion und Ausschussvorsitzender des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne.



© Iris Kloppich

Iris Kloppich

geb. 1953 in Dessau

Iris Kloppich ist Historikerin. 1986 begann ihr Engagement in der Interessenvertretung für Beschäftigte im Gewerkschaftsbund FDGB der DDR. 1989 wurde sie politische Mitarbeiterin der IGM im Bezirk Sachsen. Sie setzte sich dort für den Aufbau der Mitbestimmung sowie der Tarifpolitik in Betrieben der Metall- und Elektrotechnik und im Stahlbereich ein. Schwerpunkt war der Transformationsprozess der Wirtschaft. Von 2004 bis 2016 war sie Vorsitzende des DGB Sachsens. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren Fachkräfteentwicklung, Digitalisierung, Entwicklung des ländlichen Raums und Sozialpolitik. 2015 wurde sie mit der Sächsischen Verfassungsmedaille und 2019 mit dem Verdienstorden des sächsischen Ministerpräsidenten geehrt.



© HS Zittau/Görlitz

Prof. Dr. Raj Kollmorgen

geb. 1963 in Leipzig

Prof. Dr. Raj Kollmorgen ist seit 2013 Professor für Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz, bis 2020 war er dort außerdem Direktor des Forschungsinstituts für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS). Seit März 2020 ist er Prorektor Forschung der HS Zittau/Görlitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind Vergleichende Transformationsforschung, Ostdeutschland und deutsche Vereinigung, sozialökologischer Umbau, Regionalentwicklung, politischer Populismus und Radikalismus. In einem seiner aktuellen Forschungsprojekte befasst er sich mit Ausmaß, Ursachen und Folgen personeller Unterrepräsentation der ostdeutschen und migrantischen Bevölkerung in den bundesdeutschen Eliten.



© Ekko von Schwichow

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk

geb. 1967 in Berlin-Friedrichshagen

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk machte in der DDR eine Lehre zum Bau-facharbeiter und arbeitete u. a. als Pförtner. Nach der Friedlichen Revolution studierte er Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995-1998). Seit 2001 ist er Projektleiter in der Forschungsabteilung der BStU (derzeit beurlaubt), seit 2018 Mitarbeiter der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Er schrieb u. a. zu Opposition und Widerstand in der DDR, zur Staats-sicherheit und zur Revolution 1989. Zuletzt erschien sein Buch „Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde“.



© Laurence Chaperon

Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin a. D.

geb. 1958 in Weimar

Christine Lieberknecht war von 1991 bis 2019 Abgeordnete für die CDU im Thüringer Landtag. Von 2009 bis 2014 war sie Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen und Landesvorsitzende der CDU Thüringen. Sie studierte Evangelische Theologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und legte 1982 das erste theologische Examen ab. Bis 1990 als Pastorin tätig, hatte sie seit der Bildung der ersten frei gewählten Landesregierung fast durchgehend als Ministerin oder Landtagspräsidentin führende Positionen der Landespolitik bekleidet.



© Joachim Gern

Jan Josef Liefers

geb. 1964 in Dresden

Jan Josef Liefers ist Schauspieler, Musiker, Regisseur und Produzent. Er ist darüber hinaus sozial- und gesellschaftspolitisch aktiv, z. B. unterstützt er die entwicklungspolitische Organisation „ONE“ und die NCL-Stiftung. Für sein soziales Engagement wurde ihm im Dezember 2011 der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und 2013 der Annemarie-Renger-Preis des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland verliehen. Am 4. November 1989 nahm Liefers als Redner an der „Alexanderplatz-Demonstration“ teil.



© Mirjam Knickriem

Anna Maria Mühe

geb. 1985 in Berlin

Anna Maria Mühe ist Schauspielerin. Sie kommt aus einer ostdeutschen Künstlerfamilie: Sie ist Tochter der Schauspieler Jenny Gröllmann und Ulrich Mühe, Stieftochter der Schauspielerin Susanne Lothar, Halbschwester des Fotografen Andreas Mühe und Enkelin des Bühnenbildners Otto Gröllmann. Sie vertritt prominent die „Nach-Wende-Generation“.



© Tobia Nooke

Dr. Maria Nooke

geb. 1958 in Forst (Lausitz)

Dr. Maria Nooke ist Soziologin und seit 2017 „Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“. Von 2009 bis 2017 war sie stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer. In der DDR engagierte sie sich in einer kirchlichen Friedens- und Umweltgruppe und war Mitherausgeberin des Oppositionsblattes „Aufbruch“ des Ökumenischen Friedenskreises der Region Forst (Lausitz).



© Kristin Schmidt

Dr. Dieter Pfortner

geb. 1953 in Reichenbach

Dr. Dieter Pfortner ist Präsident der IHK Chemnitz und Geschäftsführer der P&R Health care GmbH Markneukirchen. Er studierte Wirtschaftsmathematik und Betriebswirtschaft an der Hochschule für Ökonomie Berlin. Nach der Wende arbeitete er mehr als 25 Jahre für eine deutsche, später für eine italienische Unternehmensgruppe der Automobilzulieferindustrie. 2005 wurde ihm der Deutsch-Italienische Wirtschaftspreis, 2007 der Deutsch-Italienische Freundschaftspreis verliehen. Zu den Schwerpunkten seiner Tätigkeit zählen Themen wie die Fachkräftesicherung, Unternehmensnachfolgen, Forschungs- und Innovationsförderung sowie die Forderung nach einer Reform der Unternehmenssteuern und einem wirksamen Bürokratieabbau.



© Caroline Wolf

Jana Schimke, MdB

geb. 1979 in Cottbus

Jana Schimke ist für die CDU/CSU-Fraktion Mitglied des Deutschen Bundestags und vertritt seit 2013 als direkt gewählte Abgeordnete die Spreewaldregion und ist außerdem stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Brandenburg. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat. Sie engagiert sich im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) sowie in der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie ist Fachsprecherin für Arbeit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU. Sie macht sich für mittelstandspolitische Themen stark und setzt sich für eine generationengerechte Sozialpolitik ein.



© Thomas Lothar

Christian Schmidt, MdB, Bundesminister a. D.

geb. 1957 in Oberzenn

Christian Schmidt ist Jurist und seit 1990 MdB für die CDU/CSU-Fraktion im Wahlkreis Fürth. Von 2014 bis 2018 war er Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und von 2017 bis 2018 kommissarischer Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Vor der Ernennung zum Minister war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung von 2005 bis 2013 und beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 2013 bis 2014. Er ist im Bundestag ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung.



© Susi Knoll

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin

geb. 1974 in Frankfurt (Oder)

Manuela Schwesig ist seit 2017 Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzende der SPD Mecklenburg-Vorpommern. Von 2013 bis 2017 war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit Anfang 2019 ist sie zusammen mit Hermann Gröhe (CDU) Vorsitzende des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat. Manuela Schwesig wuchs in Seelow im heutigen Landkreis Märkisch-Oderland in der DDR auf.



© Vaughan Melzer

Dipl.-Psych. Annette Simon

geb. 1952 in Leipzig

Dipl.-Psych. Annette Simon war von 1975 bis 1991 als Psychotherapeutin in Ost-Berlin tätig und war 1989 im Neuen Forum aktiv. Sie arbeitet seit 1992 in freier Praxis als Psychoanalytikerin und Lehranalytikerin (APB, DGPT). Sie hält Vorträge und veröffentlicht zu psychosozialen Prozessen der deutschen Vereinigung. Beispielsweise reflektiert sie in dem Buch „Bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin“ (erschienen 2009) die politischen und moralischen Konflikte ihrer ostdeutschen Vergangenheit und versucht, die gegenwärtigen deutschen Identitätsprobleme zu analysieren.



© Klaus Gigga

Prof. Dr. Marcel Thum

geb. 1965 in München

Prof. Dr. Marcel Thum lehrt als Wirtschaftswissenschaftler an der TU Dresden und leitet die Niederlassung des Dresdener ifo Institutes. Seit 2019 ist er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. Für den Zeitraum 2019 bis 2022 ist er in den erweiterten Vorstand des „Vereins für Socialpolitik“ gewählt worden; der Verein ist eine der größten Vereinigungen von Wirtschaftswissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum.



© Elke Witt

Elke Witt

geb. 1959 in Kemberg

Elke Witt ist Geschäftsführerin des Tourismusverbands Welterbe-Region Anhalt-Dessau-Wittenberg e. V. Der Tourismusverband ist einer der fünf regionalen Tourismusverbände des Landes Sachsen-Anhalt. Die Hauptaufgaben des Verbandes sind die Konzeption und die Umsetzung des gemeinsamen Tourismusmarketings für die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg sowie für die Städte Dessau-Roßlau und Bernburg (Saale). Elke Witt war seit 1982 Mitstreiterin im Wittenberger Friedenskreis um Pfarrer Friedrich Schorlemmer und nahm dort u. a. 1983 an der Umschmiede-Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ auf dem Lutherhof in Wittenberg teil.

III.

Sitzungsplan der Kommission und angehörte Sachverständige

Datum	Sitzung	Angehörte Sachverständige / Besondere Teilnehmer
06.05.2019 - BMI*	1. Sitzung der Kommission	Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer
01. bis 02.06.2019 - BMI	2. Sitzung (Workshop) der Kommission	
23. bis 24.06.2019 - Neuhardenberg	3. Sitzung (Workshop) der Kommission	
30.07.2019 - BMI	4. Sitzung der Kommission	
05.08.2019 - BMI	5. Sitzung der Kommission	
12.11.2019 - BMI	6. Sitzung der Kommission	
13.01.2020 - BMI	7. Sitzung der Kommission	Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer
27.01.2020 - BKAm ^{**}	8. Sitzung der Kommission	Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer
09.03.2020 - BMI	9. Sitzung der Kommission	
20.04.2020	10. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	
28.04.2020	11. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	
19.05.2020	12. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	
02.06.2020	13. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Impulsvortrag „Repräsentanz von Ostdeutschen in Deutschland. Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“ Dr. Lars Vogel, Universität Leipzig



Datum	Sitzung	Angehörte Sachverständige / Besondere Teilnehmer
08.06.2020	14. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Impulsvortrag zum „Institut für Transformation und Aufbau Ost“ Basil Kerski, Direktor des Solidarność-Zentrums Danzig
22.06.2020	15. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Vorstellung von Kurzstudien durch Experten „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“ Michael Lühmann, M.A., Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen „Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung“ Prof. Dr. Oliver Hidalgo, Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster Dr. Alexander Yendell, Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig
13.07.2020	16. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Vorstellung von Kurzstudien durch Experten „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“ PD Dr. Kerstin Brückweh, Universitäten Erfurt und Tübingen
07.09.2020	17. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Vorstellung von Kurzstudien durch Experten „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“ Dr. Florian Ranft, Das Progressive Zentrum e. V., Berlin Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz, TU Chemnitz

Datum	Sitzung	Angehörte Sachverständige / Besondere Teilnehmer
14.09.2020	18. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Impulsvortrag „Ehrenamt und Zivilgesellschaft – Einführung“ Jan Holze, Vorstand „Deutsche Stiftung für Enga- gement und Ehrenamt“ Vorstellung von Kurzstudien durch Experten „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestal- tungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“ Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Universität Kassel, WZB Berlin Prof. Dr. Daniel Buhr, Universität Tübingen
26.09.2020	19. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Vorstellung der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“, Dr. Holger Liljeberg, INFO GmbH
27.10.2020	20. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	
13. bis 14.11.2020	21. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Vorstellung einer sozialwissenschaftlichen Analyse zur Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“; Dr. Holger Liljeberg, INFO GmbH, Prof. Everhard Holtmann, Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.
19.11.2020	22. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	
03.12.2020	23. Sitzung (Videokonferenz) der Kommission	Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz

* Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

** Bundeskanzleramt



Konzept #gemeinsamfeiern

Die Kommission empfiehlt das Format #gemeinsamfeiern zur bundesweiten Würdigung der Deutschen Einheit als Pilotvorhaben für die folgenden Jahre.

Im Zeitraum vom Jahrestag des Einigungsvertrags (31. August) bis zum formalen Inkrafttreten der Deutschen Einheit (3. Oktober) sollen in allen Ländern #gemeinsamfeiern-Festivals in ländlichen, strukturschwachen Kommunen bzw. in Stadtteilen der Stadtstaaten mit hoher sozialräumlicher Segregation stattfinden. Wünschenswert ist eine Auswahl von Orten, an denen derlei Veranstaltungsformate bislang nicht realisiert werden, um vor allem hier die Identifikation mit der deutschen Wiedervereinigung zu stärken. Es obliegt den Ländern, an einer Umsetzung des Festivals interessierte Kommunen und Stadtteile anhand von Kriterien zu identifizieren und den Ablauf zu begleiten. Im Rahmen eines Verwaltungsvertrags stellt der Bund den Ländern Mittel zwischen 50.000 und 100.000 Euro für die Umsetzung von mindestens einem #30Festival pro Land und Haushaltsjahr zur Verfügung. Das Format ist durch vier Module bewusst in einer Weise vorgegeben, die den ausführenden Akteuren größtmöglichen Handlungsspielraum für die inhaltliche Ausgestaltung anhand lokaler/regionaler Besonderheiten sowie den Einbezug lokaler Akteure, Projekte und Initiativen gewährt.

1. *Miteinander erinnern:*

u. a. Würdigung von Beteiligten des Vereinigungsprozesses, regionale Erinnerungsformate und -orte, Projekte und Ereignisse

2. *Miteinander reden:*

Erfahrungsaustausch zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Wiedervereinigung: Inwiefern prägt Herkunft einen Menschen? Wie gelingt gesellschaftlicher Zusammenhalt?

3. *Miteinander leben:*

Diskussion zum künftigen Entwicklungspfad der Gesellschaft und seinen Voraussetzungen (u. a. Wertebasis, Demokratieverständnis)

4. *Miteinander feiern:*

Generationsübergreifendes Begegnungsformat, inkl. kulinarischer und kultureller Angebote mit starkem Regionalbezug

Die hier aufgeführten Inhalte sind als Vorschläge für die Ausgestaltung der Module zu betrachten.

Modul 1

Miteinander erinnern: Der Blick zurück – als Dokumentationsformat

Ziel:

- gemeinsam erinnern und (Lebens-)Geschichten erzählen (Storytelling);
- bestehende Erinnerungsformate aus der Region aufgreifen;
- Erinnerungsorte sichtbar machen;
- Personen, die den Weg der Wiedervereinigung und des Zusammenwachsens mitgeprägt haben, sichtbar machen;
- Projekte und Ereignisse aus dem Einigungsprozess Revue passieren lassen.

Fragestellungen:

- Wie haben wir die Zeit der Wende erlebt – als Einzelperson, Familie, Ortsgemeinschaft?
- Welche Auswirkungen hatte die Wiedervereinigung auf unser Leben – als Einzelperson, Familie, Ortsgemeinschaft?
- Welche positiven/negativen Neuerungen haben sich durch die Wiedervereinigung für uns ergeben?



Mögliche Inhalte & Methoden:

- Zeitzeugen einbeziehen:
 - bestehende Formate aus der Region aufgreifen; bspw. Produktionen der Regionalprogramme der ARD, z. B. die NDR-Reihe „Neu geboren 1989“, die MDR-Sendung „Wende Träume Hoffnung Neustart ‘89“ o. Ä.;
 - „Zeitenwende-Zeitzeugenpool“ und Biografie-Workshops der Dritten Generation Ostdeutschland/der „Generation 1975 bis 1985“ durchführen;
 - Buchpräsentationen/Lesungen durchführen;
 - Auszüge aus dem „Längsten Gespräch“ <https://www.unsereregeschichte.bund.de/> vom 9. November 2019 aufgreifen;
 - Ergebnisse der Social-Media-Aktion #MeineGeschichteSchreibtZukunft aufgreifen;
 - Die 30 Portraits zum 9. November 2019 „Unsere Geschichte schreibt Zukunft“ aufgreifen und Porträtierte einladen.
- Würdigen:
 - Erinnerungsorte, z. B. „Denkzeichen 1989“, und Personen der Wendezeit, z. B. über Ausstellungen, sichtbar machen oder einladen;
 - Ergebnisse der Social-Media-Aktion #MeineGeschichteSchreibtZukunft aufgreifen.
- Von guten Ideen lernen:
 - Projekte aus den Jahren des Einigungsprozesses präsentieren sowie bspw. Projekte der Dritten Generation Ostdeutschland/der „Generation 1975 bis 1985“
 - Projekte aus der Aufbruchzeit reflektieren und nach ihrem Aktualitätsbezug fragen;
 - den Transformationsprozess des eigenen Ortes betrachten, kritisch reflektieren und gutes Gelingen herausarbeiten;
 - regionalspezifische „Memoboxen“ (Boxen, in denen Teilnehmende Erinnerungen/Fotos aufhängen können).

Modul 2

Miteinander reden: Der Blick nach vorne – als Dialog zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Ziele:

- Erfahrungen aus dem Prozess der Wiedervereinigung, der Gegenwart sowie Zukunftserwartungen sammeln und austauschen;
- gemeinsame kritische Bestandsaufnahme des Erreichten;
- Diskussion darüber, wie Herkunft Menschen prägt, über Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Einendes und Trennendes;
- Faktoren für einen gelungenen gesellschaftlichen Zusammenhalt definieren.

Fragestellungen:

- Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für uns aus den Erfahrungen des Einigungsprozesses?
- Wo stehen wir aktuell, wohin wollen wir uns als Gesellschaft entwickeln und welche Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein?
- Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen den Generationen, den sozialen Schichten und jenseits kultureller Herkunft etc. stärken?

Mögliche Inhalte & Methoden:

- Zeitzeugengespräche und Generationen-/Vielfalts-Dialoge:
 - Menschen in ihrer Diversität (Herkunft, Geschlecht, Alter, religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, Berufsgruppe u. v. m.) ins Gespräch bringen, bspw. über persönliche Erfahrungen mit dem Prozess der Deutschen Einheit, aktuelle Herausforderungen und Zukunftserwartungen;
 - Regierungsmitglieder einbinden.

- Brückenbauer-Gespräche:
 - Zum Thema: „Es ist nicht (mehr) wichtig, woher jemand ursprünglich stammt. Bedeutsamer ist hingegen, ob und wie man sich für das Gemeinsame engagiert“;
 - Engagierte aus der Region, die sich für Zusammenhalt und Teilhabe einsetzen, einbinden;
 - Regierungsmitglieder einbinden;
 - Aufruf, „Brückenbauer-Geschichten“ zu schreiben und einzureichen > Prämierung der besten Geschichten;
 - die europäische Dimension einbinden.

Modul 3

Miteinander leben: Zukunft gemeinsam und regionalspezifisch gestalten – als Zukunftswerkstätte

Ziele:

- Austausch darüber, was wir als Gesellschaft/räumliche Gemeinschaft erreichen wollen/wie wir uns weiterentwickeln wollen und welche Voraussetzungen für die Zielerreichung geschaffen werden müssen;
- andere Sichtweisen durch Perspektivenwechsel kennenlernen und einbeziehen;
- Diskussion darüber, was Demokratie bedeutet und was Demokratie uns wert ist;
- gemeinsame Werte für unser Zusammenleben definieren.

Fragestellungen:

- Wie wollen wir unser Zusammenleben aktiv mitgestalten?
- Wie können wir Vielfalt aktiv nutzen und im Positiven in unser Zusammenleben einbeziehen?
- Was heißt „gleichwertig“ und „sozial“ für wen? Was sollte hierbei unsere Zielsetzung sein?
- Was bedeutet für uns Lebensqualität und wie können wir diese erhalten/steigern?
- Auf welche Werte können wir uns gemeinsam verständigen und wie können wir diese in unser Zusammenleben als Gesellschaft/räumliche Gemeinschaft integrieren?

Mögliche Inhalte & Methoden:

- ländliche und urbane Räume – gleichwertig und sozial:
 - den jeweiligen Ort/die Region aktiv einbinden;
 - Diskussion über folgende Begrifflichkeiten: „modern“ vs. „abgehängt“, „wachsend“ vs. „leer“, „ressourcenverbrauchend“ vs. „nachhaltig“, „jung“ vs. „alt“, „wohlhabend“ vs. „mittellos“, „intellektuell gebildet“ vs. „geringer Bildungsstand“;
 - Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Vielfältigkeit herausarbeiten.
- Die Sicht auf das andere:
 - neue Sichtweisen und Erfahrungshorizonte durch Perspektivenwechsel kennenlernen, u. a. auch den Blick auf andere Transformationsprozesse richten (z. B. Polen, Tschechische Republik, Südafrika, Hongkong bzw. wirtschaftliche Transformationsprozesse wie den Kohleausstieg);
 - Lebensrealitäten und Lebensweisen von Menschen, die in anderen Staaten leben, reflektieren;
 - die Perspektiven von (aus dem Ausland) Zugewanderten und Menschen mit Fluchtgeschichte einbinden.
- Wertedemokratie/Demokratiewert:
 - aktive Mitgestaltung von demokratischen Prozessen anregen;
 - Lust auf Demokratie machen;
 - eine Demokratiemeile entwickeln (bspw. mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur o. Ä.), Einbindung von z. B. Bürgerrechtler/-innen, der Dritten Generation Ostdeutschland/der „Generation 1975 bis 1985“ (z. B. Biografie-Workshops) oder Menschen, die sich ehrenamtlich für unsere Demokratie stark machen.



Modul 4

Gemeinsam feiern: hier und heute – als Begegnungsformat zum Jubiläum

Ziele:

- gemeinsam in Vielfalt und generationenübergreifend feiern;
- Organisation kulinarischer und kultureller Angebote mit starkem Regionalbezug und unter Einbindung lokaler Akteur/-innen.

Fragestellungen:

- Wie können wir als Gemeinschaft gemeinsam feiern, ohne Gruppen auszuschließen?
- Welche verschiedenen Formen des Feierns gibt es in unserem Ort bzw. unter den Menschen, die hier leben?
- Wie können/wollen wir eine Feierkultur „Friedliche Revolution/Deutsche Einheit“ etablieren?

Mögliche Inhalte & Methoden:

- Musik/Tanz:
 - Musik und Musiker/-innen aus der Region, z. B. Landesmusikorchester;
 - unterschiedliche Tanzgruppen aus der Region (Folklore, Standard, Hip-Hop etc.) einbinden mit Möglichkeiten zum Mittanzen.
- Bildende Kunst/Theater/Literatur:
 - Präsentation von Künstler/-innen aus der Region und ihren Werken mit thematischem Bezug (Friedliche Revolution, Frieden, Einheit, Demokratie, Heimat, Vielfalt etc.);
 - Lesungen von Autor/-innen aus der Region;
 - Aufführungen von Theatergruppen aus der Region.
- Film/Medien/Social Media, Podcast:
 - regionale Filmprojekte einbinden;
 - themenspezifische Filme zeigen;
 - die Veranstaltung filmisch festhalten und Teilnehmende aktiv einbinden;
 - Social Media live in die Festivitäten einbinden (hierbei können insb. sehr junge Menschen eingebunden werden).
- Kulinarisches:
 - gemeinsam kochen/grillen, Rezepte austauschen;
 - Marktplatz für regionale Produkte und regionales Essen organisieren;
 - gemeinsam tafeln: eine lange Tafel durch den Ort aufbauen, an der gemeinsam gespeist und gefeiert wird (jeder bringt eine selbstgemachte Speise o. Ä. mit).

Partnerstädte und Teilnehmendenzahl „Deutschland im Gespräch“ Präsenzveranstaltungen

Datum	Gastgeber	Gast	Teilnehmende
23.11.2019	Dessau-Roßlau (ST)	Ludwigshafen (RP)	79
07.12.2019	Osnabrück (NI)	Greifswald (MV)	79
15.02.2020	Heilbronn (BW)	Frankfurt/Oder (BB)	145
22.02.2020	Flensburg (SH)	Neubrandenburg (MV)	131
29.02.2020	Rostock (MV)	Bremen (HB)	109
07.03.2020	Schmalkalden (TH)	Recklinghausen (NRW)	121
14.03.2020*	Dortmund (NRW)	Zwickau (SN)	
21.03.2020*	Gera (TH)	Nürnberg (BY)	
28.03.2020*	Neuwied (RP)	Güstrow (MV)	
04.04.2020*	Lutherstadt Wittenberg (ST)	Göttingen (NI)	
18.04.2020*	Finsterwalde (BB)	Eppelborn (SL)	
25.04.2020*	Kronberg im Taunus (HE)	Ballenstedt (ST)	
02.05.2020*	Riesa (SN)	Mannheim (BW)	
09.05.2020*	Torgau (SN)	Sindelfingen (BW)	
16.05.2020*	Homburg/Saar (SL)	Ilmenau (TH)	
23.05.2020*	Würzburg (BY)	Suhl (TH)	
Insgesamt	Sechs „Deutschland im Gespräch“-Präsenzveranstaltungen		664

* Aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt



VI.

Ablauf der Dialog-Präsenzveranstaltungen

Wann?	Was?	Wer/was?
08:30	Begrüßung durch die Moderation, Kommission und ggf. Gastgeber/in	
09:00	Bildung heterogener Gruppen Jeweils 2x4 (Gast/Gastgeber) in 8er-Stuhlkreisen	Moderationsteam
09:10	Wertschätzende Erkundung (Interviews) Zum Kennenlernen und zu „überraschenden Begegnungen“ (Höhepunkte abrufen)	
09:50	Höhepunkte austauschen Moderatoren gehen herum und fragen die Höhepunkte aus der Interviewphase ab	
10:25	Gruppen arbeiten zu den 4 Fragen/Themen zur Überfrage „Wie wollen wir miteinander leben?“ Anmoderation: Jede der 8er-Gruppen bekommt ein Thema zugewiesen A) Anerkennung B) Voneinander lernen C) Umgang mit Herausforderungen D) Gutes Leben für alle überall (gleichwertige Lebensverhältnisse) → Wichtigste Erkenntnisse und Fragen visualisieren die Gruppen selbst. In jeder Gruppe 4 Rollen: Moderator/in, Schreiber/in, Sprecher/in, Zeitnehmer/in	Themen/Fragestellungen nacheinander in die Gruppen (je 10 gleiche Arbeitsblätter in 4 verschiedenfarbigen Umschlägen). Pinnwände und Flipcharts zur Ergebnissicherung



Wann?	Was?	Wer/was?
11:15	Berichte im Plenum: Wie wollen wir miteinander leben? Sortiert nach: A, B, C, D	
11:40	OpenSpace-Anmoderation Anmoderation und Workshopthemen sammeln Marktplatz: Ihre Themen, zwei Zeiteinheiten	OpenSpace-Plakate: Gesetz der 2 Füße, 4 Leitlinien, Hummeln, Schmetterlinge
12:00	Ihre Themen, Ihre Anliegen, 2 Zeiteinheiten, 8 Workshop-Ecken (OpenSpace-Methode) 2 Zeiteinheiten mit bis zu 8 parallelen Workshops zu den Themen der Teilnehmenden	8 nummerierte und ausgestattete Arbeitsecken sowie Zeit- und Raumtafel (8 „Räume“, 2 Zeiteinheiten), Themenbögen, Protokollformulare
13:30	Mittagessen	Einbezug der Köche (Interview)
14:30	Austauschrunde über Inhalte OpenSpace	Stuhlkreis, Wurf-Mikrofon
15:15	Aufbruch zu den Nachmittagsaktivitäten	

VII.

Ablauf der Online-Dialogveranstaltungen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Zeitpunkt	Inhalt	Anmerkung
17:00 bis 18:00 Uhr	Zeitfenster Test für Teilnehmende (optional)	Teilnehmende haben die Möglichkeit, sich mit dem Tool vertraut zu machen und ihre Technik zu testen
18:45 Uhr	Vorbesprechung Kommissionsmitglieder & Moderation	
19:00 Uhr	Zuschaltung & „Ankommen“ aller Teilnehmer/innen	
19:05 Uhr	Begrüßung und Hintergrund	Begrüßung & Erläuterungen durch Moderation; Eingangs-Statement Vertreter/in Kommission
19:20 Uhr	Aufteilung und „Ankommen“ in Gruppen	
19:25 Uhr	DIALOG, Gespräch in Kleingruppen	moderierte Gespräche; je ein/e Vertreter/in der Kommission in den Gruppen vertreten (soweit anwesend)
20:55 Uhr	gemeinsamer Abschluss	Rückblick aus den einzelnen Gruppen – kurzes Statement durch Gruppenmoderator/innen und/oder Kommissionsmitglied; Verabschiedung durch Moderation
21:00 Uhr	Veranstaltungsende	



VIII.

Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“

Zusammenfassung der Kurzstudie von PD Dr. Kerstin Brückweh,
Eberhard Karls Universität Tübingen/Max-Weber-Kolleg
für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

Die bisher in der Forschung häufig übliche Trennung in die Zeit bis 1989/1990 und ab 1990 ist für das Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart problematisch, da der Bruch von 1989 somit zur „Stunde null“ wird. Sicherlich war der Systemwechsel von 1989/1990 eine zentrale Zäsur, aber das Leben ging weiter. Es endete weder 1989, noch fing es 1990 an. Diese Aussage ist so banal wie elementar. Manchmal kommt bei der Fokussierung auf den Beitritt und den Institutionentransfer zu kurz, dass es nicht zuletzt Menschen sind, die diese Institutionen prägten, gestalteten und (nicht) akzeptierten. Für diese Kurzstudie¹ wird deshalb von folgenden zwei Annahmen ausgegangen.

1.2 Annahmen

1. Es bedarf einer **langen Perspektive über den Epochenbruch von 1989/1990 hinaus**, um die Dynamiken, Steuerungen und künftigen Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung verstehen und einschätzen zu können. Die lange Perspektive ist auch deswegen notwendig, weil Menschen ihre Vergangenheit in Form von Wissen, Erfahrungen, Erinnerungen usw. mitbringen und weil sich in dieser langen Geschichte der „Wende“ auch Gemeinsamkeiten von Menschen aus Ost- und Westdeutschland zeigen, die in der kurzen Perspektive verloren gehen. Es geht darum, über die Zäsur von 1989/1990 hinweg den gesellschaftlichen Wandel zu rekonstruieren, der den Systemwechsel und die Transformation ermöglicht und geprägt

hat – quasi eine lange Alltags- und Gesellschaftsgeschichte von Revolution und Transformation.

2. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der **alltäglichen Lebenswelt**, weil in diesem Rahmen folgende Fragen beantwortet werden können, die Auskunft über Erwartungen, Erfahrungen und Erinnerungen mit Blick auf die DDR, die 1990er und heute geben: Wie bereiteten historische Akteure den Systemwechsel vor und gestalteten ihn mit? Wie bewältigten sie ihn in ihrem Alltag bzw. ihrer alltäglichen Lebenswelt? Wie haben sie ihn erfahren und wie erinnern sie sich daran? Der Kritik, dass Westdeutschland als Vergleichsfolie für Ostdeutschland genommen wird, wird in dieser Studie begegnet, indem explizit vom Untersuchungsraum Ostdeutschland ausgegangen wird. Die Reform Erfahrungen im Westen bleiben an dieser Stelle außen vor, weil sie aus einer westdeutschen Alltagsperspektive weniger als Kotransformation wahrgenommen werden, sondern als Begleiterscheinungen langfristiger Prozesse wie der Deindustrialisierung oder der Globalisierung.

1.3 Anlage der Kurzstudie

Der Studie liegt – wie für geschichtswissenschaftliches Arbeiten typisch – eine Vielzahl von Unterlagen unterschiedlichster Herkunft (sog. **Quellen**) zugrunde. Um sich in der Auswahl nicht auf einzelne gesellschaftliche Gruppen zu beschränken, wird ein Zugang gewählt, der von systematisch ausgewählten **Räumen** (urban, suburban, ländlich) ausgeht und zudem sozialwissenschaftliche Forschungen der 1990er zweitauswertet. Der Fokus liegt auf **Alltags-**

¹ Die Kurzstudie basiert auf den Ergebnissen der von mir geleiteten Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende‘: Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989“. Dabei handelt es sich um ein von der Leibniz-Gemeinschaft finanziertes Projekt, das von 2016 bis 2020 am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam angesiedelt war. Dort wurden vier Themenfelder des Alltags behandelt: Wohnen und Wohneigentum (Kerstin Brückweh), politische Kultur (Anja Schröter), Konsum (Clemens Villinger) und Schule (Kathrin Zöller).

themen, die potenziell alle Menschen in der DDR und Ostdeutschland betrafen – hier vor allem das Wohnen und Vorstellungen von Eigentum, punktuell ergänzt durch die Themenfelder Konsum und Schule. Mit der Studie wird ein **gesellschafts- und alltagshistorischer Forschungsansatz** verfolgt, in dem drei Zugänge eine Rolle spielen: erstens Mentalitäten, die in Praktiken sichtbar werden, zweitens lebensweltliches Wissen sowie drittens das Zusammenspiel von Erzählungen, Erwartungen und Erinnerungen.

2. Ergebnisse zur langen Geschichte der „Wende“

Die vier dargelegten allgemeinen Ergebnisse, die auf den Forschungen aller Teilstudien basieren, werden in der Kurzstudie am Beispiel Wohnen und Eigentum hergeleitet. Dieses dichte Vorstellen eines Forschungsthemas ermöglicht das Nachvollziehen der komplexen Problemlagen. Aus der Perspektive der Alltagsgeschichte gibt es eine Vielfalt von Erfahrungen, die alle ihre Berechtigung haben und nebeneinander stehen. Letztlich geht es darum, die Vielfalt zuzulassen und auszuhalten, also keine neue große Erzählung zum vereinten Deutschland zu präsentieren, sondern **Differenzierung als neue Meistererzählung** zu sehen. Trotzdem ergibt sich aus der systematischen Sichtung der Quellen eine gewisse Sättigung, eine Ähnlichkeit von Geschichten, die als Muster dargestellt werden können. In den vier präsentierten **Mustern der Quellenanalyse** werden sich schon deshalb nicht alle Ostdeutschen wiederfinden, weil „ostdeutsch“ – ebenso wie „westdeutsch“ – ein Konstrukt ist.

Darstellung der Ergebnisse am Beispiel Wohnen und Eigentum: Das Thema Wohnen und damit verbunden die Frage des Eigentums von Wohnräumen und Grundstücken bietet ein Untersuchungsfeld par excellence für die Alltagsgeschichte des Umbruchs.

Aus der Perspektive des Individuums geht es dabei um soziale Beziehungen ebenso wie um Aspekte der Repräsentation, des Rückzugs und um handfeste ökonomische Faktoren von Eigentum, Vermögen, Erbmasse usw. Aber mehr noch: Der Blick vom historischen Akteur aus erfasst Mikro- und Makrobereiche gleichzeitig. In dieser Lebenswelt

sind Individuum und System untrennbar miteinander verbunden. Aus einer systemischen Perspektive zeigen sich am Untersuchungsgegenstand „Haus“ Eigentumsideen oder sogar -ideologien sowie Eigentumsrechte und -politik. Hier verbinden sich der Alltag und das politische, rechtliche und wirtschaftliche System, werden Verwaltungspraktiken und Alltagspraktiken sichtbar. Diese Wechselwirkung aus Vorschriften und lebensweltlichem Handeln wird im Ergebnisteil dargestellt. Die Relevanz des Themas liegt zudem darin, dass es sich dabei um einen Bereich handelt, in dem sich Ost- und Westdeutschland bis heute unterscheiden. Das geringere Vermögen und die höhere Zahl der Mietverhältnisse im Osten im Vergleich zum Westen hängen mit der Geschichte der DDR und den Regelungen der Vermögensverhältnisse aus der Umbruchzeit von 1989/1990 zusammen. Es gibt hier also bis heute bestehende Ungleichheiten.

2.1 Vom 19. Jahrhundert in die Gegenwart: Die lange Dauer von Mentalitäten im Wechselspiel mit politischen Systemen

Als **erstes Ergebnis** der Quellenanalyse lässt sich festhalten: Vielfach ist in den alltäglichen Praktiken ein **Fortwirken von Mentalitäten, Ideen und Tugenden** zu beobachten, die teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden können. So unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bei Vorstellungen von Eigentum, Leistung oder Sparsamkeit nur wenig, einzelne soziale Gruppen und verschiedene geografische Räume dafür umso mehr. Mit Mentalität sind aus alltäglichen Praktiken ableitbare Vorstellungen von grundlegenden Konzepten des menschlichen Zusammenlebens gemeint. Sie werden unterschieden von Ideen, die eher in intellektuellen Überlegungen und schriftlichen Äußerungen zu finden sind. Während die Begriffe „Mentalität“ und „Idee“ als analytische Konzepte und damit vom Anspruch her wertfrei verwendet werden, ist mit „Tugend“ eine Eigenschaft oder eine Haltung gemeint, die von den historischen Akteuren zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einem bestimmten Zeitraum in der Geschichte als positiv oder erstrebenswert bewertet wird (z. B. das Sparen). Es sind einerseits die **verschiedenen politischen Systeme des 20. Jahrhunderts, andererseits allgemeine Prozesse (Deindustrialisierung, Urbanisierung usw.), die Fakten geschaffen** und Anpassungen der

Mentalitäten an die äußeren Rahmenbedingungen notwendig gemacht haben. Daraus sind ebenso **Spannungsverhältnisse** entstanden wie **nach 1990 aus den Regelungen des Einigungsvertrages**.

2.2 1989/1990. Die Wucht der Veränderungen in der Kernzeit des Umbruchs

Als **zweites Ergebnis** der Quellenanalyse stellt sich Folgendes heraus: Die **Wucht und Geschwindigkeit der Ereignisse in der Kernzeit des Umbruchs**, in der das alte System abgelöst und durch ein neues ersetzt wurde – also von der friedlichen Revolution im Herbst 1989 bis zum formalen Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 –, lässt sich als **Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten** charakterisieren. Sie begleitete Ostdeutsche noch weit in die 1990er-Jahre hinein. Starke Emotionen prägten diese Zeit: von Euphorie und Hoffnung bis zu Angst und Erschöpfung. Dieses Ergebnis ist nicht neu, aber gerät manchmal bei der nüchternen analytischen Betrachtung in Vergessenheit, obwohl gerade die **Emotionen** sehr wichtig für die Bewertung der Transformationszeit aus der Perspektive der Betroffenen sind. In dieser Kernzeit des Umbruchs wurden zudem **wesentliche Regelungen** getroffen, welche die Folgejahre prägten. Auch sie entstanden unter massivem Zeitdruck und teilweise in geringer Kenntnis der Sachlage – wie sich zum Beispiel bei der Restitution von Wohneigentum zeigt.

2.3 Die 1990er-Jahre bewältigen/gestalten. Strategien, Erfolge, Verluste

Als **drittes Ergebnis** der Quellenanalyse zur langen Geschichte der „Wende“ lässt sich festhalten, dass Ostdeutsche in den 1990ern **verschiedene Strategien entwickelten und anwandten**, die zu einem spezifischen **Umbruchwissen** führten. Das schließt daran an, dass Ostdeutsche eine „Umbruchkompetenz“ (Platzek) ausbildeten oder dass sie als „Avantgarde“ (Engler) bezeichnet wurden. Der neutrale Wissensbegriff ist aus analytischer Sicht deshalb hierbei vorzuziehen, da das Wissen u. a. aus den verschiedenen (lebensweltlichen) Praktiken erworben wurde – so wie von Schütz und Luckmann beschrieben und unter Punkt 1.3 dargestellt. Wichtig für die 1990er ist die zeitliche Verzögerung, mit der die in der Kernzeit des Umbruchs von 1989/1990 durch den Systemwechsel bedingten neuen Gesetze und Richtlinien sich in der Lebenswelt auswirkten. Das

heißt, es brauchte einige Zeit, bis zum Beispiel beim Wohnen endgültige Entscheidungen auf der Basis des neuen Vermögensgesetzes getroffen und vor Ort damit in der Lebenswelt Fakten geschaffen wurden. Anders bzw. schneller war das beim Konsum, aber auch hierbei mussten die alten Alltagspraktiken und -strukturen angepasst und neue erlernt werden. Im Bereich Schule fand der Wandel des Systems bei laufendem Betrieb statt, was alle Beteiligten forderte. Das zeitverzögerte Ankommen der Änderungen auf der Ebene des Systems im Alltag führte zu alternativen Periodisierungen des Umbruchs in der Lebenswelt der Menschen und damit zu einer langen Geschichte der „Wende“. In vielerlei Hinsicht wurde das von den betroffenen Ostdeutschen noch weit in die 1990er als eine **Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten** wahrgenommen, die in der Kernzeit des Umbruchs 1989/1990 begonnen hatte und als Herausforderung und auch als belastend im Alltag wahrgenommen wurde.

2.4 Die „Wende“ erinnern. Das Zusammenspiel von Erwartungen und Erfahrungen

Als **viertes Ergebnis** der Quellenanalyse zur langen Geschichte der „Wende“ lässt sich feststellen, dass die positiven Errungenschaften heute selten erinnert werden bzw. sie werden selten im öffentlichen Sprechen, dafür aber in den eher privaten Gesprächen erwähnt. Es gibt **verschiedene Rahmen**, in denen teilweise ein und dieselbe Person eine Begebenheit unterschiedlich erzählt. Außerdem gibt es ein **Auseinanderfallen von Erwartungen vor 1989 und in der Kernzeit des Umbruchs von 1989/1990 mit den Erfahrungen der 1990er und den Erinnerungen von heute**. In gewisser Weise sind die verschiedenen Erzählungen und auch die Veränderungen der Erinnerungen immer anzutreffen, aber bei diesem Thema zeigt sich eine besonders große Differenz, die es zu erklären gilt. Bei der Vorstellung dieser Studie vor der Kommission am 13. Juli 2020 wurde nachgefragt, warum sich das „Meckern“ als dominante Erzählform etabliert habe. Als Erklärung wird in diesem Abschnitt ausgeführt, dass Ostdeutsche zuerst vor allem durch **Praktiken und vielfältiges Handeln** den Alltag bewältigten. Das ist eine Möglichkeit, um die Transformationszeit zu gestalten. Eine zweite Strategie ist das **verbale Benennen von Defiziten**, das verschiedene Formen annehmen kann und in der Form der Eingabe an eine spezifische Tradition und Praktik aus der DDR anschloss.

3. Vorschläge für künftige Lösungen, Korrekturen und Innovationen im Themenfeld

Als eine der wichtigsten Aufgaben scheint es, keine weiteren „erinnerungskulturellen Zombie[s] der Wiedervereinigung“ – wie es der Historiker Marcus Böick mit Blick auf die Treuhand so treffend formuliert hat – entstehen zu lassen. Der gegenwärtig zu beobachtenden Empörungshaltung und des sich Einmauerns hinter Vorwürfen sollten empirisch belegte Fakten entgegengesetzt und somit zu einer Versachlichung der Diskussionen beigetragen wer-

den, die trotzdem die Vielfalt der Erfahrungen aus der langen Geschichte der „Wende“ ernst nimmt. Dafür können zwei Maßnahmen wichtig sein: mehr dauerfinanzierte Forschung (zu Themen wie unter 4. angekündigt, aber auch zu weiteren Themen) und dazu passende Formen von Bürgerbeteiligungen, die nicht erst am Ende der Forschung stehen, sondern in der Bürger und Bürgerinnen Teil des gesamten Forschungsprozesses sind, und die nicht nur die lauten Stimmen wieder und wieder zu Wort kommen lassen, sondern den leisen Stimmen und Geschichten Gehör verschaffen.



© Clara Bahlsen

PD Dr. Kerstin Brückweh, Historikerin, hat am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam die Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende‘“ geleitet, zurzeit ist sie Fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt. In Bielefeld wurde sie mit einer Arbeit zur deutschen Geschichte promoviert, wechselte dann für sechs Jahre an das Deutsche Historische Institut London, um sich anschließend an der Universität Tübingen zu habilitieren. Vor dem Studium arbeitete sie als Buchhändlerin und nach der Doktorarbeit als Redakteurin für Politik, Wirtschaft und Geschichte.

Veröffentlichungen: u. a. „Mordlust. Serienmorde, Gewalt und Emotionen im 20. Jahrhundert“, Frankfurt a. M./New York 2006; „Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter“, Berlin/Boston 2015; Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Geschichtswissenschaft im Dialog, hrsg. mit Clemens Villinger und Kathrin Zöller, Berlin 2020.

IX.

Themenfeld „Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung“

Zusammenfassung der Kurzstudie von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Universität Kassel/Wissenschaftszentrum Berlin und Prof. Dr. Daniel Buhr, Steinbeis-Transferzentrum Soziale und Technische Innovation, Universität Tübingen

Die Studie geht der leitenden Frage nach, welche „Lehren“ aus dem bisherigen Transformationsverlauf zu ziehen sind, um die Kommission bzw. die Bundesregierung bei der weiteren Ausgestaltung des Vereinigungsprozesses zielgerichtet zu unterstützen. Sie liefert zunächst durch einen rückblickenden Zugriff eine Analyse auf Basis des bestehenden Forschungsstandes zum Vereinigungsprozess, die dann die Grundlage für eine kritische Reflektion sowie einen Ausblick für die Zukunftsgestaltung bietet. Somit sollen Entwicklungsdynamiken über die vergangenen drei Jahrzehnte nachgezeichnet und zu erwartende Trends skizziert werden. Dabei orientiert sich die Studie an zentralen Knotenpunkten (oder auch Wegmarken bzw. „Signaturen“) der Debatte und entfaltet ihre Analyse entlang einer aus der Literatur bekannten Dreiteilung von Transition, Transformation und Posttransformation. Hierbei konzentriert sie sich insbesondere auf den Institutionentransfer. Um die Transformationsgestaltung und das damit verbundene Selbstverständnis des Westens zu verstehen und die dort vorhandenen Institutionen ohne weitere Anpassungen auf den Osten zu übertragen, arbeitet die Studie in einem ersten Schritt auf, warum und wie es zum Transfer der etablierten westdeutschen Institutionen gekommen ist – und wie sich dieser Transfer rückblickend bewerten lässt. Auf Ganze betrachtet haben wir es hierbei mit Zerstörung und Ignoranz auf der einen Seite und Sensibilität sowie Innovation auf der anderen Seite zu tun, die vom Ende her betrachtet durchaus das Bild einer ostwestdeutschen Innovationspartnerschaft entstehen lässt.

So erscheint der Beitritt der ostdeutschen Bevölkerung zum territorialen und politischen Geltungsbereich der Bundesrepublik nach Artikel 23 GG im Rückblick zumindest als ambivalent. Denn dieser spezifische Modus des reform- und kontextaversen

Institutionentransfers war zwar situativ funktional und effizient, führte aber mittelfristig zu erheblichen Verwerfungen, die einen großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung trafen. Der Preis der Einheit bestand einerseits in der Ignoranz gegenüber spezifischen DDR-Arrangements, die von der ostdeutschen Bevölkerung in Teilen als effizient erlebt wurden, andererseits führte der reformfreie Transfer bereits beschädigter und nur eingeschränkt funktionseffizienter westdeutscher Institutionen zu einem Jahre währenden gesamtdeutschen Reformstau. Beispielsweise zeigt die Analyse des Institutionentransfers im Bereich der Arbeitsbeziehungen und der Gesundheitspolitik, dass binnen kurzer Zeit weitreichende Nach- und Neujustierungen notwendig wurden, die zugleich gesamtdeutsche Relevanz besaßen. Auf dem Gebiet der Tarifautonomie waren dies vor allem die Öffnungsklauseln, durch die eine semidezentrale Tarifpolitik etabliert wurde. Hinzu kamen verbandliche Neuerungen in Form der OT-Verbände auf Arbeitgeberseite und eine verstärkt mitgliederbezogene Politik aufseiten der Gewerkschaften. Diese Elemente haben sich nachhaltig auf die Arbeitsbeziehungen in Gesamtdeutschland ausgewirkt. Ohne sie wäre vermutlich der deutsche Weg verbandlicher Mitsteuerung jenseits von Staat und Markt nicht fortzuführen gewesen. Ähnlich sieht es im Bereich der Gesundheitspolitik aus, wo mit den Polikliniken ein Modell kooperativer medizinischer Versorgung existierte, das in modifizierter Form unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ab 2003 bundesdeutscher Standard wurde.

Mit Blick auf die Reformimpulse, die sich aus den ostdeutschen Konstellationen entwickelten, kann die These formuliert werden, dass der Einfluss aus den fünf neuen Ländern auf den Wandel des Modells Deutschland seit 1990 vermutlich so groß war wie aus keiner anderen Region. Da die dort ge-



borenen Veränderungen (z. B. Öffnungsklauseln und OT-Verbände) allerdings auch zugleich als Infragestellung des deutschen Modells verbändegetragener Regulierung begriffen wurden, sind sie nicht einfach als positiver Fortschritt rezipiert, sondern mindestens ambivalent diskutiert worden. Insofern lassen sich diese Impulse und Veränderungen hinsichtlich ihrer Bedeutung und Wirkung vermutlich erst mit einem größeren zeitlichen Abstand ermessen. Möchte man ein Resümee ziehen, stellt man fest, dass es sich um einen peripheriegetriebenen Politikwandel handelt, den das politische Zentrum nur begrenzt absorbieren konnte, der aber aufs Ganze betrachtet die Resilienz und Handlungsfähigkeit der Institutionen eher erhöht als blockiert hat.

Die ostdeutsche Bevölkerung hat den westdeutschen Institutionen einen Vertrauensvorschuss entgegengebracht. Dieses positive Engagement schlug bald in Enttäuschung um, indem der Vertrauensvorschuss nicht eingelöst wurde. Auffallend sind nicht nur die bis heute bestehenden Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung, sondern insbesondere die Differenzen, die zwischen den sozialen Gruppen und Regionen im Osten bestehen. Besonders schwach ausgeprägt ist hierbei das Vertrauen in die intermediäre Rolle der Medien, vor allem der Zeitungen. Aber gerade sie wären wichtig, um ein realistisches und differenziertes Bild der Wirklichkeit zu zeichnen und als quasitreuhänderische Instanz zwischen der Bevölkerung und dem politischen System zu vermitteln. Da das Medium Zeitung aber höchst skeptisch wahrgenommen wird, fällt eine potenziell wichtige Instanz weg, womit der Zugang zu einer diskursiven Aneignung von Politik, die sich über Kompromisse und kleine inkrementelle Schritte vollzieht, schwieriger wird.

Die fünf neuen Länder haben durch Bevölkerungsrückgang (z. B. durch Abwanderung), Deindustrialisierung, Aufbau neuer Betriebe und technologischer Strukturen sowie im Zuge ökonomischer und politischer Transformationsprozesse beispiellose Veränderungen in kurzer Zeit erlebt. Dass diese Herausforderungen trotz vieler Verluste, Zumutungen und Irritationen schließlich doch von der Mehrheit positiv bewältigt werden konnten, spricht für ein hohes Maß an „Umbruchkompetenz“ sowohl aufseiten der politischen Entscheidungsträgerinnen

und Entscheidungsträger als auch auf jener der BürgerInnen.

In der vorliegenden Studie wird am Beispiel des Auf-, Ab- und Umbaus der Braunkohlewirtschaft und Solarindustrie aufgezeigt, welche Anforderungen und Prozesse in vergleichsweise kurzer Zeit zu bewältigen waren. Die Braunkohlewirtschaft wurde zunächst verkleinert, dann umgebaut, also modernisiert. Auf diese Weise hat sie einen maßgeblichen Beitrag zum Erreichen der CO₂-Reduktionsziele der Bundesrepublik geleistet. Seit einigen Jahren geht es nunmehr um die Abwicklung der Braunkohleindustrie (bis 2038), womit nicht nur in der Lausitz oder im Rheinischen Revier ein massiver Stellenabbau verbunden ist, sondern auch die Auflösung einer regionalen laboristischen Kultur. Jedoch ging es in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur um den Ab- und Umbau sowie die Abwicklung alter Industrien, sondern auch um den Aufbau neuer Industrien wie der IT-Industrie, vor allem im Dresdner Raum. Zugleich war der Aufbau regenerativer Energien, allen voran der Solarindustrie, von besonderer Bedeutung, womit sich neue Erwartungen und Chancen für den ostdeutschen Standort ergaben.

Ein Knotenpunkt, an dem sich diese ungleichen Erfahrungen von Um-, Ab- und Aufbau verdichten, sind die ländlichen Gebiete, in denen der Zugang zu kollektiven Gütern im Sinne einer umfassenden Infrastruktur eingeschränkt ist. Seit vielen Jahren ist die Landflucht in den ostdeutschen Ländern eine fundamentale Herausforderung, denn es fehlen häufig Verkehrsverbindungen, Einkaufsmöglichkeiten, Kultureinrichtungen und medizinische Betreuungsmöglichkeiten.

Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in ostdeutschen Schockregionen noch einmal deutlich negativer ausfallen als in ebenfalls von krisenhaften Entwicklungsverläufen (z. B. Abwanderungsverlust, hohe Arbeitslosigkeit) betroffenen westdeutschen Regionen. West- und Ostdeutsche reagieren in ihren politischen Einstellungen zu krisenhaften Entwicklungen zwar ähnlich sensibel, aber unterschiedlich intensiv und im Osten ausgeprägter. Insofern sind die Herausforderungen in den fünf neuen Ländern und ihre Bewältigung in starkem Maße vom sozio-ökonomischen Kontext abhängig. Zugleich sind die

Antworten innerhalb der soziokulturellen Dimension anzusiedeln und verlaufen durchaus quer zu den häufig vereinfachenden Ost-West-Dichotomisierungen. Es geht also nicht allein um wirtschaftspolitische Strukturpolitik (Arbeitsplätze) und finanziell-investive Herausforderungen, sondern auch darum, wie man den ebenfalls starken soziokulturellen Herausforderungen begegnen kann. Eine Schlüsselfrage, die sich deshalb anschließt, lautet: Wie kann eine auf Respekt gegründete Kultur wechselseitiger Responsivität entwickelt und stabilisiert werden? Deshalb ist neben gelingenden industriepolitischen auch eine soziokulturelle Strategie zu verfolgen, die zum eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt. Dafür sind neben der schon vielfach beschworenen Infrastruktur und Institutionenordnung die politische und die kulturelle Bildung sowie ein umfassendes Netzwerk von Gemeinschaften, Verbänden und Vereinen zu fördern.

Abschließend empfehlen die Autoren der Kommission vier konkrete Maßnahmen:

1. *Institutionen-Monitoring*: Hohes Vertrauen in die Institutionen ist zentral für das Funktionieren des Rechts- und Sozialstaats, es ist zugleich abhängig von der politischen Kultur. Deshalb ist es wichtig, dass regelmäßige differenzierte Erhebungen zum Institutionenvertrauen durchgeführt und rezipiert werden, um zeitnah und zielgenauer auf die damit einhergehenden Herausforderungen responsiv eingehen zu können. Angesichts der Komplexität der Herausforderung bedarf es tiefergehender Forschungsarbeiten, Umfragen kombiniert mit handlungsbezogenen Auswertungen sowie einer entsprechend flankierenden politisch-kulturellen Bildungsarbeit und Anreizen für eine Stärkung der für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtigen Institutionen.
2. *Demokratie-Monitoring mit lebensweltlichen Bezügen*: Durch ein umfassendes Demokratie-Monitoring (z. B. durch umfangreiche und integrative Lebenswelt-Studien im sowohl Längs- als auch Querschnitt) sollen die Mikro- und die Makroebene intensiver miteinander verknüpft werden, denn den lokalen Lebensumfeldern und Lebenswelten kommt bei der Analyse von Wahlverhalten, Partizipationsverhalten und Demokratieverständnis eine Schlüsselrolle zu.
3. *Transformations-Monitoring*: In diesem Zusammenhang gilt es, die bisherigen Anstrengungen und Transformationsleistungen in sowohl Ost als auch West (z. B. Strukturwandel im Ruhrgebiet und der Lausitz) als „Umbruchkompetenzen“ (Matthias Platzeck) anzuerkennen und aktiv für die Zukunftsbearbeitung (z. B. Digitalisierung, demografischer Wandel, Energie- und Mobilitätswende etc.) zu nutzen. Dazu bedarf es einer Zusammenführung und Systematisierung der Vielzahl an Transformationsprojekten und der Lehren daraus. Durch ein Transformations-Monitoring könnten der Einfluss und die Funktionalität von Reformen verstärkt öffentlich gemacht werden, um die Basis für eine positive gesellschaftliche Aneignung zu legen. Dabei geht es nicht um eine kritiklose Anerkennung des Gegebenen, sondern um eine positive Weiterentwicklung im Sinne der Betroffenen. Es muss flankiert werden von qualitativen Studien zu den einzelnen Institutionen und Politikfeldern, auch unter Berücksichtigung regionaler Varianzen. Die Studien müssen interdisziplinär angelegt sein und auf einer intensiveren Verknüpfung der Mikro- und Makroebene aufbauen. Zudem gilt es, für das Transformations-Monitoring eine umfangreiche Kommunikation auf allen Ebenen einzubeziehen: von der Ebene der Schulen bis hin zu überregionalen Kampagnen und der Diskussion bezüglich der Notwendigkeit des Vertrauens in Institutionen als Basis einer Politik für alle.
4. *Zukunftsmonitoring*: Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Energiewende und der Digitalisierung stellt sich die Frage, wie es um die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit von (einzelnen) Kreisen und Regionen bestellt ist. Beispielsweise erscheint eine Verknüpfung mit Befunden des Disparitätenberichts fruchtbar, in dem Cluster bzw. sogar einzelne Stadt- und Landkreise miteinander verglichen werden könnten und das Bild einer vorherrschenden Ost-West-Trennlinie deutlich relativiert werden müsste.



© WZB, David Ausserhofer

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder leitet seit 2006 das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Zudem ist er Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im Arbeitsbereich Demokratie und Demokratisierung, wo er bereits 1999 in der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel als Gastwissenschaftler tätig war. 2009 wurde er zum Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg berufen. Wolfgang Schroeder beendete seine Tätigkeit als Staatssekretär im Januar 2014 und kehrte zum 1. Februar 2014 zu seinem Fachgebiet in Kassel zurück. Im Jahr 2000 erfolgte seine Habilitation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt zum Thema *Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland*.



© Alexander Kobusch

Prof. Dr. Daniel Buhr ist Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Soziale und Technische Innovation sowie außerplanmäßiger Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo er bereits seit 2010 eine W1- sowie eine Vertretungs-Professur für Vergleichende Policy-Analyse und Politische Wirtschaftslehre inne hatte. Seine Venia Legendi erhielt er 2018, seine Promotion zum Dr. rer. soc. schloss er 2010 an der Universität Tübingen ab. Er forscht und lehrt interdisziplinär und translational sowie international vergleichend zu Arbeitsmarkt-, Pflege- und Gesundheitspolitik sowie Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik. Wesentlicher Fokus seiner Arbeit sind dabei Transitionen und Transformationen sowie ihre (Wechsel-)Wirkungen auf, von und in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Daniel Buhr berät verschiedene internationale Organisationen (z. B. OECD, Europäische Kommission, Europäischer Rat), eine Vielzahl von Ministerien im In- und Ausland, Parlamente auf Bundes- und Landesebene sowie Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und Stiftungen. Zuvor war er viele Jahre im Bereich Marketing und Kommunikation tätig, darunter in leitenden Positionen bei einem IT-Start-up und im Mittelstand sowie in seiner Zeit bei einer Unternehmensberatung auch für große, internationale Konzerne. Zudem hat er als Journalist und Redakteur für diverse Medien gearbeitet und eine eigene Kommunikations- und Beratungsagentur gegründet.

Themenfeld „Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung“

Zusammenfassung der Kurzstudie von
Prof. Dr. Oliver Hidalgo, Westfälische Wilhelms-Universität Münster,
und Dr. Alexander Yendell, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher
Zusammenhalt, Universität Leipzig

Zentrale Forschungsthese und Forschungsmethode
Die Kurzstudie formuliert als Grundthese, dass die aktuell feststellbare Spaltung der deutschen Gesellschaft in eine ‚Ost-Identität‘ und eine ‚West-Identität‘ weniger das Resultat von ‚objektiv‘ messbaren Parametern (z. B. Bildungs-, Kultur- und Einkommensunterschiede, signifikante Diskriminierungen, die vierzigjährige Existenz der beiden deutschen Staaten etc.) als vielmehr von sozialen Konstruktionen ist, die in der Hauptsache erst nach der Wende von 1989/1990 eingesetzt (oder sich seitdem zumindest massiv verstärkt) haben. Die (indirekten) Nachwirkungen und Langzeitfolgen der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR sowie des Wiedervereinigungsprozesses in Deutschland auf die aktuellen Denk- und Handlungsmuster von relevanten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Ost- und Westdeutschland werden im Rahmen der Studie insofern in den theoretischen Kontext einschlägiger Prozesse der kollektiven Identitätsbildung gestellt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Emotionen sowie der soziale Wunsch nach Anerkennung, aber auch gegenseitige Vorurteile und Ressentiments die ‚gefühlte‘ Spaltung Deutschlands 30 Jahre nach der formalen Einheit intersubjektiv nachvollziehbarer erklären als ökonomische ‚hard facts‘.

Zum Nachweis greifen wir auf sozialwissenschaftliche und sozialpsychologische Theorieansätze zurück, die sich anhand der Sekundäranalyse bestehender repräsentativer Bevölkerungsumfragen zur politischen Kultur in den alten und neuen Bundesländern zumindest ihrer Tendenz nach bestätigen lassen. Die messbaren Veränderungen in den Einstellungen der Bürger in Ost und West zwischen 1990 und 2020, die jenen Bruch markieren, können auf diese Weise eruiert und mit identifizierbaren Problemfaktoren (z. B. soziale, ökonomische,

subjektive und kollektive Deprivation, autoritäre Persönlichkeitsstrukturen, Verschwörungsmentalität, fehlende persönliche und soziale Kontakte zu Migranten, politischer Aufstieg der AfD etc.) abgeglichen werden.

Ergebnisse

Die Analyse hat einige wichtige Erkenntnisse hervorgebracht. Während sich nach der Wende die Ostdeutschen eher wenig mit der DDR verbunden fühlten, stieg die Verbundenheit mit den Erfahrungen der Nachwendezeit an und liegt trotz leicht absteigender Tendenz heute bei immerhin knapp unter zwei Dritteln der Bevölkerung. Diese Verbundenheit beruht allenfalls schwach auf objektiven Deprivationsfaktoren, sondern hängt vor allem mit der subjektiven Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage, der lokalen Verbundenheit, einer ethnisch geprägten Identität und dem Alter zusammen. Da diese Verbundenheit unter den Älteren tendenziell stärker ist, ist zukünftig mit einer starken Abnahme der DDR-Verbundenheit zu rechnen, sodass ein wichtiger Aspekt der derzeit noch relativ starken „DDR-Gruppenidentität“ verschwinden wird.

Die mediale Behauptung, dass sich Ostdeutsche wesentlich häufiger als Westdeutsche als Bürger 2. Klasse empfinden, wird vor dem Hintergrund unserer Analysen nicht bestätigt. Wenn man danach fragt, ob sich Personen als Bürger:in 2. Klasse fühlen, stimmt „nur“ etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung zu. Im Osten ist die Zustimmung lediglich 6 %punkte höher als im Westen. Die medial verbreitete Nachricht, Ostdeutsche würden sich immer noch sehr häufig als Bürger 2. Klasse empfinden, ist aus unserer Sicht eine Fehlinterpretation, denn bei den zitierten Umfragen wird die Gruppenidentität der Ostdeutschen durch die spezifischen Fragen in



den Umfragen selbst getriggert (z. B.: „Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich 30 Jahre nach dem Mauerfall als Bürger 2. Klasse? Halten Sie diese Ansicht für richtig oder falsch?“ oder: „Ostdeutsche sind an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse“). Diesen Aussagen wird häufig zugestimmt, auf der individuellen Ebene fühlt sich allerdings nur eine Minderheit der Ostdeutschen selbst als Bürger 2. Klasse. Auch stellen wir fest, dass Ostdeutsche nicht viel häufiger als Westdeutsche den Aussagen zustimmen, sie würden öfter als andere benachteiligt oder unfair behandelt. Lediglich geben Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche an, sie bekämen nicht, was sie eigentlich verdienten. Dieser Unterschied ist bei den unterschiedlichen Verdiensten in Ost- und Westdeutschland wenig verwunderlich.

Das Defizit in Bezug auf die Anerkennung als Bürger lässt sich nicht durch einen ausgeprägten Ost-Faktor erklären. Vielmehr hängt das Gefühl, Bürger 2. Klasse zu sein, in erster Linie von mangelnder Bildung, der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (nicht aber Faktoren der objektiven ökonomischen Lage) und vor allem von einer ausgeprägten Verschwörungsmentalität und mangelndem Vertrauen ab. Wir haben es hier also mit Faktoren zu tun, die eng im Zusammenhang mit der Persönlichkeit und damit den individuellen Sozialisierungserfahrungen verknüpft sind und eine Herausforderung für Präventionsmaßnahmen darstellen.

Passend zu den genannten Ergebnissen ist auch, dass Ostdeutsche insgesamt ihre eigene wirtschaftliche Lage, aber auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht viel schlechter einschätzen als die Westdeutschen. Problematisch ist allerdings, dass die Ostdeutschen – trotz einer eigentlich positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage – häufiger als die Westdeutschen davon überzeugt sind, im Vergleich zu anderen keinen gerechten Anteil zu erhalten sowie als Kollektiv benachteiligt zu sein.

Wir stellen hier weniger eine individuell erfahrene Deprivationsproblematik als vielmehr eine konstruierte Gruppenidentität bei den Ostdeutschen fest, die erst durch den Vergleich mit den Westdeutschen getriggert wird und zu einem problematischen Narrativ führt, das die Spaltung der Ost-West-Identitäten spiralförmig verstärkt und reproduziert. Die-

se Problematik verschärft sich nochmals dadurch, dass den Ostdeutschen häufig unterstellt wird, rechtsextremer, ausländerfeindlicher und islamfeindlicher als die Westdeutschen zu sein. Auch hierbei zeigt ein differenzierter Blick auf die Daten, dass die Unterschiede zwar vorhanden, aber längst nicht so gravierend sind wie medial dargestellt und ein Ost-Faktor allein kein hinreichendes Erklärungspotenzial leistet. Ein Großteil der ethnozentrischen und ausländer- bzw. islamfeindlichen Einstellungen lässt sich hingegen banalerweise durch den Umstand erklären, dass Ostdeutsche deutlich weniger Kontakte zu Ausländern haben als Westdeutsche. Hierbei sehen wir de facto einen Unterschied zwischen ethnisch und religiös-pluralen sowie eher ethnisch-homogenen Regionen. Vor dem Hintergrund zunehmender Pluralisierung wird es eine Herausforderung sein, Menschen in Kontakt mit Angehörigen anderer Kulturen und Religionsgemeinschaften zu bringen, denn Kontakte bauen nachweislich Vorurteile ab. Hinderlich sind allerdings starre autoritäre Einstellungsmuster, die im Osten noch etwas ausgeprägter sind als im Westen Deutschlands. Hierbei spielen insbesondere autoritäre Erziehungsmuster in Familien und Bildungsinstitutionen, aber auch gesellschaftliche Zwänge eine Rolle.

Als problematisch erachten wir, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen vor allem im Osten erfolgreich sind. Obwohl bspw. die Unterstützung von PEGIDA und auch die Wahl der AfD nachweislich eher fremdenfeindlich, islamfeindlich und in Teilen rechtsextrem motiviert ist, wird der Erfolg der AfD gerne auf die ökonomischen und politischen Deprivationserfahrungen im Osten Deutschlands geschoben, obwohl die empirischen Belege dafür eher dünn sind. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings, dass das Gefühl der Benachteiligung, also die relative Deprivation als ostdeutsches Kollektiv, in Verbindung mit mangelndem Vertrauen in die Demokratie und einer Affinität zu zivilgesellschaftlichen, dem Selbstverständnis nach demokratischen „Empörungsbewegungen“ steht, die indes nicht selten populistisch deformiert sind und somit den inneren Selbstzerstörungsmechanismus der Demokratie heraufzubeschwören drohen. Umso wichtiger ist es, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Werte wiederherzustellen, aber auch dem Narrativ des „benachteiligten Ost-

deutschen“ mit empirisch belegten wissenschaftlichen Aussagen entgegenzuwirken, ohne dabei tatsächliche Benachteiligungen zu verleugnen. Dies erscheint uns umso wichtiger, als dieses „Narrativ“ bereits seinerseits zur Selffulfilling Prophecy geworden ist.

Handlungsempfehlungen (Kurzdarstellung)

1. Die bipolaren Gruppenidentitäten („Ossis“, „Wessis“) bzw. die identitätspolitische Spaltung Deutschlands sollte so weit wie möglich abgebaut werden. Dies verlangt, nach gesellschaftlichen und politischen Wegen zu fahnden, die einen Kontrapunkt, ein Gegengewicht, eine alternative Dynamik zur binären Ost-West-Identität zu initiieren vermögen. Beispielsweise könnten durch spezielle Ausschreibungen mithilfe von öffentlichen Geldern innovative Projekte gefördert werden, die sich vor allem auf lokaler und regionaler Ebene durch eine Kooperation von Gemeinden, NGOs und/oder Unternehmen in Ost- und Westdeutschland auszeichnen. Dieser Weg wird auch von der Kontakthypothese als Mittel zum Abbau bestehender Vorurteile und Ressentiments suggeriert. Darüber hinaus ist vor allem sprachlich in offiziellen Dokumenten, Verlautbarungen, politischen Stellungnahmen etc. so weit wie möglich darauf zu achten, die Teilung Deutschlands in einen West- und einen Ostteil bzw. in alte und neue Bundesländer nicht permanent zu bestätigen, sondern stattdessen alternative regional-geografische Einteilungen (z. B. Nord- und Süddeutschland, bevorzugte Nennung der einzelnen Bundesländer, Regionen, Städte und Gemeinden etc.) vorzunehmen.
2. Vor dem Hintergrund der beachtlichen Erfolge der AfD vor allem in den neuen Bundesländern sollte die Politik nicht in die identitätspolitische Falle von Rechtspopulisten treten und sich den Fragen öffnen, ob beispielsweise der Islam zu Deutschland gehöre, obwohl das demokratische Gebot der Religionsfreiheit diese Frage eigentlich obsolet macht und allein durch das Tolerieren der Frage überhaupt der Eindruck entsteht, dies stünde zur Debatte. Das „Nicht hineintappen“ in eine solche ‚Falle‘ ist umso wichtiger, als sich die Spaltung von Ost- und Westdeutschland auch entlang der Frage Homogenität vs. Pluralität entzündet.
3. Autoritäre Einstellungsmuster, mangelndes interpersonelles Vertrauen und Verschwörungsmentalitäten sind im Osten noch häufiger als im Westen vorzufinden und können die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hinsichtlich der politischen Kultur zum Teil erklären. Da sowohl Autoritarismus und Vertrauen als auch der Hang zu Verschwörungsideologien ihren Nährboden in der frühen Sozialisation haben, ist ein langfristiger Ausbau der Präventionsarbeit im Kinder- und Jugendbereich dringend erforderlich. Nachweislich sind Maßnahmen wie Empathietrainings, Perspektivwechsel, interkulturelle Kontakte, Stärkung des Selbstwertgefühls, Intervention und Beratung von dysfunktionalen Familien und psychopathologisch belasteten Eltern förderlich, um Autoritarismus und ethnozentrische Einstellungen sowie Rechtsextremismus abzubauen. Dabei gilt der Grundsatz, dass Demokratie ohne Empathie nicht funktionieren kann. Eine solche Empathie ist auch notwendig, um die (konstruierte) Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zu überwinden. Nur mit der Fähigkeit, Verständnis für andere zu entwickeln, sowie der Bereitschaft der Anerkennung in Kombination mit der Entwicklung eines hohen Selbstwerts lassen sich negative Gruppenzuschreibungen sowie starre und ausgrenzende Gruppenidentitäten beseitigen. Auf der kontextuellen Ebene gilt es Gruppenkonflikte, die bspw. durch Terroranschläge und Kriegseinsätze entstehen, zu entschärfen sowie soziale Ungleichheiten und Armut und damit einhergehende Viktimisierungserfahrungen zu bekämpfen.
4. Wichtig ist außerdem, eine alternative, gesamtdeutsche Anerkennungskultur zu schaffen sowie Kontakte und Gesprächsangebote zwischen und jenseits der Ost-West-Identität zu fördern. Es geht hierbei darum, zu verhindern, dass sowohl Ost- als auch Westdeutsche immer dann, wenn sie sich miteinander vergleichen, dies primär mit negativen Attributen und Kategorien belegen und sich dabei gegenseitig Unverständnis und einen Mangel an Anerkennung vorwerfen, zumal die Ergebnisse der Studie belegen, dass sich Ostdeutsche individuell gar nicht viel benachteiligter als Westdeutsche fühlen. Erst wenn die ostdeutsche Gruppenidentität im Vergleich mit den Westdeutschen getriggert wird, ent-



stehen die Narrative, die sowohl Ost- als auch Westdeutsche negativ darstellen. Stattdessen wäre es endlich angebracht, ein Narrativ zu entwickeln und zu fördern, das die deutsche Einheit sowohl in ihren Erfolgen als auch in ihren Unzulänglichkeiten als gemeinsame Anstrengung, Leistung und Verantwortung von Ost- und Westdeutschen begreift. Konkret wären hierbei Diskussionen (z. B. durch sogenannte „mini-publics“) förderlich, in denen lösungsorientiert Best-Practice-Beispiele und Errungenschaften aus der DDR diskutiert und auf ihre Anwendbarkeit im wiedervereinigten Deutschland geprüft werden, ohne dabei die diktatorischen Seiten des SED-Regimes zu verharmlosen.

5. Von großer Bedeutung wird zudem sein, einen offenen, differenzierten und lösungsorientierten Diskurs über Problemkreise und Versäumnisse, aber auch Fortschritte und Erfolge im deutsch-deutschen Transformationsprozess zu führen. Getragen werden muss eine solche Debatte vom Vertrauen in demokratische Strukturen, Werte und Entscheidungsverfahren sowie von dem Bewusstsein, dass es in Fragen des weiteren Transformationsprozesses gerade nicht um das Austarieren einer Ost-West-Dichotomie geht, sondern darum, dass sowohl im Osten als auch im Westen eine immense Pluralität von Positionen und Interessen existiert, die das Spektrum der demokratischen Parteien abzubilden hat. Durch die politische Artikulation dieses Pluralismus ließe sich auch das wirkungsmächtige Narrativ entkräften, es sei vor allem die AfD, die heute auf ihre Weise ‚den‘ Osten repräsentiert, während sich die anderen Parteien inhaltlich stark angenähert und die Interessen der Ostdeutschen vernachlässigt hätten. Genau diesem besorgniserregenden Resultat der Ost-West-Spaltung ist heute so intensiv und auf so vielen Feldern wie möglich entgegenzuwirken bzw. symbolisch gegenzusteuern, indem man versucht, der Identität als „benachteiligter Ostdeutscher“ durch eine positive gesamtdeutsche Anerkennungskultur zu begegnen. Dazu gehört auch, das strategische Hauptziel der AfD zu durchschauen, durch das Herbeireden einer (apokalyptischen) Krisenstimmung die Legitimität aller anderen Parteien in Zweifel zu ziehen und sich selbst gleichzeitig als ultimativen ‚Aus-

weg‘ aus der Krise zu präsentieren. Eine sachliche Auseinandersetzung über konkrete Themen ist mit der AfD daher praktisch ausgeschlossen. Stattdessen inszeniert sie sich selbst als ‚Opfer‘ eines angeblich ‚postdemokratischen‘ Diskurses und avanciert dadurch in der Wahrnehmung vieler Menschen sowohl im Westen als auch im Osten zur logischen Anwältin der benachteiligten Ostdeutschen.

Um diese Spirale zu durchbrechen, müssen die Problemkreise, welche die AfD adressiert – die Integrationspolitik, soziale Sicherheit, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, aber eben auch die Defizite im Wiedervereinigungsprozess – entschlossen angegangen werden. Noch mehr aber ist eine symbolische Gegensteuerung vonnöten, um die konstruierten Identitäten, die viele Ost- und Westdeutsche heute voneinander trennen und von denen die AfD am meisten profitiert, aufzubrechen. Und weil sachliche Argumente, reale Erfolge etc. von dieser Seite meist mit eigenen Zahlen, ‚alternativen Fakten‘, Fake News und nicht falsifizierbaren Verschwörungstheorien gekontert werden, ist die symbolische Ebene der Anerkennungskultur letztlich sogar entscheidend. Subjektive Unzufriedenheiten und Ungerechtigkeitsgefühle, wie sie viele Ostdeutsche derzeit äußern, sind daher einerseits ernst zu nehmen und bevorzugt auf einer sozialpsychologischen Ebene zu kompensieren, andererseits aber ist eine ‚Normalisierung‘ rechtsradikaler, gruppenbezogener menschenfeindlicher Äußerungen und Positionen keinesfalls zu tolerieren.

6. Die notwendige politische Auseinandersetzung mit den ungelösten Problemen des Einigungsprozesses ist aufgrund des historischen Abstandes, aber auch der Einmaligkeit der Situation 1989/1990 heute von allen beteiligten Akteuren unvoreingenommen und ohne Schuldkomplexe, aber auch jenseits von Schuldzuweisungen oder ‚Läuterungsagenden‘ zu führen. Das gestiegene Selbstbewusstsein der jüngeren Generation im Osten, was die eigenen Chancen im wiedervereinigten Deutschland angeht, sollte dabei in jedem Fall unterstützt und durch eine vorausschauende Strukturpolitik weiter ausgebaut werden – nicht zuletzt, um der ‚Opferrolle‘, in die

sich nach wie vor nicht wenige Angehörige der mittleren und älteren Generationen in den neuen Bundesländern begeben, keinen Nachschub zu gewähren.

7. Es bedarf aus unserer Sicht weiterer Forschung. Evidente Forschungsdesiderate sind derzeit etwa dahingehend auszumachen, dass es vor allem an quantitativen Studien mangelt, die das jeweilige Selbst- im Vergleich zum Fremdbild von Ost- und Westdeutschen analysiert. Darüber hinaus mangelt es an Untersuchungen, welche die eigentlichen Ursachen autoritärer Einstellungen analysieren. Beispielsweise sollten Studien zu politischen Einstellungen das (autoritär-normative) Erziehungsverhalten in Familien stärker in den Blick nehmen, aber auch autoritäre Strukturen außerhalb von Familien wie in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie in Betrieben. Eine weitere zu beantwortende Forschungsfrage ist, warum in manchen Regionen antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen auch in ein solches Verhalten münden und unter welchen Umständen es zu einer

sozialen Regression kommt, die wir bislang eher im Osten als im Westen Deutschlands wahrnehmen. Eine Frage könnte sein, welche Aspekte einer (konstruierten) Ost- oder West-Identität politische Einstellungen in verschiedene Richtungen beeinflussen. Darüber hinaus könnte Forschung im Sinne einer „aktivierenden Sozialforschung“ gemeinsam mit den Befragten nicht nur eruieren, was für ein Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands förderlich ist, sondern sogar Strategien entwickeln, die zu einer Auflösung der Spaltung beitragen. Zudem könnte die Partizipation von Bürger:innen an Forschungsprozessen sowie ein Studiendesign nach „citizen science“-Aspekten dazu beitragen, dass diese selbst Forschungsfragen entwickeln, zur Datenerhebung beitragen und auch in die Auswertung der Ergebnisse eingebunden werden, sodass es Feedbackschleifen zwischen den Bürger:innen und den Forschenden gibt. Dies trägt im besten Fall zu Lernprozessen bei allen Akteuren und zur Partizipation von Bürger:innen bei, von denen sich nicht wenige ausgeschlossen fühlen.



© privat

Prof. Dr. Oliver Hidalgo (Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Oliver Hidalgo ist Politikwissenschaftler und forscht an den Universitäten in Münster und Regensburg zu Fragen der Politischen Theorie und Ideengeschichte, zur Demokratietheorie, zum Verhältnis von Politik und Religion (mit einem Schwerpunkt auf den Herausforderungen religiöser Pluralität im demokratischen Rechtsstaat), Integration und Populismus. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Politik und Religion der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) und wissenschaftlicher Leiter des von der Bundeszentrale für Politische Bildung finanzierten Projekts „Religion in säkularer Gesellschaft“. Zuvor war Hidalgo Leiter des Forschungsprojekts „Rights, Duties, Solidarity – European Constitution and Muslim Immigration“ im Rahmen eines Erasmus+-Programms der Europäischen Union. Er ist u. a. Mitglied in den Forschungsnetzwerken CoRE-NRW (Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia) und Rechtsextremismus Bayern.



© Swen Reichhold, Universität Leipzig

Dr. Alexander Yendell (Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig)

Alexander Yendell ist Soziologe und forscht im Leipziger Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu den Themen religiöse Pluralität, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus, politischer Protest, Gewalt und soziale Ungleichheit. Er ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und Mitglied des Research Centre Global Dynamics. Yendell ist zurzeit Co-Leiter der Forschungsprojekte „Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur“ (gefördert durch die EKD), „Konflikt und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft – Gewaltvolle Dynamiken und gruppenbezogene Abwertung“ (gefördert durch die Freie und Hansestadt Hamburg) sowie Mitarbeiter im BMBF-geförderten Projekt „Politischer Kulturwandel? – Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung.“

Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“

Zusammenfassung der Kurzstudie von Michael Lühmann, M.A.
Göttinger Institut für Demokratieforschung

Ausgangspunkt(e) der Studie

Es gäbe sie nicht, „DIE Ostdeutschen“, allenfalls eine ausdifferenzierte „ostdeutsche Gesellschaft“, die „andere kulturelle Codes hat und durch andere biographische Erfahrungen geprägt ist“, schrieb jüngst der Historiker Jörg Ganzenmüller und verwies in dem Zusammenhang abwägend darauf, dies sei kein Problem, so lang ostdeutsche Identität nicht „als Gegenentwurf zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstruiert wird, sei es als Selbstbeschreibung oder als Fremdzuschreibung.“ Der Einstiegssatz zu dieser Studie ist letztlich schon Essenz. Es gibt ihn nicht, *den Ostdeutschen*, die ostdeutsche Identität. Und dort, wo sie auftaucht, weil Identität, auch ostdeutsche, *unvermeidlich* ist, dort ist sie zumindest dahingehend zu problematisieren, dass der Identitätskonstruktion beides eingeschrieben ist: die Anrufung gefährdeter Identität als (auch) herangetragenem Prozess von außen, der inzw. ein ostdeutsches Eigenleben, einen diskursiven ostdeutschen *Eigensinn* gewonnen hat. Und Effekte gefährdender Identität, die gerade nicht inklusiv wirkt, der in Ostdeutschland auch demokratiegefährdende Momente innewohnen können! Ich habe beide Effekte beschrieben und an Beispielen exemplifiziert, um daraus Auswege zu skizzieren, von denen ich glaube, sie sollten bzw. könnten als Maßnahmenbündel Wirkung erzielen. In aller Kürze will ich diesen Diskussionsprozess hier rekapitulieren. Ausgehend von ostdeutschen Fremd- und Selbstzuschreibungen, die einerseits um Begriffe wie den „braunen Osten“ zirkulieren und andererseits um ein neues „Ostbewusstsein“, habe ich versucht zu zeigen, dass beide Begriffe bzw. Zuschreibungen eng zusammenhängen. Ausgehend vom sozialwissenschaftlichen Forschungsstand – der inzwischen weniger das „Aufholen“ *des Ostens* ggü. *dem Westen* misst, sondern differenzierter auf regionale, politisch-kulturelle Aspekte und Einstellungen schaut – und dem zeithistorischen

Forschungsstand – der 1989 als Zäsur befragt und sich der Verschränkung von DDR- mit Transformationsgeschichte widmet – habe ich versucht, Fragen ostdeutscher Identität zu beleuchten.

Gefährdete und gefährdende ostdeutsche Identität?

Als Basis diene hierbei zunächst die Prämisse Identitätsbildung, die Debatte um ostdeutsche Identität ist *unvermeidbar*. Denn egal ob es diese *eine ostdeutsche* Identität nun gibt oder nicht (die Zweifel daran habe ich deutlich gemacht), so erschafft allein der Diskurs selbst natürlich (dann kritisierbare, hinterfragbare) Identitätskonstruktionen. Populär ist inzwischen die, allerdings wenig Neuigkeits- und Erkenntniswert liefernde, Erzählung vom *Ostdeutschen* als *das Andere*, der vom *Westen* so konstruiert worden sei. Dafür – und das habe ich an Hinweisen zu Unterschieden in Regionen, bezüglich Migration(en), aber auch Generation(en) und Fragen von Integration verdeutlicht – ist ostdeutsche Identität sehr vielgestaltig, weshalb ich, und darauf komme ich noch zurück, eher den Begriff des *ostdeutschen Erfahrungsraumes* stark machen würde. Denn, und das ist die Klammer der Studie, fester ostdeutscher Identitätskonstruktion als Reaktion auf gefährdete Identität (durch Abwertung, Nichtanerkennung usw. als Ostdeutsche) wohnt auf der anderen Seite immer auch ein Moment gefährdender Identität inne: Wo eine Gruppe ein (nahezu typisch ostdeutsches) „Wir“ konstruiert, das *Eigene* als *das Andere*, dort droht auch immer Abwertung von Drittgruppen, etwa Migrant:innen. Der in Ostdeutschland nun mal spezifische Rechtsextremismus und der Rassismus mit wiederum sehr spezifischen regionalen und generationellen Ausprägungen und langen historischen Vorläufen – die eben nur zu einem geringen Teil aus der Transformationserfahrung erklärt werden können – sind wohl der auffälligste und gefährlichste Ausdruck



jener identitären Schließung. Kurzum, gefährdete und gefährdende Identität liegen nah beieinander, sie können (müssen aber nicht) zwei Seiten derselben Medaille sein. Konkret beschrieben habe ich dies etwa an regionalen und generationellen Unterschieden in Einstellungsmustern, aber auch an der politischen Kultur, am Zusammenhang von Ressentiment und gefühlter Abwertung, etwa als „Bürger zweiter Klasse“ (wobei ich den Kausalzusammenhang so herum beschreibe, dass er vom Ressentiment ausgeht und nicht von Zurücksetzungsgefühlen), aber auch an politisch-kulturellen Konflikten, etwa an der Frage von Dresden als „Opferstadt“ ohne erinnerte „Täterbiografie“.

Identitäten und Identitätspolitik sind unausweichlich. Aber, das sollte klar geworden sein, der Grat, auf dem sie wandeln – zwischen realen und gefühlten Anerkennungsdefiziten als gefährdeter Identität und Mustern der Abwertung von Drittgruppen als gefährdende Identität –, ist äußerst schmal. Lange Jahre hat Wissenschaft und Publizistik nicht gesehen, dass schon in der Revolution von 1989 emanzipative neben national-regressiven Momenten bestanden, hernach Treuhand und *Baseballschlägerjahre* und heute die AfD neben dem *anderen Osten* – also jenem, der sich gegen die rechte Vereinnahmung ostdeutscher Problemlagen wehrt. All das war und ist ostdeutscher Suche nach Identität eingeschrieben. Und es ist und bleibt wichtig, in der Debatte die Vielfältigkeit und Vielgestaltigkeit *des Ostens* zu sehen und nicht unzulässig in ein identitätspolitisches Ganzes zu vermischen. Nein, wenn der Ostdeutsche den Ausländer schlägt, dann meint er nicht den Wessi, wie es Ralle in der so grandiosen wie instruktiven und absolut auf Höhe der Ost-Debatte liegenden rbb-Mini-Serie *Warten auf'n Bus* sagt. Sondern er schlägt den Ausländer, weil er ihn als Ausländer liest, markiert und bekämpft, mithin rechte Taten allenfalls identitätspolitisch verbrämt.

Leerstellen und Auswege

Wie also umgehen mit der Komplexität ostdeutscher Identität, mit ihren widersprüchlichen Ausprägungen, mit ihren Ansätzen der Komplexitätsreduktion und Schuldabwehr, mit realen Gemeinsamkeiten und real Trennendem? Zunächst: Ich schlage vor, ostdeutsche Identität als gegebene und unvermeidbare *Chiffre* zu verstehen,

als Diskursfigur, als Suche nach Anerkennung, als Versuch, disparate mit kollektiven Erfahrungen in Übereinstimmung zu bringen und dies zugleich zu problematisieren und zu kritisieren. Aufgrund der beschriebenen Kippunkte von Identität, problematischen Aufladungen und historischen Verkürzungen plädiere ich deshalb vielmehr dafür, statt von ostdeutscher Identität zu sprechen, von einem *ostdeutschen Erfahrungsraum* auszugehen – als räumliche, zeitliche, historische und zunächst neutrale Beschreibung. *Erfahrungsraum* meint dabei ostdeutsche Erfahrung vor und nach 1989, die zu verbinden ist mit dem spezifischen, geografischen, diskursiven, auch wirtschaftlichen und historischen Raum, der inklusiver ist als Herkunftskonstrukte.

1. Inhaltliche Weiterungen

Dies hat den Vorteil, und damit komme ich zu den zu füllenden *Leerstellen*, dass der Begriff des Erfahrungsraumes den Diskursraum öffnet: Für die bunt gemischten Akteur:innen der Zivilgesellschaft, die beim Dialogwillen so oft übersehen werden, für (post-)migrantische Perspektiven, die erst langsam integriert werden und die vor allem von gefährdender Identität erzählen, nicht zuletzt für einen stärkeren Fokus auf Frauen statt des Fokus auf den (pathologischen), mittelalten, weit überproportional AfD-wählenden ostdeutschen Mann. Auch dürfte es hilfreich sein, die starren, bisweilen gegensätzlichen Bilder *des Westens* und *des Ostens* gegenseitig aufzulösen und, Stichwort ostdeutsche Identität, den Osten stärker als ein *Vieles* denn als ein *Eines* zu erzählen. Dazu gehört auch ganz zentral das offizielle Reden über den Osten, die DDR, das noch immer im starren Korsett der *Aufarbeitung* gefangen ist: Transformationsgeschichte(n) sollte(n) erzählt und die *Aufarbeitung der Verarbeitung* und *Erinnerung* weichen.

Insofern ist auch Umstrukturierung, Umbenennung und ein Generationswechsel dringlich, dies gilt im Zuge der Jubiläen und in ihren Nachgängen auch für die gesamte professionelle ostdeutsche Erinnerungslandschaft, der anzuraten ist, den ostdeutschen Erfahrungsraum inkl. DDR stärker zu entpolitisieren/entpolarisieren hinsichtlich eines Wechsels von Herrschaft zu Alltag und dort zu politisieren und zu polarisieren, wo – Stichwort Rechtsextremismus und Rassismus – Ursprünge lange Zeit unterbelichtet geblieben sind.

2. Konzeptionelle Weiterungen

Viel stärker als bisher sollte Ostdeutschland als disparater, auf gemeinsame Vergangenheit(en) basierender Raum verstanden werden, der weniger als Monolith gedacht gehört, sondern als erfahrungsräumlich verbundener Forschungsgegenstand, der sowohl ältere Prägungen als auch jüngere Eigenentwicklungen aufweist. Regionale politische Kulturforschung, ein viel stärkerer Fokus auf Erinnerungskultur – auch und gerade als Prävention gegen extrem rechte Manifestationen – und ein neuer Fokus auf Transformationsgeschichte(n) anstelle von Meistererzählungen würde ostdeutsche Realität(en) deutlich besser abbilden – Gleiches gilt indes für die Kontrastfolie West, die in ihrer Vielgestaltigkeit, ihren Brüchen, ihren, Stichwort Rechtsextremismus und Rassismus, Kontinuitäten, Ideen- und Personalexporten gen Ostdeutschland in die Forschung hineingehört, ohne deswegen zur Folie werden zu müssen. Anders gesagt: Es gilt, Ostdeutschland auch ohne den Westen zu diskutieren, zu erforschen. Das gilt für die dunklen Kapitel demokratiegefährdender Momente ebenso wie für jene erhellenden Befunde zu ostdeutschen Positivbeispielen im Kampf gegen Demokratiegefährdung. Und es gilt, endlich das Methodenset zu weiten und die Dominanz sozialwissenschaftlicher Datensätze zu brechen, die messen, ohne so recht erklären zu können, sondern vielmehr qualitative und historische Ansätze zu verknüpfen – und all dies nicht nur als Appell und frommer Wunsch, sondern ordentlich, ausreichend und langfristig grundlagenfinanziert an einem entsprechenden multiperspektivisch und interdisziplinär ausgerichteten Forschungszentrum.

3. Diskurse und Diskurskorrekturen/-erweiterungen

Auf den (auch schon länger) vorliegenden, aber oft noch zu lose verteilten und in einem solchen Zentrum zusammenführbaren Befunden ließen sich dann auch zentrale Diskurse hinterfragen. Wie ich in der Studie ausgeführt habe, haben diese inzwischen ein Eigenleben entwickelt, die zwar aus Identitätsbildungssicht erklärbar sind, aber bisweilen Realitäten konstruieren, die der Empirie nicht standhalten und/oder die sich immunisieren gegen notwendige Verantwortung. Kurzum: Es gilt, die ostdeutsche Identitätskonstruktion zu dekonstruieren, bevor diese – jenseits eines kollektivistischen, bisweilen debattenunterdrückenden „Wir“,

aber auch jenseits der überhöhten Erzählung vom *Ostdeutschen* als dem *Anderen* – vor dem Hintergrund eines geteilten Erfahrungsraumes wieder rekonstruiert werden kann. Dazu gehört dringend der Wandel von der *Aufarbeitung* (mit DDR-Fokus) zur *Verarbeitung* von *Aufarbeitung* und *Transformation*. Und hierzu gehört – anstelle ostdeutscher Infantilisierung als machtloses Opfer von Prozessen, der/die ostdeutsche als verantwortliche/r Akteur:in (Stichwort Erwartungsenttäuschung (ein zentrales Motiv)) – eine kritische Befragung des Bildes des „Bürgers 2. Klasse“ und eine multiperspektivische Weitung des Ostdeutschland-Diskurses jenseits des derzeitigen identitätsüberladenen, allzu holzschnittartigen und historisch wenig abgesicherten sowie schattenseitenausblendenden Diskurses manch privilegierter Diskursteilnehmer:innen.

Wie weiter?

Einfache Rezepte, dies sollte die Diskussion um ostdeutsche Identitäten gezeigt haben, gibt es leider nicht. Und eine Garantie, dass die unterbreiteten Vorschläge verfangen, dort, wo über gefährdende Identität zu sprechen ist, gibt es ebenso wenig. Vier Vorschläge will ich unterbreiten:

Es braucht *erstens* einen anderen Dialog. 30 Jahre zweifellos gemachter Fehler deutsch-deutscher Debatte, Nichtanerkennung, Ignoranz, zu langer Dominanz des Diktaturgedächtnis‘Stereotype, nicht thematisierte Erwartungsenttäuschungen, Aufrechnen, Schweigen, Verdrängen, usw., können dabei nicht ungeschehen gemacht werden. Aber wollen wir als Debattenteilnehmer:innen das weiter aufrechnen, Identitäten verfestigen, essentialisieren, alte durch neue Mauern ersetzen? Dabei ist mir wichtig: Es kann nicht um Dialog um des Dialoges willen allein gehen, nicht jede/r, der oder die Sorgen formuliert, hat tatsächlich Sorgen, sondern bisweilen nur Ressentiments, beklagt keine gefährdete Identität, sondern verbreitet gefährdende Identität.

Zweitens: Es braucht Strukturen: dauerfinanzierte Bundesprogramme, die Förderung (lokaler) erinnerungskultureller Initiativen; eine noch besser finanzierte und politisch unterstützte Zivilgesellschaft; dauerfinanzierte Begleitforschung, mit neuem, offenem Blick; Programme mit dem Ziel, die Repräsentation ostdeutscher Eliten zu fördern,

weil diese als vermittelnde Identitätsproduzenten wirksam werden können, und eine Offensive in der politischen Bildung.

Drittens braucht es symbolische Korrekturen: Das (offizielle) Reden über den Osten wie in den Berichten zur deutschen Einheit sollte weniger *Aufholen* messen, „Neue Länder“ sollte 2020 kein offizieller Begriff mehr sein, auch nicht für Posten, Aufarbeitung kein Begriff für den Erfahrungsraum Ostdeutschland (ebenso wenig wie „Kolonie“, „Exil“, „Anschluss“ etc.), der 3. Oktober ist mit Sicherheit nicht der richtige Feiertag (sondern eher der 9. Oktober) und nicht nur auf Elitenebene gibt es Nachholbedarf, sondern weiterhin auf Ebene der Löhne, Renten und Vermögen.

Bleibe *viertens* und abschließend das erneute Plädoyer für den ostdeutschen Erfahrungsraum statt ostdeutscher Identität, denn: Im ostdeutschen Erfahrungsraum kommen, anders als in ostdeutscher Identität, all die Disparitäten und all das Kollektive zusammen. Der Erfahrungsraum ist die Basis und die Arena, in der *der Osten* stattfindet und der nicht verhandelt werden sollte. Wie *der Osten* nun *ist*, wie er auf *einen* Nenner zu bringen sei, wer *dazugehört*, wer nicht, wer Schuld hat, wer nicht, sollte in diesem Erfahrungsraum verhandelt werden, was *alles* Osten ist und welche *Vielgestaltigkeit* bei geteilter Geschichte dieser Erfahrungsraum beinhaltet – offen, neugierig, ehrlich.



© privat

Michael Lümann, geb. 1980 in Leipzig, ist Politikwissenschaftler und Historiker und als solcher wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung, er arbeitet und publiziert zu Parteien (AfD und Grünen), politischer Kultur, der extremen Rechten und zu Antifaschismus mit Schwerpunkt auf Ostdeutschland und DDR.

Themenfeld „Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess“

Zusammenfassung der Kurzstudie von
Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz, Technische Universität Chemnitz,
Dr. Florian Ranft, Das Progressive Zentrum Berlin,
und Prof. Dr. Tom Thieme, Hochschule der Sächsischen Polizei

Die Kurzstudie untersucht den Stand der inneren Einheit auf vier Themenfeldern. Dabei werden objektive (Bevölkerungs-, Wahl-, Wirtschaftsstatistiken) und subjektive (Meinungen, Einstellungen und Wertorientierungen) Perspektiven integriert, um somit generelle Entwicklungsdynamiken über die vergangenen drei Jahrzehnte abzuleiten. Die zentralen Ergebnisse lauten:

Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl

- Ein relevanter Teil der Deutschen besitzt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine gleichermaßen ost- als auch westdeutsche Lebenserfahrung (wegen eigener dauerhafter Migration, HeimkehrerInnen, Nachkommen aus deutsch-deutschen Beziehungen, Menschen mit zwei und mehr Wohnsitzen sowie einer ungebrochen hohen Anzahl an BerufspendlerInnen). „Den“ Ost- oder Westdeutschen auszumachen ist darum im Jahr 2020 so schwer wie nie.
- Sowohl das Bild eines „entvölkerten“ Ostens als auch das eines „boomenden“ Westens ist unterkomplex. Hier wie da gibt es Evidenz für beide Entwicklungen: Leipzig, Dresden, der Berliner Speckgürtel, München und Hamburg für die eine, die Lausitz, Sachsen-Anhalt, die Eifel und die Oberpfalz für die andere. Gehen in manchen ländlichen Regionen buchstäblich langsam „die Lichter aus“, haben die Groß- und Universitätsstädte in den vergangenen Jahren einen bisher unbekanntem Ansturm erfahren. Die Herausforderungen liegen quer zur Ost-West-Linie.
- Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Osten – anders als der Westen – noch weiterhin eine monoethnische Gesellschaft. Zugleich unterscheiden sich beide Regionen massiv in den dominierenden MigrantInnen-Gruppen.

Zwar verdoppelte sich – wie in Gesamtdeutschland – der Ausländeranteil von 1990 (1,2 %) bis 2014 (2,5 %), er war im Osten allerdings viermal niedriger als im Westen.

- Was die Identitäten von Ost- und Westdeutschen angeht, ist über die letzten Jahre das Gefühl der Fremdheit gegenüber dem jeweils anderen Landesteil spürbar gesunken. Im Gegenzug ist die Verbundenheit mit Deutschland gestiegen (mit marginalen regionalen Unterschieden, die jedoch quer zur Ost-West-Linie verlaufen). Ähnliches gilt für den Nationalstolz; im europäischen Vergleich belegt Deutschland hier aber nach wie vor einen der hinteren Ränge.
- Für viele hat das Bundesland eine große Bedeutung als Identifikationsort (besonders in BW, BY, BE, HH, MV, SL), ebenso wie der eigene Wohnort (BB, HE, NI, NW, RP, SN, ST, SH und TH) und – jedoch in bescheidenerem Maße – Europa. Dass subnationale Bezugspunkte für viele Ostdeutsche eine größere Rolle spielen als für Westdeutsche, mag an der Sozialstruktur liegen, wächst doch mit zunehmendem Lebensalter die Bindung an den Wohnort. Die Verbundenheit mit Europa teilt Ost und West, wobei sie im Osten etwas schwächer ist. Ausnahmen gibt es aber in Ost und West (z. B. HB und MV).
- Viele MigrantInnen fühlen sich zwar zum Teil auch noch nach Jahren mit „ihrem“ Herkunftsland (bzw. dem ihrer Eltern) verbunden, das muss aber kein Integrationshindernis sein (Stichwort: hybride Identitäten). Menschen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich vielmehr wenig bis gar nicht von Menschen ohne Migrationshintergrund hinsichtlich der Verbundenheit mit dem eigenen Wohnort, dem Bundesland, Deutschland und Europa.

Deutsch-deutsches Zusammenleben

- Ost und West haben sich insgesamt betrachtet politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich weder zu einem harmonischen Ganzen zusammengefügt noch haben sich die Lebenswelten kraftvoll voneinander wegbewegt. Stattdessen prägen Vielschichtigkeit und Heterogenität das Bild zu Beginn des vierten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung – bei auch noch vorhandenen Unterschieden.
- „Verwestlichungen“ des Ostens (im Sinne einer „Entspannung“ der Lage) sind über die Jahrzehnte feststellbar, u. a. bei der Arbeitslosenquote, den Einstellungen zur Demokratie und beim Institutionenvertrauen (auch wenn hierbei weiterhin eine Lücke zwischen Ost und West besteht).
- Für „Veröstlichungen“ des Westens sprechen die (steigende) Wählervolatilität, die Bedeutungszunahme von Einelternfamilien, der schrumpfende Gendergap bei der Erwerbstätigkeit und die Zunahme der Zahl emanzipativer Geschlechterrollen im Haushalt.
- Beispiele für eine beidseitige Annäherung liefern die Armutsgefährdung und die Verbreitung postmaterialistischer Haltungen.
- Vielfach ist eine Parallelität der Entwicklungen zu konstatieren. Das liegt daran, dass Ost und West z. T. von ähnlichen Trends betroffen sind aufgrund unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen, aber auf verschiedenen Niveaus, etwa bei der Fragmentierung des Parteiensystems und dem Rückgang der Parteibindungen.
- Abgesehen von der Stärke der Volksparteien gibt es unter den untersuchten Aspekten keinen, der für ein Auseinanderdriften von Ost und West im Zeitverlauf spräche.
- Generell zeigt sich ein Verblässen der Ost-West-Kategorie häufig dann, wenn ein Blick auf darunterliegende räumliche Einheiten geworfen wird (und sich dabei neue Spaltungslinien auftun). Beispielsweise mag die AfD die neue „Ostpartei“ sein, sie ist es aber in Sachsen und Thüringen in stärkerem Maße als etwa in Mecklenburg-Vorpommern. Und bei der Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage und einigen zentralen wirtschaftlichen Indikatoren (z. B. der Arbeitslosenrate) nehmen ostdeutsche Länder häufig eine Mittellage ein. Das spricht für einen ergänzenden analytischen Blick auf die Ebene unterhalb von Ost und West.

- Hierbei wird jedoch ein Defizit deutlich: Es fehlt ein systematisch vergleichendes Monitoring zu relevanten politischen Einstellungen auf Bundesländerebene.

Ostdeutsche Repräsentation in bundesdeutschen Eliten

- Ostdeutsche sind in bundesdeutschen Eliten massiv unterrepräsentiert – dabei in stärkerem Maße im Mediensektor, in der Justiz, in der Wissenschaft und vor allem in der Wirtschaft, Verwaltung und unter Intellektuellen, weniger stark jedoch in der Politik.
- Für die Unterrepräsentation werden durch Westdeutsche „blockierte“ Stellen im Osten verantwortlich gemacht, (anfangs zumindest) fehlendes ostdeutsches Personal, informelle Praktiken der Elitenrekrutierung (Auswahl von Ähnlichen, Netzwerke) und Mentalitätsunterschiede, wobei nur die ersten beiden im Laufe der nächsten Jahre in ihrer Bedeutung spürbar verblassen dürften.
- Wiewohl repräsentative Befragungen zu Wahrnehmung und Folgen dieser Unterrepräsentation ausstehen, ist zu vermuten, dass das Minderwertigkeitsgefühl vieler Ostdeutscher („Bürger zweiter Klasse“), die geringe Legitimität der Demokratie im Osten und die politische Passivität vieler Ostdeutscher in engem Zusammenhang mit ihr stehen.

Neue Herausforderungen – gefühlte Unsicherheiten?

- Bei den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung – zeigt es sich so deutlich wie bei kaum einem anderen Feld: Die Kategorien „Ost“ und „West“ verblassen in ihrer Bedeutung. Und wo sie eine Rolle spielen, wirken sie nur indirekt.
- Zur Globalisierung: Es gibt „Gewinnerregionen“ im Osten und im Westen – so wie es auch abgehängte Landstriche im Osten und im Westen gibt. Doch die meisten Gegenden, denen die Globalisierung etwas nützt, liegen nach wie vor hauptsächlich im Westen, während sich viele Ost-Standorte Billiglohnkonkurrenz ausgesetzt sehen. Beides hat seine Ursache in der Wirtschaftsstruktur: im Westen mehr Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, Firmensitze und Großkonzerne, im Osten vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie hauptsächlich einfaches produzierendes Gewerbe.
- Vor diesem Hintergrund muss es nicht überraschen, dass Ostdeutsche mit „Globalisierung“ andere – eher negative – Aspekte assoziieren als Westdeutsche.
- Die schwierige Ausgangslage im Osten – Alterung, geringe Bevölkerungsdichte, schwächere Wirtschaftsstruktur – machen besondere politische Anstrengungen erforderlich, damit dieser Landesteil auch an der Globalisierung teilhat. Will der Osten nicht gänzlich den Anschluss verlieren, kommt er beispielsweise an einer aktiven Werbung um externe Fachkräfte kaum vorbei.
- Zum Klimawandel: Ostdeutsche mögen zwar zu einem etwas geringeren Anteil als Westdeutsche von der Gefährlichkeit der Erderwärmung überzeugt und dem Thema gegenüber insgesamt weniger aufgeschlossen sein. Doch die zentralen Interessensgegensätze tragen auf der Makroebene nicht West- und Ostdeutsche, sondern der energiereiche Norden und der energiearme Süden mit der (geografischen) Mitte aus. Und auf der Mikroebene verlaufen die „Gräben“ eher zwischen Jung und Alt (generationeller Aspekt) bzw. zwischen „Somewheres“ und „Anywheres“ (soziokultureller Konflikt) als zwischen Ost und West.
- Zur Mobilität: Die größte Reibungsfläche haben Stadt und Land – im Westen gibt es im Jahr 30 nach der Wiedervereinigung „mehr Stadt“ und im Osten „mehr Land“. Der Stadt-Land-Unterschied offenbart sich indes nicht nur beim Mobilitätsverhalten, sondern auch bei den Einstellungen zur Mobilität. Bei diesem Thema zeichnet sich indes keine moralische Aufladung ab – die Probleme sind alltagsweltlicher Natur und decken sich kaum mit politischen Gemeinschaften (z. B. Ost/West, Bundesländer).
- Insofern der Osten ländlicher, der Westen urbaner geprägt ist, könnten beide als Vorreiter fungieren: die westdeutschen Großstädte (drei der vier Millionenmetropolen liegen beispielsweise im Westen) als Vorreiter einer städtischen Mobilitätswende; der Osten als Vorreiter einer ländlichen Mobilitätswende. Als gemeinsame Herausforderung besteht die Verknüpfung zunehmend boomender städtischer mit den abgehängten ländlichen Regionen.
- Zur Individualisierung: Hier tut sich eine Leerstelle auf. Zwar ist seit Jahren bekannt, dass sich soziale Milieus pluralisieren, dass Multi-optionalität für mehr und mehr Menschen eine Herausforderung darstellt, von der sie ein Leben lang begleitet werden, und dass Anomie und Vereinsamung zu den Schattenseiten der Individualisierung gehören; eine (regional vergleichende) systematische Bestandsaufnahme auf Individualebene, zumal im Längsschnitt, steht aber aus. Damit fehlt es an belastbaren Daten dazu, wie die Bevölkerung in den Regionen die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wahrnimmt und beurteilt. Dass sich regionale Differenzierungsprozesse abzeichnen, sollte Grund genug sein, auch hier „nachzurüsten“; nicht zuletzt, um aus dem beträchtlichen Konfliktpotenzial resultierende Überraschungsmomente wie 2011 in Stuttgart („Stuttgart 21“) oder 2015 in Sachsen („Flüchtlingskrise“) frühzeitig zu bannen.



© privat

Tom Mannewitz (geb. 1987 in Wurzen) hat Politik- und Kommunikationswissenschaft in Dresden studiert. Nach der Promotion zu den Erfolgsbedingungen von Linksaußenparteien in Europa wurde er habilitiert. Seit 2014 hat er die Juniorprofessur für Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der TU Chemnitz inne. Er forscht zu Demokratie, Extremismus und Populismus sowie zur Regionalisierung politischer Kultur.



© Capital Headshots Berlin

Florian Ranft ist Leiter des Programmbereichs Strukturwandel des Progressiven Zentrums. Er ist Autor zahlreicher Policy-Studien in den Bereichen Strukturwandel, Just Transition, inklusives Wachstum und neue Technologien sowie Mitherausgeber von „Work in the Digital Age: Challenges of the Fourth Industrial Revolution“. Zuvor war er Head of Policy and International bei Policy Network und Senior Research Analyst beim Centre for Progressive Policy, zwei Londoner Thinktanks. Davor hat er an den Universitäten in Frankfurt und Greifswald in den Bereichen politische Soziologie und internationale Politik gelehrt und geforscht.



© privat

Tom Thieme ist seit 2017 Professor für Gesellschaftspolitische Bildung an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH). Er hat Politikwissenschaft, Soziologie und Geografie an der TU Chemnitz studiert, 2007 über extremistische Parteien in Osteuropa promoviert und sich 2013 mit einer Arbeit über die Systemwechsel 1989/1990 im Vergleich habilitiert. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Demokratie-, Diktatur-, Transformations- und Extremismusforschung.

Fragebogen zur Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“

STATISTIK FÜR STICHPROBENQUOTIERUNG

- S1. Dürften wir Ihr Alter erfahren?**
Alternativ: **In welchem Jahr wurden Sie geboren?**
- S2. Geschlecht**
- weiblich
 - männlich
 - divers
- S3. Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie? Welche der folgenden Nennungen trifft am ehesten zu?**
- bis zu 8 Klassen
 - 9. Klasse/Hauptschulabschluss
 - 10. Klasse/Mittlere Reife/POS
 - Abitur/Fachabitur
- S7_1. Sind Sie zurzeit berufstätig? Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden Nennungen am ehesten zutrifft. INTERVIEWER: Antwortvorgaben bitte vorlesen**
- 1 voll berufstätig (mind. 35 Stunden/Woche)
 - 2 teilweise berufstätig (weniger als 35 Stunden/Woche)
 - 3 in Kurzarbeit
 - 4 zurzeit arbeitslos
 - 5 Rentner/in, Pensionär/in
 - 6 Schüler/in oder Student/in
 - 7 in einer Ausbildung oder einer Lehre
 - 8 Bundesfreiwilligendienst (Freiw. Soz./Ökol. Jahr)
 - 9 Elternzeit/Mutterschutz
 - 10 nicht berufstätig



MEHRSTUFIGE BESTIMMUNG DER GKZ (SEPARATES FRAGEBOGEN-TOOL)

S12_1. In welchem Bundesland wohnen Sie?

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

S12_2. In welchem Landkreis oder welcher kreisfreien Stadt wohnen Sie?

- Anzeige der Landkreise nach gewähltem Bundesland

S12_3. In welcher Gemeinde oder Stadt wohnen Sie? Möglicherweise gehört Ihr Wohnort zu einer der folgenden Gemeinden.

- Anzeige der Orte/Gemeinden des gewählten Landkreises
- woanders

Falls S1<71 und S1>31

S4a. Wo sind Sie geboren?

- auf dem Gebiet der DDR einschließlich Ost-Berlin
- auf dem Gebiet der damaligen BRD/ Westdeutschland und West-Berlin
- in einem anderen Land, und zwar: _____

Falls S1<71 und S1>40

S4b. Wo haben Sie im Jahr 1989 gelebt?

- in der DDR
- in der damaligen BRD
- 1989 aus der DDR in die BRD übersiedelt
- in einem anderen Land, und zwar: _____

WICHTIGSTE PROBLEME

F1. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, die man in Deutschland lösen müsste?

(Offene Abfragen, 3 Felder)

- wichtigstes Problem: _____
- zweitwichtigstes Problem: _____
- drittwichtigstes Problem: _____

ZUFRIEDENHEIT MIT DEM EIGENEN LEBEN

F2. Wie zufrieden sind Sie persönlich alles in allem mit den folgenden Aspekten? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (sehr zufrieden). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. (Prog.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge!)

- mit Ihrem Leben insgesamt
- mit Ihrem Einkommen bzw. Ihrer finanziellen Situation
- mit Ihrer Wohnsituation
- mit Ihrem Gesundheitszustand
- mit Ihrer finanziellen Absicherung im Alter
- mit Ihrem Arbeitsplatz und Ihrer beruflichen Situation (*nur Erwerbstätige*) S7_1=1,2,3
- mit den Kontakten zu Nachbarn, Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen
- mit Ihrer Familie bzw. mit Ihrer Partnerschaft
- mit Ihrer medizinischen Versorgung
- mit den Möglichkeiten, Ihre Freizeit zu verbringen
- mit der Anerkennung Ihrer bisherigen Lebensleistung

ZUFRIEDENHEIT MIT POLITIKFELDERN

F3. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der gegenwärtigen Arbeit der Politik in Deutschland? Bitte antworten Sie wieder jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (sehr zufrieden). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. (Prog.: ab Vorgabe 4 in zufälliger Reihenfolge!)

- mit der Politik der Bundesregierung
- mit der Politik der Landesregierung in Ihrem Bundesland
- mit der Kommunalpolitik in Ihrer Stadt/Gemeinde



EINSTELLUNGEN ZU POLITIK, STANDARDFRAGEN ZU POLITIKVERDROSSENHEIT, ZUSÄTZLICH NATIONALGEFÜHL, ZUWANDERUNG UND OST-WEST-KONFLIKTE

- F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ und 10 = „stimme voll und ganz zu“. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. (Prog.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge!)**
- Mit der politischen Situation in Deutschland bin ich alles in allem zufrieden.
 - Mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem zufrieden.
 - Mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland bin ich alles in allem zufrieden.
 - Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf die Politik unseres Landes.
 - Den Politikerinnen und Politikern ist das Wohl unseres Landes wichtig.
 - Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
 - Die ganze Politik ist so kompliziert, dass man gar nicht versteht, was da vorgeht.
 - Politik interessiert mich sehr.
 - Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.
 - Die Zuwanderung von Ausländern stellt eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar.
 - Ich fühle mich gut vor Kriminalität geschützt.
 - Deutsche sollten besser gestellt sein als Ausländer.
 - Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
 - In Deutschland wird genug getan, damit Behinderte ein gutes Leben führen können.
 - In Deutschland kann man seine Meinung immer frei äußern, ohne Ärger zu bekommen.
 - Ostdeutsche werden häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt.
 - Die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen ist wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit.
 - Die Europäische Union trägt zur Demokratie in Deutschland bei.
 - Die Europäische Union verbessert den Lebensstandard der deutschen Bürger.
- F5. Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine gute Regierungsform oder für eine nicht so gute Regierungsform?**
- gute Regierungsform
 - nicht so gute Regierungsform
- F7. Ein Staat kann ja ganz unterschiedlich organisiert sein. Was wäre Ihnen am liebsten: Ein starker Staat, der seine Regeln und Gesetze konsequent durchsetzt, oder ein eher liberaler Staat, der einen Rahmen vorgibt, dem Einzelnen aber auch viele Freiheiten lässt?**
- starker Staat, der Regeln und Gesetze konsequent durchsetzt
 - eher liberaler Staat, der Rahmen vorgibt und Freiheiten lässt

HOFFNUNGEN UND BEFÜRCHTUNGEN: INDIVIDUELL UND POLITISCH

F8. Wenn Sie an die folgenden Aspekte denken: überwiegen dann bei Ihnen eher Zuversicht und Hoffnung oder eher Befürchtungen und Sorgen?

Skala:

- 1 ganz überwiegend Zuversicht und Hoffnung
- 2 eher Zuversicht und Hoffnung
- 3 teils/teils
- 4 eher Befürchtungen und Sorgen
- 5 ganz überwiegend Befürchtungen und Sorgen
 - bei Ihrer persönlichen Zukunft insgesamt
 - bei der Zukunft der Kinder in Deutschland
 - bei Ihrer finanziellen Absicherung im Alter
 - bei Ihrer Gesundheitsversorgung
 - bei der Entwicklung Ihrer persönlichen finanziellen Situation
 - bei der Entwicklung der Kriminalität in Ihrem Wohnumfeld
 - bei der Sicherheit von Arbeitsplätzen
 - bei der Entwicklung Ihrer Wohnsituation
 - bei Ihrer Gesundheit
 - bei der Entwicklung von Natur und Umwelt
 - beim Zuzug von Flüchtlingen und Migranten nach Deutschland
 - beim Umgang mit der Corona-Pandemie in Deutschland
 - bei der Entwicklung der Demokratie in Deutschland insgesamt
 - bei der zunehmenden Digitalisierung des Lebens
 - bei der Globalisierung und weltweiten Vernetzung der Wirtschaft
 - bei der weiteren Entwicklung der EU und der europäischen Integration



UNTERSUCHUNG REGIONALER DISPARITÄTEN

- F9. Wie beurteilen Sie persönlich die nachfolgend genannten Lebensbedingungen an Ihrem Wohnort? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr schlecht) und 10 (sehr gut). Denken Sie bitte bei Ihrer Einschätzung auch an solche Aspekte wie Verfügbarkeit, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit.)**
(Prog.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge!)
- Lebensqualität an Ihrem Wohnort insgesamt
 - Beschäftigungs-/Arbeitsmöglichkeiten
 - Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im kommunalen Bereich (d. h. auf Gemeinde- bzw. Stadtebene)
 - Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf (Lebensmittel, Getränke etc.)
 - Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln
 - Versorgung mit Schulen (nahegelegene Grundschule bzw. leicht erreichbare weiterführende Schule)
 - Versorgung mit Einrichtungen der Ganztags-Kinderbetreuung (Kita bzw. Schulhort)
 - Versorgung mit Betreuungs- und Pflegeangeboten für Ältere
 - Versorgung mit Wohnraum
 - Treffpunkte vor Ort (Kneipe, Gemeinschaftsraum, Jugendklub)
 - Versorgung mit Sportanlagen
 - Versorgung mit Kulturangeboten
 - medizinische Versorgung, Ärzte, Fachärzte, Apotheken
 - Verfügbarkeit von Hilfe im Notfall (Krankenwagen, Notarzt, Feuerwehr usw.)
 - Natur und Umwelt
 - Erreichbarkeit von Geldautomaten, Geldinstituten und Banken
 - Postdienstleistungen
 - durchschnittliche Höhe der Einkommen und finanzielle Situation der Menschen
 - Versorgung mit schnellem Internet
 - Versorgung mit stabilem Mobilfunk

HEIMAT

- F10. Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seiner Nachbarschaft, seinem Ortsteil, seiner Stadt, seiner Region, seinem Bundesland, Deutschland oder Europa. Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit:**
- Skala:*
- 1 sehr verbunden
 - 2 ziemlich verbunden
 - 3 teils/teils
 - 4 nicht sehr verbunden
 - 5 überhaupt nicht verbunden
 - 9 weiß nicht/keine Angabe
- Europa
 - Deutschland
 - Ihrem Bundesland
 - Ostdeutschland
 - Westdeutschland
 - Ihrer Region

F11. Wenn Sie die Gelegenheit hätten, würden Sie dann gerne DAUERHAFT in einen anderen Ort umziehen, oder würden Sie lieber weiterhin dort bleiben, wo Sie jetzt wohnen?

- lieber dauerhaft in einen anderen Ort in meiner Gegend ziehen
- lieber dauerhaft in einen anderen Ort in einer anderen Gegend ziehen
- weiterhin hierbleiben
- bin unentschlossen

UNTERSUCHUNG REGIONALER DISPARITÄTEN

F12. Was meinen Sie: Geht es den Menschen in Ihrer Gegend insgesamt besser oder schlechter als den Menschen in Deutschland insgesamt?

- deutlich besser
- etwas besser
- genauso
- etwas schlechter
- deutlich schlechter
- weiß nicht

ZUWANDERUNG

F13. Wie ist das mit der Zuwanderung von Menschen in Ihre Gegend? Empfinden Sie die Zuwanderung der folgenden Menschen eher als Bereicherung oder eher als Gefahr für Ihre Heimat?

Progr.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge

Skala:

- 1 eher als Bereicherung
- 2 eher als Gefährdung
- 3 weder noch
- 4 sowohl als auch

- Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands
- Zuwanderung von Ausländern
- Zuwanderung von Flüchtlingen

F14. Und wie empfinden Sie die Zuwanderung der folgenden Menschen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt in Ihrer Region: eher als Bereicherung oder eher als Gefahr?

Progr.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge

Skala:

- 1 eher als Bereicherung
- 2 eher als Gefährdung
- 3 weder noch
- 4 sowohl als auch

- Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands
- Zuwanderung von Ausländern
- Zuwanderung von Flüchtlingen



DEUTSCHE EINHEIT

- F15. Die deutsche Wiedervereinigung liegt ja nun 30 Jahre zurück. Haben sich Ihre Hoffnungen, die sich mit der Wiedervereinigung und der Entwicklung der Deutschen Einheit seitdem verbunden, erfüllt?**
- im Großen und Ganzen ja
 - in Teilen
 - in geringem Maße
 - gar nicht
 - hatte keine Hoffnungen oder Erwartungen
- F16. Sehen Sie in der Deutschen Einheit eher einen Gewinn oder eher einen Verlust für die Menschen in Deutschland?**
- eher als Gewinn
 - eher als Verlust
 - weder noch
 - weiß nicht
- F17. Zählen Sie sich bzw. Ihre Familie eher zu den Gewinnern oder eher zu den Verlierern der Deutschen Einheit?**
- eindeutig zu den Gewinnern
 - eher zu den Gewinnern
 - eher zu den Verlierern
 - eindeutig zu den Verlierern
 - weder noch, hält sich die Waage
 - weiß nicht
- F18. Wie sehr interessieren Sie sich für aktuelle Berichte und Informationen über Ostdeutschland?**
- sehr
 - etwas
 - weniger
 - gar nicht

Filter: Ostdeutsche

- F19. Wie oft haben Sie sich seit 1990 länger als einen Tag im ehemaligen „Westen“ aufgehalten?**
- sehr häufig (mindestens einmal jährlich)
 - häufig (mindestens 5 Mal)
 - selten (weniger als 5 Mal)
 - einmal
 - noch gar nicht

Filter: Westdeutsche

- F20. Wie oft haben Sie sich seit 1990 länger als einen Tag im ehemaligen „Osten“ aufgehalten?**
- sehr häufig (mindestens einmal jährlich)
 - häufig (mindestens 5 Mal)
 - selten (weniger als 5 Mal)
 - einmal
 - noch gar nicht

3. OKTOBER

Die Deutsche Einheit wird jedes Jahr am 3. Oktober gefeiert, dem Tag des Beitritts der damaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland und damit zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

- F21. Wie stark verbinden Sie die folgenden Tage bzw. Daten mit der Vollendung der Deutschen Einheit? Bitte antworten Sie wieder jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (gar nicht) und 10 (sehr stark).**
- den 17. Juni 1953 (Arbeiteraufstand in der damaligen DDR)
 - den 9. Oktober 1989 (bis dahin größte Montagsdemonstration in Leipzig, sozusagen Beginn der friedlichen Revolution in der damaligen DDR)
 - den 9. November 1989 (Tag des Mauerfalls)
 - den 18. März 1990 (erste freie Volkskammerwahl in der damaligen DDR)
 - den 3. Oktober 1990 (Tag der deutschen Vereinigung)

 - verbinde einen anderen Tag mit der Deutschen Einheit, und zwar: _____
- F22. Die offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit werden jedes Jahr am 3. Oktober in einem anderen Bundesland ausgetragen, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz im Bundesrat hat. Dazu gehören immer ein Staatsakt und ein mehrtägiges Bürgerfest. Wie beurteilen Sie dieses Format der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit?**
- sehr gut
 - eher gut
 - weniger gut
 - gar nicht gut

Filter: F22=2,3,4

- F23. Was sollte denn Ihrer Meinung nach an der Art und Weise, den Tag der Deutschen Einheit zu begehen, geändert werden?**
Offene Abfrage



EHRENAMT

F24. Jetzt interessieren wir uns für Ihre ehrenamtlichen oder freiwilligen Tätigkeiten, die Sie zum Beispiel für einen Verein oder eine Organisation ausüben – egal ob unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung.

Bitte geben Sie an, in welchen Bereichen Sie sich in den letzten 12 Monaten

- 1 aktiv ehrenamtlich engagiert haben (unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung)**
 - 2 nur passiv engagiert haben (z. B. durch reine Mitgliedschaft oder Spenden)**
 - 3 gar nicht engagiert haben**
- a) Im Bereich Sport und Bewegung, z. B. in einem Sportverein oder in einer Bewegungsgruppe
 - b) Im Bereich Kultur und Musik, z. B. einer Theater- oder Musikgruppe, einem Chor, einer kulturellen Vereinigung oder einem Förderverein
 - c) Im Bereich Freizeit und Geselligkeit, z. B. in einem Kleingartenverein oder einem Spieletreff
 - d) Im sozialen Bereich, z. B. in einem Wohlfahrtsverband oder einer anderen Hilfsorganisation, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe
 - e) Im Gesundheitsbereich, z. B. als Helfer/in in der Krankenpflege oder bei Besuchsdiensten, in einem Verband oder einer Selbsthilfegruppe
 - f) Im Bereich Schule oder Kindergarten, z. B. in der Elternvertretung, der Schülervertretung oder einem Förderverein
 - g) In der außerschulischen Jugendarbeit oder der Bildungsarbeit für Erwachsene, z. B. Kinder- oder Jugendgruppen betreuen oder Bildungsveranstaltungen durchführen
 - h) Im Bereich Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz, z. B. in einem entsprechenden Verband oder Projekt
 - i) Im Bereich Politik und politische Interessenvertretung, z. B. in einer Partei, im Gemeinderat oder Stadtrat, in politischen Initiativen oder Solidaritätsprojekten
 - j) Im Bereich der beruflichen Interessenvertretung außerhalb des Betriebes, z. B. in einer Gewerkschaft, einem Berufsverband, einer Arbeitsloseninitiative
 - k) Im kirchlichen oder religiösen Bereich, z. B. in der Kirchengemeinde, einer religiösen Organisation oder einer religiösen Gemeinschaft
 - l) Im Bereich der Justiz und der Kriminalitätsprobleme, z. B. als Schöffe/in oder Ehrenrichter/in, in der Betreuung von Straffälligen oder Verbrechenopfern
 - m) Im Unfall- oder Rettungsdienst oder in der freiwilligen Feuerwehr
 - n) In einem anderen Bereich, z. B. in Bürgerinitiativen oder Arbeitskreisen zur Orts- und Verkehrs-entwicklung, Bürgerklubs und Sonstiges, das bisher nicht genannt wurde: _____

INSTITUTIONENVERTRAUEN LOKAL, NATIONAL, EU

F25. Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 und 10. 10 bedeutet „vertraue ich voll und ganz“, 0 bedeutet „vertraue ich gar nicht“. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung jeweils abstimmen.

Skala 0 - 10

Progr.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge

- Bundespräsident
- Bundesregierung
- Abgeordneten des Deutschen Bundestags
- Landesregierung
- Landtagsabgeordnete
- Kommunalpolitiker/innen und Bürgermeister/innen
- Gesundheitseinrichtungen
- Öffentliche Verwaltung
- Polizei
- Feuerwehr und Rettungskräften
- Schulen und Bildungseinrichtungen
- Bundeswehr
- Gerichten
- politischen Parteien
- der Partei, die ich wähle
- Kirchen und Religionsgemeinschaften
- dem Europäischen Parlament
- der Europäischen Kommission
- öffentlich-rechtlichen Medien (Fernsehen und Radio)
- privaten Medien (Fernseh- und Radiosendern, Zeitungen und Zeitschriften)
- sozialen Medien wie Facebook, Twitter, Instagram, WhatsApp usw.

DIGITALISIERUNG

F26. Jetzt zu einem anderen Thema: Das Internet und darauf basierende Anwendungen werden für die Wirtschaft und die Bürger immer wichtiger. Wir nennen Ihnen nun einige Themen aus diesem Bereich und möchten wissen, wie wichtig Sie es finden, dass sich da etwas verbessert.

Skala:

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- unwichtig
- weiß nicht



Wie wichtig finden Sie es,

- a) dass mehr für den Ausbau „des schnellen Internets für alle“ getan wird?
- b) dass der Einsatz von Internet und Computern in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen stärker gefördert wird?
- c) dass Forschung und Entwicklung im Bereich Internet und Informationstechnologie stärker gefördert werden?
- d) dass die Existenzgründung von Unternehmen im Internet-Bereich stärker gefördert wird?
- e) dass mehr für die Bekämpfung der Internetkriminalität getan wird?
- f) dass die öffentliche Verwaltung mehr Informationen und mehr ihrer Dienstleistungen über das Internet anbietet?
- g) dass mehr für den Datenschutz im Internet getan wird?

Filter: Nur Berufstätige

F27. Wenn Sie an Ihr Berufsleben denken: Haben Sie da das Gefühl, dass die Digitalisierung Ihr Berufsleben bisher sehr stark, stark, weniger stark oder so gut wie nicht verändert hat?

- sehr stark
- stark
- weniger stark
- so gut wie nicht verändert
- weiß nicht

CORONA

Nun ein paar Fragen zur aktuellen Corona-Pandemie:

F28. Wie groß ist Ihre Angst, sich selbst mit dem Corona-Virus zu infizieren? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (gar keine Angst) und 10 (sehr große Angst). 99 = habe mich bereits infiziert

Skala 0 - 10

F29. Wie stark beeinträchtigt die Pandemie mit all ihren Auswirkungen und Einschränkungen Sie in Ihrem Lebensgefühl? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (gar nicht) und 10 (sehr stark)

Skala 0 - 10

F30. Wie gefährlich ist denn das Corona-Virus Ihrer Meinung nach für Deutschland insgesamt? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (gar nicht gefährlich) und 10 (sehr gefährlich).

Skala 0 - 10

Filter: F28<99

F31. Wie gefährlich wäre denn das Corona-Virus bzw. die Erkrankung COVID-19 Ihrer Meinung nach für Sie persönlich? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (gar nicht gefährlich) und 10 (sehr gefährlich).

Skala 0 - 10

F32. In letzter Zeit gibt es immer wieder Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung. Was halten Sie davon?

- Ich würde auch selbst an einer solchen Demonstration teilnehmen.
- Ich finde das in Ordnung, würde aber selbst nicht teilnehmen.
- Ich finde das nicht in Ordnung.

STATISTIK:

Nun möchten wir Sie noch um einige statistische Angaben bitten, die wir für die Auswertung der Untersuchung dringend benötigen (und natürlich entsprechend dem Datenschutzgesetz absolut vertraulich behandeln!).

S5. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- 1 Ohne Abschluss
- 2 Volks-/Hauptschulabschluss
- 3 Mittlere Reife, Realschulabschluss (Fachschulreife)
- 4 Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 8. Klasse
- 5 Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 10. Klasse
- 6 Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.)
- 7 Abitur (Hochschulreife) oder Erweiterte Oberschule (EOS) mit Abschluss 12. Klasse oder Berufsausbildung mit Abitur
- 8 einen anderen Schulabschluss
- 9 Noch Schüler/in

S6. Über welche berufliche Ausbildung/welchen Berufsabschluss verfügen Sie? Sagen Sie bitte, welche der folgenden Nennungen am ehesten zutrifft.

- 1 Teilfacharbeiter/in, Anlernberuf
- 2 Facharbeiter/innen-Abschluss, Geselle/Gesellin
- 3 Meister/innen-Abschluss
- 4 Fachschul-/Fachhochschulabschluss
- 5 Hochschulabschluss/Universität
- 6 Nichts davon, noch nichts davon



Filter: Falls S7_1==1,2,3

S8_1. Welche Art von Berufstätigkeit üben Sie gegenwärtig aus? Sagen Sie bitte, welche der folgenden Nennungen am ehesten zutrifft.

Filter: Falls S7_1>3

S8_2. Welche Art von Berufstätigkeit haben Sie zuletzt ausgeübt? Sagen Sie bitte, welche der folgenden Nennungen am ehesten zutrifft.

- 1 Arbeiter/in
 - 2 Facharbeiter/in
 - 3 Meister/in
 - 4 Angestellte/r
 - 5 Beamter/Beamtin
 - 6 Richter/in
 - 7 Soldat/in/Freiw. Wehrdienst
 - 8 Landwirt/in (selbständig)
 - 9 Selbstständig
- Nur vorlegen, falls S7_1>3*
- 10 Hausfrau/Hausmann
 - 11 hatte noch nie einen Beruf

S9. Dürften wir Ihren Familienstand erfahren? Sagen Sie bitte, welche der folgenden Nennungen zutrifft.

- ledig ohne Partner/in im Haushalt
- ledig mit Partner/in im Haushalt
- verheiratet und zusammen lebend
- geschieden/getrennt lebend/verwitwet ohne Partner/in im Haushalt
- geschieden/getrennt lebend/verwitwet mit Partner/in im Haushalt

S10. Wie viele Personen leben insgesamt in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen?

S11. Und wie viele Personen davon sind unter 18 Jahre alt?

S12_4. Würden Sie bitte die Postleitzahl Ihrer Wohnung angeben?
(offen)

S12_5. Falls Berlin: In welchem ehemaligen Berliner Stadtbezirk wohnen Sie?

- Charlottenburg
- Kreuzberg
- Neukölln
- Reinickendorf
- Schöneberg
- Spandau
- Steglitz
- Tempelhof
- Tiergarten
- Wedding
- Wilmersdorf
- Zehlendorf
- Friedrichshain
- Hellersdorf
- Hohenschönhausen
- Köpenick
- Lichtenberg
- Marzahn
- Mitte
- Pankow
- Prenzlauer Berg
- Treptow
- Weißensee

S13. Wie viele Einwohner/innen hat der Ort, in dem Sie wohnen, ungefähr?

- 1 bis unter 2.000 Einwohner/innen
- 2 2.000 bis unter 5.000 Einwohner/innen
- 3 5.000 bis unter 20.000 Einwohner/innen
- 4 20.000 bis unter 50.000 Einwohner/innen
- 5 50.000 bis unter 100.000 Einwohner/innen
- 6 100.000 bis unter 500.000 Einwohner/innen
- 7 500.000 Einwohner/innen und mehr

S14. Wie würden Sie Ihre Gegend, etwa im Umkreis von 5 Kilometern von Ihrer (Haupt-)Wohnung beschreiben? Ist sie eher ländlich geprägt oder eher städtisch? Sagen Sie es mir anhand einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet: „ländlich“ und 7 „städtisch“. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

- 1 *ländlich*
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 *städtisch*



S15. Wie sympathisch oder unsympathisch sind Ihnen die nachfolgend genannten Parteien? Bitte vergeben Sie jeweils einen Wert zwischen 0 („sehr unsympathisch“) und 10 („sehr sympathisch“). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil wieder abstufen.

Skala 0 - 10

Progr.: Vorgaben in zufälliger Reihenfolge

- CDU/CSU
- SPD
- Bündnis 90/Grüne
- FDP
- AfD
- DIE LINKE
- NPD

S16. Noch eine Frage zur wirtschaftlichen Situation Ihres Haushalts. Wie gut kommt Ihr Haushalt Monat für Monat mit dem Ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen zurecht?

- sehr gut
- gut
- einigermaßen
- schlecht
- sehr schlecht
- (nicht vorlesen): weiß nicht, keine Angabe

S17. Welcher Religion fühlen Sie sich zugehörig?

- Keiner/konfessionslos
- Katholisch
- Evangelisch
- Freikirchlich (mennonitisch)
- Orthodox
- Muslimisch
- Jüdisch
- Andere
- Weiß nicht/keine Angabe

S18. Stellen Sie sich bitte eine Leiter mit 10 Sprossen vor, die zeigen soll, wo die Menschen in Deutschland stehen. Ganz oben – auf Sprosse 10 – stehen die Menschen mit dem meisten Geld, der höchsten Bildung und z. B. den besten Jobs. Ganz unten – auf Sprosse 1 – stehen diejenigen mit dem wenigsten Geld, der niedrigsten Bildung und z. B. den schlechtesten Jobs oder ohne Job. Wo würden Sie sich auf der Leiter platzieren? Bitte geben Sie an, auf welcher Sprosse – von 1 bis 10 – Sie Ihrer Meinung nach im Verhältnis zu anderen Menschen in Deutschland stehen!

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

Weiß nicht 98
Keine Angabe 99

S19. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie?

- deutsch
- eine andere, und zwar: _____

S20. Ihre Muttersprache ist ...

- Deutsch
- eine andere Sprache

Filter: S19 = Deutsch

S21. Haben Sie selbst jemals eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besessen?

- ja, und zwar: _____ → WEITER S23
- nein

Filter: S19 = Deutsch

S22. Haben Ihr Vater oder Ihre Mutter jemals eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besessen?

- ja, und zwar: _____
- nein

S23. Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen: Wie hoch ist dann etwa das monatliche Nettoeinkommen, das Sie alle zusammen in Ihrem Haushalt haben, nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung? Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden Nennungen am ehesten zutrifft.

- unter 1.000 EUR
- 1.000 bis unter 2.000 EUR
- 2.000 bis unter 3.000 EUR
- 3.000 bis unter 4.000 EUR
- 4.000 EUR bis unter 5.000 EUR
- 5.000 EUR und mehr



Übersicht der Ergebnisse Kurzbefragung „Deutschland-Monitor“

INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung
Geschäftsführer: Dr. Holger Liljeberg
Schönholzer Straße 1A
D-13187 Berlin

Untersuchungsdesign

Untersuchungsthemen

- Einstellungen zu Politik und Demokratie, Politikzufriedenheit
- Wichtigste Probleme in Deutschland
- Lebenszufriedenheit
- Hoffnungen und Befürchtungen
- Regionale Disparitäten
- Regionale Verbundenheit
- Zuwanderung
- Deutsche Einheit
- Tag der Deutschen Einheit
- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement
- Institutionenvertrauen
- Digitalisierung
- Corona-Pandemie
- Statistik

Grundgesamtheit

- Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, jeweils mindestens n = 250 pro Bundesland.

Auswahlverfahren

- CAWI: Quotierte Zufallsauswahl aus einem aktiv rekrutierten Online-Accesspanel.
- CATI: Zufallsgenerierte Stichprobe aus dem ADM Mastersample

Gewichtung

- Bevölkerungsrepräsentative Gewichtung des vollständigen Datensatzes nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Schulbildung, Bundesland und Einwohnergrößenklassen.

Fehlerspanne

- Fehlerspanne +/- 1,6 Prozentpunkte bei 4.069 Befragten (Anteilswert 50 %, Sicherheitswahrscheinlichkeit 95 %)

Methodik

- Mixed Mode: CAWI (Onlineinterviews), CATI (Computergestützte Telefoninterviews); Interviewdauer: ø 30 Minuten

Feldzeit

- 28.08 – 14.09.2020

Summary

Zielstellung der Untersuchung

- Aus verschiedenen Studien sind die unterschiedlichen Blickwinkel auf die grundsätzlichen sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland der letzten 30 Jahre in vielen Details und Facetten bekannt.
- Die vielfach unterschiedlichen Fragestellungen und Erhebungsmethoden dieser Studien erlauben es jedoch nur eingeschränkt, verlässliche und vergleichbare Zeitreihen zu generieren, um deutschlandweit langfristige Entwicklungen auszumachen.
- In ihrer Sitzung am 9. März 2020 hat die Kommission empfohlen, eine deutschlandweite Meinungsumfrage zu erarbeiten.
- Vor diesem Hintergrund soll zunächst eine relativ eng umgrenzte Kurzerhebung durchgeführt werden, die später als Basis für einen umfassenden eigenen Deutschland-Monitor der Bundesregierung genutzt werden kann.
- Die Kurzerhebung sollte ein minimiertes und eng definiertes Fragenset umfassen. Dieses Fragenset wurde im Rahmen mehrerer Diskussionsrunden gemeinsam mit mehreren Wissenschaftler*innen und Expert*innen grob definiert und finalisiert.
- Die Kurzerhebung sollte sich demzufolge auf folgende Themenkomplexe konzentrieren:
 - Fragen nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit, Hoffnungen und Befürchtungen
 - Heimatempfinden, Empfindungen zur deutschen Einheit, Vertrauen gegenüber Institutionen
 - Bestandsaufnahme zur sozioökonomischen Lage: Beurteilung der Lebensbedingungen am Wohnort, Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Lebensbedingungen, der Erwerbstätigkeit, des Einkommens
 - Im Zuge der weiteren Beratungen wurden zusätzlich folgende Themenkomplexe in den Fragebogen aufgenommen: Digitalisierung, Europa, Zuwanderung, Politikverdrossenheit und Corona-Pandemie.

Summary

Politische Einstellungen und Politikzufriedenheit

- Mit der Politik der Bundesregierung ist derzeit eine knappe Mehrheit der Befragten (eher) zufrieden (53 %), im Osten sind es allerdings lediglich 42 %. Eine etwas höhere Zufriedenheit gibt es mit der Politik der Landesregierungen (Deutschland gesamt 56 %, Westen 58 %, Osten 51 %) und der Kommunalpolitik (Deutschland gesamt 57 %, Westen, 58 %, Osten 53 %). Mit der Bundespolitik sind Befragte aus ländlichen Gegenden Ostdeutschlands am unzufriedensten, mit der Kommunalpolitik Menschen aus ostdeutschen Städten (ab 50.000 Einwohnern). Seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Zufriedenheit mit der Bundesregierung damit zugenommen.
- Hinsichtlich der politischen Einstellungen zu verschiedenen politischen Themen fällt das Stimmungsbild in Ost und West teilweise deutlich auseinander. Jeweils mehr als zwei Drittel geben an, dass sie sich für Politik interessieren. Im Osten sind 82 % der Meinung, dass die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit ist, im Westen unterstützen diese Aussage nur 63 %, in ländlichen Gebieten des Westens sogar nur 60 %.
- Man ist sich weitgehend einig, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler möchten, deren Ansichten sie aber nicht interessieren. Mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, sind 65 % der Westdeutschen, aber nur 48 % der Ostdeutschen zufrieden. 62 bzw. 61 % der Ost- und Westdeutschen sind sich einig, dass wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten.
- Immerhin noch 50 % der Ost- und 63 % der Westdeutschen sind der Meinung, dass man in Deutschland seine Meinung immer frei äußern kann, ohne Ärger zu bekommen. 61 % der West- und 47 % der Ostdeutschen fühlen sich gut vor Kriminalität geschützt, am wenigsten Befragte aus ostdeutschen Städten.
- Nur 40 % der Ostdeutschen, aber immerhin 54 % der Westdeutschen sind mit der gegenwärtigen politischen Situation (eher) zufrieden. Nur 38 % der Ostdeutschen, aber 52 % der Westdeutschen unterstützen die These, dass die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellt.
- Jeweils die Hälfte der Befragten in beiden Teilen Deutschlands konstatiert, dass sie sowieso keinen Einfluss auf die Politik unseres Landes hat.

Summary

Politische Einstellungen und Politikzufriedenheit

- Nur 41 % der Ost- und 51 % der Westdeutschen meinen, dass den Politiker/innen das Wohl unseres Landes wichtig sei. Vergleichbar wenige vertreten die Meinung, dass die Europäische Union zur Demokratie in Deutschland beiträgt oder den Lebensstandard der deutschen Bürger verbessert. Immerhin jeweils 4 von 10 Befragten unterstützen die Aussage, dass die ganze Politik so kompliziert ist, dass man gar nicht versteht, was da vorgeht.
- 66 % der Ost-, aber nur 37 % der Westdeutschen sind der Meinung, dass Ostdeutsche häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.
- Mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland ist nur eine Minderheit von 32 % im Osten und 42 % im Westen (eher) zufrieden. Gleichzeitig meinen 46 % der Ost- und 36 % der Westdeutschen, dass Deutsche besser gestellt sein sollten als Ausländer. Einheitlich beklagt wird, dass Politiker/innen sich nicht darum kümmern, was einfache Menschen denken.
- Auf der Basis dieser Einstellungen zu politischen Themen wurden im Rahmen einer Typologie (Clusteranalyse) insgesamt vier verschiedene Gruppen („Typen“) statistisch zusammengefasst, die jeweils in sich relativ homogene Meinungen haben, sich von den anderen Clustern jedoch deutlich unterscheiden:
 - „offene und liberale Menschen“ (29 %)
 - „verdrossene Populisten“ (16 %)
 - „angepasste Skeptiker“ (24 %)
 - „kleinbürgerlich-konservative Menschen“ (31 %)
- Die Anteile der jeweiligen Cluster unterscheiden sich in verschiedenen Regionen Deutschlands. Politikverdrossene insgesamt und insbesondere „verdrossene Populisten“ sind vor allem in der Bevölkerung mit einem niedrigen sozialen Status und in Gegenden mit einer schlechteren regionalen Ausstattung zu finden.

Summary

Typologie: „offene und liberale Menschen“ (Gesamt: 29 %, Ost: 20 %, West: 31 %)

- Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich überdurchschnittlich stark für Politik, empfinden diese als wenig kompliziert, plädieren deutlich seltener für den Mut zu einem starken Nationalgefühl, sind mit der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden, fühlen sich vor Kriminalität geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung nicht eingeschränkt, stimmen ohne größere Einschränkungen der Europäischen Union und ihren Ideen ebenso zu, wie sie die Zuwanderung von Ausländern als Bereicherung empfinden und daran glauben, dass den Politiker/innen das Wohl des Landes sehr wichtig ist.
- Diese Befragten treten für die Gleichstellung von Deutschen und Ausländern ein und sind mit der sozialen Gerechtigkeit nicht übermäßig zufrieden. Die Demokratie als Regierungsform ist für diese Befragten alternativlos, nur 22 % wünschen sich einen „starken Staat“.
- Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Klima und Umweltschutz, gefolgt von Corona, sozialer Gerechtigkeit, Bildungsthemen und Integration. Politisch finden sie sich am ehesten in der Nähe von Bündnis 90/Grüne, SPD und CDU/CSU, teilweise auch der Linken. Hier findet sich auch das größte Vertrauen in die Institutionen in Deutschland.
- Sie beurteilen die Deutsche Einheit fast ausschließlich als Gewinn für die Menschen in Deutschland, ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Deutsche Einheit haben sich größtenteils erfüllt. Fast niemand aus dieser Gruppe sieht sich als Verlierer der Einheit. Protest gegen Corona-Maßnahmen ist in dieser Gruppe nicht zu erwarten.
- Die Menschen dieser Gruppe zeigen das größte ehrenamtliche Engagement, vor allem in sozialen oder politischen Bereichen.
- Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter sehr jungen Befragten (bis 29 Jahre) sowie unter älteren Befragten (ab 60 Jahren), in städtischen Regionen sowie bei Befragten mit höherer formaler Bildung. Je höher die soziale Stellung eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den Stufen 8 bis 10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 44 % an, auf den Stufen 1-3 lediglich 14 %.
- Die höchsten Anteile an der Bevölkerung hat dieses Cluster in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die niedrigsten in Nordostdeutschland (24 % sowie in Sachsen und Thüringen (16 %). Mehr als die Hälfte von ihnen wohnt in Gegenden, in denen es den Menschen besser geht als den Menschen im übrigen Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort weit überdurchschnittlich gut. Neben ganz Deutschland und ihrer Region fühlen sich diese Befragten auch Europa sehr stark verbunden.

Summary

Typologie: „kleinbürgerlich-konservative Menschen“ (Gesamt: 31 %, Ost: 34 %, West: 31 %)

- Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich stark für Politik, empfinden diese aber als recht kompliziert, plädieren recht stark für den Mut zu einem starken Nationalgefühl, sind mit der Demokratie in Deutschland recht zufrieden, fühlen sich vor Kriminalität recht gut geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung wenig eingeschränkt, stimmen ohne größere Einschränkungen der Europäischen Union und ihren Ideen zu, empfinden die Zuwanderung von Ausländern eher als Bereicherung und glauben, dass den Politiker/innen das Wohl des Landes sehr wichtig ist.
- Diese Befragten treten gleichzeitig für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber Ausländern ein und sind mit der sozialen Gerechtigkeit nicht übermäßig zufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten recht zufrieden, dennoch wünschen sich 43 % einen „starken Staat“.
- Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Ausländer, Zuwanderung und Integration, gleichauf mit Corona, gefolgt von Klimawandel und Umweltschutz, Alterssicherung und verschiedenen Gerechtigkeitsthemen. Politisch finden sie sich am ehesten in der Nähe von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Grüne, teilweise auch der FDP. Auch in dieser Gruppe findet sich ein großes Vertrauen in die Institutionen in Deutschland.
- Sie beurteilen die Deutsche Einheit ganz überwiegend als Gewinn für die Menschen in Deutschland, ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Deutsche Einheit haben sich größtenteils erfüllt. Nur eine Minderheit aus dieser Gruppe sieht sich als Verlierer der Einheit. Protest gegen Corona-Maßnahmen ist in dieser Gruppe kaum zu erwarten.
- Die Menschen dieser Gruppe zeigen ein deutliches ehrenamtliches Engagement, vor allem in Bereichen wie Freizeit, Geselligkeit, Sport sowie im Unfall-, Rettungs- und Justizbereich sowie bei beruflicher Interessensvertretung.
- Der Anteil dieser Gruppe ist in allen betrachteten soziodemografischen Gruppen fast identisch. Je höher die soziale Stellung eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster (mit Ausnahme der höchsten Stufen): Auf der Stufe 7 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 37 % an, auf den Stufen 1 bis 3 lediglich 19 %.
- Den höchsten Anteil an der Bevölkerung hat dieses Cluster in Sachsen und Thüringen (37 %), im Nordwesten (33 %) sowie im Nordosten und in NRW (jeweils 32 %). 41 % von ihnen wohnen in Gegenden, in denen es den Menschen besser geht als den anderen Menschen in Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort ebenfalls weit überdurchschnittlich gut. Sie fühlen sich vor allem Deutschland, ihrem Bundesland und ihrer Region verbunden, mehr als die Hälfte aber auch Europa.

Summary

Typologie: „angepasste Skeptiker“ (Gesamt: 24 %, Ost: 19 %, West: 25 %)

- Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich am wenigsten für Politik, empfinden diese auch als einigermaßen kompliziert, plädieren kaum für den Mut zu einem starken Nationalgefühl, sind mit der Demokratie in Deutschland eher unzufrieden, fühlen sich vor Kriminalität weniger gut geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung eher eingeschränkt, stimmen der Europäischen Union und ihren Ideen eher nicht zu, empfinden die Zuwanderung von Ausländern weniger als Bereicherung und glauben eher nicht, dass den Politiker/innen das Wohl des Landes sehr wichtig ist.
- Diese Befragten treten nicht für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber Ausländern ein, sind jedoch mit der sozialen Gerechtigkeit eher unzufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten weniger zufrieden, dennoch wünschen sich nur 35 % einen „starken Staat“.
- Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Ausländer, Zuwanderung und Integration, gleichauf mit Corona, Klimawandel, Umweltschutz, Alterssicherung und sozialer Gerechtigkeit. Politisch finden sie sich in der Tendenz eher in der Nähe von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Grüne, aber auch der FDP und den Linken. Das Vertrauen in die Institutionen in Deutschland ist eher gering, am ehesten wird Feuerwehr und Rettungskräften, Gesundheitseinrichtungen und der Polizei vertraut. Das Vertrauen in die Politik ist demgegenüber nur sehr schwach ausgeprägt.
- Nur die Hälfte dieser Gruppe beurteilt die Deutsche Einheit als Gewinn für die Menschen in Deutschland, ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Deutsche Einheit haben sich für eine relative Mehrheit dennoch erfüllt. Man sieht sich eher als Verlierer der Einheit. Protest gegen Corona-Maßnahmen ist in dieser Gruppe durchaus zu erwarten: 7 % würden an Demonstrationen teilnehmen, 29 % befürworten diese.
- Die Menschen dieser Gruppe zeigen ein eher durchschnittliches ehrenamtliches Engagement, am ehesten in Bereichen wie Sport und Bewegung und im sozialen Bereich.
- Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter sehr jungen Befragten (bis 29 Jahre), bei Befragten mit niedrigerer formaler Bildung (27 %) und mit niedrigeren Einkommen. Je niedriger die soziale Stellung eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den Stufen 8 bis 10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 15 % an, auf den Stufen 1 bis 3 steigt ihr Anteil auf 39 %.
- Den höchsten Anteil an der Bevölkerung hat dieses Cluster in Bayern (28 %) und Baden-Württemberg (37 %). Nur 34 % von ihnen wohnen in Gegenden, in denen es den Menschen besser geht als den anderen Menschen in Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort ebenfalls weit unterdurchschnittlich. Sie fühlen sich vor allem ihrer Region, Deutschland und ihrem Bundesland verbunden, nur ein Drittel auch Europa.

Summary

Typologie: „verdrossene Populisten“ (Gesamt: 16 %, Ost: 27 %, West: 14 %)

- Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich durchaus für Politik, empfinden diese auch als einigermaßen kompliziert, plädieren fast durchgängig für den Mut zu einem starken Nationalgefühl, sind mit der Demokratie in Deutschland extrem unzufrieden, fühlen sich vor Kriminalität nicht geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung extrem eingeschränkt, stehen der Europäischen Union und ihren Ideen deutlich ablehnend gegenüber, empfinden die Zuwanderung von Ausländern ausdrücklich nicht als Bereicherung und glauben gar nicht, dass den Politiker/innen das Wohl des Landes sehr wichtig ist.
- Diese Befragten treten mit großer Mehrheit für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber Ausländern ein und sind mit der sozialen Gerechtigkeit extrem unzufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten nicht ansatzweise zufrieden, fast die Hälfte wünscht sich einen „starken Staat“.
- Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Ausländer, Zuwanderung und Integration, danach folgen Renten, Altersarmut und soziale Ungerechtigkeit. Corona spielt eine deutlich untergeordnete Rolle, Klimawandel und Umweltschutz gar keine. Politisch findet sich hier die größte Nähe zur AfD, tendenziell auch zur FDP. Das Vertrauen in die Institutionen in Deutschland ist extrem gering, am ehesten wird Feuerwehr und Rettungskräften, Bildungseinrichtungen und der Bundeswehr vertraut. Das Vertrauen in die Politik ist nachhaltig gestört.
- Nur knapp die Hälfte dieser Gruppe beurteilt die Deutsche Einheit als Gewinn für die Menschen in Deutschland, die Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Deutsche Einheit haben sich für eine relative Mehrheit kaum oder nicht erfüllt. Man sieht sich eher als Verlierer der Einheit. Protest gegen Corona-Maßnahmen ist ganz überwiegend aus dieser Gruppe zu erwarten: 22 % würden an Demonstrationen teilnehmen, weitere 38 % befürworten diese.
- Die Menschen dieser Gruppe zeigen ein unterdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement, am ehesten in Bereichen wie Sport und Bewegung.
- Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter Befragten der mittleren Altersgruppen (20 %), bei Befragten mit niedrigerer formaler Bildung (19 %) und mit niedrigeren Einkommen. Je niedriger die soziale Stellung eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den Stufen 8 bis 10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 12 % an, auf den Stufen 1 bis 3 steigt ihr Anteil auf 27 %.
- Den höchsten Anteil an der Bevölkerung hat dieses Cluster im Nordosten (23 %) sowie in Sachsen und Thüringen (29 %). Diese Gruppe wohnt eher in Gegenden, in denen es den Menschen schlechter geht als den anderen Menschen in Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort am schlechtesten. Sie fühlen sich vor allem ihrer Region, Deutschland und ihrem Bundesland verbunden, nur weniger als jeder Fünfte auch Europa.

Summary

Typologie: Erstes Fazit

- Insgesamt ist festzustellen, dass der Anteil der Politikverdrossenen relativ hoch ist. Bezieht man sowohl die „verdrossenen Populisten“ als auch die „angepassten Skeptiker“ in diese Betrachtung ein, stellt man fest, dass ihr Anteil in ganz Deutschland bei etwa 40 % liegt, in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ostteil) sogar bei 46 %.
- Wichtig ist jedoch die Feststellung, dass die Grenze zwischen den beiden Gruppen nicht zwischen Ost und West verläuft, sondern sich „quer“ durch die gesamte Gesellschaft zieht. Dennoch bleibt die Tatsache, dass gerade die „verdrossenen Populisten“ im Osten deutlich überrepräsentiert sind. Dies ist jedoch vor allem aus den im Osten häufiger anzutreffenden prekären Lebensumständen zu erklären, als dass es tatsächlich DDR-sozialisationsbedingt wäre. Dennoch darf dieser Aspekt nicht völlig außer Betracht gelassen werden, zumal auch insgesamt im Osten 45 % nach einem „starken Staat“ rufen.
- Dabei zeigen sich deutliche Zusammenhänge zur eigenen sozialen Lage und zum eigenen Status, aber auch zur regionalen Ausstattung des jeweiligen Wohnortes. Je schlechter beides beurteilt wird, umso stärker ist die Unzufriedenheit mit bzw. die Ernüchterung gegenüber dem politischen System in Deutschland. Gleichzeitig leidet jedoch die eigene Lebenszufriedenheit.
- Diese sozioökonomischen Variablen erklären u. E. einen großen Teil der Politikverdrossenheit, hinzu kommen psychosoziale Aspekte, die letztlich bestimmen, wie man mit der eigenen Politikverdrossenheit bzw. der Ernüchterung umgeht.
- Die Demokratie ist nur für einen – offenbar schwindenden – Teil der Politikverdrossenen alternativlos. Verdrossene Populisten sind vergleichsweise weit von ihr entfernt, die eher bürgerliche Mitte fühlt sich ihr (noch) verpflichtet.
- Politikverdrossene scheinen sich auf unterschiedlichen Konflikt- oder Eskalationsstufen zu befinden (vgl. Phasenmodell der Eskalation, Friedrich Glasl, 1980). Nach den Befunden aus dieser Studie ist das offen-liberale Cluster derzeit in keinem Konflikt mit der Gesellschaft, das kleinbürgerlich-konservative Cluster dürfte sich auf den Stufen 1 bis 3 befinden (immer noch im Win-Win-Bereich), die „angepassten Skeptiker“ auf den Stufen 3 bis 5 und die verdrossenen Populisten auf den Stufen 4 bis 6 (Lose-Win).
- Nach dieser Annahme könnten die Politikverdrossenen mit unterschiedlichen Methoden der Deeskalation erreicht werden, die von professioneller und systematischer Moderation bis zu Mediation und schließlich zu gerichtlichen Verfahren reichen müssten oder die Ursachen der Verdrossenheit nachhaltig lösen. Dies könnte offenbar am ehesten über die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen und die Beseitigung regionaler Disparitäten gelingen.

Summary

Parteiensympathie und Korrelationen

- Auf einer Skala von 0 bis 10 kommen CDU/CSU momentan im Westen auf einen mittleren Sympathiewert von 5,1, im Osten von 4,3. Es folgen die SPD mit durchschnittlich 4,9 Punkten im Westen und 4,4 Punkten im Osten sowie Bündnis 90/Grüne mit 4,8 Punkten im Westen und 3,8 Punkten im Osten. Die FDP liegt zwischen 3,5 (Ost) und 3,8 Punkten.
- Die Linke liegt im Osten mit den großen Parteien gleichauf und erreicht dort 4,3 Punkte (3,5 im Westen). Die AfD erreicht im Osten 2,1 und im Westen 1,4 Punkte.
- Interessant ist die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Einstellungen zur Politik, der Lebenszufriedenheit und der Beurteilung der regionalen Lebensverhältnisse. Dafür wurden verschiedene Korrelationsanalysen durchgeführt:
 - Die Sympathie mit der AfD korreliert erwartungsgemäß am stärksten mit einer Ablehnung der Demokratie, wie sie gegenwärtig in Deutschland funktioniert, mit dem Gefühl, seine Meinung nicht frei äußern zu dürfen, mit dem nicht empfundenen Schutz vor Kriminalität, mit der Unzufriedenheit mit der politischen Situation in Deutschland, mit der Ablehnung des Zuzugs von Ausländern, aber auch mit negativen Einstellungen zu den eigenen Mitspracherechten, einer negativen Bewertung der Politiker und der Europäischen Union.
 - Die Sympathie mit der AfD steigt, je negativer die konkreten Lebensbedingungen vor Ort beurteilt werden. Die deutlichsten Ausschläge finden sich bei der Beurteilung der Lebensqualität am Wohnort insgesamt, der kommunalen Mitsprachemöglichkeiten und der durchschnittlichen Einkommenshöhe und finanziellen Situation.
 - Hinsichtlich des Institutionenvertrauens korreliert die Sympathie mit der AfD mit dem Misstrauen zu allen abgefragten Institutionen, besonders stark jedoch mit dem Misstrauen in den Bundespräsidenten, die Landesregierung, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Bundesregierung und das Europäische Parlament.
 - Gleichzeitig profitiert die AfD von der Einschätzung einer geringen Gefährlichkeit des Corona-Virus und der Beeinträchtigung des Lebensgefühls durch die Pandemie.
 - Alle anderen Parteien (am stärksten CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Grüne, teilweise aber auch FDP und die Linke) profitieren jeweils von höheren Zufriedenheits- und Vertrauenswerten in nahezu allen untersuchten Feldern.

Summary

Lebenszufriedenheit und Lebensqualität

- Insgesamt ist die Lebenszufriedenheit in Deutschland nach wie vor relativ hoch. Am zufriedensten sind die Befragten mit Familie und Partnerschaft, der medizinischen Versorgung, ihrer Wohnsituation, ihren sozialen Kontakten und ihrem Leben insgesamt.
- In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit insgesamt etwas geringer. Deutliche Differenzen finden sich vor allem bei der medizinischen Versorgung (vor allem im ländlichen Raum), aber auch hinsichtlich der Absicherung im Alter, der finanziellen Situation und der Anerkennung der bisherigen Lebensleistung.
- Zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind die Unterschiede jeweils gering, wobei sich die geringsten Zufriedenheitswerte insgesamt in ostdeutschen Städten finden.
- Signifikante Unterschiede sind zwischen den ermittelten Clustern zu sehen. Während im offenen und liberalen Cluster eine weit überdurchschnittliche Zufriedenheit geäußert wird, fallen die Werte im kleinstädtisch-konservativen Cluster bereits etwas ab.
- Deutliche Unterschiede gibt es jedoch in den beiden Clustern der Politikverdrossenen. Sie sind durchgängig mit allen Lebensbereichen deutlich unzufriedener, vor allem in den Bereichen Altersabsicherung, finanzielle Situation und Anerkennung der bisherigen Lebensleistung überwiegt die Unzufriedenheit in diesen Clustern sehr deutlich.
- Lediglich in den Bereichen Gesundheitsversorgung (nur im Westen), Entwicklung der Wohnsituation und der persönlichen Zukunft (ebenfalls nur im Westen) überwiegen für eine Mehrheit der Befragten die Hoffnungen. Die meisten Befürchtungen gibt es hinsichtlich der Entwicklung von Natur und Umwelt, der weiteren europäischen Entwicklung, des Zuzugs von Ausländern, der Zukunft der Kinder, der Sicherheit von Arbeitsplätzen und der Globalisierung der Wirtschaft.
- Während das offene und liberale Cluster mit großem Optimismus in die Zukunft schaut, sieht diese für die politikverdrossenen Cluster ganz überwiegend düster aus. In keinem Bereich berichtet eine Mehrheit der Befragten von überwiegenden Hoffnungen, in den meisten Bereichen, vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und des Zuzugs von Flüchtlingen und Ausländern, überwiegen Befürchtungen und Sorgen.

Summary

Regionale Disparitäten und regionale Verbundenheit

- Bei der Frage nach der allgemeinen Situation der Menschen in der eigenen Gegend werden die Disparitäten in Deutschland plastisch. Im Osten meinen 19 % der Befragten, dass es den Menschen in ihrer Gegend besser geht als den Menschen in Deutschland insgesamt – im Westen sind das 44 %. Andererseits glauben 31 % im Osten und lediglich 10 % im Westen, dass es den Menschen in ihrer Gegend schlechter geht.
- Die Lebensbedingungen vor Ort werden differenziert bewertet. Die besten Werte erreichen die Einkaufsmöglichkeiten, die Verfügbarkeit von Hilfe im Notfall, die Lebensqualität insgesamt, die Versorgung mit Schulen und die medizinische Versorgung.
- Im Osten werden fast alle Lebensbedingungen mit Ausnahme der Kinderbetreuung, der Wohnraumversorgung, der Postdienstleistungen und von Natur und Umwelt signifikant schlechter bewertet als im Westen.
- Am schlechtesten schneiden die ländlichen Gebiete im Osten ab, vor allem hinsichtlich der medizinischen Versorgung, bei Sportanlagen, bei Mobilfunk und Internetversorgung, Kulturangeboten, Arbeitsmöglichkeiten und den Treffpunkten vor Ort.
- Auch bei diesen Aspekten wird der enge Zusammenhang von regionaler Ausstattung und Politikverdrossenheit sehr deutlich. Während die nicht Verdrossenen hohe Zufriedenheitswerte nennen, sind die beiden verdrossenen Cluster deutlich unzufriedener. Nur eine Minderheit von ihnen ist mit den Treffpunkten vor Ort, der finanziellen Situation der Menschen, der Versorgung mit Wohnraum, den kommunalpolitischen Mitsprachemöglichkeiten, den Arbeitsmöglichkeiten, der Versorgung mit Kulturangeboten und den Betreuungs- und Pflegeangeboten für Ältere zufrieden.
- Am meisten sind die Befragten ihrer eigenen Region, Deutschland insgesamt und ihrem Bundesland verbunden. Mit Westdeutschland fühlen sich 58 % der West- und 27 % der Ostdeutschen verbunden, mit Ostdeutschland dagegen 77 % der Ost- und 28 % der Westdeutschen. Mit Europa fühlen sich 54 % der West- und 40 % der Ostdeutschen verbunden.
- Politikverdrossene zeigen insgesamt eine deutlich geringere regionale Verbundenheit.

Summary

Zuwanderung

- Die Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands wird überwiegend unkritisch eingeschätzt. Lediglich 7 % sehen darin überwiegend eine Bedrohung, weitere 8 % teilweise. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sind diese Werte nur geringfügig höher.
- Deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich der Zuwanderung von Ausländern: 29 % (gegenüber 20 % im Jahr 2018) sehen darin überwiegend eine Bereicherung, 24 % eine überwiegende und 19 % eine teilweise Bedrohung. Im Osten werden Ausländer von insgesamt 47 % ganz oder teilweise als Bedrohung angesehen, im Westen lediglich von 42 %. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sind die Werte hinsichtlich einer Bedrohung insgesamt etwas geringer.
- Die meisten Probleme haben die Befragten mit der Zuwanderung von Flüchtlingen. Während 15 % im Osten und 24 % im Westen diese eher als Bereicherung wahrnehmen, sehen insgesamt 56 % im Osten und 51 % im Westen darin (auch) eine Bedrohung. Im Hinblick auf den regionalen Arbeitsmarkt sind die Ergebnisse wiederum etwas weniger kritisch.
- Bemerkenswert ist, dass seit 2018 sowohl im Osten als auch im Westen der Anteil derer, welche die Zuwanderung von Ausländern als Bereicherung empfinden, signifikant zugenommen hat. Dies bestätigt offenbar die These, dass konkrete eigene Erfahrungen geeignet sind, Ängste und Befürchtungen abzubauen.
- Eine gänzlich abweichende Meinung haben die „verdrossenen Populisten“. Sie fühlen sich von jeglicher Art von Zuwanderung aus dem Ausland fast ausschließlich bedroht.

Summary

Deutsche Einheit

- Zwei Drittel der Befragten in Ost wie West sehen in der Deutschen Einheit eher einen Gewinn, nur jeder zehnte eher einen Verlust. Am skeptischsten sind die eher politikverdrossenen Cluster, aber selbst bei den verdrossenen Populisten konstatieren 46 % eher einen Gewinn und nur 22 % eher einen Verlust, bei den angepassten Skeptikern sind es 49 % (Gewinn) bzw. 16 % (Verlust).
- Für die heute über 40-Jährigen haben sich die mit der Deutschen Einheit verbundenen Hoffnungen überwiegend erfüllt, für 32 % im Großen und Ganzen, für 29 % zumindest in Teilen. Die Befragten im Osten sehen dies allerdings etwas skeptischer, hier antworteten lediglich 23 % mit „im Großen und Ganzen ja“, für 31 % sind die Hoffnungen immerhin teilweise in Erfüllung gegangen.
- Als Verlierer der Einheit sehen sich vor allem die verdrossenen Populisten: 37 % sehen ihre Hoffnungen zumindest teilweise erfüllt, 42 % eher nicht oder gar nicht.
- Per saldo sehen die Befragten sich und ihre Familien eher als Gewinner der Deutschen Einheit. Im Osten sagen 42 %, dass sie bzw. ihre Familien von der Deutschen Einheit profitiert haben, 20 % sehen sich eher als Verlierer. Im Westen sehen sich 28 % auf der Gewinnerseite, nur 11 % als Verlierer.
- Anders ist das Bild, wenn man die einzelnen Cluster betrachtet: Hier zählen sich sowohl die verdrossenen Populisten als auch die angepassten Skeptiker per saldo eher auf der Verliererseite.
- Für Informationen über Ostdeutschland interessieren sich 87 % der Ost- und immerhin 63 % der Westdeutschen. Von denjenigen, die seit 1990 durchgängig im Osten leben, haben bisher 7 % noch nie den Westen besucht, umgekehrt sind es 22 % der Westdeutschen, die noch nie im Osten waren.
- Mit der Vollendung der Deutschen Einheit wird am stärksten der 9. November 1989 als Tag des Mauerfalls verbunden, knapp gefolgt vom 3. Oktober 1990. Die jährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit werden von drei Vierteln der Befragten positiv bewertet, Änderungsvorschläge beziehen sich vor allem auf den Wunsch, die Feiern zu dezentralisieren und bürgernäher zu gestalten.

Summary

Ehrenamt

- Insgesamt sind 50 % (Ost: 44 %, West: 51 %) aktiv ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert. Weitere 15 % engagieren sich zumindest passiv (z. B. durch Mitgliedschaft oder Spenden).
- Die häufigsten Bereiche für ein solches Engagement sind Sport und Bewegung, der soziale Bereich, der Bereich Umwelt, Natur- und Tierschutz sowie die Bereiche Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik. Im Bereich Politik sind 6 % aller Befragten aktiv, weitere 11 % passiv (z. B. qua Mitgliedschaft oder Spenden).
- Im Westen ist das Engagement durchgängig etwas höher als im Osten, am größten ist der Abstand in den Bereichen Sport und Bewegung, Soziales und Umwelt-/Naturschutz.
- Ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich am aktivsten ist das offene und liberale Cluster (ebenfalls vor allem in den Bereichen Sport und Bewegung, Soziales und Umwelt-/Naturschutz), gefolgt vom kleinbürgerlich-konservativen Cluster, das in den Bereichen berufliche Interessensvertretung, Unfall- und Rettungsdienst sowie Justiz aktiver als die anderen Cluster ist. Das geringste Engagement zeigen die verdrossenen Populisten.



Summary

Institutionenvertrauen

- Den meisten untersuchten Institutionen vertrauen die Befragten in Ost und West mehrheitlich. Das größte Vertrauen genießen Feuerwehr und Rettungskräfte, Gesundheitseinrichtungen, die Polizei, Schulen und Bildungseinrichtungen sowie Gerichte.
- Am anderen Ende der Skala vertraut nur jeder Fünfte den sozialen Medien, wenig mehr Vertrauen wird Kirchen und Religionsgemeinschaften, politischen Parteien und privaten Medien geschenkt. Landesregierungen, Kommunalpolitiker und öffentlich-rechtliche Medien finden sich im Mittelfeld mit jeweils knapp mehr als 50 % Vertrauenszuschreibungen.
- Auffällig ist, dass im Osten das Vertrauen in nahezu alle Institutionen signifikant geringer ist als im Westen. Besonders groß sind die Abstände beim Vertrauen in den Bundespräsidenten, die Bundesregierung, das Europäische Parlament, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und in die Europäische Kommission.
- Die verdrossenen Populisten haben in die meisten Einrichtungen kaum noch Vertrauen, bei den angepassten Skeptikern ist das Vertrauen zwar etwas größer, aber bei allen politischen Institutionen dennoch unter der 50 %-Marke.
- Befragte mit dem größten Vertrauen neigen vor allem der CDU/CSU, der SPD und Bündnis 90/Grünen zu, in geringerem Maße auch der FDP und den Linken. Großes Misstrauen geht verstärkt mit einer Sympathie für die AfD einher.

Summary

Digitalisierung

- Im Zusammenhang mit dem Thema Digitalisierung berichtet mehr als die Hälfte der Befragten von starken oder sehr starken Veränderungen ihres Berufslebens.
- Insgesamt werden alle untersuchten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Alltags als wichtig erachtet.
- Fast alle Befragten sind der Meinung, dass mehr für die Bekämpfung von Internetkriminalität getan werden muss, fast genauso viele fordern mehr Anstrengungen für den Ausbau von schnellem Internet für alle sowie die Förderung des Einsatzes von Internet und Computern im Bildungsbereich und mehr Datenschutz im Internet.
- Acht von zehn Befragten wünschen sich eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung im Internet-Bereich, genauso viele ein verstärktes Internetangebot der öffentlichen Verwaltung. Knapp zwei Drittel erwarten mehr Förderung von Existenzgründungen im Internet-Bereich.
- Trotz aller Differenzierung werden alle Forderungen auch von den eher politikverdrossenen Clustern in ähnlicher Weise unterstützt.

Summary

Corona-Pandemie

- Insgesamt 62 % der Befragten halten die Corona-Pandemie für Deutschland für gefährlich – im Osten etwas weniger als im Westen, deutlich seltener bei den verdrossenen Populisten.
- Die Gefährlichkeit für sich selbst wird demgegenüber etwas geringer eingeschätzt, nur 49 % meinen, dass eine Erkrankung ihnen gefährlich werden könnte. Die verdrossenen Populisten schätzen auch bei dieser Frage die Gefahr deutlich niedriger ein.
- Eine mehr oder minder große Angst vor einer eigenen Infektion haben insgesamt nur 33 % der Befragten, wieder am seltensten die verdrossenen Populisten.
- Fast jeder Zweite sieht sein Lebensgefühl durch die Corona-Pandemie mit all ihren Auswirkungen und Einschränkungen beeinträchtigt. Die größten Beeinträchtigungen nehmen auch hierbei die verdrossenen Populisten wahr.
- Die kritische Haltung zum Corona-Virus der verdrossenen Populisten und die von ihnen beschriebene Beeinträchtigung der Lebensqualität schlägt – auch vor dem Hintergrund ihrer Unzufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland – bei diesem Thema bereits in aktive Proteste um. Während sich alle anderen Befragten kaum oder gar nicht an Demonstrationen gegen Corona beteiligen würden, ist immerhin mehr als jeder Fünfte aus dieser Gruppe demonstrationsbereit, weitere 38 % unterstützen diese Demonstrationen. Damit bestätigt sich auch die Einordnung dieses Clusters in die Konflikt- und Eskalationsstufen 4 bis 6 nach Friedrich Glasl. Gleichzeitig korreliert diese Bereitschaft sehr stark mit der Sympathie für die AfD, was wiederum den hohen Anteil von bekennenden Rechtspopulisten bei den bereits stattgefundenen Corona-Demonstrationen (zuletzt in Berlin) erklärt.

Summary

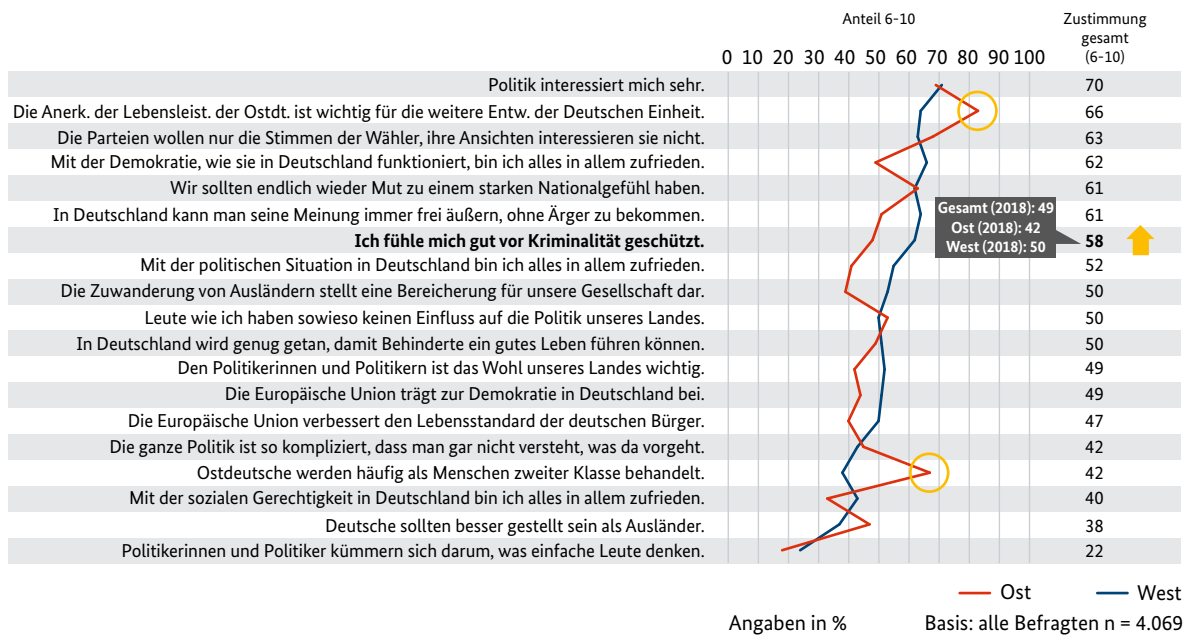
Soziodemografie im Ost-West-Vergleich

- Wie bereits mehrfach festgestellt, sind die ermittelten Unterschiede im Ost-West-Vergleich in deutlichem Maße auf die persönliche Lebenssituation und die regionale Ausstattung zurückzuführen. Im Folgenden deshalb noch einige Anmerkungen zu soziodemografischen Strukturunterschieden im Ost-West-Vergleich:
 - Im Osten ist das Durchschnittsalter mit 51,3 Jahren etwas höher als im Westen (49,2 Jahre). Am „ältesten“ sind die Bewohner ländlicher Gebiete im Osten mit durchschnittlich 52,9 Jahren.
 - Im Osten ist sowohl der Anteil von Befragten mit bis zu 9 Schuljahren als auch der Abiturienten-Anteil etwas geringer als im Westen, was vor allem auf das DDR-Schulsystem (POS/10 Klassen) zurückzuführen sein dürfte. Gleichzeitig ist im Osten der Arbeiter-Anteil etwas höher, der Anteil von Menschen, die noch nie berufstätig waren, etwas niedriger.
 - Im Osten sind 68 % der Befragten konfessionslos, im Westen lediglich 35 %.
 - Im Osten ist der Anteil derer, die sich auf der sozialen Leiter unten oder in der Mitte eingruppierten, signifikant höher als im Westen.
 - Die Haushalte im Osten kommen etwas schlechter mit ihrem monatlichen Einkommen zurecht. Denjenigen, die seit 1990 vom Westen in den Osten gezogen sind, geht es deutlich besser als den durchgängigen Einwohnern Ost. Wer hingegen seit 1990 vom Osten in den Westen gezogen ist, hat etwas größere Probleme als die „Einheimischen“.
 - Im Osten haben nur 28 % der Befragten ein Haushaltseinkommen über 3.000 EUR, im Westen sind das 39 %.



Einstellungen zur Politik

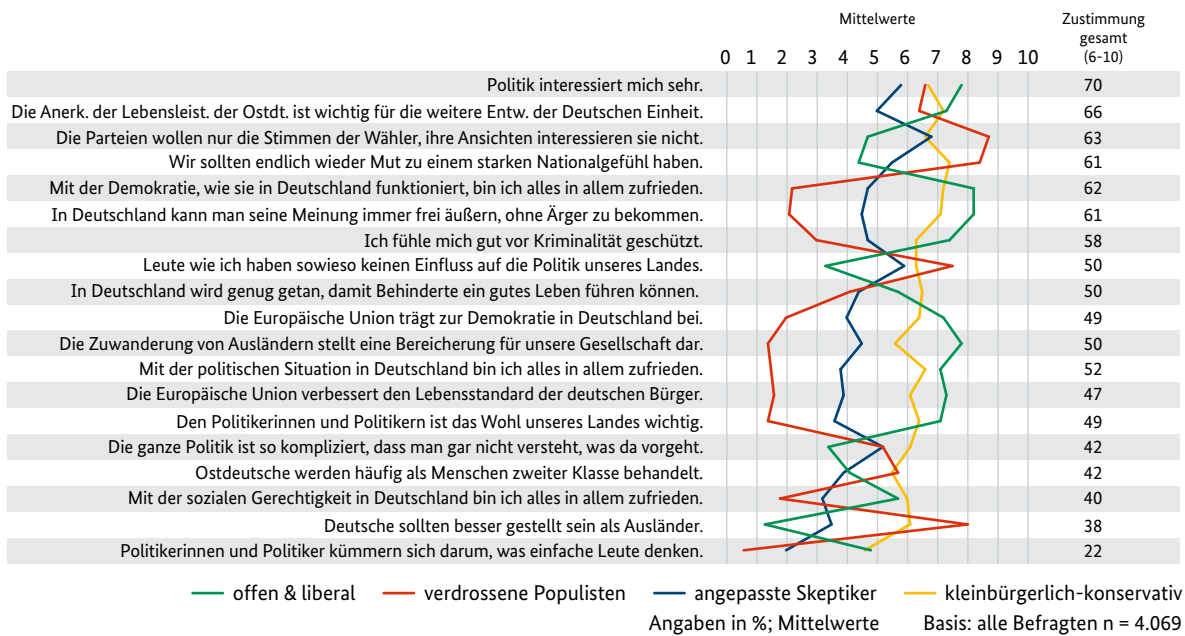
F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
 Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“
 und 10 = „stimme voll und ganz zu“.



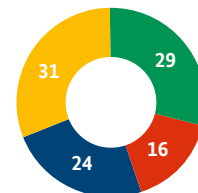
→ **Im Osten ist eine deutlichere Unzufriedenheit mit der politischen Situation messbar.**

Typologie: Einstellungen zur Politik

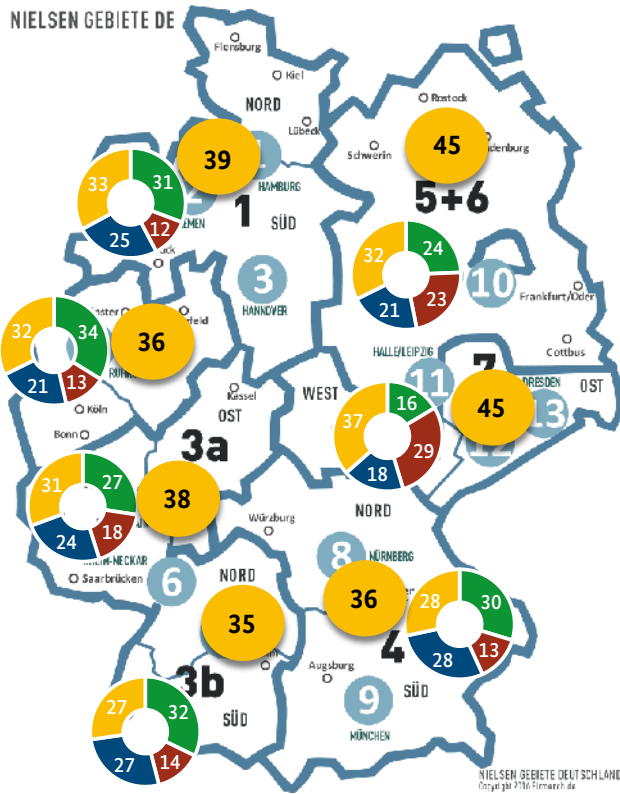
F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“
und 10 = „stimme voll und ganz zu“.



→ **Politikverdrossenheit wird besonders in einem Cluster deutlich, ist aber auch in zwei weiteren zu finden.**



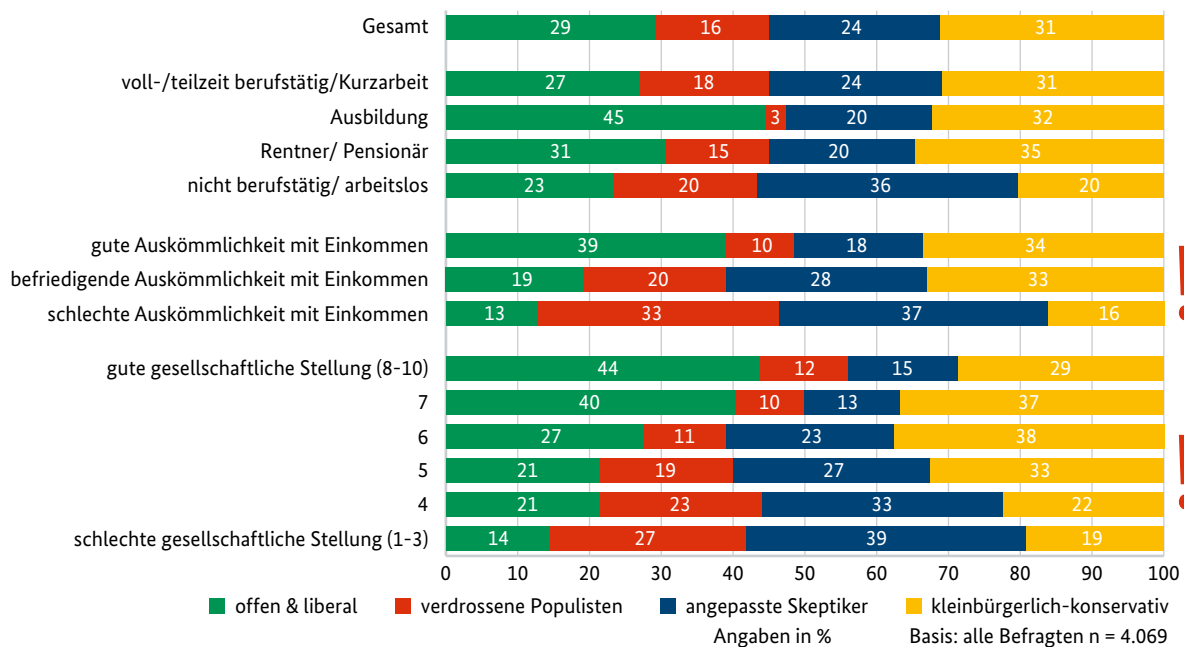
Regionale Clusterstrukturen



→ **Ein besonders hoher Anteil verdrossener Populisten ist in Sachsen und Thüringen zu finden.**

Typologie: Einstellungen zur Politik

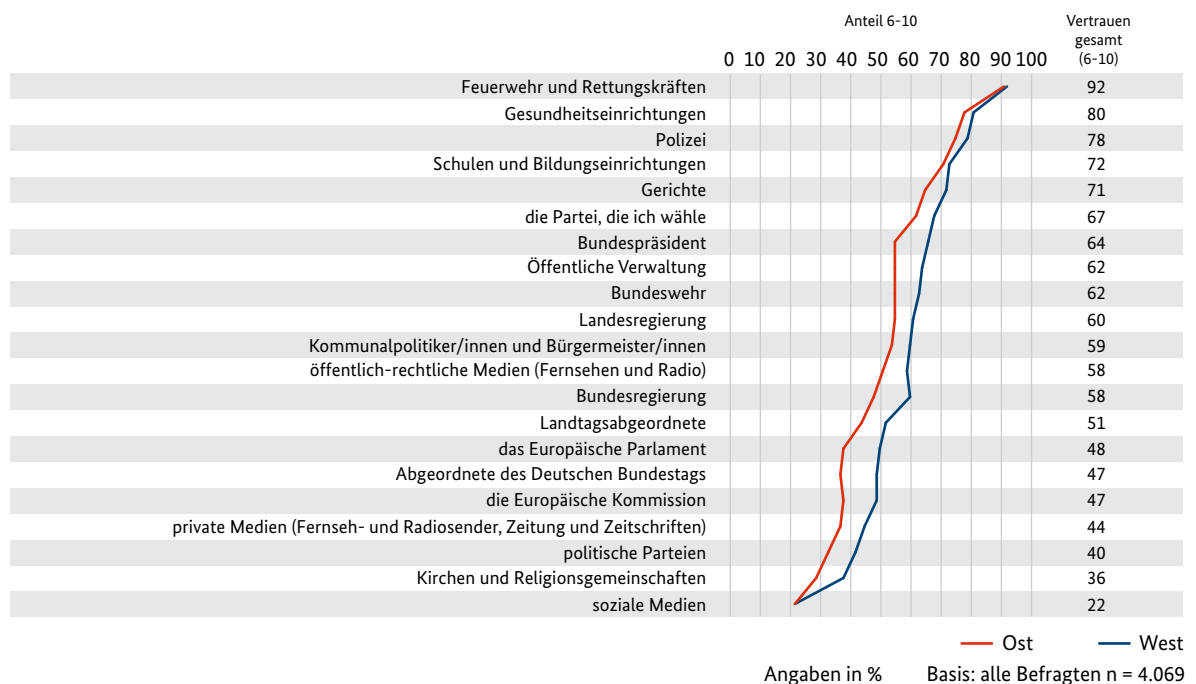
F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“
und 10 = „stimme voll und ganz zu“. (Clusteranalyse)





Vertrauen in Institutionen

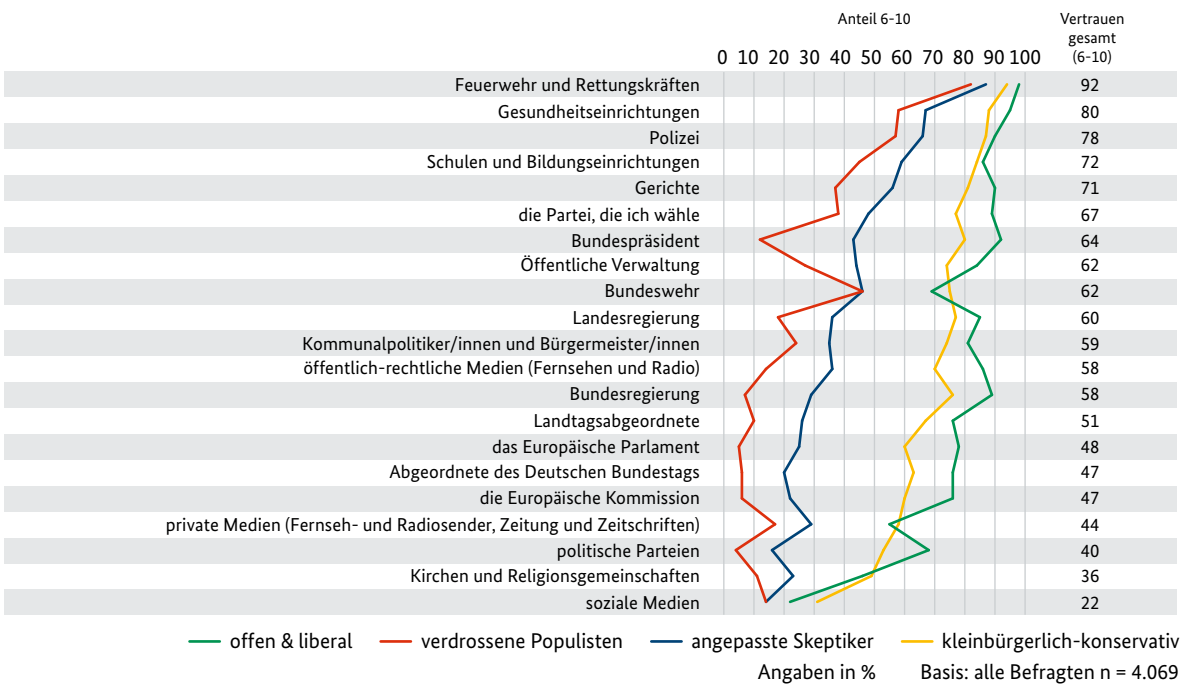
F25. Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen?
Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 und 10.
10 bedeutet „vertraue ich voll und ganz“, 0 bedeutet „vertraue ich gar nicht“.



→ **Im Osten ist das Vertrauen durchgängig deutlich geringer.**

Vertrauen in Institutionen

F25. Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen?
 Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 und 10.
 10 bedeutet „vertraue ich voll und ganz“, 0 bedeutet „vertraue ich gar nicht“.



→ **Verdrossene Populisten haben zu den meisten Institutionen jegliches Vertrauen verloren.**



Auswertung der Ergebnisse der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“ durch Prof. Dr. Everhard Holtmann, Dipl.-Soz. Tobias Jaeck, Prof. Dr. Marion Reiser „Politisches und gesellschaftliches Bewusstsein in Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung“

Eine Analyse ausgewählter Einstellungen auf Basis der
von der INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung
im September 2020 erhobenen Umfragedaten
– Kurzfassung –

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Marion Reiser
Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:

Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren

Stichprobe:

Quotierte Zufallsauswahl

Erhebungsverfahren:

Computergestützte Telefoninterviews (CATI),
Computergestützte Onlineinterviews (CAWI)

Fallzahl:

$N_{\text{Gesamt}} = 4.069$

$N_{\text{West}} = 2.700$

$N_{\text{Ost}} = 1.369$

Fehlertoleranz:

Prozent in der Stichprobe	Toleranz ohne Korrekturfaktor (optimistisch)	Toleranz mit Korrekturfaktor (konservativ)
5 % bzw. 95 %	+/- 1,3	+/- 1,8
10 % bzw. 90 %	+/- 1,8	+/- 2,5
20 % bzw. 80 %	+/- 2,4	+/- 3,3
30 % bzw. 70 %	+/- 2,7	+/- 3,8
40 % bzw. 60 %	+/- 2,9	+/- 4,1
50 %	+/- 3,0	+/- 4,2

Erhebungszeitraum:

28.08. bis 14.09.2020

Institut:

INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung

Anmerkung zur Grammatik und Orthografie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit und Barrierefreiheit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

1 Vorbemerkungen zum analytischen Vorgehen

1.1 Die Beziehungen der Bürger zur Politik – allgemeine Grundannahmen

Das Bild, das sich Bürger von der Politik machen, fällt vielschichtig und wechselhaft aus. Vielfach unterschiedlich sind bei individuellen Ausprägungen des politischen Bewusstseins ihre Überzeugungstiefe und Dauerhaftigkeit. Um diesen Tatbestand anschaulich zu machen und in seine gesellschaftlichen Entstehungs- und Entwicklungszusammenhänge einzuordnen, bedarf es einer theoretisch angeleiteten Strukturierung des Gegenstands der Betrachtung. Hierfür greifen wir im Folgenden das klassische Erklärungskonzept der Politische-Kultur-Forschung auf, das auf Almond/Verba (1963, 1989) zurückgeht. Diesem Ansatz zufolge lassen sich analytisch drei Dimensionen der Wahrnehmung von Politik unterscheiden: Zum einen gibt es Grundüberzeugungen bzw. Werthaltungen (*beliefs*), die über längere Zeiträume bzw. Lebensabschnitte hinweg stabil bleiben, zum Beispiel eine zustimmende oder ablehnende Position zum demokratischen Modell politischer Ordnung. Daneben sind Einstellungen (*attitudes*) wirksam, die sich unter dem Eindruck äußerer Ereignisse oder persönlicher Erlebnisse von Zeit zu Zeit ändern können, etwa eine über einen Wahltag hinausreichende Bindung an eine politische Partei. Außerdem bilden sich Meinungen (*meanings*) als eine dritte, vergleichsweise ‚flüchtige‘ Dimension, die situative Eindrücke einfängt bzw. spontane Reaktionen wiedergibt. Ein Beispiel hierfür sind Beliebtheitskalen von Politikern.

Unterschiedlich ist nicht nur die Intensität, mit der Politik wahrgenommen wird. Auch der Objektbezug wechselt – je nachdem, ob die politische Ordnung insgesamt, ob ihre Institutionen, ob ihre Akteure oder ob die eigene Stellung gegenüber der Politik (*The Self in the System*) in den Blick rücken. Politisches Bewusstsein – und ebenso politisches Verhalten – ist folglich Ausdruck und Ergebnis einer andauernden persönlichen Beziehung zum Bereich des Politischen. Und: Diese Beziehung ‚hat System‘, das heißt, sie folgt Regeln und einer besonderen Entwicklungslogik, die sich unter anderem an objektiven Möglichkeiten und subjektiven Erwartungen gerechter Verteilung öffentlicher und privater Güter ausrichtet.

Diesen Grundgedanken der funktionalistischen Systemtheorie (Easton 1979 [1965]) aufnehmend, verfolgt die empirische Politische-Kultur-Forschung „das Ziel, den Beitrag kultureller Faktoren zur Erklärung der Stabilität politischer Systeme unter sich verändernden Umweltbedingungen zu ermitteln“ (Gabriel 2010: 12). Dieser Ansatz erscheint insbesondere für die Analyse eines *Systemwechsels* hilfreich, geht es dabei doch – wie im Falle der deutschen Einigung – nicht zuletzt auch darum, die politisch-psychologischen Langzeitfolgen eines politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs aufzuzeigen.

Politische Kultur drückt sich gleichermaßen in politischen Einstellungen wie politischem *Verhalten* aus. Auf die Verhaltens- bzw. Handlungsdimension stellt das Citizen Politics-Konzept (vgl. Gabriel 2010) ab. Dieses Konzept geht der Frage nach, „wie individuelle und kollektive politische Akteure am politischen Leben teilnehmen, wie sie also in die Herstellung und Durchsetzung der für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Entscheidungen einbezogen sind“ (ebd.: 14). Wie Bürger sich politisch beteiligen, einschließlich der Neigung, sich einer Mitwirkung zu verweigern, gibt Aufschluss über das Ausmaß an Systemloyalität sowie über das Vertrauen in die politischen Institutionen und Akteure.

Dass politische Partizipation ein wichtiger Gradmesser für die Stabilität und Akzeptanz des politischen Systems ist, hat die empirische Politikforschung wiederholt nachgewiesen. Gerade auch um den aktuellen Entwicklungsstand auf der Ebene der politischen Einstellungen im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit einzuschätzen, sind die heute praktizierten Formen politischer Partizipation – in ihrer ganzen Bandbreite, von systemstützender Beteiligung bis zum systemkritischen Protestverhalten – ein wichtiger Indikator. Damit lässt sich auf der Ebene politischen Verhaltens der erreichte oder möglicherweise auch wieder rückläufige Grad der Stabilisierung der politischen und sozialen Ordnung messen. Daher wird in umfragebasierte politikwissenschaftliche Analysen die Skala „konventioneller“ und „unkonventioneller“ Partizipation in der Regel aufgenommen (vgl. Kaase 1976, Gabriel u. a. 2015, Gabriel 2019).

1.2 Die Sicht auf Politik im wiedervereinigten Deutschland: geteilte Perspektiven?

Das Attribut „geteilt“ lässt zwei Deutungen zu: Perspektiven werden entweder gemeinsam geteilt oder sie sind unterschiedlich. Für die Analyse des gegenwärtigen Standes der politischen Kultur in Deutschland und ihrer Entwicklung seit 1990 ist davon auszugehen, dass aufseiten der Bevölkerung beide Sichtweisen Teil der Wahrnehmung von Politik sind. Konkret lautet daher die untersuchungsleitende Frage, ob sich die Bewertung der Politik zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil des Landes angenähert hat oder ob es nach wie vor deutliche bzw. dauerhafte Unterschiede gibt.

Der Sozialisationsthese zufolge wäre aufgrund der persönlichen Prägungen durch das nunmehr gemeinsame Lebensumfeld eine gesamtdeutsche *Angleichung* zu erwarten. Dafür gibt es in der Tat viele Belege. Beispielsweise fällt das Urteil darüber, ob bei einem Vergleich der Lebensumstände eher die DDR oder die Bundesrepublik besser abschneidet, bei jüngeren Ostdeutschen unter 35 Jahren positiver aus als bei den älteren (Gabriel/Holtmann/Jaek u. a. 2015: 137f.). In der älteren Generation Ostdeutscher überlagern sich zwei Schichten sozialisationsbedingter Prägungen. Während die jüngeren eher im bundesdeutschen Erfahrungshorizont denken und seine Wertmaßstäbe übernehmen, knüpfen ältere Ostdeutsche noch an ihre biografische Verankerung in der DDR an. *Annäherung und Differenz* bei politischen Einstellungen sind also hierbei unterschiedlich nach Generationen verteilt.

Dass sich Ost-West-Einstellungsunterschiede seit 30 Jahren kontinuierlich erhalten, erklärt sich außerdem mit *Performanzeffekten*, d. h. damit, wie Ostdeutsche nach dem Systemwechsel 1990 das Leistungsvermögen der neuen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung persönlich erfahren (haben). Für viele verbindet sich die Leistungsbilanz des neuen Systems individuell mit beruflicher Unsicherheit, Statusverlust und ungleicher Teilhabe an Einkommen und Vermögen sowie sozialräumlich, d. h. im Lebensumfeld strukturschwacher Regionen, mit schrumpfender öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Der doppelte Transformationschock, den Ostdeutschland infolge des Umbruchs

1990 und der globalen Finanzkrise 2008/2009 erfuhr (Holtmann 2019, Brachert/Holtmann/Jaek 2020), ist ein wesentlicher Grund dafür, dass, wie wir im Folgenden zeigen, im Osten die Bewertung des politischen Geschehens häufig konstant niedriger ausfällt als im Westen.

1.3 Zur Aussagekraft von Umfragedaten allgemein

Zu Stand und Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins im wiedervereinigten Deutschland liegt eine Fülle von Umfragedaten vor. Soweit es sich um periodisch wiederholte Erhebungen handelt (z. B. Allbus, ESS, Politbarometer – siehe auch Anhang 1), lassen sich die Daten als Zeitreihen abtragen. Aktuell erhobene Daten gewinnen an Aussagekraft, wenn sie vor dem Hintergrund solcher Zeitreihen interpretiert werden können – vorausgesetzt, die neu gestellten Fragen stimmen mit den vorherigen inhaltlich überein. Wenn sich frisch erhobene Daten auf diese Weise in längerfristige Entwicklungstrends einordnen lassen, bringt dies einen erheblichen Zugewinn an Erkenntnis. Genauer erkennbar wird dann für die politische Kultur Deutschlands, landesweit und im Ost-West-Vergleich eine besondere *Entwicklungsdynamik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten*. Diese Dynamik kann in empirischen Studien für ausgewählte und analytisch als Zeitreihen aufbereitete politische Orientierungen im Zeitverlauf seit 1990 nachgewiesen werden.

Nimmt man anhand solcher Zeitreihen einen Vergleich der Entwicklungsdynamik gesondert nach Ost- und Westdeutschland vor, so tritt dabei, wie wir an anderer Stelle ausgeführt haben, ein Nebeneinander unterschiedlicher Entwicklungstrends zutage. Kennzeichnend für die Entwicklungsrichtung sind *Konvergenz* und *Parallelität* ebenso wie *Differenz* und *Divergenz* (vgl. BMWi 2020). Diese vier Prozessbegriffe eignen sich als Strukturierungshilfe, um – vergleichend für den Ostteil und den Westteil des Landes – die politische Kultur hierzulande in ihren Ausprägungen von Konstanz und Wandel, von Ähnlichkeit, Übereinstimmung und Unterschied, von Verfestigung und Veränderung entlang der Zeitachse seit 1990 darzustellen.

1.4 Zur konkreten Anschlussfähigkeit von Daten der INFO-Erhebung 2020

Für eine Prozessanalyse politischer Orientierungen einschließlich einer grafischen Einbettung in langfristige Zeitreihen, wie wir sie für eine Anzahl von Variablen – beginnend mit dem zeitlichen Ausgangspunkt 1990 – bereits erstellt und mehrfach fortgeschrieben haben (Gabriel u. a. 2015, Holtmann u. a. 2019, BMWi 2020, Jb. Dt. Einheit 2020: 45-50), erweist sich folgende Auswahl der von der INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung im Rahmen der Umfrage 2020 erhobenen Variablen bzw. Variablen-Kombinationen als anschlussfähig:

- politisches Interesse
- Demokratie als Staatsidee (hier: „gute Regierungsform“)
- Zufriedenheit mit der Demokratie
- Vertrauen in Bundestag/Bundesregierung
- Vertrauen in Politiker und Parteien
- Vertrauen in Gericht/Justiz
- Vertrauen in Polizei
- Vertrauen in Verwaltung

Ferner haben wir auf der Grundlage der uns zur Verfügung gestellten Umfragedaten zum Teil Indizes¹ aus einzelnen Variablensets erstellt, und zwar für folgende Einstellungskomplexe:

- Rückkopplung der Politik (*Responsivität*)
- Vertrauen in politische Institutionen
- Zufriedenheit mit der Politik und Demokratie
- subjektive politische Kompetenz und Involviertheit

Eingang in unsere Analyse finden außerdem folgende Befunde der Kurzerhebung:

- dringliche Probleme aus Sicht der Bevölkerung
- Zufriedenheit mit dem Leben
- räumliche Identifikation und Verbundenheit
- subjektive Einschätzung der Deutschen Einheit
 - erfüllte vs. enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen
 - Einordnung als Gewinner oder Verlierer der Deutschen Einheit

Andere für Stand und Entwicklung der politischen Kultur und der Sozialkultur des vereinigten Deutschlands ebenfalls bedeutsame Einstellungen waren nicht Gegenstand des INFO-Datensatzes und bleiben daher in unserer hier vorgelegten Analyse unberücksichtigt. Das betrifft insbesondere Themen wie das Gerechtigkeitsempfinden, die Einschätzung der allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Situation heute und in Zukunft, die Selbstwirksamkeit bzw. *Self Efficacy* („Was traue ich mir zu?“), den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die (hypothetische) Präferenzentscheidung zwischen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, die Option „Eigenverantwortung“ bzw. „Staatsverantwortung“ im Feld sozialer Sicherung sowie die Bevorzugung der repräsentativen oder der direkten Demokratie. Sowohl die Betrachtung dieser Aspekte als auch eine systematische Kontextanalyse, bei der kleinräumige regionale Strukturmerkmale mit Einstellungsdaten und eventuell auch Wahldaten miteinander verknüpft werden (vgl. Brachert/Holtmann/Jaeck 2020, mit weiteren Nachweisen), bleiben künftigen, konzeptionell entsprechend ausgelegten Umfragen vorbehalten.

Im Folgenden werden für die oben aufgelisteten Einstellungen jeweils Ost-/West-Vergleiche vorgenommen und statistische Zusammenhänge durch Mittelwertvergleiche, Kreuztabellen und damit verbundene Indexbildungen ausgewählter Variablen dargestellt. Hierbei betrachten wir auch differierende bzw. vom Durchschnitt abweichende Verteilungen, die mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen (z. B. ältere/jüngere Generationen, Bildung) bzw. der subjektiven Einschätzung der Lebenslagen (z. B. relative Einkommen) einhergehen.

Für die Einordnung der Daten der Kurzerhebung 2020 in den Entwicklungsgang der politischen Kultur in Deutschland seit dem Einigungsjahr 1990 ziehen wir von uns erstmals 2014 erstellte und seither mehrfach aktualisierte *Metatrend-Analysen* heran. Hierfür werden Daten etlicher langfristig angelegter und periodisch wiederholter Bevölkerungsumfragen (Allbus, Eurobarometer, ESS etc.) auf einen einheitlichen Wertebereich (minus 2 bis plus 2) rekodiert, um für die verschiedenen Mittelwerte eine identische

¹ Für die Bildung eigener Indizes sowie die Fortschreibung der Metadaten-Zeitreihen wurden die Daten des INFO-Datensatzes je nach Anforderung umkodiert in einen einheitlichen Wertebereich von -2 bis +2 bzw. -5 bis +5.

Berechnungsgrundlage zu haben. Auf dieser Basis werden sodann die Metatrends für Ost- und Westdeutschland errechnet.²

2 Zusammenfassung wichtiger Befunde und Schlussfolgerungen

1. Die Leistungsfähigkeit ihres politischen Systems bemessen die Bürger daran, inwieweit dieses die von ihnen als dringlich angesehenen Probleme löst. In Ost und West stehen die Themen Zuwanderung/Asyl und Corona/Pandemie an erster Stelle, gefolgt von den Themen soziale Gerechtigkeit und Klimawandel. Dabei werden Gerechtigkeitsfragen und Migrationsprobleme vergleichsweise häufiger im Osten, Herausforderungen durch die Pandemie und Umweltschäden hingegen öfters im Westen priorisiert.
2. Bezüglich der Dringlichkeit der Themen Migration/Asyl und soziale Gerechtigkeit sind die Unterschiede zwischen Ost und West nicht stark ausgeprägt. Abweichend von manchen anderslautenden Annahmen (und anders als auf der Ebene des Wahlverhaltens) kann demnach bei diesen sozialkulturell bzw. sozialmoralisch unterlegten Vorzugsthemen eine beide Landesteile tief spaltende Konfliktlinie nicht festgestellt werden. Hierbei treiben Ost- und Westdeutsche – wenngleich in stärkerem oder schwächerem Ausmaß – der Tendenz nach die gleichen Probleme um.
3. Politisches Interesse ist eine Grundvoraussetzung, ein mentales Förderband für sowohl passive als auch aktive Formen politischer Partizipation. Politisch interessiert sind nach eigener Aussage aktuell nahezu gleich viele Menschen in Ost- und Westdeutschland. Ungefähr seit 2015 steigt das politische Interesse in beiden Teilen des Landes deutlich an.

Die beiden Metatrends für die aggregierten Ost- und West-Mittelwerte liegen zum aktuellen Messzeitpunkt 2020 fast gleichauf.

4. Das Interesse an Politik steigt erfahrungsgemäß im Vorfeld von allgemeinen Wahlen, insbesondere im Bund. Ein Anstieg des Politikinteresses kann jedoch auch eine Folge von stärkerer sozialer und politischer Polarisierung sein, wie sie für Deutschland seit etwa 2015 feststellbar ist. Die Auswertung der Daten der INFO-Erhebung 2020 bestätigt diese Beobachtung: Politisches Interesse ist unter AfD-Anhängern insgesamt nicht weniger verbreitet als bei Personen, die mit den etablierten demokratischen Parteien sympathisieren.
5. Die Idee der Demokratie wird seit der Wiedervereinigung von deutlichen Mehrheiten der Bevölkerung in Ost und West unterstützt. Zugleich lagen die ostdeutschen Zustimmungswerte jahrzehntelang kontinuierlich – und zeitweise sehr deutlich – niedriger als im Westen der Bundesrepublik. Im dreißigsten Jahr des geeinten Deutschlands hat sich die Ost-West-Differenz bei der Zustimmung zur Demokratie als einer „guten Regierungsform“ ungefähr halbiert. Noch mehr haben sich Ost- und Westdeutsche bei der positiven Einstellung zur „in Deutschland existierenden Demokratie“ angenähert. Die demokratische Grundordnung basiert gegenwärtig auf einem stabilen gesamtdeutschen ideellen Fundament – freilich auf dem abstrakten Niveau des Bekenntnisses zu sehr allgemeinen Prinzipien.
6. Das Bild ändert sich, wird hierzulande nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gefragt. Bezüglich ihrer konkreten Leistungsbilanz äußern sich deutschlandweit knapp zwei Drittel der Befragten zufrieden und gut ein Viertel unzufrieden.

² „Der Metatrend soll über alle Einzelbefragungen hinweg einen ‚übergeordneten‘ Trend messen, der Messfehler, Artefakte und Ausreißer verschiedener Erhebungsmethoden, -zeitpunkte und -institute nivelliert und ausgleicht. Dementsprechend wird der Metatrend nur dann angegeben, wenn uns Daten mehrerer Quellen bzw. Studien vorlagen“ (Jaeck 2019: 40). Soweit wir in Metatrend-Abbildungen Daten der Kurzerhebung 2020 aufgenommen haben, werden diese als „Datenpunkte“ grafisch gesondert kenntlich gemacht.

Hierbei wird ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar, das sich kontinuierlich seit den 1990er-Jahren bis in die Gegenwart fortschreibt. Laut den Daten der INFO-Erhebung 2020 sind ca. 65 % der Westdeutschen, aber nur 48 % der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie voll und ganz bzw. eher zufrieden. Umgekehrt äußern sich aktuell im östlichen Teil des Landes knapp 37 % und im Westen gut 23 % unzufrieden.

7. Verglichen mit der 2018 und 2019 abknickenden Zufriedenheitskurve sind indes ausweislich der INFO-Daten die Zufriedenheitswerte in West wie Ost aktuell wieder signifikant gestiegen. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass das Corona-Krisenmanagement von Politik und Verwaltung aus Bund, Ländern und Kommunen, wie auch andere Studien nachweisen, bislang überwiegend positiv benotet wird. Offen bleibt einstweilen, ob sich der pandemiebedingte Performanz-Bonus für die Regierenden als nachhaltig erweist oder wieder verflüchtigt.
 8. Ein Demokratieindex, gebildet aus mehreren Zufriedenheits-Dimensionen der Umfrage 2020, bestätigt, dass zwischen einer positiven Sichtweise der Leistungskraft der Politik und weiteren politischen Einstellungen sowie persönlichen sozioökonomischen Merkmalen ein Zusammenhang besteht. Wer die demokratische Regierungsform bejaht, Politiker als responsiv erfährt, großes Vertrauen in die politischen Institutionen setzt und mit einer etablierten demokratischen Partei sympathisiert, betrachtet überwiegend auch die politische Lage im Land wohlwollend, erachtet die Demokratie für funktionstüchtig und heißt die Politik der Regierenden gut. Den gleichen positiven Gesamteindruck des politischen Geschehens hegen Personen, die gut gebildet, fortgeschrittenen Alters und mit ihrem Leben allgemein sowie ihrer finanziellen Situation zufrieden sind.
 9. Institutionenvertrauen: Sowohl für die rechtsstaatlichen als auch für die parteienstaatlichen Institutionen ist seit der Wieder-
- vereinigung das gewährte Vertrauenskapital im Osten kontinuierlich niedriger als im Westen. Aktuell fällt die Differenz zwar eher moderat aus. Dennoch drückt sich in der Vertrauenskluft eine im Osten Deutschlands fortwirkende, häufiger grundsätzlich skeptische bis kritische Distanzhaltung gegenüber den politischen Institutionen aus.
 10. Auch für das Institutionenvertrauen bestätigt sich der Zusammenhang mit weiteren politischen Einstellungsvariablen und dem sozioökonomischen Status von Befragten. Wer die demokratische Regierungsform schätzt, sich selbst eine hohe Lebensqualität bescheinigt, die herrschenden Zustände als sozial gerecht und sich persönlich finanziell gut gestellt sowie gegen soziale Risiken abgesichert ansieht, vertraut überwiegend auch in hohem Maße den politischen Institutionen. Dies tut umgekehrt weniger bis gar nicht, wer die persönliche Finanzlage als prekär und die Verhältnisse als sozial ungerecht ansieht, wer der demokratischen Praxis kritisch bis ablehnend gegenübersteht, Politiker und Parteien als abgehoben empfindet sowie die eigene Möglichkeit, Politik zu beeinflussen, pessimistisch einschätzt.
 11. Sind Politiker und Parteien responsiv, das heißt in ihrem Denken und Handeln am Gemeinwohl orientiert und offen für ständige Bürgerkontakte? – Wie immer werden politische Parteien auch aktuell sehr negativ beurteilt. Annähernd zwei Drittel der Befragten – dabei etwa 5 % mehr in Ostdeutschland – unterstellen Parteien, sie seien ausschließlich auf Wählerstimmen aus. Dass Inhaber politischer Ämter und Mandate das Wohl des Landes im Blick hätten, meint knapp die Hälfte aller befragten Deutschen. Allerdings ist bei diesem bemerkenswert wohlwollenden Meinungsbild der westdeutsche Anteil größer. Ostdeutschland ist in dieser Frage in zwei ungefähr gleich große Blöcke gespalten. Aber: Dass sich „Politiker darum kümmern, was einfache Leute denken“, verneinen im gesamtdeutschen Durchschnitt annähernd zwei Drittel aller Befragten, in Ostdeutschland al-

- lein sind es fast 70 %. Das Stereotyp, dass „die da oben“ andere Interessen verfolgen als „wir hier unten“, findet mithin breite Zustimmung.
12. Subjektive politische Kompetenz ist in einer lebendigen Demokratie der basisdemokratische Gegenpol zu einer responsiv agierenden politischen Positionselite. In dieser Hinsicht fällt die Selbsteinschätzung der bundesdeutschen Bevölkerung insgesamt zwiespältig aus. Zu etwa gleichen Teilen wird bejaht oder verneint, dass der politische Betrieb zu kompliziert sei, um ihn durchschauen zu können. Dass „Leute wie ich“ politisch einflusslos sind, ist bundesweit mit ca. 49 % die Meinung der relativen Mehrheit; gegenteiliger Ansicht sind 37 %.
 13. Für die räumliche Identifikation, also dafür, was Bürger als ihre Heimat ansehen, spielen gefühlsmäßige Bindungen ebenso eine Rolle wie zweckrationale Einschätzungen, beispielsweise von gebotener Lebensqualität. Wie in den Vorjahren fühlen sich Ost- und Westdeutsche aktuell vor allem „ihrer Region“, d. h. ihrem wohnortnahen Lebens- und Arbeitsumfeld verbunden. Auch die Bindung an das eigene Bundesland ist in Ost und West etwa gleich intensiv. Unterschiedlich ist hingegen die Identifikation mit dem jeweils eigenen und dem jeweils anderen Landesteil: Ostdeutsche fühlen sich mit Ostdeutschland wesentlich stärker verbunden als Westdeutsche mit Westdeutschland. Jeweils jeder vierte Befragte hat eine persönliche Bindung an den anderen Landesteil. Ein solches Naheverhältnis wird im Osten etwas weniger oft bestätigt als im Westen.
 14. Während demzufolge die lokale und regionale Ebene für Ost- und Westdeutsche gleichermaßen hohe identitätsstiftende Bedeutung hat, stellt sich die räumliche Bindekraft an den Landesteil und den Nationalstaat im innerdeutschen Vergleich unterschiedlich dar. Überraschend ist diese Differenz nicht. Westdeutsche fühlen sich häufiger wie selbstverständlich dem deutschen Nationalstaat verbunden, ist für sie doch die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik eine seit gut 70 Jahren historisch gewachsene Erfahrungsgröße. In dieser Erfahrung ist „Westdeutschland“ als ein räumliches Synonym mit aufgehoben.
 15. Demgegenüber ist „Ostdeutschland“ für viele Ostdeutsche nach 1990 ein Orientierungspunkt geblieben. Die vergleichsweise hohe Verbundenheit Ostdeutscher mit Ostdeutschland hat in den letzten Jahren an Intensität und Reichweite nicht eingebüßt. Die Gründe dafür sind bekannt. Ältere verbinden mit „Ostdeutschland“ lebensweltlich geprägte Erinnerungen und Sozialisationserfahrungen, die aus der Zeit der DDR in das vereinigte Deutschland mitgenommen worden sind. Hinzu kommt bei den Älteren das persönliche bzw. familiäre Erleben des Systemumbruchs, dessen Nachwirkungen auch bei Teilen der jüngeren Generation Ost die Bindekraft eines ostdeutschen „Schicksalskollektivs“ bewusst halten.
 16. Dass Ostdeutschen für ihre „Lebensleistung“ nicht genug Wertschätzung entgegengebracht werde, ist ein kritischer Tenor in der gegenwärtigen innerdeutschen Debatte um Stand und Folgen der deutschen Einheit. Dass diese Leistung Anerkennung erfahren sollte, um das Zusammenwachsen beider Teile des Landes zu fördern, wünschen aktuell rund 83 % im Osten und rund 63 % im Westen. Aktuell sind rund 57 % der Ostdeutschen mit der Anerkennung ihrer „bisherigen Lebensleistung“ zufrieden. Diese Einschätzung kontrastiert zur gleichzeitig mehrheitlich bekundeten gefühlten Zurücksetzung: Rund zwei Drittel sind im östlichen Teil des Landes immer noch überzeugt, Ostdeutsche würden „häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt“.
 17. Dennoch sehen sich die Menschen in beiden Landesteilen eher als Gewinner denn als Verlierer der deutschen Einheit, wobei es deutliche Unterschiede zwischen West und Ost gibt: Im Westen fühlt sich die Mehrheit (52 %) weder als Gewinner noch als Verlierer. Zudem gibt es nur wenige Befragte, die sich als Verlierer der Einheit wahrnehmen (10 %).



- Dies liegt vermutlich an den geringeren unmittelbaren persönlichen Auswirkungen der deutschen Einheit in Westdeutschland. Im Osten bezeichnen sich hingegen fast zwei Drittel der Befragten entweder als Gewinner (43 %) oder Verlierer (20 %) der Wiedervereinigung. Dabei sehen sich insbesondere die 40- bis 59-Jährigen häufiger als Verlierer der Einheit – also jene Altersgruppe, die in Ostdeutschland in besonderer Weise vom Systemwandel und den damit verbundenen persönlichen und beruflichen Umbrüchen betroffen war.
18. Diejenigen, die sich selbst und ihre Familien auf der Verliererseite der Transformation sehen, haben geringeres Vertrauen in die politischen Institutionen und bewerten die demokratische Regierungsform und die Performanz von Politik und Demokratie negativer. Gleichzeitig beurteilen sie ihre eigene finanzielle Situation, die Absicherung im Alter und das eigene Einkommen schlechter und sind außerdem weniger zufrieden mit der gegenwärtigen Lebenssituation. Diejenigen, die sich heute als Gewinner der Wiedervereinigung empfinden, bewerten nicht nur die Demokratie und ihre sozioökonomische Situation besser, sondern sehen auch ihre in die Einheit gesetzten Hoffnungen überwiegend als erfüllt an.
 19. Ist zu erwarten, dass sich im geeinten Deutschland eine besondere ostdeutsche Identität aufbaut und nachhaltig festigt und dies in Gestalt eines regionalen Sonderbewusstseins, das vornehmlich auf das Statusmerkmal fortwirkender kollektiver Benachteiligung abhebt? – Hierbei sind auf der Einstellungsebene die empirischen Befunde nicht eindeutig. Einerseits stimmen aktuell auch fast zwei Drittel der unter 40-jährigen Ostdeutschen der Aussage zu, Ostdeutsche würden häufig gesellschaftlich diskreditiert. Das Gefühl, ein Objekt ungerechtfertigter sozialer Geringschätzung zu sein, baut sich also im Zuge des Generationenwechsels offenbar nur sehr langsam ab. Andererseits waren Ende letzten Jahres 69 % in Ostdeutschland aber auch folgender Überzeugung: „Für die Kinder, die heute geboren werden, wird es keine Rolle mehr spielen, ob sie aus Ost oder West kommen“ (ARD-DeutschlandTrend November 2019).
 20. Im Ergebnis der Einordnung ausgewählter Daten der INFO-Erhebung 2020 in langfristige Entwicklungstrends politischer und gesellschaftlicher Einstellungen lässt sich resümierend festhalten: Ein markantes Erkennungszeichen der in Ost und West parallel verlaufenden Entwicklungslinien ist in der Langzeitperspektive das bis in die Gegenwart weitgehend gleichförmige Verlaufsmuster, bei gleichzeitig andauernder Differenz der für beide Landesteile gemessenen Prozentanteile. Das heißt, zentrale politische Einstellungen bewegen sich in beiden Landesteilen in ihrer Grundtendenz in die gleiche Richtung, wenn auch mit für Ost und West bestehenden bleibenden Unterschieden, was das Ausmaß bzw. die Stärke der jeweiligen Messwerte angeht.
 21. Keineswegs zeigt die politische Kultur Deutschlands eine beide Landesteile überformende homogene Gestalt. Die Erfahrungen des doppelten Transformationsschocks widerspiegelnd, ist der Anteil der Menschen, die dem etablierten Politikmodell und der Praxis des Parteienstaates der Bundesrepublik skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen sowie mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, in Ostdeutschland größer. Dennoch: Die politische Kultur Deutschlands driftet nicht in entgegengesetzte Richtungen dramatisch nach Osten und nach Westen auseinander.

Anhang

Verwendete Umfragen und Studien für die Meta-trends

Allgemeine Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)	1990 - 2018
Bevölkerungsumfrage Vertrauen in Demokratie (FES, Decker u. a.)	2019
Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, durchgeführt durch die INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung	September 2020
Eurobarometer	1990 - 2019
European Social Survey (ESS)	2002 - 2018
European Value Survey (EVS)	1990, 1999, 2008, 2017
German Longitudinal Election Study (GLES)	2009, 2013, 2017
GLES – Langfrist-Online-Tracking	2009 - 2017
KAS – Studien Konrad-Adenauer-Stiftung	Herbststudie 1997
KSPW – Projekt „Politische Resonanz“ der Kommission für politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland	1995, 1996
Politbarometer	1990 - 2018
Sozio-ökonomisches Panel	1990 - 2015
Trafo – Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland	1994, 1998, 2002



XVI.

**Engagement und Ehrenamt
in Ostdeutschland –
Herausforderungen und
Handlungsmöglichkeiten**

Sitzung der Kommission
„30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“
14. September 2020

Jan Holze
Vorstand Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

www.d-s-e-e.de



Begriffsklärung: Engagement und Ehrenamt

Im Sinne des Errichtungsgesetzes der DSEE ist ...

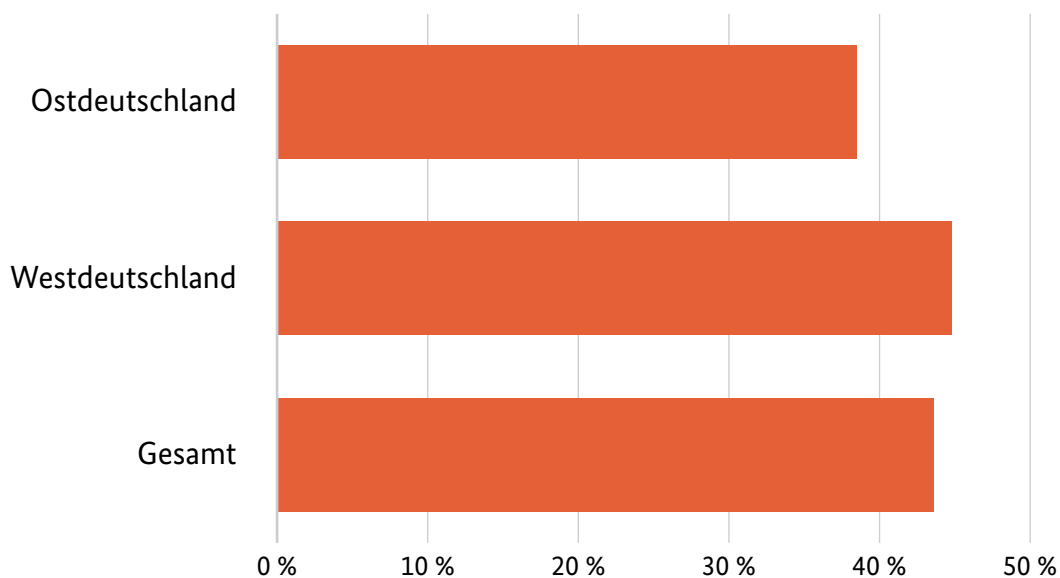
- ... bürgerschaftliches Engagement der freiwillige, unentgeltliche und am Gemeinwohl orientierte Einsatz einer oder mehrerer Personen auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
- ... Ehrenamt das bürgerschaftliche Engagement für eine Organisation, die ohne Gewinnerzielungsabsicht Aufgaben ausführt, die im öffentlichen Interesse liegen oder gemeinnützige, kirchliche bzw. mildtätige Zwecke fördern.

Bürgerschaftliches Engagement in Ost und West

Engagementquote

- Ostdeutschland: 38,5 %
- Westdeutschland: 44,8 %
- Gesamt: 43,6 %

Engagementquote



Quelle:
Simonson/Vogel/Tesch-Römer: Der Freiwilligensurvey 2014 – Freiwilliges Engagement in Deutschland.

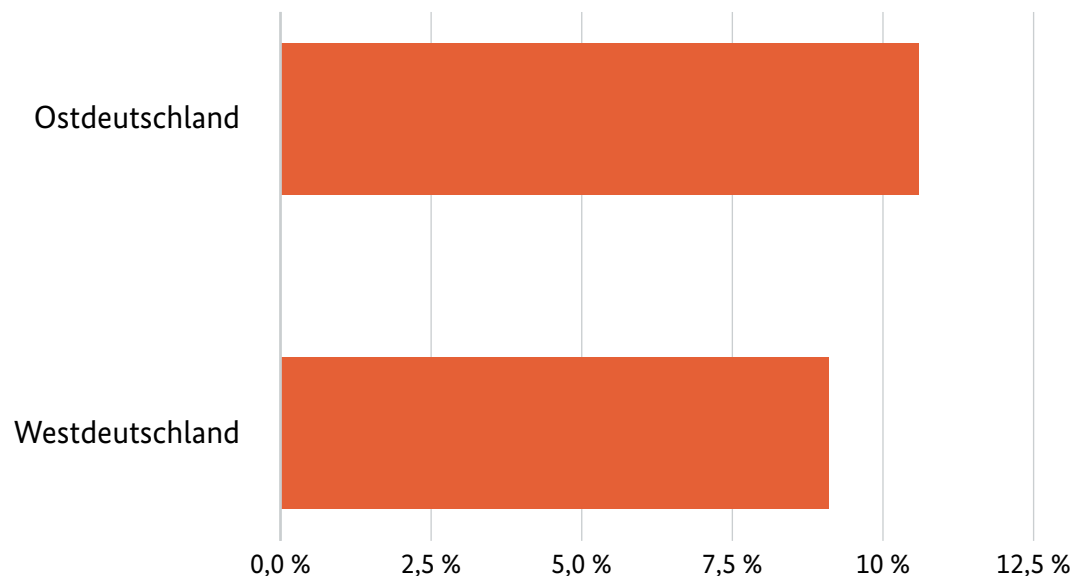


Bürgerschaftliches Engagement in Ost und West

Entwicklung Engagementquote 1999 - 2014

- Ostdeutschland: + 10,6 %
- Westdeutschland: + 9,1 %

Entwicklung 1999 - 2014



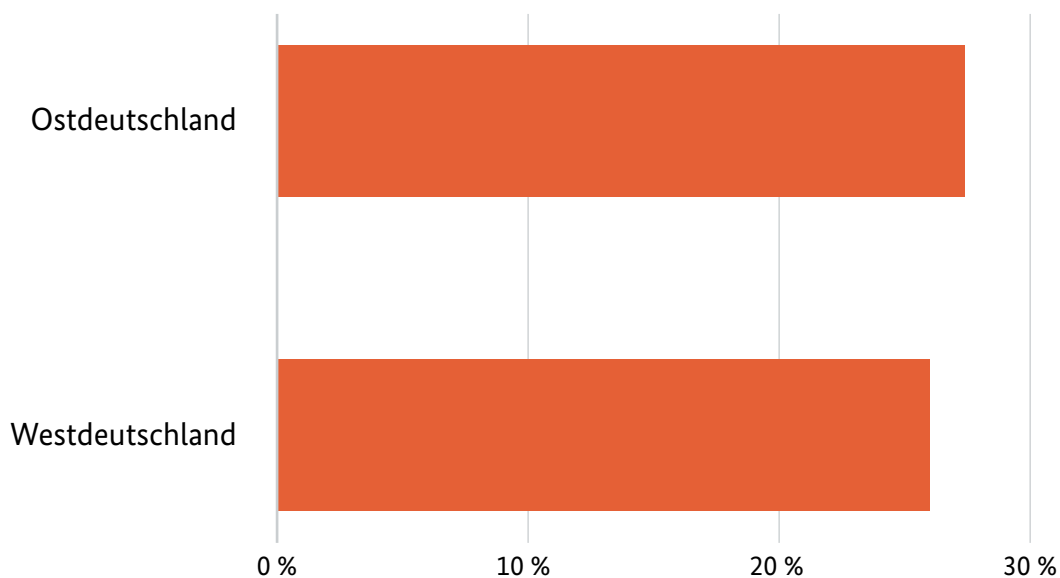
Quelle:
Simonson/Vogel/Tesch-Römer: Der Freiwilligensurvey 2014 – Freiwilliges Engagement in Deutschland.

Bürgerschaftliches Engagement in Ost und West

Informelle Unterstützung (instrumentelle Hilfe, Kinderbetreuung, Pflege)

- Ostdeutschland: 27,4 %
- Westdeutschland: 26,0 %
- Quote in Ostdeutschland in nahezu allen Altersgruppen höher als in Westdeutschland

Informelle Unterstützung



Quelle:
Simonson/Vogel/Tesch-Römer: Der Freiwilligensurvey 2014 – Freiwilliges Engagement in Deutschland.

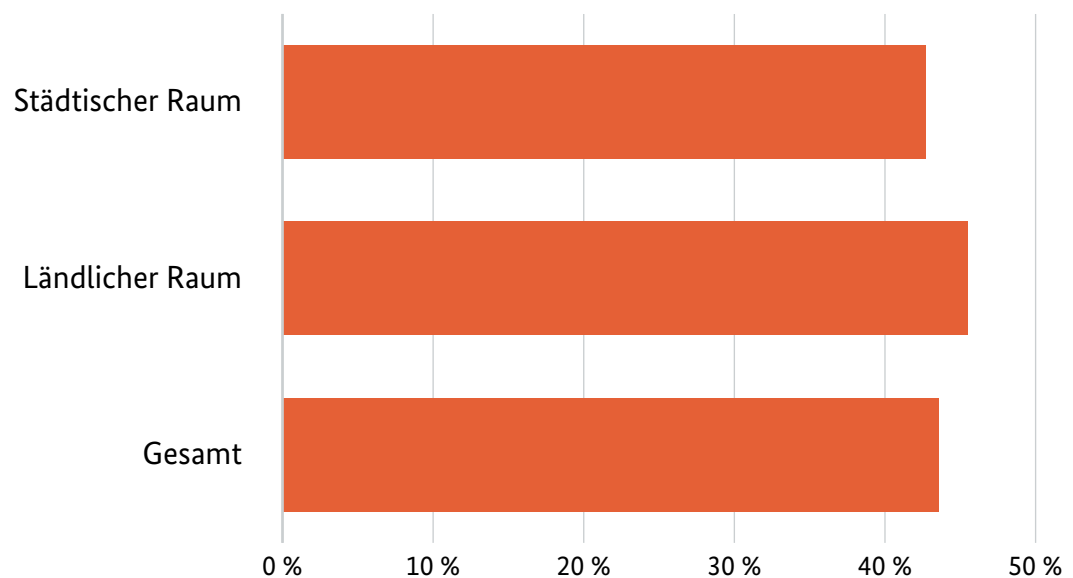


Bürgerschaftliches Engagement in Ost und West

Engagement in Stadt und Land

- Städtischer Raum: 42,7 %
- Ländlicher Raum: 45,5 %

Städtischer und ländlicher Raum



Quelle:
Simonson/Vogel/Tesch-Römer: Der Freiwilligensurvey 2014 – Freiwilliges Engagement in Deutschland.

Politische Handlungsmöglichkeiten

Der Vielfalt gerecht werden

- Engagement ist vielfältig und wird vielfältiger
- Passgenaue Angebote bzw. Unterstützung vor Ort – im Dialog und auf Augenhöhe

Gut abgestimmte Förderungen

- Räumliche Differenzierung hinsichtlich städtischen und ländlichen Räumen sowie Ost- und Westdeutschland
- Nicht nur Infrastruktureinrichtungen, sondern auch finanzielle und sonstige Bedingungen des Erhalts von Organisationen in den Blick nehmen

Politische Handlungsmöglichkeiten

Überregionale Begleit- und Vernetzungsstruktur und Servicestelle

- Unterstützung hinsichtlich Organisation & Digitalisierung von Engagement
- Hilfe bei Aufbau und Erhalt von Strukturen
- Überregionale Vernetzung lokaler Akteurinnen und Akteure
- Weitergehende Möglichkeiten der Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt entwickeln und etablieren

→ **Wichtiger Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse**

Stabile Unterstützungsstrukturen für Engagierte vor Ort

- V. a. im strukturschwachen und ländlichen Raum
- U. a. sektorübergreifende Netzwerkstellen zum Auf- und Ausbau von Kooperationen
- Z. B. Ausbau schon bestehender Strukturen zu Netzwerkknoten (Freiwilligenagenturen, Vereine, Verwaltungsstellen)
- Verbunden mit Machbarkeitsstudie zur Analyse der regionalspezifischen Voraussetzungen

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

- **Unsere Aufgabe**

Stärkung und Förderung von Engagement und Ehrenamt, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen

- **Unsere Schwerpunkte**

Hilfe bei Organisation und Digitalisierung von Ehrenamt

- **Unser Selbstverständnis**

Servicestelle für Engagierte und ihre Strukturen in Kooperation und Ergänzung zu bestehenden Programmen sowie Akteurinnen und Akteuren



Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Geplante Maßnahmen

- Bedarfsorientierte Serviceangebote & Bereitstellung von Informationen
- Vernetzung von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft
- Förderung von (digitalen) Innovationen
- Strukturstärkung, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen
- Begleitende Forschung

„Engagement fördern. Ehrenamt stärken. Gemeinsam wirken.“

Nach der Sichtung aktueller Studien und der Auswertung von zahlreichen Gesprächen sowie eigenen Umfragen unter Engagierten vor Ort legt die #DSEE ihr erstes Förderprogramm auf, um gemeinnützige Organisationen bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zu unterstützen.

Ziele der Förderung:

- Erhalt aufgebauter Strukturen für Engagement und Ehrenamt
- Gewinnung neuer Mitglieder und Förderung des Nachwuchses
- (Wieder-)Aufbau zivilgesellschaftlicher Angebote unter gegebenen Voraussetzungen
- Nutzung und Gestaltung der Digitalisierung in Engagement und Ehrenamt

→ Förderung von Engagement und Ehrenamt mit besonderem Fokus auf ländliche und strukturschwache Räume für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

„Engagement fördern. Ehrenamt stärken. Gemeinsam wirken.“

Die drei Schwerpunkte des ersten Förderprogramms der #DSEE im Kampagnenformat:

SEIT 17 JAHREN IM VEREIN. WIE SEIN PC.

Jetzt Förderung beantragen und bis zu 100.000 € für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und der digitalen Infrastruktur in deinem Verein erhalten:
deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de



SEIT 9 MONATEN IM VEREIN. UND BALD SELBST MITGLIED.

Jetzt Förderung beantragen und bis zu 100.000 € für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und die Nachwuchsgewinnung in deinem Verein erhalten:
deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de



AUF DEM LAND TICKEN DIE UHREN ANDERS. AB SOFORT AUCH DIGITALER.

Jetzt Förderung beantragen und bis zu 100.000 Euro für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Stadt und Land für deinen Verein erhalten:
deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de



„Engagement fördern. Ehrenamt stärken. Gemeinsam wirken.“

Mit dem Förderprogramm sollen die in der Corona-Pandemie deutlich gewordenen Bedarfe und entstandenen Ideen für neue Wege der gesellschaftlichen Teilhabe aufgegriffen werden, um so „digitale Readiness“ in der Zivilgesellschaft zu fördern.

Weitere Unterstützung durch die #DSEE:

- Beratungs- und Serviceangebote für engagierte Bürgerinnen und Bürger
- Förderung und Verbreitung digitaler Innovationen für Engagement und Ehrenamt
- Stärkung engagement- und innovationsförderlicher Infrastruktur, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen

**#GEMEINSAMWIRKEN
IN ZEITEN VON CORONA.**



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAMT

BEANTRAGE BIS ZU
100.000€
FÜR DEINEN VEREIN



Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Adresse: Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Woldegker Chaussee 35
17235 Neustrelitz

Mobil: 0178 / 25 39 469

Mail: Jan.holze@d-s-e-e.de

Web: www.d-s-e-e.de

Unterstützung des Ehrenamtes: Vorschläge zur Vereinfachung von Bürokratie

- Änderungen bzw. Eintragungen von gemeinnützigen Organisationen in die Vereinsregister sollen bundesweit einheitlich kostenlos möglich sein.
- Bundeseinheitliche Anhebung der Freigrenze für Aufmerksamkeiten an Vereinsmitglieder auf 60 Euro. Als Maßstab zur Prüfung, ob der Verein an sein Mitglied eine im Sinne der Selbstlosigkeit gemäß § 52 AO nicht erlaubte Zuwendung getätigt hat, sollte – anders als bisher – eine bundesweit einheitliche Regelung zugrunde gelegt werden. Eine diesbezügliche Freigrenze sollte bei 60 Euro liegen, analog den Lohnsteuer-richtlinien, nach denen Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern Aufmerksamkeiten in gleicher Höhe steuerfrei in Höhe von 60 Euro zukommen lassen können.
- Kooperationen von mehreren gemeinnützigen Organisationen sollten nicht als (steuerpflichtige) Gesellschaft bürgerlichen Rechts behandelt werden. Hierbei muss Handlungssicherheit für die beteiligten Organisationen herrschen, gerade für diejenigen in ländlichen und strukturschwachen Räumen.
- Eine mehrjährige Strukturförderung durch Bundesmittel für Zentren von Engagement und Ehrenamt muss möglich sein.
- Bei der finanziellen Förderung von Ehrenamt und Engagement ist regelmäßig ein Eigenmittelanteil erforderlich. Der Nachweis der Eigenmittel sollte auch über die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen erfolgen können.
- Die ANBest-P sowie die Haushaltsordnungen des Bundes und der Länder sollten Ausnahmenvorschriften für Engagement und Ehrenamt vorsehen (analog z. B. §§ 31a und 31b BGB).
- Der § 52 Abs. 2 Nr. 25 AO sollte als eigenständiger gemeinnütziger Zweck anerkannt werden.



